

Deutscher Reporterpreis 2017

Die Sieger

Beste Reportage

Markus Feldenkirchen mit „Mannomannomann“ 04

Beste Wissenschaftsreportage

Björn Stephan mit „Armer Hund!“ 47

Hauptstadt-Preis (2x)

Ullrich Fichtner, André Geicke, Matthias Geyer und Andreas Wassermann
mit „Made in Germany“ 66

Britta Stuff mit „Wo ist Hintze?“ 114

Beste Kulturkritik

Hanno Rauterberg mit „Tanz der Tugendwächter“ 125

Bester Essay

Philipp Oehmke mit „Das PC-Monster“ 131

Beste Lokalreportage

Peter Schwarz mit „Der Verlorene“ 147

Bestes Interview

Steffen Dobbert mit „Sie werden mich für immer hassen“ 153

Bester freier Reporter

Emilia Smechowski mit „Der Anpasser“ 163

Investigation

Mohamed Amjahid, Daniel Müller, Yassin Musharbash, Holger Stark und Fritz Zimmermann mit „Ein Anschlag ist zu erwarten“ 178

Bestes Web-Video

Michael Ginsburg, Martin Heller und Christiane Wittenbecher mit
„Was wollten Sie in Berlin?!“

Datenjournalismus

Sascha Venohr, Christian Bangel, Philip Faigle, Flavio Gortana, Andreas Loos, Fabian Mohr, Julia Speckmeier und Julian Stahnke mit „Stadt, Land, Vorurteil“

Multimedia

Dominik Osswald, Kaspar Manz, Marc Brupbacher, Olivier Christe, Christian Mülhauser und Urs Wyss mit „In eisigen Tiefen“

„Mannomannomann“

*Der Höhenflug von Martin Schulz war beispiellos, sein tiefer Absturz ebenfalls.
Eine Reportage aus dem Innern seiner Kampagne.*

Von Markus Feldenkirchen, DER SPIEGEL, 30.09.2017

Noch fünf Stunden, dann wird er wissen, wie diese irre Mission endet. Er sitzt auf der Terrasse seines Hauses in Würselen, umgeben von seinen treuesten Begleitern in diesem Wahlkampf. Die Sonne scheint, der Garten blüht, auf dem Tisch steht Belgischer Reisfladen. Jetzt irgendwie die Zeit rumkriegeln.

Der Kanzlerkandidat hat einen Pott Filterkaffee aufgesetzt, aber seine Frau stellt ihm lieber einen Kräutertee hin. Sei besser, bei all der Nervosität und Anspannung.

Man tauscht noch mal ein paar Geschichten aus dem Wahlkampf aus. Zwischendurch surrt Schulz' Handy, lauter aufmunternde SMS, aus dem In- und Ausland. "Du hast gekämpft wie ein Löwe", schreibt Werner Faymann, der frühere österreichische Kanzler. "Größten Respekt für diesen fulminanten Wahlkampf", schreibt ein deutscher Genosse. Schulz habe der Partei Mut und Kampfgeist zurückgegeben.

"Was du da in den letzten Monaten durchgehalten hast", sagt seine Frau Inge. "Und das in einem Apparat, in dem nichts für dich vorbereitet war."

Schulz nippt an seinem Kräutertee. "Ich hab jetzt alles gegeben, was ich geben konnte", sagt er. "Physisch und psychisch." Das gebe ihm, wenn er jetzt hier sitze, ein Gefühl von innerer Freiheit.

Dann muss er los nach Berlin. "Auf zum letzten Gefecht", ruft Redenschreiber Jonas Hirschnitz, als sich die Runde erhebt. Hirschnitz hat eine rote SPD-Fahne dabei, die er jetzt auf der Terrasse noch einmal schwenkt.

"Nä", sagt Schulz. "Nicht zum letzten Gefecht."

Es war ein harter Kampf, den Schulz in den vergangenen Monaten zu kämpfen hatte. Hinter ihm liegt eine der sonderbarsten Wahlkampagnen der deutschen Geschichte. Der Höhenflug, den Schulz kurz nach seiner Nominierung Ende Januar erleben durfte, war ebenso einzigartig wie der spätere Absturz. Nun hat er das schlechteste Nachkriegsergebnis der 154 Jahre alten und einst sehr stolzen Partei zu verantworten.

Der Wahlkampf des Martin Schulz ist die Geschichte eines Kandidaten, der auf der Strecke buchstäblich an Angela Merkel verzweifelte und an manchen Genossen ebenso. Es ist die Geschichte eines Mannes, der sich im Laufe des Wahlkampfs immer weiter von sich selbst entfernen ließ und der erst nach Schließung der Wahllokale zurück zu sich selbst fand. Nicht als Bundeskanzler, sondern als Mann der Opposition.

20,5 Prozent, das ist die ernüchternde Bilanz von chronischem Schlafmangel, Hunderten Strategiesitzungen, 41 Großkundgebungen, unzähligen Konflikten, drei Wahllarenen, ständigen Wechselbädern der Gefühle, Dutzenden Interviews und einem sogenannten TV-Duell.

22. März, Restaurant Hotel Mövenpick, Berlin

Er kommt von einem Neumitgliedertreffen mit 500 Leuten in Kreuzberg. Bevor das Abendessen serviert wird, will seine Büroleiterin wissen, wie der Auftritt war: "Wie immer", sagt Schulz am Telefon. "Ich habe 'ne dramatische Rede gehalten, hab viel Applaus bekommen, und dann bin ich wieder gefahren." Es fühlt sich gerade alles so leicht an, alles gelingt, tolle Zeit. Wenn es Honigkuchenpferde wirklich gäbe, dann sähen sie aus wie Martin Schulz an diesem Abend im Restaurant des Berliner Mövenpick-Hotels.

Seit vielen Jahren verbringt er hier seine Nächte, weil es die drei wichtigsten Ansprüche erfüllt, die er an ein Berliner Hotel hat: Es liegt in der Nähe des Willy-Brandt-Hauses, verzichtet auf Schnickschnack. Und das Essen schmeckt ihm, besonders die Currywurst.

Es ist der Siedepunkt des sogenannten Schulz-Hypes. Überall in der Republik trifft er jetzt viele der Tausenden Neumitglieder, die seinetwegen Sozialdemokraten wurden. Drei Tage zuvor haben ihn die Genossen mit 100 Prozent zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Ein Bundeskanzler Martin Schulz erscheint möglich.

Die SPD liegt in den Umfragen bei 30 Prozent, seit mehreren Wochen schon. "Das ist es ja, was die Schwarzen so fertigmacht: dass ihre Gebete nicht erhört werden", sagt Schulz, faltet die Hände und ruft sarkastisch flehend Richtung Decke: "Lieber Gott, lass es ein Strohfeuer sein!"

Bei seiner Nominierung habe er sich gewünscht, dass die SPD bis zum Parteitag auf 25 Prozent ansteigen würde, sagt er. Von dort wollte er sich im Laufe des Wahlkampfes langsam steigern. "Aber dass dann so die Post abgeht!" Er spricht den Satz mit sieben Ausrufezeichen. "Heijajajei." Noch mehr Ausrufezeichen. "Hätt ich nicht für möglich gehalten."

Die Lage erinnert ihn an 1972, an die berühmte "Willy-Wahl", jenen Triumph, der zum sozialdemokratischen Mythos wurde. Dass es damals um den Willy und um große Emotionen gegangen sei, das habe er trotz seiner Jugend gespürt, sagt Schulz. "Gegen die Schwarzen. Gegen die Rechten und für den Willy. So war das damals." Und heute habe man das auch: gegen die Rechten und für Europa. "Das ist das Bauchgefühl der Jugend. Das ist eine Emotion."

Die bei der CDU hätten noch nicht kapiert, dass dieser Wahlkampf über Gefühle entschieden werde. "Und ich bin halt der Gefühligere." Er glaubt tatsächlich daran, Angela Merkel mit Emotionen besiegen zu können. Deshalb will er vorerst keine Konzepte oder Programme vorlegen. "Ich bleibe dabei: Nicht konkret werden! Da werden die Schwarzen wahnsinnig drüber, dass ich nicht konkret bin. Ich werd nicht konkret! Da können die mir den Buckel runterrutschen."

Noch etwas hat Schulz sich vorgenommen: gelassen zu bleiben, freundlich zu bleiben. Aus der Union wird er jetzt scharf angegriffen. Pralle alles an ihm ab, sagt er. Sei ein Zeichen großer Nervosität. "Ich bleibe stur bei meiner Linie: Ich greife sie nicht

an. Je länger ich es schaffe, nicht zu reagieren, desto mehr geraten die ins Unrecht. Dass die das noch nicht kapiert haben!"

12. April, Hotel Königshof, Hannover

Am späten Abend sitzt er am Schreibtisch seiner Hotelsuite und notiert die Eindrücke des Tages in sein Tagebuch. Kurz zuvor hat er im Capitol in Hannover seine vorerst letzte von vielen Reden vor der Basis gehalten. Noch einmal wurde er von tausend begeisterten Menschen gefeiert. Die Euphorie für ihn ist noch nicht verpufft. Die Saarlandwahl Ende März mag ein Rückschlag gewesen sein, aber bei den bevorstehenden Landtagswahlen, da ist er sich sicher, werde die SPD siegen. Dass mit der Saarlandwahl die Erzählung vom unaufhaltsamen Aufstieg des Kandidaten Schulz beendet war, ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht ganz klar.

Er wirft einen letzten Blick auf das Geschriebene. Doch, wieder ein guter Tag heute. Dann klappt er das Tagebuch zu, mischt sich eine Apfelschorle und setzt sich aufs Sofa.

Er freut sich auf die nächsten Tage. Ostern steht vor der Tür, endlich mal zur Ruhe kommen nach all dem Hype. Danach, so der Plan, soll eine neue, ruhigere Phase der Kampagne einsetzen. Man will die Genossen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen ungestört ihre Wahlkämpfe führen lassen.

Später wird Schulz sagen, dass es ein Fehler gewesen sei, die Veranstaltungstour abzubrechen. Sein Team hatte das kontrovers diskutiert. Einige hatten argumentiert, dass die Zusammenkünfte mit Menschen seine Stärke seien. Durchgesetzt hatte sich dann aber die Auffassung, die Nummer sei ausgelutscht und ausgereizt. Da berichte jetzt keiner mehr drüber. "Das war falsch", sagt Schulz im Rückblick. "Wir hätten das weitermachen müssen."

In der Union, so sieht er es, tobe ein Streit darüber, ob man ihn attackieren solle oder nicht. "Schäuble und Spahn wollen voll auf den Schulz drauf. Aber Merkel und Altmaier sagen: Der läuft sich tot. Lass ihn mal laufen. In der Ruhe liegt die Kraft." Das

aber sähen sie falsch. "Ich laufe, aber ich lauf mich nicht tot. Die unterschätzen uns, die halten uns für doof."

Schulz, der vieles selbstkritisch hinterfragt und reflektiert, spricht gern aus, was in seinem Kopf vor sich geht. So wirkt es, selbst wenn er von Leuten umgeben ist, bisweilen wie ein innerer Monolog, der nach außen dringt. In dieser Hinsicht könnte der Kontrast zu Angela Merkel, aus der bis heute die wenigsten schlau werden, kaum größer sein.

An diesem Morgen ist er schon um halb sechs von einer SMS geweckt worden. Sie stammt von Sigmar Gabriel. Nach dem Anschlag auf den BVB-Bus habe Merkel einen genialen Satz gesagt: "Heute sind wir alle BVB." Von der SPD aber sei keiner draußen. "Wo sind wir?", fragt Gabriel. Es folgen weitere SMS.

Schulz sagt, dass die erste Twitter-Nachricht zum Unglück in Dortmund von ihm gekommen sei, ein Foto, auf dem er einen BVB-Schal um den Hals hatte. Schulz, der Gabriel diese Kandidatur verdankt, spürt, dass der Freund nicht wirklich loslassen kann. Dass er noch immer den Ton angeben will. Die beiden sind seit Langem befreundet, sie haben sich oft gestritten und immer wieder versöhnt. Schulz ist ein treuer Mensch, er hat Skrupel, den alten Freund in die Schranken zu weisen. Er ahnt in diesem Moment noch nicht, dass ihr ungeklärtes Verhältnis seine gesamte Kampagne begleiten wird.

Am nächsten Tag fährt Schulz über Düsseldorf nach Würselen, ausspannen, acht Tage wird er zu Hause verbringen. Diverse Mitarbeiter werden ihn zu Hause besuchen, es wird Besprechungen und Planungsrunden geben, er wird viel telefonieren. Zwischen seinem letzten öffentlichen Auftritt und dem nächsten, einer Veranstaltung in Köln, wird gut eine Woche vergehen. Im Zeitalter der Nervosität und der Kurzfristigkeit aber werden wenige Tage gefühlt zu einem halben Jahr. "Was macht eigentlich Martin Schulz?", fragen die Zeitungen. Im Newsletter eines durchaus renommierten Nachrichten-Magazins heißt es: "Lange nichts gehört vom furios gestarteten SPD-Kanzlerkandidaten. Heute ist er jedenfalls unterwegs, im Wahlkampf in Schleswig-Holstein. Dort besucht er eine Fischräucherei und eine Pumpenfabrik."

Eine politische Kultur, in der acht Ostertage mit entschleunigtem Programm zum Problem werden, ist zumindest eines: nicht allzu christlich.

7. Mai, Willy-Brandt-Haus, Berlin

Es ist kurz vor 18 Uhr, Schulz schaltet in seinem Parteivorsitzendenbüro den Fernseher ein. In wenigen Minuten werden auch die Bürger erfahren, was hier schon alle wissen: Die SPD ist in Schleswig-Holstein abgeschmiert.

"Wenn die SPD nicht gewinnt", sagt Tina Hassel in der ARD, "dann wäre der auf Selbstsuggestion beruhende Schulz-Hype verpufft." Sie spricht im Konjunktiv, obwohl auch sie das Ergebnis längst kennt.

"Das ist das Privileg, SPD-Vorsitzender zu sein", sagt Andrea Nahles, die wie viele andere Mitglieder der Parteiführung neben Schulz sitzt. "Da ist man für all die Probleme all der anderen verantwortlich." Tja, sagt Schulz. "Wenn du was auf die Mappe kriegst, kriegst du was auf die Mappe."

Psst, alle mal zuhören, bittet er die Runde, als die ersten Analysen im Fernsehen gezeigt werden. Jörg Schönenborn sagt gerade, dass das Wahlergebnis eine starke regionale Komponente habe. "Aha", ruft Schulz. Er hält den Finger in die Luft. "Das ist 'ne interessante Analyse." Regionale Komponente bedeutet: SPD-Ministerpräsident Torsten Albig, der auf die falschen Themen gesetzt und ein unfassbar dämliches Interview zu seiner gescheiterten Ehe gegeben hat, ist schuld. Nicht er. Es ist ein klitzekleines Stück Hoffnung an einem trostlosen Tag.

"Das war klar der falsche Kandidat", sagt Schulz. "Aber wir haben das jetzt vor der Hütte." Wenn er gleich unten im Atrium des Willy-Brandt-Hauses vor die Kameras trete, werde er von "kommunikativen Defiziten" sprechen, die es in Schleswig-Holstein offenkundig gegeben habe. "Ich werde es auch so benennen, wie es ist: eine totale Niederlage."

"Du solltest aber auch ein paar Punkte nach vorn setzen", sagt sein Wahlkampfmanager Markus Engels. "Es geht um Haltung heute Abend. Die SPD muss

sehen, dass ihr Spitzenmann steht. Und du kannst sagen, dass weder das Saarland noch Schleswig-Holstein die Bundestagswahl entscheiden."

"Sehr gut, Dr. Engels!", lobt Schulz. Er werde sagen, dass es wie beim Fußball sei. Wenn man ein Gegentor kassiere, müsse man sich zusammenraffen, um umso stärker zurückzukommen. Politiker lieben Vergleiche aus der Welt des Fußballs, insbesondere wenn sie männlich sind und der SPD angehören. Schulz schaut seinen Pressesprecher an. "Oder, Dünow, hab ich das schon mal gesagt?"

Tobias Dünow googelt die Sätze auf dem iPhone. Leider ergibt die Suche, dass Schulz nach der verlorenen Saarlandwahl etwas Ähnliches gesagt hat. "Mist", flucht er. "Wie wär's mit: Ich komme aus NRW. Da steht man nach schlechten Tagen am nächsten Morgen auf und geht zur Arbeit." Das sei gut, finden alle. "So machen wir's", sagt Schulz.

Dann entschuldigt er sich, er müsse draußen kurz mit seiner Frau Inge telefonieren. "Die ist immer so aufgeregt und denkt deshalb, ich sei es auch. Bin ich gar nicht. Aber das muss ich ihr noch mal sagen."

Nach fünf Minuten kommt er zurück: "So Leute, ich hab's." Er steht im Türrahmen und grinst.

"Was hast du?"

Er wisse jetzt, was er gleich sagen werde: "Das Ziel ist ab jetzt nicht mehr das Kanzleramt, sondern die Fünfprozenthürde." Pause, ungläubige Gesichter. Schulz, der nicht nur ein sehr belesener, sondern meist auch ein ernsthafter Mensch ist, versucht Momente der Anspannung gern mit kleinen Albernheiten aufzulösen. Es ist seine Art, mit der Härte der Politik klarzukommen. "Und dann entlassen wir noch unseren Schatzmeister."

Dietmar Nietan, der Schatzmeister, schaut ihn irritiert an. "Heutzutage müssen immer Köpfe rollen", sagt Schulz. "Da brauchst du immer einen Schuldigen. Und das ist jetzt eben der Dietmar."

Als er nach seiner Erklärung im Atrium zurück ins Büro kommt, redet Wahlverlierer Albig im Fernsehen. "So. Ruhe jetzt." Schulz schaltet den Ton ab. "Gut, das ist natürlich scheiße. Aber was willst du machen?" Man müsse jetzt noch die Wahl in NRW hinter sich bringen, dann könne endlich sein Wahlkampf beginnen, dann stehe endlich er im Fokus. "Mein größtes Plus ist die Authentizität."

12. Mai, Raststätte Bottrop Süd

Schulz läuft über ein vermülltes Stück Rasen und setzt sich auf eine Metallbank, von der der blaue Lack abblättert. "Erst mal in Ruhe 'nen Kaffee und dann noch pinkeln gehen." Ein Begleiter bringt einen Kaffee im Pappbecher vom Raststätten-McDonald's. Hupen, Autobahnlärm, schreiende Kinder, klassische Wahlkampf-Verschlaufpause.

Seit einigen Tagen rast er kreuz und quer durch Nordrhein-Westfalen. Gerade kommt er aus Grevenbroich (Betriebsbesichtigung). Gleich geht es weiter nach Dülmen (Wochenmarktbesuch). Schulz würde gern nach vorn blicken, aber es fällt ihm schwer, zu sehr wurmen Vergangenheit und Gegenwart. Die Landtagswahlen, von denen er bis vor Kurzem noch glaubte, sie würden seine Kampagne beflügeln, entpuppen sich nun als schwerer Ballast.

Er hadert mit der Bildungspolitik und der Sicherheitspolitik in Schleswig-Holstein und NRW. Mit der Verkehrspolitik natürlich auch. Er, der für eine neue SPD stehen wollte, muss realisieren, dass seine Partei seit Jahrzehnten überall ihre Finger im Spiel hat, und das nicht immer nur glücklich. Er hadert auch mit den Spitzenkandidaten, die er sich nicht aussuchen konnte, hadert mit der Arroganz des einen und der Zickigkeit der anderen. "Das ist alles nicht meine Schuld." Das sei der Nachteil, wenn man an der Spitze einer solchen Partei stehe. "Du bist für alles verantwortlich, aber du kannst nur bedingt Einfluss nehmen."

Aber er weiß auch um die eigenen Fehler, dass nach der ersten Welle der Begeisterung etwas verspielt wurde. "Ich habe meinen Eierköppen gesagt: Ich will euch mal was sagen." Eierköppe, das muss man wissen, ist der Oberbegriff für seine engsten Mitarbeiter und immer liebevoll gemeint: "Alle eure Meinungsforscher haben gesagt:

Herr Schulz, werden Sie nicht konkret! Bleiben Sie im Ungefähren, solange wie es geht!" Er schüttelt den Kopf. "Jetzt verlieren wir eine Wahl nach der anderen, und immer muss ich mir anhören: 'Das verlieren Sie, weil Sie nicht konkret werden.'"

In der Politik wird die innere Überzeugung zunehmend durch die Demoskopie ersetzt. Es gibt kaum noch Forderungen, Strategien, Kandidaten, die nicht zuvor auf ihre Gefälligkeit geprüft werden. Seine Kandidatur verdankt Schulz ebenfalls dem Umstand, dass er laut Umfragen monatelang beliebter war als Sigmar Gabriel.

14. Mai, Willy-Brandt-Haus

Er sitzt in seinem Büro. Wieder läuft der Fernseher, wieder eine Niederlage, diesmal die schlimmste, in Nordrhein-Westfalen, Kernland der SPD. "Das Leben ist wie eine Hühnerleiter", sagt Schulz. "Beschissen." Niemand reagiert, Stille im Raum. "Ich bin jetzt königlicher Niederlagenkommentator." Er schüttelt den Kopf. Es folgt ein zutiefst rheinischer Satz: "Leck mich en de Täsch!"

Schulz starrt auf den Fernseher. Als bei der ARD die farbigen Balken in die Höhe schießen und der rote Balken bei 30,5 Prozent stehen bleibt, schweigt er, den Zeigefinger auf den Lippen. Dann steht er auf, schreit, die Hände in den Hosentaschen, unruhig durch sein Büro, hin und her, dann läuft er zum Fenster und starrt hinaus.

Wieder die Frage, wie er auf dieses Desaster reagieren, was er gleich vor den Genossen und der deutschen Öffentlichkeit erklären soll. Schulz dreht sich um. "Ich mein, das Problem, was wir haben, ist: Ich kann eigentlich nur sagen, dass wir für die Analyse ein paar Tage brauchen."

"Was du sagst, ist eigentlich scheißegal", sagt Sprecher Dünow. "Wichtig ist nur, dass du nicht depressiv überkommst. Dass du kämpferisch wirkst."

Im TV erinnert Frank Plasberg den SPD-Mann Karl Lauterbach an eine Aussage von Schulz, die erst wenige Wochen zurückliegt: "Wenn Hannelore Kraft im Mai in Nordrhein-Westfalen gewinnt, werde ich im September Bundeskanzler." Plasberg will

wissen, ob diese Aussage noch Gültigkeit habe. "Martin Schulz hat jedenfalls nicht gesagt, dass er andernfalls verliert", antwortet Lauterbach.

"Ha", ruft Schulz vor dem Fernseher, er klatscht laut in die Hände. "Der ist klasse, der Karl." Es ist ein trotziger Moment des Triumphes, ein kurzes Aufbäumen gegen die Depression, die den Raum erfüllt.

Später stürmt der stellvertretende Parteivorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel ins Büro. Er habe eine Interviewanfrage vom "heute-journal" und wolle fragen, ob es nicht eine gute Idee sei, wenn stattdessen der Kandidat die Sache übernehme. "Ich hab genug Niederlagen kommentiert", sagt Schulz. "Ich bin nur noch am Niederlagen-Kommentieren. Ich hab die Schnauze voll davon." Er schüttelt den Kopf und schaut ins Nichts. "Ich muss endlich mal in die Offensive kommen." Dann läuft er wieder ziellos durch sein Büro. Jemand merkt an, dass Angela Merkel den ganzen Abend noch nicht zu sehen gewesen sei. "Die geht nie raus", ruft Schulz giftig. "Seit zwölf Jahren nicht."

Nachdem sich sein Büro wieder geleert hat, will er noch die "Tagesschau" sehen. Der Sprecher sagt, dass die SPD in Nord-rhein-Westfalen ihr historisch schlechtestes Ergebnis erzielt habe. "Mann, gibt es bittere Momente im Leben", sagt Schulz. "Ausgerechnet der Laschet!" Als ein Moderator hämisch über den "völlig verpufften Schulz-Effekt" räsoniert, ruft Schulz: "Dieser Drecksack! Dem fehlt jeglicher Anstand." Und als kurz darauf Hannelore Kraft zu sehen ist, sagt er: "Für dich haben wir einen hohen Preis gezahlt."

Später wird er sagen, dass die Partei und seine Kampagne sich nie wieder von diesem Tag erholt hätten. Er wird auch sagen, was sein größter Fehler in diesem Wahlkampf gewesen sei: dass er sich von Kraft habe aufschwätzen lassen, sich aus ihrem Wahlkampf herauszuhalten. Nachdem er im Frühjahr mit Andrea Nahles eine Reform des Arbeitslosengeldes präsentiert hatte und mit Manuela Schwesig das Konzept einer "Familienzeit", habe er eigentlich mit Malu Dreyer eine Bildungsoffensive vorstellen wollen. Noch vor der NRW-Wahl. Kraft aber protestierte vehement. Das würde die Aufmerksamkeit auf die schlechte Bildungssituation in NRW lenken. Er sei gewillt gewesen, es trotzdem zu machen, wird Schulz später sagen. Aber viele hätten

gesagt, das könne man der Hannelore nicht antun. So kam es dann. "Ich hätte stärker auf meinen Bauch und auf meine Intuition hören müssen", sagt Schulz im Rückblick.

22. Mai, Wilhelmstraße, Berlin

Bombendrohung. Die Präsidiums- und Vorstandsmitglieder stehen zwei Stunden lang auf dem Bürgersteig vor dem Willy-Brandt-Haus. Sie sind gekommen, um den Entwurf für das Wahlprogramm zu verabschieden. Schulz will in die Offensive gehen und endlich konkret werden.

Es findet sich keine Bombe, aber es gibt andere Probleme.

Das Pressegespräch, bei dem das Programm vorgestellt werden soll, war für 14.30 Uhr angekündigt, auch in der Terminvorschau der Nachrichtenagentur dpa. Weil es aber unzählige Änderungsanträge gab und man nicht sicher war, ob der Zeitplan eingehalten werden konnte, hatte ein Mitarbeiter der Pressestelle am Vorabend bei der dpa angerufen und gebeten, den Termin vorerst rauszunehmen. Man werde kurzfristig informieren. Das führte zu der Meldung, die SPD verschiebe den Programmprozess. Es ist der Auftakt zu einer nicht enden wollenden Serie. Pech und Pannen werden zu den treuesten Begleitern von Schulz' Kampagne. Beim Pressegespräch sitzen dann Thomas Oppermann, Manuela Schwesig und Katarina Barley, nicht aber Schulz selbst. Seine Berater hatten ihm gesagt, er solle den Termin den drei Vorsitzenden der Programmkommission überlassen. Er selbst solle sich dann abends im Fernsehen äußern.

Am Nachmittag sitzt Schulz mit seinem engsten Team im Büro. Dazu zählen in der Regel seine Büroleiterin, der Pressesprecher, sein Wahlkampfmanager. Hinzu stoßen, je nach Anlass, sein Redenschreiber, der Generalsekretär, die Bundesgeschäftsführerin, der Schatzmeister, der eine oder andere Abteilungsleiter des Willy-Brandt-Hauses oder Berater von außen.

Schulz ist außer sich: "Warum bin ich nicht in diese Pressekonferenz gegangen? Auf allen Kanälen läuft: 'Die SPD versteckt Schulz!' Das ist ein Fehler."

Wo das denn stehe, fragt Kampagnenleiter Engels.

"Überall. Das ganze Netz ist voll mit diesem Mist. Meine Frau behauptet, in allen Netzwerken gebe es eine regelrechte Hetzkampagne." Seine Mitarbeiter versuchen, ihn zu beruhigen, erfolglos.

"Leute, wir sind schon in 'ner beschissenen Lage." Lange Pause. "Vielleicht guck ich auch die falschen Medien." "Ich würde gar keine mehr gucken", rät Engels.

"Ich weiß nicht, was machen wir falsch?" Schulz' Hand rumst auf die Tischplatte, Gläser und Tassen klappern. "Irgendwas machen wir doch falsch! Oder es ist wirklich eine Kampagne gegen uns? Ich weiß es nicht."

Er atmet tief ein und aus. "Das sind schon Fehler, da fragst du dich, wie so was möglich ist." Langes Schweigen. "Da haben wir an einem Tag, wo wir einstimmig unser Wahlprogramm verabschieden, mit dem wir deutlich konkreter sind als alle anderen Parteien, diese Scheiße. Mannomannomann!" Heftiges Ausatmen. Seine Finger trommeln auf den Tisch. Er wirkt vollends frustriert. "Wie kommen wir da raus aus der Nummer? Das ist die entscheidende Frage: Wie komm ich da raus?"

Am Abend soll er nun allen Nachrichtensendungen ein Interview geben, um dem Eindruck entgegenzuwirken, er sei abgetaucht. Das wird nun geprobt. Sprecher Dünow stellt Fragen, die wahrscheinlich kommen werden. "Herr Schulz, was kosten Ihre Wahlversprechen?" Schulz überlegt. "Tja, was sag ich dazu?" Dünow atmet schwer, dann lacht er. Er empfehle zu sagen, dass das Steuer- und Abgabenkonzept noch erarbeitet und dass alles gegenfinanziert werde.

Die letzte Frage lautet: Warum haben Sie Ihr Programm nicht selbst heute Nachmittag vor der Presse vorgestellt? Schulz lacht, es ist die Vorfreude auf den eigenen Witz, der jetzt kommt. "Wir halten es in der SPD so: Mit Journalisten zweiter Garnitur redet Herr Oppermann. Mit richtigen Journalisten rede ich."

Großes Gelächter am Tisch, endlich gute Stimmung im Büro. Genau das solle er sagen. In den "Tagesthemen" lautet am Abend die erste Frage von Pinar Atalay: "Warum waren Sie denn heute bei der Vorstellung des Wahlprogramms nicht dabei?" Schulz'

Antwort: "Wir haben eine Kommission, die dieses Programm erstellt hat, die hat das präsentiert. Und ich hab gesagt: Ich geh dann zu Frau Atalay in die 'Tagesthemen'."

Dann wird er noch nach dem Mitarbeiter gefragt, der die Panne verursacht hat. Schulz hätte allen Grund, den Mann zu entlassen, aber er verteidigt ihn inbrünstig. Der Mann wird auch später nicht entlassen.

Am Ende dieser Woche, nach einem leidenschaftlichen Auftritt vor den Bezirksvorsitzenden der Partei, herrscht Zufriedenheit in seinem Büro. Nach der Panne am Montag habe man eine erstklassige Woche hingelegt, sagt Engels.

"Du hast uns am Montag gerettet", sagt Dünow zu Schulz. "Du hast das Willy-Brandt-Haus gerettet. Und eigentlich ist das Willy-Brandt-Haus dafür da, dich zu retten." Aber über die tollen Auftritte des Kandidaten berichte ja kaum einer, nur über die Pannen, klagt Engels. "Es wird ein Zerrbild gezeichnet, das ich kaum noch ertragen kann. Ständig heißt es, was wir alles für Dorfdeppen seien."

Er würde davon abraten, Journalisten zu beschimpfen, mahnt Dünow. "Wir dürfen nicht in diesen Steinbrück-Modus kommen." Steinbrück hatte im Wahlkampf 2013 ständig über die unfaire Presse gejammert und ihr am Schluss auf dem Cover des "Süddeutschen Magazins" demonstrativ den Stinkefinger gezeigt. "Guckt euch seine Interviews von heute an: Da dürfen wir niemals hinkommen."

Schulz schreckt auf. "Wieso, was macht der denn, der Steinbrück?"

Um Werbung für seine Kabaretttournee zu machen, hat Schulz' Vorgänger gerade zwei große Interviews gegeben, in denen er etwas verächtlich über die SPD spricht und dem Kandidaten freundlicherweise einige Ratschläge gibt. Statt über Schulz' Reden berichten die Medien nun über Steinbrücks Interviews.

"Dass er überhaupt zwei Interviews gibt, um seine blöde Comedytournee zu bewerben, ist an Widerwärtigkeit kaum zu überbieten", sagt Dünow.

"Ich lese schon seit 14 Tagen den Pressespiegel nicht mehr", so Schulz. Ein Rat seiner Frau. "Seitdem geht's mir besser."

28. Mai, Ristorante Marinelli, Berlin

Als der Meeresfrüchtesalat bestellt ist, drückt Schulz den Rücken durch und schaut einen feierlich an. Er hat einen Entschluss gefasst.

"Ab morgen ...", sagt er und blinzelt in die Abendsonne, "... ab morgen gibt es einen anderen Schulz." Es ist Sonntagabend, er ist vom Mövenpick quer über die Straßen zu seinem Stammtaliener gelaufen.

Es gibt Kritik an seinem Führungsstil. Er sei zu weich, zu verständnisvoll, nicht entschieden genug. Schulz wöhnt Gabriel und dessen Vertrauten Matthias Machnig dahinter, die ihn drängen, sein Team neu zu besetzen, am besten mit Machnig als neuem Wahlkampfleiter. Die Frage steht im Raum, ob Schulz die nötige Härte hat, um Bundeskanzler zu werden.

Ironischerweise betrifft dieser Vorwurf auch Schulz' zurückhaltendes Verhalten gegenüber Gabriel, der sich gerade fast täglich als Europapolitiker profiliert und damit viel Aufmerksamkeit vom Kandidaten abzieht. Eine Parteifreundin hatte Schulz gesagt: "Wenn du ihn nicht killst, killt er dich." Aber er will das nicht glauben.

"Die Leute lernen jetzt die andere Seite des lieben Martin kennen", sagt er, als der Meeresfrüchtesalat serviert ist. "Ich muss jetzt zeigen, was ich kann." Er haut entschlossen mit der Faust auf den Tisch. Seine Frau habe ihm mal einen Zettel auf dem Küchentisch liegen lassen, darauf der Spruch aus einem Büchlein mit Bauernregeln: "Wer sich bückt, reizt zum Schlag. Wer sich zum Lamm macht, den beißen die Wölfe." Daran würde seine Frau ihn oft erinnern.

"Entweder ich setz mich mit meinem Stil durch, oder ich bin der falsche Mann." Er glaube aber, dass seine Popularität auch darin bestanden habe, dass die Leute das Gefühl gehabt hätten: Das ist nicht der übliche Machtpolitiker. "Dann muss ich mich auch nicht verhalten wie ein üblicher Politiker."

Den Gabriel hat er jetzt gewarnt: Wenn der noch einmal was zu Europa sage, sei Schluss.

12. Juni, Willy-Brandt-Haus

Eines seiner größten Probleme sei, dass ihn seine Intuition verlasse, sagt Schulz am Besprechungstisch in seinem Büro. "Ich bin völlig verunsichert von all den Ratschlägen." Alle würden ihm ständig sagen, was er machen solle, sein Team, die Berater, die anderen Schwergewichte der Partei. "Ich bin hin- und hergerissen."

"So, und jetzt kommst du bitte in die ‚Brigitte‘-Stimmung", sagt seine Büroleiterin Natalie Hagemeister, die immer ein feines Gespür dafür hat, wenn der Chef ins Reich der Larmoyanz abzudriften droht.

Er soll jetzt vorbereitet werden auf einen Talk am Abend. Zwei Redakteurinnen der Frauenzeitschrift "Brigitte" werden ihn im Maxim Gorki Theater befragen. Es soll auch um den "Menschen Martin Schulz" gehen.

"Wat soll ich denn da?", fragt Schulz. Schnell wird ihm die Bedeutung erklärt: viele Medienvertreter. Merkel habe bei dieser Veranstaltung vor vier Jahren ein riesiges Presseecho gehabt.

Okay, sagt Martin Schulz. "Mein erster Satz wird sein: ein Mann, ein Wort. Eine Frau, ein Wörterbuch." War natürlich nur ein Witz. Der Talk am Abend verläuft dann weit charmanter, als die Widerborstigkeit am Nachmittag erahnen ließ. Über seine Frau Inge, die er vor 32 Jahren geheiratet hat, sagt er auf der Bühne: "Ich würde sagen, ich liebe sie fast noch mehr als damals."

Eine Woche später ist der Tisch in seinem Büro wieder mit Beratern gefüllt. Es soll eine Vorbesprechung für die große Parteitagsrede am kommenden Sonntag geben. Sie soll zum Wendepunkt im Wahlkampf werden. Auf dem Tisch stehen Fruchtspieße und Kekse.

Als Erstes wird die Frage diskutiert, wie scharf er Angela Merkel angreifen darf, es ist die Schlüsselfrage aller Wahlkämpfe gegen sie. Man habe da eindeutige Umfragedaten, sagt Hubertus Heil, der neue Generalsekretär: "Wenn du Merkel

angreifst, gehen viele Leute, die zwischen CDU und SPD schwanken, zu Merkel. Vor allem die Frauen."

Heil ist erst seit Kurzem an Bord. Nach einer Krebserkrankung von Erwin Sellering hatte Schulz eine größere Personalrochade vornehmen müssen.

Dann mache es wohl keinen Sinn, sich an Merkel abzuarbeiten, sagt Schulz. Einer seiner engsten Mitarbeiter aus Brüsseler Zeiten widerspricht: Man wolle doch, dass Martin wieder authentischer auftrete, so wie am Anfang. "Und ein authentischer Martin Schulz würde Merkel in irgendeiner Form attackieren. Alles andere wäre dieses Spindoktoren-Umfragen-geprüfte Vorgehen."

Das Bild, das man zeichnen wolle, sagt Sprecher Dünow, sei doch: "Du hast Energie, du hast Visionen, und Merkel hat weder Energie noch Visionen." Daher müsse unbedingt etwas Visionäres kommen, etwas wie die Forderung nach den Vereinigten Staaten von Europa. "So'n Wumms", sagt Dünow, damit die Leute sagen: "Das ist geil. Das ist der alte Martin, der den Mut hat zu Pathos, Mut zu großen Ideen. Und das ist eine Rede, die man von Merkel nie hören könnte."

Ihm habe neulich jemand, der Schulz im Fernsehen gesehen habe, gesagt: "Der sah so traurig aus, wann leuchtet der wieder?", erzählt Heil. "Wenn du mit den Visionen, über die wir gesprochen haben, wieder anfängst zu leuchten, dann ist das ein geiler Parteitag. Und dann brauchen wir das Ackern, die Schweißflecken. Du musst dir möglicherweise überlegen, ob du in der Halle dein Jackett da weglegst."

Und dann würde er gern noch die Geschichte der asymmetrischen Demobilisierung erzählen, sagt Schulz. Er spielt an auf den Rat eines Meinungsforschers an Angela Merkel, sich im Wahlkampf auf nichts festzulegen, ja nicht zu polarisieren. In seinem Stuhl sitzend, entwickelt Schulz nun einen zornigen Generalangriff gegen Merkel und die CDU, er redet sich in einen Rausch, die Wangen beben, beide Zeigefinger trommeln im Takt der Worte und Sätze auf die Tischkante. Redenschreiber Hirschnitz lässt sein Aufnahmegerät mitlaufen. Als Schulz fertig ist, sagt er: "Wenn du das so machst, dann steht der Saal."

Das sei gut, sagt einer am Tisch. "Du würdest sie damit ja auch relativ offensiv angehen."

"Ja, aber ohne dass ich sie persönlich attackiere. Im Gegenteil: Ich mach ihr sogar ein Kompliment für ihre Strategie." Und dann zu seinem Redenschreiber: "Hast du das jetzt mitgeschrieben?"

"Ich hab's aufgenommen."

"Ein Wunsch noch zum Schluss: Ihr kennt mich ja, ich muss frei sein, so wie eben. Wenn ich die Rede vom Blatt ablese, kannst du die Rede vergessen."

Drei Tage später sitzt die Runde wieder zusammen. Es gibt jetzt ein Manuskript, seine Mitarbeiter haben bis vier Uhr nachts daran gearbeitet. Schulz geht an sein Stehpult und trägt vor. Als er eine knappe Stunde später fertig ist, klopft die Runde auf den Tisch. Schulz aber lugt unsicher über das Pult, sein Blick sagt: Freunde, was ist das denn?

Fast alles Scharfe, Mutige, auch Riskante, das er drei Tage zuvor angeregt hatte, ist raus. Es ist nicht ganz klar, wie viele Abteilungsleiter hier am Werke waren, aber sie scheinen erstens ihren Kandidaten und zweitens die Gesetze des Wahlkampfs schlecht zu kennen. Den gewinnen eher selten die bravsten Herausforderer.

"Wo ist der Satz: Jeder glaubt, Merkel zu kennen, aber keiner weiß, wofür sie steht?"

"Unsere Forschung legt deutlich nahe, auf direkte Angriffe auf Angela Merkel zu verzichten", sagt Heil.

"Aber wir hatten am Sonntag auch gesagt, dass wir bereit sind, diesen Preis zu zahlen, um die gewünschte Emotionalisierung hinzukriegen", sagt Schulz' Mitarbeiter aus Brüsseler Tagen. Es ist genau der gleiche Dialog wie drei Tage zuvor.

"Also jetzt mal ganz ehrlich", sagt Schulz. "Das ist eine Regierungserklärung, aber keine Parteitagrede. Die Emotionalisierung, die ich auf dem Parteitag brauche, die krieg ich damit nicht rüber. Haben die Aufsichtsräte wieder alles rausgestrichen?"

Aufsichtsräte ist Schulz' Oberbegriff für alle Mitarbeiter, die zur Vorsicht raten, die ihn nicht so sein lassen wollen, wie er sein will.

Es heißt jetzt nicht mehr "Vereinigte Staaten von Europa", sondern "Vereinigte Demokratien von Europa", sagt Heil. Das sei besser. In der Bevölkerung gebe es da eine Ambivalenz.

Schulz ist verzweifelt, all die Einwände empfindet er als Versuch, ihn zu zähmen. Das mit der asymmetrischen Demobilisierung sei auch nicht drin. "Alles Sachen, die mir wichtig waren, warum ist das alles rausgeflogen?"

Schulz setzt noch mal zu einer Stegreifrede an: "Man kann das im Soziologendeutsch asymmetrische Demobilisierung nennen. Ich nenne es Aushöhlung der Demokratie." Er spricht dreimal von "Aushöhlung", dann schiebt er noch einen Satz hinterher: "Die sinkende Wahlbeteiligung vorsätzlich in Kauf zu nehmen ist ein Anschlag auf die Demokratie." Es ist der Satz, der später von seiner Rede hängen bleiben wird.

Er könne die Passage sogar an den Anfang stellen, sagt Schulz. Plötzlich ist die miese Laune verflogen, Euphorie flammt auf. "Damit steige ich ein! Das ist doch mal ein Intro. Was meinst du, was da los ist!"

"Wumm ist das", sagt einer.

"Da kocht der Saal direkt", sagt Redenschreiber Hirschnitz.

25. Juni, Dorint Hotel, Dortmund

Am Morgen vor der großen Rede sitzt er am Frühstückstisch und spielt seinem Team ein Video auf seinem iPhone vor. Es stammt aus einer österreichischen Satiresendung. Man sieht, wie die Staats- und Regierungschefs in Brüssel beisammenstehen, auch Merkel und Schulz. Mit Mickymausstimme werden ihnen absurde Dialoge in den Mund gelegt.

"Wisst ihr, was ich daran so toll finde?", fragt er, als das Filmchen vorbei ist. "Wesentlich inhaltsreicher sind die Gespräche dort tatsächlich nicht."

Die Partei hat eigens ein rotes Rednerpult mit dem SPD-Logo in die "Suite Mondrian" bringen lassen und neben der Zimmerpflanze positioniert. Schulz soll gleich ein letztes Mal seine Rede proben.

Alle sind da, nur einer aus seinem Team fehlt. Schulz fragt zimal nach, wo er denn sei. Als es klingelt, springt er auf und öffnet die Tür, aber es ist nur der Zimmerservice. Immer wenn es einem seiner Leute nicht gut geht, wühlt ihn das auf. Eigentlich rennt ihm die Zeit fürs Proben davon, aber er will nicht anfangen, bevor die Lage geklärt ist. Er sitzt schweigend da.

Dann ein Anruf. "Okay. Gott sei Dank. Er hat nur verschlafen."

"Jetzt entspannen", sagt Büroleiterin Hagemeister. "Und Rede üben." Alle gehen rüber ins Wohnzimmer, setzen sich auf Sofa und Sessel und hören ihm zu.

"Ich bin stolz auf alle, die an diesem Programm mitgearbeitet haben", beginnt er. Dann muss er aufstoßen. Das Frühstück. "Oops, kleines Bäuerchen zwischendurch", sagt Schulz.

Im Manuskript stehe ja auch "Pause", sagt sein Redenschreiber.

Unmittelbar bevor er zwei Stunden später ans echte Rednerpult tritt, fragt er Engels und Dünow noch einmal, ob er das wirklich sagen solle mit dem Anschlag auf die Demokratie. Beide raten zu.

Er hält die Rede, sagt den Satz, und 6000 Genossen auf den Rängen der Dortmunder Westfalenhalle jubeln ihm zu.

Am nächsten Tag, daheim in Würselen, hat Schulz die Medienlage studiert, obwohl er das angeblich ja nicht mehr macht. Einige Unionspolitiker kritisieren ihn heftig für seinen Satz vom "Anschlag auf die Demokratie". Das freut ihn. "Endlich gibt es Reibung", sagt er. "Ich hoffe, dass es ein paar Schwarze gibt, die sich dazu hinreißen lassen, mich persönlich zu beleidigen." Er habe aber auch genau registriert, dass sich niemand aus Merkels engstem Zirkel geäußert hat. Die würden auch jetzt an ihrer Strategie festhalten: Bloß nicht reagieren! Bloß nichts sagen! "Ich könnte der Merkel 'nen Lkw Mist vors Kanzleramt schicken, da würde die nicht reagieren", sagt Schulz.

Am nächsten Tag wird Merkel, angesprochen auf den Anschlag, sagen, dass sie Herrn Schulz ganz anders kennengelernt habe. Um dann alle Hoffnung auf Reibung mit zwei Wörtern zu beenden. "Schwamm drüber."

3. Juli, Willy-Brandt-Haus

Der Tisch in seinem Büro ist mit einem üppigen Frühstück gedeckt, darunter vier Schalen randvoll mit gebratenen Spiegeleiern, die von Teelichtern warm gehalten werden. "Ich fang dann mal an", sagt Schulz und pikt ein Ei auf seine Gabel.

Ein wichtiger Tag steht bevor. Um 13 Uhr wollen Angela Merkel und Horst Seehofer ihr Wahlprogramm vorstellen. Die wichtigsten Details sind bereits durchgesickert. Es geht jetzt darum, wie Schulz und die SPD auf das Programm reagieren.

"Haben wir den Mut zu sagen: Das ist abgeschrieben!", fragt Schulz. "Schlicht und einfach von uns abgeschrieben!" Er selbst plädiert dafür, alle anderen raten ab. Das sei Gejammer, sagt Heil. Das finde niemand draußen skandalös. Wenn er im Konrad-Adenauer-Haus säße, würde er sich genau diese Reaktion wünschen. Der Rest der Runde sieht es genauso. "Gut", sagt Schulz. "Sie haben zwar abgeschrieben, aber wir müssen so tun, als wäre all das zu 100 Prozent das Gegenteil von uns." Es widerspreche zwar seiner Überzeugung, aber okay.

Es ist das Grundproblem seiner Kampagne. Man muss die Unterschiede zwischen den Programmen von SPD und CDU mit der Lupe suchen. Die Abteilungsleiter des Willy-Brandt-Hauses haben dies auch mit Eifer getan, aber für eine feurige Kampagne ließ sich nicht genügend finden. Unter Merkels Führung ist die Union so weit nach links beziehungsweise ins Ungefähre gedriftet, dass sich mit klassischen sozialdemokratischen Inhalten, für die Schulz steht, kaum ein Kontrast erzeugen lässt.

Trotzdem soll er nun so tun, als gäbe es ihn. Schulz windet sich in seinem Stuhl, man sieht ihm an, wie unwohl er sich damit fühlt. Er war mit dem Wunsch angetreten,

ohne große taktische Spielereien auszukommen. Er wollte so reden, wie es seiner Überzeugung entspricht.

Bei der Pressekonferenz wird er später nichts von "Klauen" und "Abschreiben" sagen, sondern das Programm der Union so darstellen, als sei es eine große Gefahr für den sozialen Frieden im Lande. Er nennt es "unseriös", "ungerecht" und "unverantwortlich".

Drei Tage später erfährt Schulz abends die Ergebnisse des ARD-Deutschlandtrends. Zwei Wochen lang hatte es diese Umfrage nicht mehr gegeben. Die SPD hatte zuletzt, anders als die Konkurrenz, konkrete, durchgerechnete Reformpläne für das Renten- und Steuersystem vorgelegt und dafür sogar Anerkennung erhalten. Der Parteitag war ordentlich verlaufen. Es hatte nicht mal nennenswerte Pannen gegeben. Und Sigmar Gabriel hatte auf spektakuläre Interviews verzichtet.

Es müsse jetzt endlich ein bisschen nach oben gehen, hatte Schulz in den vergangenen Tagen oft gesagt. Wenigstens so ein bisschen. Wahlkämpfe leben von nichts so sehr wie vom "Momentum", dem Gefühl des Aufstiegs. In dieser Woche, davon waren er und sein Team ausgegangen, würde das Momentum zurückkehren zu Martin Schulz und der SPD.

"Das wäre so wichtig für die Psyche. Auch für meine Psyche." Er merke ja selbst, wie schwer es ihm falle, munter weiterzumachen, wenn es längere Zeit keine guten Nachrichten gegeben habe. Öffentlich mögen Politiker die Bedeutung von Umfragen herunterspielen. In Wahrheit gibt es nichts Wichtigeres.

Nun liegt das Zeugnis vor. Die SPD verliert einen Punkt und sackt auf 23 Prozent ab. Sie ist jetzt in etwa da, wo Schulz von Gabriel übernommen hatte. Die Union legt auf 39 Prozent zu. Auch im persönlichen Vergleich mit Angela Merkel ist er weiter zurückgefallen. Beliebtester Sozialdemokrat ist nun Sigmar Gabriel.

"Wir sind im freien Fall", sagt Schulz. Er spricht leise, lethargisch, als habe alles keinen Sinn mehr. "Vielleicht bin ich auch der falsche Kandidat." "Die Leute sind nett zu mir, aber sie sind es aus Mitleid. Das spüre ich schon seit einiger Zeit."

Nie zuvor hat er so niedergeschlagen, so antriebslos gewirkt. "Wie soll man das, bitte schön, in 80 Tagen drehen? Wenn ich nur wüsste, was ich falsch gemacht habe." Er sei ziemlich am Ende, gesteht Schulz. "Ich kann mich nicht aufreiben, wenn mir ein Motiv fehlt." Auf Nachfrage, welches Motiv er genau meine, sagt er: "Ich habe ja nicht den Hauch einer Chance."

Am nächsten Abend brennt in Hamburg das Schanzenviertel. Sein Parteivize, Bürgermeister Olaf Scholz, gerät in die Kritik, die Nation bewegt die Frage, ob Sozialdemokraten zu lasch bei der inneren Sicherheit sind. Dabei war es die Kanzlerin, die sich beim G-20-Gipfel in Hamburg mit den Mächtigen der Welt präsentieren wollte.

"Es ist immer irgendwas", flucht er am Dienstag nach den Krawallen im Auto zum Münchner Flughafen. Immer wenn er sich etwas vorgenommen habe, wie jetzt die Präsentation seines "Zukunftsplans" am kommenden Sonntag, komme etwas dazwischen. "Ich habe immer irgendein Ereignis, das mir da reinhaut."

Am Sonntag habe er daheim in Würselen zwei lange Gespräche geführt, die ihn sehr beschäftigt hätten, sagt er. Eins mit einem Freund, eins mit seiner Frau Inge. Der Freund sagte, dass Schulz jetzt anders wahrgenommen werde, weil er sich verändert habe. Frische und Unbefangenheit der Anfangszeit seien weg. Es komme ihm, dem Freund, vor, als hätten die Oberbedenkenträger, die in allem ein Risiko sähen, ihn fest in ihrer Hand.

"Er hatte recht", sagt Schulz im Rücksitz seines Wagens. Seine Stimme klingt kratzig und belegt vom ständigen Reden. Immer warne einer: Das kannst du so nicht sagen, da sind die Gewerkschaften nicht mit einverstanden. Oder: Dann kriegst du Schwierigkeiten mit der Bundestagsfraktion. Oder: Das musst du mit unserer Fachministerin abstimmen. Und so weiter.

"Man merkt dir an, dass du anfängst, an dir selbst zu zweifeln", habe Inge, seine Frau, gesagt. "Das stimmt auch", sagt Schulz im Auto. "Dieses Gefühl, dass eh alles vergeblich ist, und der Umstand, dass ich mich auf diese Übervorsicht eingelassen habe, haben zu einer Situation geführt, aus der ich mich nicht mehr befreien kann." Er zensiere sich inzwischen selbst, frage sich ständig: Ist das zu riskant?

Gestern Abend habe er eine Konsequenz für sich gezogen: "Ich habe mich da die ganze Zeit lähmen lassen. Damit ist jetzt Schluss. Ich mache es nur noch so, wie ich es für richtig halte."

Aber was ist richtig?

Im VIP-Wing des Flughafens angekommen, will seine Büroleiterin Natalie Hagemeister am Telefon ein neues Problem besprechen. Seine Sommerreise, das war der seit Langem ausgetüftelte Plan, soll ihn am Donnerstag ausgerechnet nach Hamburg führen. Für den Nachmittag hatte sein Team eine heitere Hafenrundfahrt geplant. Die würde nun seltsam wirken.

"Ich habe ein Pech", sagt Schulz, allein auf der Terrasse des VIP-Wings sitzend, als die Telefonate erledigt sind. "Wie kann man bitte so ein Pech haben? Ich habe regelrecht Scheiße am Fuß!" Er umklammert mit beiden Händen die Stirn und schüttelt den Kopf. "Ausgerechnet Hamburg!"

Als Jonas Hirschnitz, sein Redenschreiber, dazustößt, will er Schulz ein paar Fragen für den Fragebogen eines Gewerkschaftsmagazins stellen. Eine lautet, was sein Lieblingslied von den Beatles sei.

"Penny Lane", sagt Schulz. Sie suchen das Lied auf dem iPhone und spielen es laut ab. Schulz starrt auf das Telefon, dann kämpft er plötzlich mit den Tränen und muss mehrfach schlucken. Bis ihn die Dame des VIP-Service abholt und ihn im Auto an die Gangway fährt.

Auf dem Flug nach Köln wird er in der Businessclass erzählen, warum er vorhin so emotional war: Die Beatles seien die Kinder einfacher Leute gewesen, und mit "Penny Lane" hätten sie die Straße einer Arme-Leute-Gegend besungen. Alles, was man erlebe im Leben, so die Botschaft, gehe auf jene Straße zurück, aus der man stamme. Man könne seine Herkunft niemals ablegen.

Er habe an seine Eltern denken müssen, die auch ganz einfache, ehrliche Leute gewesen seien. Und dann an seine heutige Situation, wie er da als Kanzlerkandidat im VIP-Bereich rumhänge und vom Premierminister von Singapur, der zufällig auch dort

ist, spontan um ein Gespräch gebeten werde. "Mein Vater würde heute sagen: Was bist denn du für'n abgehobener Typ!"

Ein schmerzhafter Moment sei das gewesen.

15. Juli, Hotel Mövenpick, Berlin

Er bestellt Currywurst mit Pommes und Mayo, ein Gericht, das er dieser Tage immer öfter zu sich nimmt. Die strenge Diät, die er sich vor seiner Nominierung auferlegt hat, pausiert in diesen stressigen Wochen.

Am nächsten Tag wird er im Willy-Brandt-Haus seinen Zukunftsplan vorstellen. Das Tröstliche an Wahlkämpfen ist, dass es immer neue Chancen gibt. Es gibt immer neue Events, immer neue Reden, immer neue Ereignisse, die theoretisch die Stimmung drehen könnten. Der Zukunftsplan ist die nächste Chance.

Während des Abendessens soll er die dazugehörige Rede proben. Als er fertig ist, sind alle aus seinem Team begeistert. Ganz toller Text. Dann aber gehen sie die 13 Seiten Absatz für Absatz durch, es wird um jede Formulierung gerungen. Sogar Kommafehler werden in der Gruppe korrigiert.

"Leute, was macht ihr denn hier?", fragt Schulz irgendwann. "Ihr schreibt mir die ganze Rede um." Er drückt auf sein Handy, um die Uhrzeit zu sehen. Es ist halb elf. "Seit zehn Stunden hänge ich hier schon über diesem Ding. Ich will ins Bett." Aber auf Angebote, jetzt abzurechnen, geht er auch nicht ein. "Nee, wir ziehen das jetzt durch." Und bestellt noch eine Kirschaftschorle.

Es wird die beste Rede seiner Kandidatur. Er erhält endlich jene Aufmerksamkeit, die er sich all die Zeit erhofft hat. Viele Medien berichten positiv. Das Frühstück mit seinen Leuten am nächsten Morgen ist einer der euphorischsten Momente der Kampagne. "Wir sind zum ersten Mal in der Situation seit langer Zeit, wo es gestern gut gelaufen ist und wo wir heute Rückenwind haben", sagt Schulz. "Zum ersten Mal! Eigentlich müssten wir das Ding gestern als unseren Wahlkampfauftakt betrachten."

Man sei bei 20 Prozent gestartet. Wenn jetzt gewählt würde, käme man auf 25 Prozent. "Das Gefühl, das Ding ist noch nicht gelaufen, gibt es da draußen tatsächlich."

Als das Gespräch wieder mal auf die Frage kommt, wie man Angela Merkel angreifen könne, läuft eine Sekretärin ins Büro: "Martin, das Telefonat mit der Kanzlerin wäre jetzt möglich."

"Ich komm rüber!", ruft Schulz mit halb vollem Frühstücksmund. Er springt umgehend auf und läuft zur Tür. Seine Leute schauen ihn verdutzt an. "Zum Geburtstag. Ich ruf die schnell an." Weiter fragende Blicke. "Ja, ich bin ein höflicher Mensch."

"Aber erst runterschlucken", rät Hagemeister. "Sag ihr, sie solle ihren letzten Geburtstag im Amt genießen", ruft ihm der Schatzmeister nach.

"Und, hat sie sich gefreut?", fragt Sprecher Dünow, als Schulz zurückkommt.

"Ja. Sie war erstaunt, glaube ich. Hat sie nicht mit gerechnet." Er macht sie mit hoher, kieksender Stimme nach: ",Hach, dass Sie mich anrufen. Und dann auch noch so früh." Ein bisschen wirkt er stolz dabei.

19. Juli, Willy-Brandt-Haus

Der Meinungsforscher Richard Hilmer hat eine Powerpoint-Präsentation in Schulz' Büro vorbereitet. Er hat interessante Studien dabei, die verständlicher machen, wie der Schulz-Hype im Frühjahr entstehen und wieder enden konnte. Schulz lässt die Jalousien runterfahren, er will besser sehen und besser verstehen.

"Die neue Klientel war die alte Klientel der SPD, die verloren gegangen ist", sagt Hilmer. Millionen Menschen, die sich vor allem nach der Agenda 2010 abgewandt hätten. Diese Leute hätten kurzzeitig zurück zur SPD gefunden, seien jetzt aber wieder weg.

Schulz geht dazwischen. "Aber warum haben wir sie enttäuscht, die Leute?" Es ist die Schlüsselfrage seiner Kampagne. Das große Rätsel.

"Weil ... das ist, weil das ist ..." Hilmer zögert. Wie soll er das sagen. "Das ist sozusagen wie ..." Dann fällt ihm ein Vergleich ein. "Das ist wie eine kleine Pflanze, die man eben auch wirklich gießen muss", sagt er. "Das ist ja eine lang gewachsene Enttäuschungserfahrung gewesen." Mit der Person Schulz sei dann zum ersten Mal wieder ein Hoffnungsschimmer aufgetaucht: "Da ist jemand, der versteht uns, der spricht unsere Sprache, der kennt unsere Probleme. Das hat ja immerhin zwei Monate getragen."

Als Schulz Kandidat wurde, sahen viele Menschen in ihm einen anderen Politikertypus, sensibel, leidenschaftlich, volksnah, gradlinig und unverstellt. Er war ein angenehmer Kontrast zu den Machtpolitikern herkömmlicher Prägung. Zugleich schien es, als könnte er die SPD wieder mit sich selbst versöhnen. Als könnte er ihre Glaubwürdigkeit als aufrechter Anwalt der unteren Hälfte der Gesellschaft wiederherstellen. Dass er die Agenda vorsichtig infrage stellte, passte in dieses Bild. Spätestens als der Agenda-Kanzler Gerhard Schröder als Stargast des Parteitags sprach, blieb von diesem Eindruck wenig übrig.

"Was hab ich falsch gemacht?", fragt Schulz nun vor der Powerpoint-Präsentation. "Was hab ich falsch gemacht?" Pause. "Ich hab mich ja nicht verändert. Ich hab auch meine Rhetorik nicht verändert."

Ja, aber man hätte dann rasch etwas sehr Konkretes nachschieben müssen, sagt Hilmer, was mit dem Zukunftsplan ja endlich geschehen sei. Es bedeutet, dass Schulz nicht schnell genug nachgegossen hat. Dass er kurzzeitig einen Eindruck erweckte, den er mittelfristig nicht hielt.

"Kann man das noch nachholen, oder ist das zu spät?", fragt er. "So 'ne Enttäuschung, die sitzt jetzt erst mal", sagt Hilmer. Diejenigen, die sich heute als Unentschiedene betrachteten, seien aber theoretisch zurückzugewinnen.

Es gibt auch gute Nachrichten. Der Europachart. Die Zuwendung zu Europa sei massiv gestiegen. Vor zwei Jahren hätten nur 34 Prozent der Bürger gesagt, dass die Vorteile der Europäischen Union überwögen. Jetzt seien es 64 Prozent.

Schulz zeigt auf die Grafik, auf die plus 30 Prozent, die elektrisieren ihn, der 22 Jahre lang im Europäischen Parlament saß, fünf Jahre als Präsident. "Ich muss davon profitieren."

Er würde gern mal offen eine Frage erörtern. Er spricht stockend, was jetzt kommt, treibt ihn um. "Ich habe hier weitgehend Strukturen übernehmen müssen, die von jemand anders geschaffen wurden." Er meint das Willy-Brandt-Haus und Sigmar Gabriel. "Ist leider so." 1998 habe es auch eine Situation gegeben, bei der nicht klar war, welcher von zwei denkbaren Kandidaten ins Rennen gehen würde, Oskar Lafontaine oder Gerhard Schröder. Franz Müntefering habe damals zwei verschiedene Kampagnen vorbereitet, inhaltlich wie optisch zum jeweiligen Kandidaten passend. Es habe zwei Strukturen für den Wahlkampf gegeben. "Wir sind hier reingekommen mit einer gewissen Verspätung und einer Struktur, die nicht auf mich zugeschnitten war, sondern auf jemand anders. Das hab ich auch nicht gleich erkannt in dem Moment, als ich übernommen habe."

Schulz erkennt zu spät, welcher Geburtsfehler seiner Kandidatur zugrunde lag. Als er in die Küche kam, waren kaum Zutaten da – und kaum ein Hilfskoch, den er kannte. In der Euphorie des Anfangs fiel das aber nicht weiter auf.

Die ersten Wochen sei er unbekümmert durch das Land gezogen, erklärt Schulz nun. Sei einfach losmarschiert und habe erzählt, was ihm auf dem Herzen lag. "Ich hab da einfach so losgebabbelt."

Und damit die Stimmung gut getroffen, ergänzt Hilmer.

"Und je länger das dauerte, desto mehr wurde ich verwandelt in so einen Apparatschik. Dann wurde mir gesagt: Du musst mit dieser Europanummer aufhören, das ist ja jetzt kein Europawahlkampf. Du darfst auch nicht der Europafuzzi sein, sondern der Bundeskanzler. Das ist meiner Meinung nach zu einhundert Prozent das Gegenteil von dem, was ich tun müsste."

Heil und Hilmer bestätigen ihn.

"Ja, warum rede ich dann nicht drüber?"

"Weil man dir eingeredet hat, dass du nicht der Onkel aus Brüssel sein darfst", sagt Heil, der zu jenem Zeitpunkt noch nicht an Bord war.

Am Ende ist Schulz zufrieden, er fühlt sich bestätigt. Hilmer hat ihm quasi die Erlaubnis verschafft, den ungehemmten Europäer rauszulassen.

20. Juli, eine Limousine, Paris

"Boah, bin ich fertig", sagt Schulz, als er kurz vor Mitternacht ins Auto steigt. Er hat Emmanuel Macron getroffen, hat Interviews gegeben, mit dem Eiffelturm im Hintergrund. Für einen Tag durfte er wieder der große Europäer sein, der er lange war und im Herzen noch ist. Es wäre schön gewesen, wenn das auch in den Abendnachrichten des Fernsehens gezeigt worden wäre. Wurde es aber nicht. Gezeigt wurde Sigmar Gabriel mit seinen Drohungen gegen die Türkei.

Auf der Fahrt zum Flughafenhotel liest Schulz nun auf seinem Handy einen Bericht von SPIEGEL ONLINE. Der Tenor: Gabriel habe ihm die Show gestohlen mit der Türkei. "Der SPD-Kanzlerkandidat hatte am Vortag den Stopp der EU-Hilfen für die Türkei verlangt, auch die Gespräche über die Ausweitung der Zollunion sollen auf Eis gelegt werden", liest Schulz laut. "Das waren klare Worte eines Wahlkämpfers. Wirklich wahrgenommen wurde Schulz damit nicht. Gabriel wirkte, wie so oft in jüngerer Zeit, durchschlagskräftiger. Wieder einmal wurde die Frage aufgeworfen: Wer ist Koch, wer ist Kellner?"

Schulz hört auf zu lesen. "Der übliche Scheiß. Na ja, gut, ist egal. Werde ich auch noch überleben."

Gabriel habe sich eigentlich korrekt verhalten. Man habe das gestern abgesprochen, dass Schulz als Erster Forderungen gegenüber der Türkei stelle und Gabriel sie heute aufgreife. "Aber es hätte natürlich keinen objektiven Grund für ihn gegeben, auch noch seinen Urlaub abubrechen." Das verlieh der Angelegenheit eine gewisse Dramatik und war nicht abgesprochen.

Gabriel sei eben, wie er sei, sagt Schulz und blickt aus dem Fenster in die Pariser Nacht. Die Konsequenz laute nun, dass er sich absetzen und nichts Gemeinsames mehr mit Gabriel machen dürfe.

Immer wieder leidet Schulz in diesem Wahlkampf unter dem Verhalten seines Freundes. Er unterstellt ihm keine bösen Absichten, er weiß ja, dass Gabriel einen Erfolg der SPD genauso braucht, um politisch zu überleben. Aber er verzweifelt zugleich daran, dass der Freund sich partout nicht disziplinieren kann und immer wieder jene Scheinwerfer auf sich zieht, die eigentlich auf den Kandidaten gerichtet sein müssten.

Anfang August gibt es neue Probleme. Eine Abgeordnete der Grünen im niedersächsischen Landtag ist zur CDU gewechselt. Der rot-grünen Regierung ist die Mehrheit abhandengekommen. Es wird Neuwahlen geben. Die Abgeordnete war beleidigt, weil ihr Kreisverband sie nicht als Kandidatin nominiert hatte. Es hat rein gar nichts mit Schulz und der SPD zu tun, aber in den Zeitungen steht genau das. CDU-Generalsekretär Peter Tauber erklärt: "Das zeigt einmal mehr: Rot-Grün kann einfach nicht verlässlich regieren."

"Da hab ich mir gesagt: Jetzt reicht's", sagt Schulz beim Abendessen mit seinem Team. "Jetzt ist es genug. Die lernen mich jetzt mal von einer ganz anderen Seite kennen. Diese Mischpoke darf dieses Land nicht regieren. Jetzt lernt mich die Republik als Kampfschwein kennen."

Alle um ihn herum nicken erleichtert. Sie, die sich Tag und Nacht um seine Gemütsverfassung sorgen, mögen diese Momente des Aufbegehrens. Es habe immer wieder Momente in seinem Leben gegeben, sagt Schulz, in denen es ihm gelungen sei, den Schalter umzulegen. Er schnippt mit den Fingern in der Luft. "Wo ich sage: Jetzt ist Schluss! Jetzt zeige ich meine Stärke. Und dieser Moment war vergangenen Freitag. Dass da irgend so 'ne Trulla von den Grünen überläuft, und wir sollen schuld sein! Also nee, das läuft jetzt hier so nicht."

17. August, Willy-Brandt-Haus

Das Mittagessen, Currywurst mit Pommes und Mayonnaise, logisch, wird heute, wie so oft in diesen Tagen, am Besprechungstisch eingenommen.

"Ihr macht aus mir 'nen richtigen Kasper, wisst ihr das?", sagt Schulz, als ihm das Programm für seinen restlichen Tag erklärt wird. "Ich hab keine Lust. Ich will nach Haus."

"Sonst alles gut?", fragt seine Büroleiterin.

"Wie alles gut? Nix ist gut."

Für die schlechte Laune sorgt diesmal Gerhard Schröder. Der Altkanzler soll Aufsichtsrat beim russischen Ölkonzern Rosneft werden, alle Zeitungen sind voll mit Berichten vom gierigen Russen-Gerd. Und wieder heißt es: Riesenproblem für Schulz. Am Morgen hat Schröder nachgelegt und den künftigen Posten in der Schweizer Zeitung "Blick" verteidigt.

"Dieser Schröder, der geht mir auf den Senkel", sagt Schulz vor sich hin. "Mannomannomann. Jetzt muss ich mich den ganzen Tag wieder zum Schröder äußern."

Wenn es einen roten Faden seiner Kampagne gibt, dann ist es das fehlende Fingerspitzengefühl oder besser: die Rücksichtslosigkeit seiner diversen Vorgänger. Die Zeit und Energie, die Schulz den Herren Schröder, Steinbrück und Gabriel widmen muss, hätte er jedenfalls sinnvoller nutzen können. Von all den negativen Schlagzeilen für die SPD ganz zu schweigen. Solidarität, die Basis des sozialdemokratischen Weltbildes, scheint bei ehemaligen Spitzengenossen nicht allzu stark entwickelt zu sein.

Schulz ärgert sich jetzt, dass er Schröder im Juni als Redner nach Dortmund geladen hat. Dabei hatte er es doch nur gut gemeint. "Ich habe als langjähriger Freund alles unternommen, um diesen Mann mit der Partei zu versöhnen. Bin auf ihn zugegangen, hab ihn auf den Parteitag eingeladen. Gegen Widerstände im Präsidium. Und dann so was. Echt ey!" Und dann komme jetzt noch dieses Gespräch mit der "Blick". "Völlig deppert, der Kerl."

22. August, eine Limousine, kurz vor Trier

Seit gestern ist er auf Tour. 41 Kundgebungen wird er bis zum Wahltag bestreiten. Gestern Bremen. Gleich Trier. Auf der Fahrt zieht er das Manuskript seiner Rede aus der Mappe. "Wir mussten kürzen, weil ich gestern zu viel dazugedichtet habe", sagt Schulz. "Aber was ich dazugedichtet hab, hat den meisten Beifall bekommen. Tja, ist so."

Dann trägt er die Rede einmal laut vor und fragt seine Personenschützer vorn im Wagen, ob es ihnen gefallen habe.

Kurz vor der Autobahnausfahrt erhält er eine SMS eines Mitarbeiters mit einem Foto vom Ort der Veranstaltung, die Bühne steht direkt vor der Porta Nigra. "Ich empfehle, fünf Minuten vor Ankunft alles auszublenden. Augen zu und entspannen. Dann auf die Bühne und krachen lassen. Wetter ist gut. Rede ist gut. Tag zwei Aufholjagd." Schulz schaut gerührt auf sein Handy. "Der ist so süß. Der ist so nett!"

Kurz vor der Porta Nigra eine weitere SMS, diesmal vom Demoskopien im Willy-Brandt-Haus. "Plus ein Prozent bei Forsa!", ruft Schulz begeistert, um gleich zu erläutern, was das bedeutet: 24 Prozent bei Forsa seien wie 26 in echt. "Schon die zweite Woche in Folge einen Punkt mehr. Das ist doch nicht schlecht."

Wenn ständig schlechte Nachrichten auf einen einprasseln, erhalten die wenigen positiven eine umso größere Bedeutung. Sie wirken wie Antidepressiva gegen die Strapazen und das Gefühl von Vergeblichkeit. Auch wenn Schulz bisweilen in emotionale Löcher sackt, schafft er es immer wieder, sich selbst zu begeistern.

Dass er nicht Bundeskanzler wird, weiß er inzwischen. Aber er hofft noch immer auf 27 oder gar 28 Prozent. "Also insgesamt steigt die Stimmung für uns", sagt er. Und wenn das Foto stimme, das er gerade bekommen habe, dann sei da richtig was los in Trier. Das Foto stimmt.

Drei Tage später Katastrophenstimmung. Im Frühstückssaal seines Frankfurter Hotels sitzt er minutenlang am Tisch, ohne ein Wort zu sagen. Das kommt sonst nie vor. Die neuen Umfragen von ARD und ZDF sind da. In beiden sinkt die SPD um zwei Prozentpunkte, jetzt auf 22 Prozent. Es hört nie auf. Der ganze Elan, den er die Woche über angesammelt hatte, gespeist aus den ersten Reden auf Marktplätzen, aus einer

einzelnen Forsa-Umfrage (plus ein Prozentpunkt!) und einem ordentlichen Schuss Selbstsuggestion, ist erloschen.

Man könne nichts beschönigen, sagt Schulz. "Die Lage ist beschissen." Er versteht es nicht. "Da kommen Tausende Leute gestern nach Essen, und dann kriegst du solche Umfragen serviert!" Er schüttelt den Kopf. "Ich steh vor einem Rätsel."

Er steht auf und läuft in einen Besprechungsraum, wo zwei Reporter von Radio FFH für ein Interview warten. Erste Frage: Die SPD liege nach dem Höhenflug zu Jahresbeginn laut jüngster Umfrage wieder bei 22 Prozent. Habe Schulz vielleicht mitbekommen.

Habe er mitbekommen, ja, sagt der Kandidat. "Aber die Sonntagsfrage interessiert mich nicht", sagt Schulz. "Mich interessiert nur die Sonntagsfrage am 24. September." Das hatte kurz zuvor noch etwas anders gewirkt.

28. August, Willy-Brandt Haus

Schulz hat einen Zettel zur obligatorischen Montagsrunde mit seinem Team mitgebracht, darauf ein paar Bitten. Er brauche mehr Personal auf seiner Tour. Er reise mit einem Referenten und einem Pressesprecher. Das sei alles. "Ich meine, ich soll der Kanzlerkandidat sein, der Angela Merkel herausfordert, und laufe da allein durchs Land." Er klingt erschöpft, kurzatmig, verzweifelt. Es sei auch kein Platz für frische Hemden und Anzüge. "Ich hab in Bochum ausgesehen wie ein nasser Aufnehmer. Und dann weiter zum nächsten Termin. Da würd ich gern mal ein frisches Hemd anziehen und die Krawatte wechseln. Das macht ja viel aus." Aber dafür brauche er auch den Platz. Die Personenschützer seien nett, die würden seine Anzüge in ihren Kofferraum packen, der aber voll sei mit Knarren, Schutzwesten und Koffern. "Da wird dann die Kalaschnikow auf meinen Anzug gelegt, und der Anzug sieht dann aus, als wäre ich in einer Arrestzelle gewesen."

In der vorigen Woche seien zudem drei verschiedene Pressesprecher an seiner Seite gewesen. "Ich muss mich immer auf einen neuen einstellen. Das geht nicht,

Leute." Man brauche in so einer Situation auch ein bisschen Betreuung. "Ich bin ja keine Maschine. Deshalb meine einzige Bitte: Stattet mich stärker aus! Mehr nicht."

Am Abend soll Schulz in Salzgitter reden, im Wahlkreis von Sigmar Gabriel. Die "Bild"-Zeitung hat am Samstag ein Interview mit Gabriel veröffentlicht. Die Redakteure hatten ihm zwei Fotos hingehalten, eines von Martin Schulz, eines von Gabriel und seiner Tochter Marie. "Wen würden Sie wählen?", fragte "Bild". Und Gabriel wählte natürlich seine Tochter.

Das ganze Wochenende erreichten Schulz empörte SMS: Wie man so instinktos sein könne! Dann schrieb er selbst eine SMS an Gabriel, dass es jetzt genug sei. Das Interview selbst sei ja hervorragend, aber die Bildersprache! Da müsse er Profi genug sein.

"Jetzt bin ich ausgerechnet heute Abend in Salzgitter", sagt Schulz am Tisch. Die Journalisten würden natürlich spüren, dass da was sei. Er werde vorher noch mal mit Gabriel reden. Es sei ein absolutes Muss, dass er sich heute Abend in den Dienst der Sache stelle. Das gelingt nur bedingt: "Der Außenminister kocht den SPD-Kanzlerkandidaten während einer Kundgebung in Niedersachsen rhetorisch ab", schreibt später die "Welt".

1. September, ein Studio in Berlin

Die nächsten zwei Tage soll er in einem abgeschiedenen Raum für das große TV-Duell trainieren. Schulz steht vier Moderatoren-Darstellern gegenüber. Neben ihm an einem Stehpult steht eine Frau, die seit Wochen dafür trainiert, an diesen zwei Tagen Angela Merkel zu sein. Sie macht das perfekt, sie sagt alles, was Schulz zur Weißglut treiben könnte.

Mit ihrer Art, Schulz ständig recht zu geben, die SPD zu loben und niemals konkret zu werden, wirkt sie wie eine Satire auf die Kanzlerin, aber zwei Tage später, beim echten Duell, wird sich zeigen, dass sie ziemlich realistisch auftritt. Schulz muss oft lachen. Oder er schüttelt den Kopf. So wird das zwei Tage lang gehen.

Als ein Moderator über "terroristische Gefährder in Deutschland" redet, geht Schulz sarkastisch dazwischen: "Die sind übrigens alle Mitglieder der SPD. Alles eingetragene Mitglieder."

"Ich denke, das Thema ist zu wichtig, als dass man zynische Bemerkungen dazu machen sollte", kommentiert die Merkel-Darstellerin trocken von der Seite.

"Jajaja, wenn die Sonne lacht, hat's die CDU gemacht. Gibt es Eis und Schnee, war's die SPD", ruft Schulz empört. "Wenn so was kommt, dann flippe ich aus."

Es ist nur ein Training, es geht um nichts, er ist umgeben von Darstellern und Freunden, aber Schulz ist ernsthaft erbost. Ihm fehlt der Filter.

Merkels Schlussstatement lautet: "Herr Schulz sagt, er möchte Kanzler werden. Ich sage, ich möchte Deutschland dienen."

"In Ewigkeit, amen", ruft Schulz, verlässt seinen Stehtisch und läuft auf seine Mitarbeiter zu. "Ich glaube, ich brauche noch ein bisschen Distanz."

Für die Manöverkritik setzt man sich am Tisch zusammen, bei Currywurst mit Pommes. "Wir sind ja jetzt in einer entscheidenden Phase des Wahlkampfes", sagt Schulz. "Deshalb muss das Ding am Sonntag sitzen." Am wichtigsten sei, dass er ausgeschlafen und ausgeruht sei. Gerade sei er physisch leider völlig am Ende. "Wenn ich ausgeruht bin, bin ich auch ein charmanter Mensch." Unterstelle er einfach mal. "Wer von euch jetzt widerspricht, kriegt ein paar aufs Maul." Großes Gelächter.

Er brauche ein Mittel, wie er seinen Zorn auf Merkel bremsen könne. Alle am Tisch sagen, dass das gerade bei Frauen ganz schlecht ankomme. Sie raten dringend zum maßvollen Umgang mit Merkel.

Schulz sagt, dass das eines der größten Probleme seines Lebens sei. Sein Vater, geboren 1912, hatte drei Söhne und zwei Töchter. Für ihn habe es keinen Unterschied zwischen den Kindern gegeben. Er habe die Söhne sonntags spülen lassen, und die Mädels konnten gehen. "Es gibt keine Unterschiede, so bin ich erzogen worden." Er selbst habe nie einen Unterschied zwischen Mann und Frau gemacht, weil er diesen Geschlechterunterschied hasse. Er stelle aber fest: "Behandelst du eine Frau so, wie du

einen Mann behandelst, dann hast du ein Problem. Wenn ein Mann mir blöd kommt, sage ich: Wie kommst du mir denn? Und wenn mir 'ne Frau blöd kommt, sage ich das Gleiche. Kommt mir aber 'ne Frau blöd, und ich sage ihr: Was kommst du mir so blöd, sagen alle: So kannst du doch nicht mit einer Frau umgehen."

Dieses Problem lässt sich vor dem TV-Duell aber leider nicht mehr lösen. Im zweiten Durchlauf ist er sehr viel vorsichtiger, disziplinierter, höflicher. Aber es ist auch ziemlich langweilig.

"Ha! Zehn Stunden geschlafen!" Mit diesen Worten und einer geballten Faust betritt er am nächsten Morgen das Studio. Er wisse jetzt, was er als Schlussstatement bringen werde. "Ich singe. Oder ich spiele Tuba mit der Krawatte." Er hält seinen Schlips an den Mund, spielt mit der Spitze Tuba und macht dazu Trötbewegungen. Die Laune ist deutlich besser als am Vortag. Das nächste Probeduell beginnt.

Zunächst ist er gut drauf, dynamischer, konzentrierter als am Vortag. Mit der Zeit wird er wieder aggressiver und ungehaltener gegenüber der Merkel-Darstellerin. An einer Stelle bezichtigt er sie einer dreisten Lüge. Die Berater am Rande schütteln den Kopf. Viel zu aggressiv. Die Panik steigt. Nur noch 30 Stunden bis zum echten Duell.

Nach 53 von geplanten 90 Minuten bricht Schulz ab. "Das bringt nichts. Ich bin nicht gut drauf."

Die Berater hatten geahnt, dass es schwierig würde. Aber so kompliziert hatten sie es sich nicht vorgestellt. Sie ziehen sich mit ihm in eine Ecke zurück, um das Problem zu erörtern. Krisengipfel.

"Ich musste unterbrechen, weil ich die Aggression nicht bewältigt kriege", sagt Schulz. Die Merkel-Darstellerin macht ihre Sache hervorragend. Aber sie ist eben nur eine Merkel-Darstellerin. Es gibt keinen zwingenden Grund, sich tatsächlich über sie aufzuregen.

Er hatte darauf gesetzt, dass er die Wahl mit Emotionen gewinnen werde. "Ich bin emotional, die Merkel nicht", hatte er immer wieder gesagt und glaubte, damit einen

Vorteil zu beschreiben. Nun sind es gerade seine Emotionen, die ihm schaden, die ihm im Wege stehen.

Es wird beschlossen, einen Spaziergang zu machen, obwohl es regnet. Runterkommen. Puls senken. Mit Schirm spaziert Schulz 20 Minuten lang über einen alten Friedhof in der Nachbarschaft. Die Probe kann weitergehen.

Plötzlich wirkt er wie ausgewechselt. Souverän, selbstbewusst, schlagfertig, sogar charmant. Als die Runde durch ist, springt ein Berater von seiner Bank auf, läuft zu Schulz und klatscht mit ihm ab. Alle sind erleichtert.

"Ich muss das Umfeld da im Studio tatsächlich ausblenden", sagt Schulz. "Ich muss mich ganz auf meine Botschaften konzentrieren." So richtig gelingt ihm das nicht beim echten TV-Duell, was auch an einer seltsamen Themenauswahl der Moderatoren liegt.

"Ich bin schon zufrieden, wenn ich uns nicht blamiert habe", sagt Schulz nach dem Duell auf der Fahrt vom Studio ins Hotel. "Wenn es heißt, dass ich die SPD würdig vertreten habe."

Auf seinem Zimmer telefoniert er noch eineinhalb Stunden mit seiner Frau. Die sei so begeistert gewesen, erzählt er später. Aber als sie dann die Blitzumfragen gesehen habe, die Merkel als Siegerin auswies, habe sie das ganz niedergeschlagen gemacht. Sie sei immer sehr kritisch mit ihm, aber das habe sie nicht verstanden. Da habe er ihr gesagt: "Schatz, das Volk sagt halt, was es denkt. Was willst du da machen? Das ist so."

Die Blitzumfragen prägen auch die Nachberichte, obwohl die ARD-Umfrage schon nach der Hälfte der Zeit abgeschlossen wurde. Der einhellige Tenor ist ferner, dass kaum Unterschiede zwischen den Kandidaten sichtbar geworden seien und Schulz zu zahm gewesen sei. Wie man inzwischen weiß, war gerade dieser Eindruck der Grund, warum beide Volksparteien in den letzten drei Wochen an Zustimmung verloren.

Als Schulz gleich zu Beginn des Duells gefragt wurde, ob er noch immer der Ansicht sei, Angela Merkel verübe einen "Anschlag auf die Demokratie", antwortete er plötzlich, dass dies eine Parteitagsformulierung gewesen sei, die er so nicht wiederholen

würde. Später bedauert er das und sagt, er hätte zu der Formulierung stehen sollen. "Das war, weil mir in der ganzen Vorbereitung gesagt wurde: Attackier sie nicht! Habe ich dann in dem Moment gedacht: Na ja! Aber war ein Fehler. War ein echter Fehler."

Ein paar Tage nach dem Duell sitzt er im Zug nach Braunschweig und führt ein Interview mit Zeitungsjournalisten. "Mann, hab ich mich gerade aufgeregt", sagt er, als die Reporter in Wolfsburg ausgestiegen sind. Er ist verzweifelt über den Verlauf des Interviews. "Da stellst du Zukunftsprojekte vor, zum Beispiel die Digitalisierung von Schulen. Und da fragen die: Warum haben Sie das denn bisher nicht schon gemacht?" Drei- oder viermal sei die Nachfrage gekommen: Die SPD sei jetzt schon so lange an der Macht, warum ist das nicht längst geschehen? "Da meinte ich, ich sag Ihnen jetzt, warum: Wir sind dick, doof, faul und gefräßig. Und blöd. Wir haben alles verpennt. Und jetzt ist uns aufgefallen, dass wir dick, dumm, faul und gefräßig sind. Und deshalb wollen wir jetzt alles ändern." Kurze Pause: "Mannomannomannomann."

Er hängt völlig durch in seinem Sitz, fast, als läge er. Er presst die Fingerkuppen vor Anspannung aufeinander. "Wenn wir diese Woche keine Bewegung in die Umfragen kriegen, dann ist das Ding gelaufen. Dann müssen wir uns damit abfinden, dass wir das Ding verloren haben. Das muss man nüchtern sehen."

Die nächsten Umfragen wird es am Donnerstag geben. Noch hat er Hoffnung, dass das Duell etwas bewirkt habe. Bei den Unentschlossenen habe er schließlich besser abgeschnitten als Merkel. Bei den Jüngeren auch. "Wenn wir jetzt auf 25 Prozent gehen und ich hätte dann in den letzten zwei Wochen die Chance, mit einer Zuspitzung ein bis zwei Prozent hinzuzugewinnen, dann ist es ja gut. Nur wenn sich da jetzt nichts bewegt oder wir, was ich auch nicht ausschließe, absacken, dann bricht, glaube ich, unsere Kampagne ein." Warten auf Donnerstag.

Am Donnerstag sitzt er vor seiner Kundgebung mit seinem Team im Restaurant "Esszimmer" in Marburg. Noch sind die Zahlen nicht da. "Wenn wir das jetzt nicht gedreht kriegen, dann laufen uns die Leute davon", sagt er wieder. "Ich kann mich auch nicht lächerlich machen. Ich muss da jeden Tag erklären, dass ich Kanzler werden will,

und jeder weiß: Der wird niemals Kanzler. Die Leute finden mich peinlich, die lachen doch über mich."

"Nein, es lacht keiner über dich", widerspricht Dünow. Er habe noch nie so viel Unterstützung und Sympathie für einen Spitzenkandidaten in schwieriger Situation gesehen wie bei Schulz. "Du hast für diese Partei mehr geleistet als viele Vorsitzende zusammen. Und das in wenigen Monaten. Da kannst du stolz drauf sein."

Aber Schulz ist nicht nach Stolzsein zumute. Erst als das Essen serviert wird, steigt die Stimmung langsam wieder. "Leute, ihr müsst mir zwischendurch auch mal zugestehen, dass ich das rauslasse", sagt er später. "Ich muss doch irgendwo auch mal mit meinen Gefühlen und meiner Belastung hin. Ich kann das doch nicht die ganze Zeit nur meiner armen Frau Inge erzählen."

Während Schulz darüber redet, dass alles aus sei, wenn es in den heutigen Umfragen nicht nach oben gehe, bekommen seine Leute das Ergebnis des Deutschlandtrends aufs Handy geschickt. 21 Prozent. Minus zwei Prozentpunkte. Ende der letzten Hoffnungen. Sie werfen sich gegenseitig Blicke zu, aber sie zeigen ihm die Zahlen nicht. Nicht jetzt. Schlechter Moment. Er wird sie erst nach der Kundgebung in Marburg erfahren.

10. September, Willy-Brandt-Haus

Heute will die Partei etwas Innovatives probieren. Schulz will zwei Wochen vor der Wahl vier Punkte verkünden, die für ihn nach der Wahl unverhandelbar sind. Die Grünen und die FDP machen das eine Woche später ähnlich, allerdings mit großer Show auf einem Parteitag.

Die SPD stellt ihren Kandidaten hingegen vor eine Kamera im Willy-Brandt-Haus, setzt ein paar Leute unmotiviert in seinen Rücken und macht einen Livestream. Vor dem Haus steht eigens ein Übertragungswagen, das Projekt kostet richtig Geld. Leider ist der Text so schlecht vorbereitet, dass er in letzter Sekunde noch

umgeschrieben werden muss. Und dann fällt zu Beginn der Ton aus. Es wird dann nicht der große Aufschlag.

14. September, Rathaus, München

Es geht immer weiter runter im Deutschlandtrend. 20 Prozent, gerade frisch reingekommen. Er steht im Münchner Rathaus und soll jetzt raus auf den Marienplatz, den Leuten zurufen, dass er Bundeskanzler werden wolle. Aber er geht erst mal zur Toilette. Eine Minute lang habe er allein dagestanden, so erzählt er es später, habe sich einmal ordentlich durchgeschüttelt und sich dann gesagt: So, jetzt gehst du da raus, zeigst den Leuten, dass du dich nicht geschlagen gibst. "Ich bin depressiv aufs Klo gegangen und kampfeswillig zurückgekommen."

Er hält eine mitreißende Rede, die Leute feiern ihn. Niemand ahnt, wie es in ihm aussieht.

Eine Stunde später kauert er frierend im Sitz einer kleinen Propellermaschine. Er hat den Kopf ans Kabinfenster gelegt, seine Arme umklammern den Oberkörper, die Augen geöffnet, aber leer der Blick. Ein Mitarbeiter findet eine leicht abgewetzte Wolldecke und legt sie ihm über Schoß und Beine. Schulz mummelt sich ein. Er sitzt da wie ein Häufchen Elend und sagt lange nichts.

Seine Mitarbeiter wissen, dass dies ein harter Flug wird. Pressesprecher Dünow hat am kleinen Kiosk in der Abfertigungshalle sicherheitshalber eine Jumbopackung Gummibären und eine Jumbopackung Colorado gekauft. Sie loben ihn für seine Rede eben auf dem Marienplatz. "Ja, 20 Prozent sehen das auch so", brummt Schulz.

Er kriege die Sachen einfach nicht zusammen: Auf den Plätzen super Stimmung. Man habe die zentralen Themen in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gestellt. Aber es rühre sich nichts in den Umfragen.

"Ich will mir nicht vorwerfen lassen, ich hätte nicht alles gegeben", sagt er, als die Maschine in den finsternen Himmel steigt. "Ich gebe sogar noch mehr, als ich kann." Kurze Pause. "Ich meine, das hat ja was Demütigendes. Du reißt dir den Arsch auf und

kriegst ständig den Stinkefinger gezeigt." Die Unermüdlichkeit, mit der er trotz all der Rückschläge und Widrigkeiten weitermacht, fällt bald selbst jenen auf, deren Geschäft sonst die Häme ist. Wer weiß, wie tief die SPD ohne die Standhaftigkeit ihres Kandidaten noch gefallen wäre.

Gegen 22 Uhr landet der Flieger in Schönefeld. Noch in der Luft surren die Handys. Es gibt gleich zwei gute Nachrichten. Ein Personenschützer zeigt ihm, dass der 1. FC Köln 1:0 im Europa-League-Spiel bei Arsenal London führt. Schulz ballt die Faust. Dann erhält er eine SMS von seinem Demoskop. Die Forschungsgruppe Wahlen wird die SPD morgen bei 23 Prozent ausweisen, drei Prozentpunkte höher als Infratest. Als Schulz aus dem Flieger steigt, wirkt er beinahe ausgelassen. Der 1. FC Köln verliert an diesem Abend noch mit 1:3.

18. September, ARD-Wahlarena, Lübeck

"Seid ihr zufrieden?"

Er sitzt auf einem schwarzem Ledersessel im mit weißen Tüchern abgehängten VIP-Bereich und blickt seine Entourage an. 75 Minuten in der Wahlarena der ARD liegen hinter ihm. Die Runde ist sich einig, dass es Schulz' bester TV-Auftritt bislang war. Ärgerlich, dass es auch der letzte ist.

Er war konzentriert, charmant, angriffslustig, pointiert. Er hatte klare Botschaften zu allen relevanten Themen der Partei. Seine Sprache kam ohne die blutleeren Parteiprogrammsätze aus. Er hatte eine Frau, die jedes Vertrauen in die Politik verloren hatte, mit leidenschaftlichen Worten dazu gebracht, ihm zu vertrauen. Er wirkte wie befreit. Es war, als stünde dort, kurz vor dem traurigen Ende, noch einmal der unbekümmerte Schulz vom Februar.

Später im Restaurant lesen sie sich gegenseitig die Berichte in den Onlinemedien vor. "Geht da noch was?", lautet eine der Schlagzeilen. "Haben wir die diesmal bezahlt, oder was ist los?", fragt sein TV-Coach. "Durch die Bank nur Lob für dich. Das haben wir noch nie gehabt." Endlich hat etwas genau so funktioniert, wie man es geplant und

erhofft hatte. Es herrscht Freude, fast Übermut. Schulz ist selbst vom Essen begeistert, Lachs mit Bratkartoffeln. "Exzellent. Einmalig. Also ich bin von den Socken."

Dann wird überlegt, ob man in den letzten Tagen noch ein großes Ding drehen könne. Einen großen Auftritt. Irgendwas Überraschendes.

"Ja, was soll'n wir denn noch machen?", fragt Schulz. Alle grübeln. Dann macht er selbst einen Vorschlag. "Ich fliege morgen nach Washington und treffe den Trump."

Am Ende teilt man sich noch eine Packung Lübecker Marzipan. "So, ab in die Heia jetzt", sagt Büroleiterin Hagemeister. Am nächsten Morgen geht sein Flieger um 7.45 Uhr. Nicht nach Washington, sondern nach Stuttgart.

24. September, Wahltag, Flughafen Berlin-Schönefeld

Um 15 Uhr trifft Schulz am Flughafen Schönefeld ein. Er steht vor seinem Wagen, schaltet sein Handy an. Es dauert einen Moment, dann sieht er auf dem Display die Frühprognosen der Meinungsforscher. Es ist, nun auch offiziell, das Ende seiner Kanzlerträume.

Es ist nicht seine Schuld, dass er den europaweiten Trend nicht umkehren konnte, wonach viele der Sozialdemokratie nicht mehr zutrauen, die richtigen Antworten auf das Zeitalter der Digitalisierung zu haben. In den knapp 200 Tagen, die er nun Parteivorsitzender ist, ist das nicht zu leisten, erst recht nicht in den irren Zeiten des Wahlkampfes. Vielleicht wäre ein Kandidat mit weniger Stehvermögen und Leidenschaft in dieser Stimmungslage sogar noch sehr viel tiefer ins Ziel gekommen.

Es ist auch nicht seine Schuld, dass Berater und Abteilungsleiter ihm ständig Ratschläge erteilten, die weder zu seinem Naturell noch zu seinen Ansichten passten. Die Frage ist nur, warum er viele dieser Ratschläge tatsächlich annahm. Warum er sich nicht früher emanzipierte. Oder darauf drängte, von echten Profis umgeben zu sein, die zu ihm passten. Als treuer, harmonieliebender Mensch fiel es ihm schwer, Menschen zu enttäuschen. Um Bundeskanzler zu werden, so bitter das klingt, muss man dazu aber bereit sein. Angela Merkel war und ist es jedenfalls.

Er starrt auf das Handy, schüttelt den Kopf, dann steigt er in den Wagen.

Auf dem kurzen Weg vom Flughafen in die Parteizentrale vollzieht er eine ähnliche Wandlung wie zwei Wochen zuvor auf der Toilette des Münchner Rathauses. Er steigt als gescheiterter Kanzlerkandidat ein und als markiger Oppositionspolitiker wieder aus.

Vielleicht passt diese Rolle besser zu ihm, gerade zu seinem Naturell. Er hätte zu viel von dem, was in ihm schlummert, unterdrücken müssen, um auch nur annähernd so kühl und diszipliniert zu wirken wie Angela Merkel, jene Bundeskanzlerin, an deren Stil sich viele Deutschen gewöhnt haben.

Distanziertheit und Kühle mögen im Alltag nicht die sympathischsten Eigenschaften sein, in der Politik aber werden sie mit Professionalität verbunden. Wenn es um den Job des Bundeskanzlers geht, ziehen die meisten Bürger den Eindruck von Professionalität der Emotionalität vor.

Je länger der Wahlabend dauert, desto befreiter wirkt Schulz. Er muss keine Rolle mehr spielen, muss weniger Rücksichten nehmen. Das sind keine schlechten Voraussetzungen, um in rauen Zeiten die Oppositionspartei Nummer eins anzuführen – gegen eine Kanzlerin, die zu lange von der Opposition geschont wurde. Und gegen eine AfD, die bislang glaubte, als einzige die nicht immer abgezirkelte Sprache des Volkes zu sprechen.

Die SPD werde von nun an Oppositionspartei sein, verkündet er selbstbewusst auf der Bühne des Willy-Brandt-Hauses und wird dafür bejubelt. Der Auftritt ist einer seiner emotionalsten und stärksten der letzten Monate.

Kurz darauf beschimpft er Merkel in der Elefantenrunde als "die größte Verliererin" der Wahl und nennt sie einen "Ideenstaubsauger". "Frau Merkel hat einen Wahlkampf geführt, der skandalös war." Mit ihrer Strategie der systematischen Verweigerung von Positionen sei "ein Vakuum" entstanden, das die Populisten ausgefüllt hätten. Sein Auftritt erinnert an die Proben zum TV-Duell – bevor seine Berater ihn zur Mäßigung drängten. Nur dass ihm an diesem Abend keine Dummy-Merkel gegenübersteht, sondern die echte.

"Da hab ich wohl den missmutigen Dreckhammel gegeben", sagt Schulz später beim Abendessen mit seinem Team. "Aber das musste heut Abend mal sein."

Nach der Sendung gibt er der Frau, die er eigentlich ablösen wollte, kurz die Hand und verschwindet ohne ein weiteres Wort. Er läuft auf den nächstbesten Aufzug zu, aber er darf nicht einsteigen, eine Frau verweigert ihm den Zutritt: "Dieser Aufzug ist für die Frau Bundeskanzlerin reserviert."

"Ach so, klar, da kann das gemeine Volk natürlich nicht mitfahren", sagt Schulz. "Ich nehme dann den normalen Aufzug."

Armer Hund!

Verformte Schädel, schwache Herzen, krumme Hüften – was hat der Mensch aus seinem besten Freund gemacht?

Von Björn Stephan, DIE ZEIT, 21.09.2017

Wenn ihr dieser Arzt jetzt nicht hilft, wird Bella ersticken, dabei ist sie erst zwei Jahre alt. Gerhard Oechtering betritt den Operationssaal der Universitätsklinik Leipzig. Oechtering, einer der weltbesten Hals-Nasen-Ohren-Spezialisten, trägt wie immer Mundschutz, mintgrüne OP-Kleidung, einen weißen Kittel.

»Und wen haben wir heute?«, fragt Oechtering. Um ihn herum fiepen Apparate, auf einem großen Flachbildschirm sind die Bilder des MRT zu sehen: ein Kopf in Scheibchen, von der Seite, von vorne.

»Bella aus Hemhofen«, sagt eine der Assistentinnen, während Oechtering sich auf seinen OP-Stuhl fallen lässt. Er ist ein großer, schwerer Mann, 60 Jahre alt, mit Vollbart und kurzem grau meliertem Haar, das mal rot war. Draußen jault ein Patient, der gerade aus der Narkose aufwacht.

Vor ihm liegt Bella. Sie hat alle viere von sich gestreckt, der Rachen ist mit einem Stab aufgesperrt, die Zunge hängt schlapp heraus, in ihren Augen ist nur das Weiße zu sehen. Aus einem Tropf sickert Betäubungsmittel in ihr Blut, durch einen Tubus pumpt Luft. Die Assistentin reicht Oechtering einen langen, dünnen Metallstab, auf dessen Kopf eine winzige Kamera montiert ist. Oechtering schiebt ihn vorsichtig in Bellas Rachen. Je weiter die Kamera in Bella vordringt, vorbei am Gaumensegel und am Kehlkopf bis in die Luftröhre, desto enger wird es. Wie bei einem Trichter aus rosafarbenem Fleisch.

Oechtering brummt zufrieden, als habe er genau das erwartet. Es ist ein Bild, das er Tausende Male gesehen hat. Bellas Rachen ist zu schmal, ihr Gaumensegel zu groß, sie hat Säckchen am Kehlkopf, die dort nicht hingehören. »Da kommt keine Luft mehr durch«, sagt Oechtering. Er zieht den Metallstab aus dem Rachen, die OP-Schwester reicht ihm das Skalpell.

Bella ist ein Mops, apricotfarbenes Fell, zwei Jahre und drei Monate alt, 9,2 Kilogramm schwer. Sie leidet unter Brachyzephalie, was so viel bedeutet wie Kurzköpfigkeit.

Die meisten Möpfe und Französischen und Englischen Bulldoggen haben diese Deformation, auch manche Boston Terrier oder Pekinesen. Ihre Schädel sind verformt, ihre Atemwege zu eng. Sie bekommen zu wenig Luft, um ihre Körpertemperatur zu regulieren, was besonders gefährlich ist, wenn die Temperatur über 25 Grad Celsius steigt.

Oechtering, mit dem Skalpell in der Hand, sagt: »Jeden Sommer sterben mehrere Hundert kurzköpfige Hunde an Überhitzung.«

Schuld daran ist der Mensch.

Die Züchter haben den Hunden die Nasen genommen und damit die Luft. Sie kreuzen sie so, dass sie auch erwachsen noch aussehen wie Kinder. Sie stauchen die Köpfe zum Quadrat, sie kürzen die Schnauzen, bis sie platt sind, sie verkleinern den Oberkiefer und lassen die Augen aus dem Kopf quellen. Qualzucht nennt man diese Form der Zucht. Sie produziert Hunde, die dem Menschen besonders gut gefallen und sich deshalb besonders gut verkaufen.

8,6 Millionen Hunde gibt es Schätzungen zufolge in Deutschland. Zwei Drittel davon sind Rassehunde. Fast alle von ihnen, große und kleine, haben Erbkrankheiten, die vom Menschen verursacht wurden.

Der Schäferhund hat eine verkürzte Lendenwirbelsäule und leidet unter Hüftgelenksfehlstellung. Der Bassett unter einer chronischen Bindehautentzündung. Pudeln springt häufig die Kniescheibe heraus. Bei Chihuahuas schließt die Herzklappe

nicht richtig. Labradore neigen zu Netzhautschwund, Grauem Star und Epilepsie. Golden Retriever haben oft falsch gewachsene Gelenke, Dackel Bandscheibenvorfälle und Dobermänner einen schwachen Herzmuskel. Kein anderer Hund aber ist so krank wie der Mops.

Gerhard Oechtering hatte früher zwei Irish Setter, Jagdhunde mit rotbraunem Fell, schnell und wendig, einen Mops würde er sich nie kaufen. Nicht weil er ihn nicht leiden kann, sondern weil er mit ihm leidet. »Es gibt keinen einzigen gesunden Mops«, sagt er.

Viele Möpse haben neben der Brachyzephalie auch eingerollte Augenlider, zu weite Lidspalten und verdrehte Zähne, sie bekommen regelmäßig Hautkrankheiten und Hirnhautentzündungen. Im Grunde ist der Mops kein Hund, sondern ein Patient.

Die Besitzer der zweijährigen Bella wussten all das. Warum haben sie sich dennoch für einen Mops entschieden?

Noch am Vorabend der OP hatten Eva und Thomas Kuntschnik überlegt, den Termin abzusagen. Die Operation kostet 2800 Euro, für die Kuntschniks ein ganzer Jahresurlaub. Aber das war nicht der Grund. Sie hatten Angst, Bella könnte während des Eingriffs sterben. Auch wenn das laut Oechtering so gut wie nie vorkommt.

Am Morgen sind sie dann doch um 4.45 Uhr in ihren VW Polo gestiegen und von Hemhofen, einer kleinen Gemeinde in der Nähe von Nürnberg, nach Leipzig gefahren, zu Professor Oechtering.

Als Bella ein Welpe war, erschien sie den Kuntschniks gesund. Sie wollten unbedingt einen Mops. Möpse sind gutmütig und liebenswert, sie beißen selten, bellen kaum, brauchen wenig Auslauf. Sie sind die perfekten Hunde für die moderne urbane Gesellschaft.

Die Kuntschniks kauften Bella für 1100 Euro von einem Züchter, der ihnen versicherte, seine Möpse seien gesund. Bellas Schnarchen und Röcheln fanden sie süß.

Dann wurde Bella größer und das Röcheln stärker. Es klang, als sei ihr Rachen voller Schleim.

Eines Tages sackte Bella in sich zusammen, einfach so. Sie bekam keine Luft mehr, sie musste würgen, drohte zu ersticken.

Die Tierärztin gab Bella Kortisonspritzen und Kortisontabletten, beides half nur kurzfristig. Zwei weitere Male brach sie zusammen, sie konnte nicht länger als zehn Minuten laufen.

Wenn es warm war, hechelte sie schon nach wenigen Hundert Metern wie ein Läufer nach einem Marathon. Sie traute sich nicht mehr, sich zum Schlafen hinzulegen, weil sie spürte, dass dann Gewebe ihren Kehlkopf zudrückte und keine Luft mehr in ihre Lungen kam. Völlig übermüdet, nickte Bella manchmal im Stehen ein.

Vor der Operation in der Leipziger Klinik führt eine von Oechterings Assistentinnen Bella zur Computertomografie, vorher soll sie noch eine Beruhigungsspritze bekommen. Als Bella in der Tür verschwindet, schluchzt Eva Kuntschnik laut auf und wirft sich weinend in die Arme ihres Mannes. »Bella ist wie ein Kind für mich«, sagt sie später mit einem Taschentuch in der Hand.

Im Operationssaal riecht es nach verkohltem Fleisch. Oechtering operiert Bella schon seit zwei Stunden. Da er ihren gestauchten Kopf nicht verlängern kann, muss er im Inneren Platz schaffen. Er schneidet der Luft den Weg frei.

Oechtering hat Bellas Gaumensegel gekürzt und vernäht. Er hat ihre Mandeln entfernt und mit einem Laser, 1000 Grad heiß, Durchmesser 0,4 Millimeter, die Säckchen am Kehlkopf weggebrannt, das rosa Fleisch verfärbte sich erst weiß, dann wurde es braun, wie ein Schnitzel in der Pfanne. Oechterings Hände blieben ruhig. Er hat diese Operation schon 1500-mal durchgeführt. Es ist die Oechtering-Methode, er selbst hat sie entwickelt.

Der Mensch behandelt den Hund nicht wie einen Hund, sondern wie einen Menschen

Zum Schluss schneidet er Fleisch aus Bellas winzigen Nasenlöchern, Blut rinnt heraus. Eine Schwester steckt eine Tamponade in jedes Nasenloch. Dann ist Oechtering fertig.

Am Nachmittag, als Bella, noch ganz benommen, aus der Narkose aufwacht, sitzt Oechtering eine Etage höher in seinem Büro. Er sagt, voraussichtlich könne Bella in zwei, drei Tagen zum ersten Mal richtig atmen und ihre Wunden müssten in zwei, drei Wochen verheilt sein. Oechtering gähnt, er sieht müde aus. Zu viele Operationen.

Oechterings Patienten – die meisten sind Möpse und Französische Bulldoggen – kommen aus der halben Welt zu ihm, aus den USA, England, Schweden, Griechenland, Frankreich, Italien. Wenn es sich nicht um Notfälle handelt wie bei Bella, müssen sie drei Monate auf einen Termin warten. Die Hälfte der Hunde operiert er, weil sie keine Luft mehr kriegen.

Vor 20 Jahren, sagt Oechtering, reichte es noch, einen Keil aus dem Nasenflügel zu ritzen, jetzt muss er auch den Knorpel dahinter entfernen und Gewebe aus dem Rachen. Die Köpfe der Hunde werden immer kürzer. Die Hunde leiden immer mehr. Oechtering sagt: »Der Mensch lebt seit 15 000 Jahren eng mit dem Hund zusammen. Und seit 150 Jahren macht er ihn krank und kaputt.«

Alle Hunde stammen vom Wolf ab, der 90 Kilo schwere Mastiff genauso wie der ein Kilo schwere Chihuahua. Vor 20 000 bis 40 000 Jahren, genauer können es die Wissenschaftler nicht sagen, begann der Mensch, Wölfe zu zähmen. Die Wölfe lebten in der Nähe menschlicher Siedlungen, sie warnten den Menschen, wenn sich andere Raubtiere näherten, sie begleiteten ihn auf die Jagd. Der Mensch belohnte den Wolf und gab ihm Fleisch. Es war der Beginn einer symbiotischen Beziehung, beide profitierten. Der Mensch bekam Schutz, der Wolf Futter.

Vor 15 000 Jahren wurde aus dem Wolf der Hund. Es ist nicht ganz klar, wie das passierte, vermutlich aber begann der Mensch, Wolfswelpen aufzuziehen und zu züchten. Der Mensch kannte damals noch keine Viehzucht, er hielt sich weder Rinder noch Schafe, der Hund war das erste Haustier des Homo sapiens, er ist ein vom Menschen geschaffenes Wesen.

Kein anderes Tier versteht es so gut, den Menschen zu verstehen, ihn zu lesen, seine Gesten und Gesichtsausdrücke zu interpretieren, seinen Wünschen zu folgen. Kein

anderes Tier würde einen Artfremden, den Menschen, über einen Artgenossen stellen – nur der Hund tut das.

Mensch und Hund eroberten gemeinsam die Welt. Auf jedem Kontinent mit Ausnahme der Antarktis gibt es heute Hunde, insgesamt 500 Millionen.

Der Mensch hielt den Hund als Wach- und Schutzhund, als Hirten- und Jagdhund, er nahm ihn mit zur Arbeit und in den Krieg. Das Aussehen war nicht so wichtig, der Hund sollte gesund sein und dienen. Der Mensch behandelte ihn wie ein Tier.

Auch heute gibt es noch Polizei- und Rettungshunde, Drogenspürhunde, Blindenhunde, Lawinenhunde. Manche Hunde sind sogar in der Lage, in menschlichem Urin Blasenkrebs zu riechen. Andere können vor einem epileptischen Anfall warnen oder bei Diabetikern vor Unterzuckerung.

Und dennoch scheint es so, als habe sich die Beziehung zwischen Mensch und Hund verändert. Als profitiere nur noch einer: der Mensch. Er behandelt den Hund nicht mehr wie einen Hund, sondern wie einen Menschen, und merkt nicht, dass er ihn damit quält.

Er trägt ihn auf dem Arm oder in Taschen. Er kauft ihm Biofutter und Frischfleisch vom Schlachter und Hundepralinen aus Hundeschokolade. Er bringt ihn zum Hundeyoga, in Hunde-Kitas und in Hundehotels, zum Hundefriseur und zur Hundepediküre. Er zieht ihm Jäckchen an, gibt ihm Antidepressiva oder Hundebier und schaut mit ihm DogTV.

Es ist eine pervertierte Liebe. Je kränker und bedauernswerter der Hund wird, desto mehr verwöhnt ihn der Mensch. Der Mensch liebt den Hund zu Tode. Und der Hund kann sich nicht wehren.

Uschi Ackermann, Kajalagen und schwarz gefärbtes Haar, ist beinahe 70 Jahre alt, sie trägt Leggings und sehr viel pinkfarbenen Lippenstift. Dabei steht sie nur am Rand der Bühne. In der Mitte, im Scheinwerferlicht, thront Sir Henry auf einem mit weißem Kunstleder bezogenen Stuhl. Wie ein satter, in die Jahre gekommener Popstar.

Sir Henry, elf Jahre alt und neun Kilo schwer, das Fell beigefarben, ist, sofern man Ackermann glaubt, »Deutschlands berühmtester Mops«. Besonders schön ist er, ehrlich gesagt, nicht: Er ist übergewichtig und fast zahnlos, er hat Haarausfall und zu lange Krallen, er schnarcht und röchelt und kriegt so schlecht Luft wie alle Möpfe.

Rund 30 Fans und genauso viele Möpfe sind gekommen. Gleich beginnt Sir Henrys Autogrammstunde.

Ein Hund als Star? Hier auf der Supreme Heimtiermesse am Stadtrand von München, zwei Tage, 4500 Besucher, scheint das niemanden zu wundern. Aussteller verkaufen Biobachblüten und Backmischungen für den Hund. Heilpraktiker, Osteopathen, Physiotherapeuten und Akupunkteure haben Stände aufgebaut. Vier Frauen in glitzernden Smokings tanzen mit ihren Hunden zu dem Song Soul Man von den Blues Brothers, Dog Dancing nennt sich das.

Sir Henry sitzt währenddessen schwer atmend auf seinem Stuhl. Er knurrt nicht, als seine Fans der Reihe nach auf die Bühne steigen und sich mit ihm fotografieren. Er bellt nicht, als fremde Möpfe neben ihn gesetzt werden. Uschi Ackermann, die eigentlich Ursula heißt, aber Uschi sympathischer findet, steht daneben und signiert Sir Henrys neuestes Buch mit dem Titel Ein Mops, ein Buch. Sir Henry kann ja nicht schreiben. Er ist ja nur ein Hund. Wobei man sich nicht immer so sicher sein kann, dass Uschi Ackermann das genauso sieht.

Sir Henry hat 12 541 Fans auf Facebook, er macht Werbung für Hundebetten, Hundedecken und Hundechips. Er hat einen Ernährungsberater und 80 Outfits, darunter ein schwarzer Smoking und eine Lederhose. Zwei Jahre lang erschien unter seinem Namen eine Kolumne in der Münchner Abendzeitung. Es gibt drei Bücher von Sir Henry, darunter ein Kochbuch, es gibt Kosmetiktaschen mit seinem Konterfei drauf und Fruchtgummi-Möpfe von Haribo, die aussehen wie Sir Henry, in den Geschmacksrichtungen süß, extrasauer und scharf. Hinter alldem steckt Uschi Ackermann, die früher PR-Chefin eines großen Kosmetikunternehmens war.

Als Sir Henrys Autogrammstunde sich nach einer halben Stunde dem Ende zuneigt, sitzt Ackermann zufrieden vor der Bühne. Über ihrem Dekolleté baumelt ein

Anhänger, der aussieht wie Sir Henry. Es ist ihre neueste Idee: eine auf 333 Exemplare limitierte Serie aus Meissener Porzellan, handbemalt, für 699 Euro das Stück.

Ackermann sagt: »Möpfe sind liebevoll, treu und sensibel. Sie haben alle Eigenschaften, die man sich von einem Mann wünscht.«

Vor zwei Jahren starb ihr Mann Gerd Käfer, der sich mit Kaviar und Champagner zum König der Münchner Kir-Royal- Gesellschaft serviert hatte. Seitdem ist Ackermanns rauschendes Leben langsamer geworden, sie hat viel hinter sich gelassen: den Glamour, die Partys, die Villen in Wiesbaden und auf Sylt, das Chalet in Kitzbühel.

Nur ihre beiden Möpse seien ihr geblieben, sagt Ackermann, neben Sir Henry gibt es noch das Julchen. Mit ihnen lebt sie in einer Wohnung in München, nahe der Isar, in der es nur so wimmelt von Mopsbildern, Mopsfiguren, Mopsskulpturen. Sie sei süchtig nach dem Mops, sagt Ackermann. Nach dieser 2000 Jahre alten Rasse, die einst am chinesischen Kaiserhof gehalten wurde und später in Europa alten Baronessen geschenkt wurde, wenn sie zu vereinsamen drohten.

Uschi Ackermann liebt ihren Sir Henry. Daran besteht kein Zweifel. Aber liebt Sir Henry auch Uschi Ackermann?

Für viele Menschen ist die Beziehung zu ihrem Hund eine große, wahre Liebesgeschichte. Der Hund braucht den Menschen und seine Zuwendung. Und der Mensch braucht den Hund und das, was er für dessen Liebe hält.

Diese Liebe hängt nicht vom Alter ab, vom Aussehen oder von der Größe des Autos. Dem Hund ist egal, ob ein Mensch Abitur hat oder einen Hauptschulabschluss, ob er arm ist oder reich, alt oder jung, schön oder hässlich, dick oder dünn. Die Liebe eines Hundes ist vorurteilslos. Das macht sie für viele so wertvoll, gerade in Zeiten, in denen man sich auf Internetplattformen wie Parship, Facebook und Instagram zur Schau stellt, um nicht einsam zu sein. Der Hund lässt dich nicht allein. Aber wie bei jeder großen, wahren Liebe birgt auch diese die Gefahr, dass man die Vernunft vergisst und zu sehr liebt. Dass man den anderen so innig umarmt, dass er nicht mehr atmen kann und erstickt.

Der Konzern Fressnapf verkauft Tierfutter und -zubehör, ihn hat die Liebe des Menschen zum Hund reich und groß gemacht. In Krefeld im Schatten der Rheinbrücke liegt die Unternehmenszentrale. 1100 Menschen arbeiten hier, einer von ihnen ist Katrin Zimmermann, die im zweiten Stock des Backsteingebäudes empfängt. Sie selber hat keinen Hund, aber wenn sie aus dem Fenster ihres Büros schaut, sieht sie die umzäunte Wiese, auf der die Fressnapf-Angestellten mit ihren Hunden spielen können.

Zimmermann, 41 Jahre alt, dunkler Blazer und dunkles kurzes Haar, ist Brand-Managerin, das heißt, sie entwickelt Marken, die »Real Nature« oder »Select Gold« heißen. Fressnapf gibt 15 Eigenmarken heraus, Zimmermann nennt sie Fressnapf-Marken, weil »Eigenmarke« billig und nach Aldi klingt.

Dabei ist das Unternehmen genau das, was Aldi für Lebensmittel ist oder Media Markt für Elektrotechnik: ein Discounter mit günstigen Angeboten und Märkten, die bis zu 1500 Quadratmeter groß sind. 879 Märkte gibt es in Deutschland, 499 weitere im übrigen Europa, in Italien, Frankreich, Polen, Ungarn, Dänemark, Belgien, Irland, Luxemburg, Österreich, der Schweiz. Im vergangenen Jahr erzielte Fressnapf einen Rekordumsatz von 1,9 Milliarden Euro.

Katrin Zimmermann sagt: »Bei Fressnapf steht die weibliche Zielgruppe im Fokus.« Frauen kaufen bei Fressnapf ein, oder sie sagen ihren Männern, was sie einkaufen sollen. Gerade hat Zimmermann gemeinsam mit ihren Kollegen eine neue Eigenmarke entwickelt: »Dogs Creek«, eine Outdoor-Marke für Hunde, was genauso absurd ist, wie es klingt.

Mit »Dogs Creek« will Fressnapf endlich auch Männer erreichen, mit ausklappbaren Näpfen und Hundedecken, die zusammengerollt werden können wie Schlafsäcke. Robust, hochwertig und funktional sollen die Produkte sein, sagt Zimmermann. »Eine Art Jack Wolfskin für den Hund.«

Es ist das Fressnapf-Konzept: Zimmermann und ihre Kollegen schauen, welche Trends es für den Menschen gibt. Sie sehen, dass viele Menschen gerne Kleidung von Jack Wolfskin oder The North Face tragen. Dann überlegen sie, wie sie die »Produkte

aus dem Humanbereich«, wie Zimmermann es nennt, in Produkte für den Hund umwandeln können.

Der Konzern orientiert sich an den Menschen, nicht an den Hunden. Denn es sind ja die Menschen, die die Produkte für ihren Hund kaufen. Was nicht zwingend heißt, dass es tatsächlich Produkte für den Hund sind:

Weil Menschen auf ihr Gewicht achten, verkauft Fressnapf Diätfutter für Hunde.

Weil Menschen sich um ihre Verdauung sorgen, verkauft Fressnapf glutenfreies Futter oder Futter für ernährungssensible Hunde.

Weil Menschen gern schön sind, verkauft Fressnapf den »Pet Balance Pfotenpflege Balsam« mit Bienenwachs für Hunde oder das »Beaphar Fell-Glanz Spray« mit Macadamiaöl.

Weil Menschen es gern trocken haben, verkauft Fressnapf den »Buster Regenmantel«.

Weil Menschen gern auf Nummer sicher gehen, verkauft Fressnapf die »Trixie Hunde-Schwimmweste«.

Weil Menschen gern gut riechen, verkauft Fressnapf die »Ergo Dual Brush«-Zahnbürste und die »bogadent Dental Creme Mint 100 g« mit Mintgeschmack gegen Mundgeruch.

Weil Menschen sich gern gesund ernähren, verkauft Fressnapf Futter wie »Happy Dog Supreme Sensible Toscana« mit Entenprotein und Lachsmehl, mit Leinsamen, Holunderfrüchten, Artischocke, Löwenzahn, Bohnenkraut, Majoran, Ingwer, Rosmarin, Salbei, Thymian, Birkenblättern, Brennnessel, Anisfrüchten, Basilikum, Fenchelfrüchten, Holunderblüten, Lavendelblüten, Koriander, Kamille, Ulmenspierkraut und Süßholzwurzel.

Nur auf veganes Hundefutter verzichtet Fressnapf bislang.

Der Werbespruch von Fressnapf lautet »Happier Pets, Happier People«. Es wirkt jedoch, als sei die Reihenfolge genau umgekehrt: Erst kommen die Menschen, dann die Tiere.

Fressnapf, Marktführer in Europa und weltweit die Nummer drei, ist mit diesem Konzept sehr erfolgreich. Der Konzern wächst und wächst, in den kommenden fünf Jahren sollen 800 weitere Märkte in Deutschland, Italien, Frankreich und Polen eröffnen, für 2017 ist ein neuer Rekordumsatz angepeilt.

Das Geschäft mit der Tierliebe ist krisensicher. Weder die Finanz- noch die Euro-Krise konnten Fressnapf etwas anhaben. Es ist, als würde der Mensch lieber hungern, als das Tier darben zu lassen.

Wobei man da unterscheiden muss, denn im Grunde gibt es zwei Arten von domestizierten Tieren. Für die einen geben die Deutschen sehr wenig Geld aus, für die anderen sehr viel.

Da sind die Nutztiere, die Millionen Schweine, Rinder und Hühner, die in zu enge Ställe gepfercht und gemästet werden, bevor der Mensch sie schlachtet, um ihr Fleisch möglichst billig im Supermarkt zu kaufen und dann zu essen.

Und es gibt die Haustiere wie den Hund, die der Mensch verzärtelt, als könnte er sich von der Schuld freikaufen, andere Tiere schlecht zu behandeln. 1,54 Milliarden Euro wurden in Deutschland im vergangenen Jahr für Hundefutter und -zubehör ausgegeben.

»Die Liebe zum Hund ist ein Zivilisationssymptom eines überforderten, von der Natur entfremdeten Menschen«, sagt Jürgen Körner, 74 Jahre alt, ein gelehrter und belesener Mann mit schütterem Haar und buschigen Augenbrauen, der gern Tweedsakkos trägt. An diesem Tag sitzt er bei einem Italiener in Berlin-Charlottenburg. Seine Hündin Delan, einen schwarzen Hovawart, wachsam und sensibel wie alle Hunde dieser Art, hat er zu Hause gelassen.

Körner, Psychoanalytiker und Professor für Sozialpädagogik an der FU Berlin, mittlerweile emeritiert, denkt seit mehr als 20 Jahren über die Beziehung zwischen Mensch und Tier nach, vor Kurzem hat er sein zweites Buch zum Thema geschrieben, das vor allem ein Buch über den Menschen ist.

Nach Körners Ansicht gibt es vier Motive, aus denen die Menschen die Hunde lieben: Erstens, weil Menschen sich von Hunden gesehen und geliebt fühlen. Zweitens, weil Hunde sie nicht verlassen. Drittens, weil sie ihnen gehorchen und die Menschen sich ihnen überlegen fühlen können. Viertens, weil die Menschen sich ihnen gegenüber nicht schuldig fühlen müssen, Hunde tragen einem nichts nach.

Alle vier Motive, sagt Körner, haben mit Ängsten zu tun. Es sind Ängste des modernen Menschen, die sich auf einen Kern reduzieren lassen: die Angst, nicht zu genügen. Hunde können dem Menschen diese Angst nehmen.

»Tiere sind immer richtig«, wie einst Sigmund Freud sagte. Hunde verstellen sich nicht, sie spielen einem nicht vor, dass sie sich freuen, obwohl sie eigentlich beleidigt sind. Sie warten, ohne Vorwürfe zu machen. Sie betrügen einen nicht, sie sind ehrlich.

Körner sagt: »Stellen Sie sich vor, Sie sind ein Angestellter. Von Ihren Kollegen werden Sie verachtet, vom Chef gemaßregelt, von den Kunden verlacht. Und dann kommen Sie nach einem langen Tag im Büro nach Hause, und Ihr Hund begrüßt Sie wie einen Helden nach gewonnener Schlacht. Deshalb lieben wir den Hund. Aber im Grunde lieben wir uns nur selbst in ihm.«

Körner zufolge ist die Tierliebe eine Erfindung der Moderne. Noch im Mittelalter war es üblich, dass der Mensch Gerichtsprozesse gegen Tiere führte, er warf Tiere ins Gefängnis, verbrannte oder erwürgte sie, ließ sie lebendig begraben.

Überliefert ist das Beispiel einer Sau, die im Jahr 1457 in Savigny-sur-Etang in Frankreich einen Fünfjährigen fraß. Die Sau wurde wegen Mordes angeklagt und zum Tod durch Erhängen verurteilt. Hinter dem Urteil steckte die Vorstellung, die Sau hätte auch anders gekonnt. Der Mensch glaubte, das Tier sei zu moralischem Handeln fähig, so wie er.

Erst in der Aufklärung, als der Mensch sich der Vernunft zuwandte, änderte sich das. Der Mensch wollte mehr sein als ein Tier unter Tieren. Er distanzierte sich vom Tier, dem niederen Wesen.

Dann aber, im 19. Jahrhundert, in der Zeit der deutschen Romantik, als der Mensch begann, sich einzufühlen, in die Natur und sich selbst, erfand er die Tierliebe. Der Mensch versuchte die Distanz zum Tier wieder zu überbrücken.

Die Menschen lernten Empathie, sie empfanden Mitleid mit den Tieren. Sie glaubten, sich vorstellen zu können, was in Tieren vorgeht, was sie empfinden, wie sie denken, was sie planen. Sie begannen, sich um Tiere zu kümmern, und erschufen die Illusion der Liebe, sie dauert bis heute an.

Tierliebe ist so gesehen eine Projektion. Und Hunde sind ihre ideale Projektionsfläche. Sie sind auf den Menschen angewiesen. Sie können ihn nicht lieben, weil das ein menschliches Gefühl ist, aber sie lassen sich lieben.

Im späten 19. Jahrhundert entstanden die ersten Tierschutzvereine, wurden die ersten Tierfriedhöfe eröffnet, die ersten Tierschutzgesetze verabschiedet. Am 4. April 1873 gründete sich in London der Kennel Club, der weltweit erste Dachverband für Hundezüchtervereine. Der Kennel Club stellte Richtlinien für die Reinrassigkeit von Hunden auf und machte Hundeausstellungen populär. Die Hunde mussten keine Funktion mehr haben, sie sollten dem Menschen nicht mehr helfen, keine Arbeiten mehr übernehmen, sie sollten nur schön sein und ihre Züchter mit Pokalen schmücken.

Dieser Moment ist der Ursprung des Desasters. Denn damals beginnt das Geschäft der Hundezüchter – und aus dem Tier wird ein teures Accessoire.

Katja Ries-Scherf, 58 Jahre alt, züchtet seit 14 Jahren Möpse und leitet den Club für den Mops e. V. In Wehr, einer kleinen Stadt an der deutsch-schweizerischen Grenze, lebt sie mit mehr als einem Dutzend Möpsen zusammen. Auf ihrem 3000 Quadratmeter großen Grundstück hat sie Liegen, Swimmingpools und Bällebäder für ihre Möpse aufgestellt. Ries-Scherf, die eigentlich Ferienwohnungen vermietet, sagt, sie sei dem Mopsvirus verfallen.

Stundenlang kann sie über Ahnentafeln reden, über Zuchtordnungen und Zuchtprüfungen. Ihre Hunde haben viele Preise gewonnen, sie wurden Deutscher Champion, Türkischer Champion, Luxemburger Champion und Schweizer Champion. Sie tragen den Zwingernamen »vom Mägdebrunnen«, so etwas wie ein Nachname. Mit

Vornamen heißen sie Daisy, Donatella, Drag Queen oder Aris Kariesch Dream of all Life. Die Namen denkt Ries-Scherf sich selber aus.

Zucht, sagt sie, bedeute für sie Selektion. Und am wichtigsten sei ihr dabei die Gesundheit ihrer Hunde. Sie sagt: »Mein ganzes Herzblut ist die Rasse. Wenn ich einen gequälten Hund sehen würde, wäre das für mich die größte Folter.«

Katja Ries-Scherf fühlt sich zu Unrecht an den Pranger gestellt. Ärzten wie Oechtering, dem Hundechirurgen aus Leipzig, wirft sie finanzielle Interessen vor. Man müsse nicht bei jedem Mops das Gaumensegel kürzen, sagt sie. Möpfe hätten schon immer geschnarcht. Außerdem habe sie noch nie einen Mops gesehen, der blau anläuft oder einfach umfällt.

Redet man mit Ries-Scherf über Qualzucht, sagt sie: »Hunde, die nicht gut atmen können, gehören nicht in die Zucht.« Dann kommt sie wie fast alle Hundezüchter schnell auf den illegalen Handel mit Welpen zu sprechen. Für sie sind die Hundekäufer das Problem. Und deren »Geiz-ist-geil-Mentalität«.

An dieser Stelle wird die Liebesgeschichte zwischen den Menschen und ihren Hunden so irrational wie jede Liebesgeschichte. Und so schmutzig wie immer, wenn sich Liebe in ein Geschäft verwandelt. Die Grenzen zwischen Gut und Böse verschwimmen und lösen sich auf. Jeder fühlt sich im Recht. Die Züchter, die Hundehalter, die Tierärzte. Und jeder hat auch ein bisschen recht.

1500 Euro zahlte Ackermann für ihren Mops. Fünf Monate später fielen ihm die Haare aus

Bei Ries-Scherf kostet ein Mopswelpen bis zu 1500 Euro. Bei eBay Kleinanzeigen gibt es ihn für ein paar Hundert Euro. Deshalb besorgen sich viele Menschen lieber einen Welpen im Internet als bei einem Züchter.

Viele dieser Internet-Welpen aber kommen in dreckigen, engen Hinterhofställen in Ungarn, Polen, Tschechien oder der Slowakei zur Welt. Tierschutzorganisationen wie »Vier Pfoten« sprechen von Tierquälerei, organisierten Banden und mafiösen Strukturen.

Die Welpen leben in ihrem eigenen Kot, werden zu früh von der Mutter getrennt, die nichts weiter ist als eine Gebärmaschine, und nach wenigen Wochen ungeimpft und mit gefälschtem Zuchtbuch über die Grenze gefahren. Und schließlich, sofern sie diese Strapazen überleben, auf irgendeinem Parkplatz in Deutschland verkauft.

Für die Hundekäufer ist es dann Liebe auf den ersten Blick.

Das Absurde ist, dass der Geiz der Hundekäufer in dem Moment endet, in dem die Liebe beginnt. Oft werden die Welpen aus den Hinterhöfen Ungarns schon nach wenigen Wochen krank, sie übergeben sich, verlieren ihre Haare, sie fiebern. Ihre Besitzer sind dann schon so verliebt, dass sie Tausende Euro bei Ärzten lassen, um ihre Hunde zu retten.

An niemandem wird die Widersprüchlichkeit dieser Liebesgeschichte zwischen Mensch und Hund so deutlich wie an Uschi Ackermann.

Ihren ersten Mops kaufte sie vor elf Jahren, sie hatte die Annonce im Kölner Express gelesen, 1500 Euro zahlte sie für den Welpen. Sie nannte ihn »Sir Henry«. Fünf Monate später fielen Sir Henry die Haare aus, Demodikose, eine Hautkrankheit.

Ackermann begann sich zu informieren über Möpse und ihre Krankheiten, sie sprach mit Experten und las viel. Sie konsultierte sieben Ärzte in Deutschland und zwei in Österreich und gab Tausende Euro aus, bis Sir Henry geheilt war. »Das ist wie bei einem kranken Kind«, sagt Uschi Ackermann: »Du liebst es umso mehr und verhätchelst es auch.«

Dann verklagte sie den Händler, von dem sie Sir Henry gekauft hatte. Er musste 1100 Euro Strafe zahlen und für die Prozess- und Tierarztkosten aufkommen. Ackermann weiß bis heute nicht, wo Sir Henry geboren wurde, die Papiere waren gefälscht, vermutlich stammt auch er von einem osteuropäischen Hinterhof. Inzwischen engagiert sich Uschi Ackermann, die ihrem Hund einen Smoking anzieht, Mopspartys schmeißt und Schönheitswettbewerbe organisiert, für den Tierschutz.

Sie holte ihren zweiten Mops, das Julchen, das nur ein Auge hat, aus einem Tierheim. Sie spendete mehrere Tausend Euro an Tierheime in Nürnberg, Bonn und

München und den Deutschen Tierschutzbund. Sie gewann einen Tierschutzpreis vom Tierschutzbund. Sie unterstützt andere Hundebesitzer, die Züchter und Händler verklagen. Und sie schickt viele Mopsbesitzer zu Professor Oechtering nach Leipzig, manchen bezahlt sie sogar die Operation.

»Nur dass ihr eigener Hund auch nicht atmen kann und auch operiert werden müsste, auf die Idee kommt sie nicht«, sagt Professor Oechtering. Für ihn macht es keinen Unterschied, ob die Hunde, die auf seinem OP-Tisch liegen, aus deutscher Zucht kommen oder von Händlern aus Ungarn oder Polen. Er sagt, die Hunde seien alle gleich krank.

»Ich bin es leid, dass die Tierärzte immer mehr zum Reparaturtrupp der Hundezüchter verkommen, auf Kosten der Besitzer«, sagt er. Oechtering will nicht länger nur die Symptome bekämpfen. Er möchte an die Ursachen heran. Die Ursache ist für ihn das Schönheitsideal.

Laut Fédération Cynologique Internationale, dem internationalen Dachverband der Hundezüchter, gibt es 350 verschiedene Hunderassen. Viele dieser Rassen wurden vom Menschen so kaputtgezüchtet, dass sie immer früher sterben. Die Deutsche Dogge wird im Durchschnitt nur noch 6,5 Jahre alt, früher ist sie fast acht Jahre alt geworden.

Geht es nach Oechtering, dürfte keine dieser kranken Rassen mehr gezüchtet oder auf Ausstellungen gezeigt werden. Er sagt: »Ich will Züchter nicht in die Ecke von Verbrechern stellen. Aber jemanden, der weiß, was er da anrichtet, und trotzdem diese Qualzucht macht, den muss man schon mal fragen, was in ihm vorgeht.« Oechtering sieht nur eine Möglichkeit, das Schönheitsideal zu verändern: schärfere Gesetze.

Eigentlich ist Qualzucht in Deutschland bereits verboten. Aber Oechtering ist der Paragraf im Tierschutzgesetz wie vielen anderen Tierärzten zu schwammig formuliert. Man müsste ihn verschärfen, sagt er. So wie in Österreich. Dort ist es eindeutig untersagt, kranke Tiere, die etwa unter Atemnot leiden, zu züchten, zu importieren, zu erwerben, weiterzugeben oder auszustellen.

Eine andere Möglichkeit, die Hunde zu retten, wäre, sie mit anderen Arten zu kreuzen, um den Genpool zu erweitern und Erbkrankheiten schleichend zu beseitigen.

Es gibt Züchter, die das beim Mops versuchen, indem sie ihn mit Parson Russell Terriern paaren. Sie wollen gesunde Hunde, die so aussehen wie ein Mops vor hundert Jahren. Mit einer Nase und einer langen Schnauze. Retromops nennen sie das.

Vielen Züchtern des Verbandes für das Deutsche Hundewesen gefällt das nicht. Sie befürchten, dass der Charakter der Möpse sich verändern könnte. Sie möchten reines Blut.

Martin Rütter hat schon viele Trends und Modehunde kommen und gehen sehen. Als der West Highland White Terrier in der Cesar-Werbung auftauchte, wollten alle einen West Highland White Terrier. Als Kommissar Rex im Fernsehen lief, wollten alle einen Schäferhund. Als bei Men in Black ein Mops mitspielte, wollten alle einen Mops.

Martin Rütter, 47 Jahre alt, ist Hundetrainer. Beim Fernsehsender Vox tritt er als »der Hundeprofi« auf. Die Hundeliebe der Deutschen hat ihn reich gemacht – genau wie das Unternehmen Fressnapf. Rütter hat 180 Angestellte, die für ihn arbeiten, und drei Firmen, die er alle nach seiner verstorbenen Hündin Mina benannt hat: eine Produktionsfirma für seine Fernsehsendung, eine Agentur für Comedians und eine GmbH, unter der er mehr als 100 Hundeschulen in Deutschland, Österreich und der Schweiz betreibt. Er hat mehr als eine Million Bücher verkauft. Und obwohl er mit 37 schon einen Herzinfarkt hatte, ist er die meiste Zeit des Jahres auf Tournee, reist mit zwei Sattelschleppern und 40 Mitarbeitern durch Deutschland und tritt abends in großen Hallen auf.

Rütter sitzt im Bauch der König-Pilsener-Arena in Oberhausen. Heute ist der letzte Tag seiner dreijährigen Tournee, 500 000 Menschen haben seine Show gesehen, bei Ticketpreisen zwischen 33 und 39 Euro.

Am Abend wird Rütter hier auf der Bühne stehen. Er wird zwei Stunden lang von Hunden erzählen. Aber es wird nicht ein einziger Hund auf der Bühne zu sehen sein. Rütter wird sich über Hundennamen wie Emma-Luna oder Philipp-Pascal lustig machen, er wird über höhenverstellbare Näpfe von Fressnapf lästern, obwohl man bei Fressnapf auch seine Bücher und DVDs kaufen kann.

Er wird von Frauchen erzählen, die ihren Hund streicheln, bis er kahle Stellen im Fell hat. Und von Herrchen, die davon träumen, einmal im Leben so geliebt zu werden wie der Hund von Frauchen. Rütters Publikum wird brüllen vor Lachen. Am lautesten die Frauen. 80 Prozent seiner Zuschauer sind Frauen, sagt Rütter. 80 Prozent haben einen Hund.

Rütters Pointen funktionieren so gut, weil die Menschen sich selbst darin erkennen. Seine Show ist eine Mischung aus dem Humor von Mario Barth und einer Volkshochschule für Hundehalter.

In erster Linie ist Rütter ein Geschäftsmann. Aber er ist in der Beziehung zwischen Mensch und Hund auch so etwas wie ein Paartherapeut. Damit verdient er sein Geld.

Bis zu Beginn der neunziger Jahre, als viele noch glaubten, man solle Hunde drillen, mit Unterordnung und Dominanz, mit Ketten und Stachelhalsbändern, brauchte niemand einen Therapeuten. Aber heute, wo die Hundehalter ihre Hunde aus Unsicherheit übertersorgen, wollen sie jemanden, der ihnen Ratschläge erteilt.

So gesehen verkörpert Rütter die ganze Misere in dieser großen Liebesgeschichte. Während der Konzern Fressnapf das Gefühl verkauft, seinem Hund etwas Gutes zu tun, spendet Rütter wie jeder gute Therapeut Trost, verkleidet ins Gewand der sanften Belehrung. Seine Zuschauer wissen, dass sie sich irrational verhalten, aber so ist das halt, wenn man fest und innig liebt.

Am Abend auf der Bühne in Oberhausen, kurz vor dem Ende der Show, nachdem Rütter noch Witze über das Doggyfon gerissen hat und über Denkmützen für Hunde, tobt der Saal. Da verstummt Rütter plötzlich. Er legt einen Finger auf die Lippen. Die Zuschauer sind ganz ruhig. Alles ist dunkel, nur ein Lichtkegel fällt auf ihn.

Dann sagt er: »Ich habe eine Theorie aufgestellt. Ich vermute, dass sie stimmen könnte: Es muss schon Hunde gegeben haben, bevor Fressnapf kam. Und ich glaube, dass die Hunde tiptopp damit klargekommen sind.«

Die Zuschauer sind einen Moment lang ganz ruhig. Dann brechen sie in lautes Lachen aus, befreiend und erlösend. Es klingt, als störe es sie gar nicht, dass sie über sich selbst lachen.

HINTER DER GESCHICHTE

Ausgangsfrage: Warum ist der Mops so beliebt? Recherche: Der Autor sprach mit rund 20 Hundezüchtern, Hundepsychologen und Tierschützern. Er lernte, dass auch der Philosoph Arthur Schopenhauer einen Hund hatte: den Pudel »Butz«. Wenn Butz sich nicht benahm, nannte Schopenhauer ihn vorwurfsvoll »Mensch«. Buchempfehlung: »Gutes Tier – böser Mensch?« von Jürgen Körner, erschienen bei Vandenhoeck & Ruprecht.

Made in Germany

Seit elf Jahren wird in Berlin an einem Flughafen gebaut. Er ist noch immer eine Ruine, die täglich eine Million Euro kostet. Hier ist ihre Geschichte. Sie erzählt vom Versagen deutscher Politik, deutscher Industrie – und vom Kollaps deutscher Tugenden.

Von Ullrich Fichtner, André Geicke, Matthias Geyer, Andreas Wassermann, DER SPIEGEL, 19.08.2017

In einer lauen Frühlingsnacht, um genau 2.44 Uhr, legt Lokomotivführer Klaus Rühmann den Handhebel der S-Bahn-Linie 45 nach vorn und setzt seinen Zug in Bewegung, einen Dreiviertelzug der Baureihe 481. In so einen Zug passen fast 700 Fahrgäste, aber Rühmann transportiert keine Menschen in dieser Nacht. Er ist allein. Er zieht sechs unbesetzte, unbeleuchtete Waggons hinter sich her, am südöstlichen Stadtrand von Berlin, und es sieht aus, als wollte er die S-Bahn entführen.

Der Zug fährt geradeaus durch die dunkle Nacht, dann, wie um Luft zu holen, nimmt er eine lang gezogene Kurve nach links und taucht schließlich, auf Höhe der Gemarkung Selchow, durch einen Tunnel unter die Erde ein. Klaus Rühmann bewegt jetzt 60 Tonnen Stahl mit 80 Kilometern in der Stunde auf sein Ziel zu.

Die Schienen hier sind praktisch neu. Sie führen in einen Bahnhof, der merkwürdig unbenutzt daliegt. Er hat drei Bahnsteige, sechs Gleise, Aufzüge, Rolltreppen, Anzeigetafeln, alles, was es braucht. Es gibt nur keine Menschen, keinen Betrieb, keine Bewegung. Die Luft steht still dort unten, und so besteht die Gefahr, dass der Bahnhof kaputtgeht, ehe er überhaupt eröffnet ist. Er könnte verrotten, seine Wände könnten verschimmeln, seine Anlagen verrostet. Der Bahnhof braucht Luft, wie ein Teich kurz vor dem Umkippen.

Deshalb ist Klaus Rühmann hier nachts allein mit seinem Zug unterwegs, um Staub aufzuwirbeln, Fahrtwind zu bringen, die Deutsche Bahn nennt es

"Belüftungsfahrt". Fünfmal die Woche, von Montag bis Freitag, schickt sie einen Zug hier durch, Beginn 2.44 Uhr, Ende 3.41 Uhr.

Wenn dann der Tag anbricht, liegt der Bahnhof weiterhin totenstill da, und über der Erde laufen Menschen betriebsam über schmutzige Böden, sie stehen vor Türen oder turnen um Kabelpitschen, sie tragen leuchtende Westen, Helme und Schutzbrillen, Klemmbretter, Funkgeräte. Es sind Elektriker, Klempner, Gerüstbauer, Rohrverleger, es sind Brandmeldetechniker, Entrauchungsexperten, TÜrensachverständige. Sie bauen, heißt es, einen Flughafen in Berlin, in Brandenburg, Deutschland.

220 mal 180 Meter groß ist die Halle, um die es geht, 32 Meter hoch, eine Kathedrale des Reisens, eigentlich. Alles so tief unterkellert, dass ein ganzer Bahnhof darunter Platz hat, und Entlüftungskanäle so groß, dass Lastwagen in ihnen fahren könnten, unter einem Bau, der seine Bestimmung nicht finden will. Ein Fluggastterminal ohne Fluggast, ein Flughafen ohne Flieger, ein "Marktplatz" ohne Markt, der Name: Flughafen Berlin-Brandenburg "Willy Brandt", IATA-Kürzel: BER.

Ganze Hügel wurden abgetragen für seine Anlage, ganze Dörfer geschleift am Rand der großen Stadt, brettflach wurde das Gelände geräumt auf einer Fläche von 2000 Fußballfeldern. Wer dort draußen unterwegs ist, spürt eine Irritation, wie sie sich bei der Begegnung mit moderner Kunst manchmal einstellt oder beim Betrachten unheimlicher Filme.

Nicht nur, dass ringsum alles daliegt wie ausgestorben, beunruhigend still und menschenleer, die Zufahrten, Rampen, Parkplätze, Rollfelder. Auch drinnen stört dieser Bau die Wahrnehmung, er wirkt gleichzeitig alt und neu, das Mobiliar schon vor der Einweihung unzeitgemäß, die Farben, die Formen irritieren. Es ist, als hätte ein detailversessener Kulissenbauer mit viel Geld und Liebe einen fiktiven Flughafen für ein Stück entworfen, dessen Handlung vor 25 Jahren spielt, das Gefühl für Raum und Zeit verschwimmt.

Der Dreck aus Jahren liegt wie Puder auf Plastikplanen über ungenutzten Stuhlreihen, ungeöffneten Geschäften, unverbautem Material. Nicht alles ist luftige Halle. Je näher es an die künftigen Flugsteige geht, desto enger und niedriger werden

viele Räume. Aber wo deren Decken wären, ist alles offen, dort führen Tausende Klappen in eine Parallelwelt von bedrückender Enge, in der sich Röhren und Stangen, Schläuche und Kabel umeinander winden wie schillernde Tiere in einem überfüllten Terrarium.

Manche Gebäudeteile wirken, als würde der Betrieb gleich beginnen, in manchen sieht es aus, als wären gerade Plünderer durchgezogen. Abgeschnittene Kabel in dicken Strünken hängen aus der "Welt der Decken", wie sie hier sagen, es liegen verbeulte Türen herum wie Sperrmüll. Vier neue Schornsteine, "Entrauchungstürme", werden gerade durch die Halle hinauf zum Dach getrieben, jetzt, fünf Jahre nachdem doch alles angeblich schon einmal fix und fertig war, damals, im Mai 2012.

Die Einladungen zur großen Eröffnungsparty waren, in Form von Bordkarten, verschickt. Nur zu eröffnen gab es nichts: Tausende Lüftungsklappen, Zehntausende Sprinklerköpfe, Zehntausende Meter Löschwasserrohr fehlten, Tausende angeblich vollautomatische Türen machten nicht, was sie sollten, Hunderte Brandschutzwände waren einfach nur Wände. Es gab gewaltige Entrauchungsanlagen, von denen niemand wusste, ob sie funktionieren, es gab reihenweise ungeplante Räume, illegale Einbauten, fehlerhafte Installationen. Kein Mensch wusste mehr, welche Ströme durch die 170 000 Kilometer Kabel flossen, die das Gebäude nach sechs Jahren Bauzeit wie Nervenbahnen durchzogen. Es ist, bis heute, unglaublich.

Die einfache Frage, warum dieser Flughafen nicht fertig wird, warum er damals so gar nicht fertig war, löst bei ernsthaftem Interesse eine Recherche aus, die zu den Grundlagen unseres Rechtsstaats ebenso führt wie zu den Grundgesetzen der Physik. Es werden auch, wenn es um diese Baustelle geht, mittlerweile 30 Jahre Zeitgeschichte verhandelt. Drei Untersuchungsausschüsse haben sich mit Aspekten der Historie befasst, es gibt regalmeterweise Gutachten zu juristischen, technischen, baulichen, unternehmerischen Details, tausendseitige Richtersprüche, zahllose Dokumente, es gibt Klageschriften in tausendfacher Ausfertigung – der Vorgang füllt eine Bibliothek, die zu sichten ein Menschenleben nicht mehr ausreicht.

Es sollte sich aber auch niemand von solcher Komplexität verrückt machen lassen: Es gab – auch bei diesem Großprojekt – klar definierte Ketten der Planung, Genehmigung, Verantwortung und Haftung, die nur leider alle früher oder später brachen. Hauptgrund dafür war – und allein deshalb gibt es weiterhin großen Aufklärungsbedarf –, dass es vielen, wenn nicht den meisten Verantwortlichen, den Bauherren zumal und den sogenannten Aufsichtsräten, in teils eklatantem Maß an Verantwortungsbewusstsein mangelte. Über einschlägige Sachkenntnis verfügten die meisten Entscheider ohnehin nicht.

Wer sich mit diesem Flughafenbau befasst, beginnt an der verlässlich vorgetragenen Gewissheit der Deutschen zu zweifeln, fast alles besser zu können als alle anderen. Es stellen sich Fragen nach der Gültigkeit schmeichelhafter deutscher Selbstbilder. Der BER, dieses "größte Infrastrukturprojekt der deutschen Einheit", zeitweise Europas größte Baustelle, nährt Zweifel an der nationalen Erzählung vom rationalen Hochtechnologieland. Das Scheitern in diesem unerhörten Ausmaß schlägt Kerben ins Konzept der deutschen Tugenden von Pünktlichkeit bis Pflichtbewusstsein, von Ordnung bis Fleiß. Und bislang wurde kein Politiker, kein Aufsichtsrat, auch kein Bauunternehmer, kein Oberplaner, kein Flughafenmanager in der Hauptsache zur Rechenschaft gezogen.

In der Gesamtschau bietet sich ein ernüchterndes deutsches Panorama. Ein Team von SPIEGEL-Redakteuren hat acht Monate lang recherchiert, um die Elemente zusammenzutragen und erzählbar zu machen. Wer es versucht, lässt sich darauf ein, einen Vorgang abzubilden, der irrwitzige Züge trägt, darauf sollten Leser gefasst sein. Der SPIEGEL hat die Orte der Handlung begangen, die Geschichte des Baus studiert und vor allem Dutzende hochrangige Zeitzeugen befragt: aktuelle und frühere Flughafenmanager, Minister, Regierende Bürgermeister, Ministerpräsidenten, Staatssekretäre, Unternehmer, von denen viele nur unter Wahrung ihrer Anonymität zu sprechen bereit waren.

Die Teile dieses journalistischen Puzzles ergeben – einmal zum Ganzen gelegt – das Bild eines deutschen Bankrotts. Zu ihm gehört, nicht zuletzt und wie so oft, die menschliche Unzulänglichkeit. Sie ist ein wesentlicher Treiber auch dieses Desasters, in

dem Weltgeschichte und Kirchturmpolitik, Großmannssucht und Kleinkariertheit, Rechtsstaat und Rechthaberei so durcheinandergehen, dass jahrzehntelang alles Mögliche geschieht, nur das eigentlich Geplante nicht: die Errichtung und Eröffnung eines neuen Flughafens.

I. Fleiß

Wo die Bomber der Nazis gebaut wurden. Eine Flughafengesellschaft und unternehmerische Fehlkonstruktion. Baustellenbesuch mit Flughafenchef. Zwischen Land- und Luftseite. Das Thema Türen.

Die Geschäftsführung der Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg, FBB, sitzt in einem Backsteinbau der ehemaligen Henschel-Flugzeugwerke. Hier wurden die Bomber gebaut, die Rotterdam und Coventry in Schutt und Asche gelegt haben. Die Anlage, fast ein kleiner Stadtteil, liegt in Sichtweite des neuen BER-Terminals und in direkter Nachbarschaft zum alten Flughafen Schönefeld, der sich zu einem Hub der Billigfliegerei entwickelt hat; es geht nach Mallorca, aber auch nach Minsk.

Besucher der Flughafengesellschaft betreten ein Foyer, in dem in einer Vitrine ein Modell des neuen BER-Flughafens steht, ein paar Monitore flimmern, darauf die Abflüge und Ankünfte in TXL-Tegel und SXF-Schönefeld. Die Flughafengesellschaft betreibt die beiden bestehenden Berliner Flughäfen, und zugleich ist sie zuständig für den Bau des neuen.

Der Betrieb eines Flughafens ist offenkundig etwas anderes als der Bau eines Flughafens, und wer das eine kann, kann noch lange nicht das andere. Im Organigramm hat sich das aber nie ausreichend niedergeschlagen. Es gab wohl immer einen Geschäftsführer fürs Kaufmännische und einen fürs Technische und Bauliche, aber dann durfte sich einer der beiden "Sprecher der Geschäftsführung" nennen, und der andere durfte das nicht, und es gab das übliche Gezerre um Einfluss und Macht. Im Krisenfall stand immer eine Hintertür offen, auf der geschrieben stand: Ich bin's nicht gewesen, der andere war's.

Flughafenchef ist ein Posten, der in Berlin bislang noch allen zu Kopf gestiegen ist. Von den Zahlen her, 370 Millionen Euro Jahresumsatz, 1900 Beschäftigte, ist die

Gesellschaft eigentlich ein ganz normaler Mittelständler. Es liegt wohl am ständigen Kontakt mit der Politik und den Medien, dass sich die FBB-Chefs besonders wichtig nehmen, als bekleideten sie eine Art nationales Amt. In gewisser Weise stimmt das, denn ihre Gesellschaft gehört zu 100 Prozent dem Staat, in drei Tranchen: Die Länder Berlin und Brandenburg halten je 37 Prozent, der Bund 26, sie sind die drei Gesellschafter und damit auch die Bauherren des BER, es ist ihr Flughafen, es ist ein volkseigener Betrieb.

Seit März dieses Jahres hat ein Mann im Chefsessel der Gesellschaft Platz genommen, in dessen Gesicht kein Alter zu lesen ist. Engelbert Lütke Daldrup könnte 40 Jahre alt sein, aber er ist 60, die dichten roten Haare trägt er zur Seite gebürstet, und er nuschelt mehr, als dass er spräche. Er macht den Eindruck eines eher hochfahrenden Menschen, seine eigene Sekretärin nennt ihn in E-Mails "Prof. Dr.-Ing. Engelbert Lütke Daldrup". Er ist ein Mann vom Fach, heißt es, gelernter Stadtplaner, er soll es nun endlich vollenden. Lütke Daldrup war Staatssekretär in verschiedenen Ministerien, die alle etwas mit Verkehr und auch Flughäfen zu tun hatten. Er hat zwei Jahre im Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft gedient, in dem sich in Sachen Flughafenbaustelle alle Macht bündelt. Zuletzt arbeitete er als Mr Airport des Berliner Senats, mit eigener kleiner Abteilung. Als der Aufsichtsrat ihn im März 2017 als Geschäftsführer einsetzte, hat er nicht lange gebraucht, um sich einen Überblick zu verschaffen; er hatte ihn ja schon. Aber einen Flughafen gebaut? Hat auch er noch nicht.

Lütke Daldrup bittet widerwillig zum Besuch des FGT, so nennen sie hier den Fluggastterminal, die große Halle. "Aber keine langen Sachen", sagt er, "ich hab zu tun." Über die Schultern hat er sich einen Wollmantel gelegt, mit einer in den Rücken geschneiderten Falte, die sich nach oben verjüngt. In diesem Mantel weht Lütke Daldrup über die Baustelle und redet dabei, als würde er in seinem Inneren Textbausteine aufrufen: "Baulich ist eigentlich alles fertig", sagt er. "87 Prozent sind geschafft." Oder: "Wir sind 100 Millionen vor Fertigstellung." Oder: "Was wir machen, ist Kleinkram. Türen, Kabel, eigentlich alles Pillepalle." Es ist der bekannte Sound aus vielen verschenkten Jahren.

An den Türen, nicht zuletzt, scheiterte die Eröffnung 2012. Es gab gewiss viele Probleme damals, aber die Türen gehörten zum finalen K. o. 5400 sind insgesamt

eingebaut, 1400 davon sind besonders "komplex", das heißt, sie müssen vollautomatisch so funktionieren, dass sie auf Hunderte Vorfälle, angeblich allein 140 Brandszenarien, korrekt reagieren können. "Die Türen", sagt Lütke Daldrup, "müssen entrauchen, entfluchten, die müssen Schengen und Nicht-Schengen können." Es klingt, als müssten diese Türen vor Indienststellung eine Ausbildung machen.

Zwei Leute braucht es, um eine Tür in Betrieb zu nehmen, das dauert einen ganzen Tag. Danach wird getestet und wieder getestet, "und ob eine Tür wirklich fertig ist", sagt der Flughafenchef, "da gibt es hinterher, wenn viermal getestet wird, vier Sichtweisen drauf". Zu guter Letzt kann es passieren, dass ein Bauarbeiter vorbeikommt, die Hände voll, wie in einem Laurel-und-Hardy-Film, und die feinjustierte Tür derart auftritt, dass alles wieder kaputt ist und von vorn beginnt. "Aber wir sind auf gutem Weg", sagt Lütke Daldrup.

Die Sprinkler habe man jetzt auch im Griff, "wir müssen vielleicht noch zwei-, zweieinhalbtausend Meter Rohr verlegen, kein Hexenwerk", sagt der Geschäftsführer, "hunderttausend Meter Rohr sind ja schon drin im Gebäude". Dass in der Welt der Decken kein Platz mehr ist, weil eigentlich alle Kabel noch einmal neu gezogen werden mussten, auf neuen, silbrigen Pritschen neben den alten, ja, das könnte ein Problem sein, sagt Lütke Daldrup, es gebe dort oben noch "Kollisionen", aber es sei trotzdem "alles auf gutem Weg".

Wenn der begleitende Fotograf fragt, ob sich der Professor kurz für ein Porträt zur Verfügung stellen könne, schaut sich Lütke Daldrup gründlich um und entscheidet sich dann für einen nahe gelegenen Check-in-Schalter als Hintergrund. Er lehnt sich gegen das Nussbaumfurnier, die rechte Hand auf dem Tresen, die linke steckt in der Hosentasche, aber genau so, dass man die Hemdmanschette und die Armbanduhr noch erkennen kann. Lütke Daldrup sieht jetzt aus wie jemand, der in seiner Freizeit Rilke-Gedichte liest.

Danach geht es über Treppen an dreiteiligen Geländern entlang. "Brandenburger Recht", ruft Lütke Daldrup, "ein Handlauf für Erwachsene, einer für Kinder, einer für Behinderte." Man weiß nicht, ob er das mit dem "Brandenburger Recht" höhnisch meint

oder drei Handläufe an den Treppen überflüssig findet, sein Gesicht verrät darüber nichts.

Bald ist die "Luftseite" erreicht, die Rückseite des Terminals zum Flugfeld hin, mit ihren Fluggastbrücken, mit den Gates. Von der Besucherterrasse geht der Blick hinaus über die imposanten Start- und Landebahnen, in leeres Land, das an Steppe erinnert, Brandenburg. Geradezu, weit hinten, ist die niedrige Silhouette des Rests von Selchow zu sehen, der Teil des Dorfes zur Bundesstraße hin, der stehen bleiben durfte. Die Gärten der Häuser dort grenzen direkt an den Zaun zur nördlichen Start- und Landebahn. Wenn der BER je den Betrieb aufnehmen sollte, dann wackeln dort drüben die Wände.

Lütke Daldrup zieht schnellen Schrittes Richtung "Landseite" davon, er stoppt, wenn die Besucher stoppen, und versucht zu erraten, was ihre Augen sehen. Sie sehen: eine Baustelle, noch immer, und noch immer keinen Flughafen. Und sie sehen Lütke Daldrup, der wenig Zeit für Fragen hat, aber viel Zeit für Fotos. Ist er der Mann, der es schaffen kann? Der dem Morbus BER als Erster entkommt?

Praktisch zeitgleich mit der Baustellenbegehung erscheint ein neuer "Sachstandsbericht" der Flughafengesellschaft, er stammt von Lütke Daldrup selbst. Darin heißt es, unter Punkt 1.2 "BER-Barometer", zum Beispiel, es seien nun 87 Prozent aller "Meilensteine" bei Planung und Bau erreicht. Aber ist das viel? Oder ist es wenig? Und es sind 87 Prozent wovon? Und die "Technische Inbetriebnahme": Sie liege, heißt es da, bei den "prüfpflichtigen Anlagen", dazu gehören Brandmelder, Entrauchung, Feuerlöschung, "bei 34 Prozent". Ist das ganz gut? Oder so erschreckend, wie es klingt?

II. Gründlichkeit

Ein neues Drehkreuz für Olympia 2000. Ein neues Chicago an der Spree. Das innerdeutsche Rattenrennen um die Lufthoheit. Bonanza im "Baufeld-Ost". Die Millionenbauern von Bohnsdorf.

Es klingt absurd zu sagen, dass Ronald Reagan am Verlauf dieser Geschichte nicht unschuldig ist, aber es war der 40. US-Präsident, der die Berliner zum Träumen einlud von der großen, weiten Welt. In seiner berühmten Rede am Brandenburger Tor im Juni

1987 ging es nicht nur darum, dass Mr Gorbatschow die Mauer einreißen sollte. Der US-Präsident forderte auch gleich den Anschluss Berlins an die internationalen Verkehrswege und sagte: "Wir freuen uns auf den Tag, an dem Westberlin einer der zentralen Luftfahrtknoten für ganz Mitteleuropa werden kann."

Als zwei Jahre später die Mauer gefallen war und die beiden deutschen Staaten über ihre Zukunft verhandelten, diskutierten sie 1990 auch die Reagan-Idee vom "europäischen Luftkreuz". Man konnte es sich eher nicht in Westberlin vorstellen, sondern irgendwo bei Königs Wusterhausen, aber das Projekt klang sofort sehr konkret: Man würde fünf Jahre planen, fünf Jahre bauen, und also im Jahr 2000, vielleicht sogar schon 1999, einen neuen Flughafen haben, ein neues Drehkreuz in der Mitte des Kontinents, für Durchreisende aus Asien, aus Amerika, aus aller Welt.

Damals läuft in Deutschland ein nicht erklärtes Wettrennen, das Berlin krachend verlieren wird, ein Kampf um den Luftraum gewissermaßen. Frankfurt am Main ist als deutscher Großflughafen gesetzt und eingeführt, aber da ist noch Platz für mehr. In München hatte der vormalige Ministerpräsident Franz Josef Strauß schon lange alle Geldkassetten geöffnet, um möglichst schnell einen möglichst leistungsfähigen Großflughafen in Süddeutschland hinzustellen. In Dresden beginnt der Ministerpräsident des neuen Freistaats Sachsen, ein Professor aus dem Westen, Kurt Biedenkopf, sofort mit dem Projekt eines Flughafenbaus in der Region Halle-Leipzig, geschäftsschädigend nah an Berlin gelegen.

Während diese anderen schon bauen, träumt Berlin noch von den Möglichkeiten, mit dem Kopf in den Wolken. Der Fall des Eisernen Vorhangs bringt die Stadt vom Rand der Weltblöcke ins geografische Zentrum des Kontinents zurück. Der Hauptstadtbeschluss des Bundestags vom Juni 1991, Regierung und Parlament bald wieder nach Berlin umzuziehen, sorgt für Euphorie. Die Lufthansa studiert die Lage und prognostiziert einen Anstieg der Passagierzahlen von damals gut 10 Millionen auf 32 Millionen pro Jahr bis 2010.

Der ehemalige Lufthansa-Chef Heinz Ruhнау, ein patriotischer Schwärmer, rechnet vor, Berlin werde dereinst 60 Millionen Fluggäste abfertigen, es werde ein

Mega-Airport mit sechs Start- und Landebahnen gebraucht, ein neues Chicago sei im Entstehen. Fürs Erste sollen kurzfristig die bestehenden Flughäfen Tegel, Tempelhof und Schönefeld ausgebaut werden, um drohende Engpässe zu verhindern.

Die damaligen Flughafenbetreiber glauben, sich beim Kauf von Grundstücken für die Erweiterung beeilen zu müssen, und sie schlagen richtig zu. Zwar ist noch nichts von irgendeinem Parlament beschlossen, von keiner Regierung etwas abgenickt, aber man kann jetzt nicht abwarten und hinterher bereuen. Über den Dörfern am Stadtrand kreisen ja schon, wie die Geier, die Unterhändler von Bieterkonsortien mit Adressen in der Schweiz und in Liechtenstein, als liege unter märkischem Sand das pure Gold versteckt.

Es geht um Ackerland, 12 Mark der Quadratmeter eigentlich, vielleicht 125 Mark "bei Schaffung von Baurecht", aber die Preise steigen schnell. Gekauft wird in Bohnsdorf, in Waltersdorf, in Waßmannsdorf, 15 Hektar hier, zweieinhalb Hektar da, 1800 Quadratmeter dort, 973 Quadratmeter wieder woanders. Die Aktivität der Flughafenleute lässt den Quadratmeterpreis binnen Monaten von 150 auf 200 Mark, von 300 auf 350 Mark steigen, das Toplos zieht ein Eigentümer von 96,4 Hektar Ackerland in der Gemarkung Bohnsdorf: Er bekommt 38,5 Millionen Mark für sein Grundstück, 400 Mark pro Quadratmeter. Aber dann platzt die Schönefelder Immobilienblase.

Nach und nach stellt sich heraus, dass die Flächen im sogenannten Baufeld-Ost überhaupt nicht gebraucht werden, es ist alles zum Fenster hinausgeworfenes öffentliches Geld, ausgegeben ohne jede Rechtsgrundlage, ohne formellen Beschluss, einfach so. Die Flughafengesellschaft bleibt auf Hunderten Millionen Mark Bankschulden sitzen, die zwei Jahrzehnte lang wie ein Schatten über den Büchern liegen werden. Gerichtsverfahren deshalb, Schadensersatzklagen werden nie angestrengt.

Es zeigt sich, gleich am Anfang, ein Muster, das die Arbeit der Berlin-Brandenburger Flughafengesellschaft bis heute prägt: Auf ihren Fluren, sagt ein langjähriges Aufsichtsratsmitglied, zieht nie die Kompetenz ein, die für ein so großes Vorhaben notwendig wäre. Es gelingt zu keinem Zeitpunkt, einen Stab aufzubauen, der

über lange Zeit solide Arbeit leistet. Immer ist da ein großes Element von Versuch und Irrtum. Und das bleibt so.

III. Ordnung

Standortsuche mit Wanderkarte. Sperenberger Visionen. Schönefeld ist amtlich "ungeeignet". Wiedersehen mit Stolpe und Diepgen. Eine Schießbahn im tiefen Wald. Ein Besuch bei Bürgermeister Broshog.

Genshagener Heide, Jüterbog, Königs Wusterhausen, Sommerfeld, Groß Behnitz, Sperenberg, Borkheide, Michelsdorf: Die Liste möglicher Flughafenstandorte, über die bis Mitte der Neunzigerjahre diskutiert wird, liest sich wie eine Wanderkarte für die Mark Brandenburg. Aber ist es wirklich vorstellbar, dass ein neuer Hauptstadtflughafen, der damals noch den wuchtigeren Projektnamen "Berlin Brandenburg International" trägt, dass der irgendwo auf märkischer Scholle liegt?

In der Bibliothek eines Potsdamer Seniorenheims am Wasser sitzt der alte, kranke Manfred Stolpe und sagt: ja. Stolpes Stimme ist 20 Jahre später so unverkennbar satt, wie sie es immer war. Stolpe wurde 1990 Ministerpräsident von Brandenburg, für die SPD, er hatte immer die Ausstrahlung eines Bundespräsidenten speziell für den Osten, und es hieß, er regiere sein Land wie der gütige Chef einer Mini-DDR. Stolpe wollte nach Sperenberg mit dem Flughafen, es gab in seinen Augen nur Vorteile, und Schönefeld hielten er und seine Minister für Mist, für eine "Unmenschlichkeit", die niemandem zuzumuten sei.

Er stellte sich einen Flughafen vor, der die Funktion "Ostdeutschland International" übernehmen sollte, der ja aber trotzdem von Berlin aus gut erreichbar gewesen wäre. Sperenberg liegt Luftlinie etwa 40 Kilometer südlich vom Berliner Zentrum, das wäre gut machbar gewesen. Dort unten im Süden wohnen nur ein paar Tausend Leute, der Lärm wäre leicht zu beherrschen gewesen, man hätte keine Nachtflugverbote gebraucht, kein Dorf hätte umgesiedelt werden müssen. Sperenberg, sagt Stolpe, war perfekt.

Aber während in Berlin und Brandenburg noch lange über einen geeigneten Bauplatz gestritten wird, eröffnen die Kollegen in Sachsen schon im Mai 1993 ihren

"Urlauber-Terminal". Für den Hauptstadt-Airport geht kostbare Zeit verloren, fünf Jahre wird das Gezerre um den Standort dauern, es ist eine sterile Debatte mithilfe bestellter Gutachten, obwohl es die ganze Zeit nur um Interessen geht und um Politik im engstirnigen Sinne.

Eberhard Diepgen ist der Regierende Bürgermeister damals, in jener Zeit ein prominenter CDU-Mann. Er hat Mauerfall und Wende als tragischen Lebensabschnitt erlebt, weil er ausgerechnet in der größten historischen Stunde der Stadt für kurze Zeit nicht im Amt war, verdrängt von einem rot-grünen Senat.

Diepgen steht damals einer Stadt vor, die keinen brauchbaren Businessplan mehr hat. Westberlin war ein hoch subventionierter Außenposten der westlichen Welt, Ostberlin war auf seine Weise auch eine Art fremdfinanziertes Schaufenster des Ostens. Nach dem Mauerfall haben beide Hälften, die sich noch lange nicht wieder als eine Stadt fühlen, viele Probleme, viele Baustellen, wenig Geld. Ein Berliner Bürgermeister, der nicht dafür kämpfte, dass ein neuer Großflughafen so nah wie möglich an der Stadt liegt, damit auch die Arbeitsplätze möglichst alle bei der Stadt bleiben, wäre seines Amtes nicht würdig.

Mehr als 20 Jahre später sitzt Eberhard Diepgen, kaum gealtert, in einem Büro im ersten Stock des Käthe-Kollwitz-Museums in der Berliner Fasanenstraße, Ku'damm-Gegend, klassisches Westberlin. Er trägt ein dunkles Hemd unter rotem Pullover und ist sichtlich im Freizeitmodus. Zwischen Stolpe und ihm habe ein gutes Verhältnis bestanden, sagt er, Respekt, Vertrauen, alles da. "Ich hätte Sperenberg mit ihm gemacht, wenn er für die Finanzierung der Verkehrsanbindung gesorgt hätte."

War diese Forderung nach der Brandenburger Vorleistung nicht ein rein taktisches Manöver, um am Ende einen Neubau in Schönefeld durchzusetzen? "Alles gehört mit allem zusammen", antwortet Diepgen und macht schlaue Augen, abgesehen davon sei der Bund "intensiv für Schönefeld" gewesen, "und ich hatte den Eindruck, dass mit dem Bund eine Entscheidung für Sperenberg nicht möglich war".

Der Bundesverkehrsminister jener Tage, Matthias Wissmann von der CDU, ein Parteifreund Diepgens, ist damals wegen Mauerfall und deutscher Einheit Herr über den

größten Infrastruktur- und Verkehrshaushalt Europas. Der neue Berliner Flughafen steht nicht sehr weit oben auf Wissmanns Agenda, er wird zu keiner Zeit weit oben auf der Agenda des Bundes stehen, ganz gleich, wer gerade Minister ist. Wissmann will über das Thema eigentlich nicht mehr reden, es ist alles so lange her, nur ein kurzes Telefonat mit ihm gibt es. Er sagt, und man muss das mit Diepgens Satz weiter oben vergleichen, er habe den Eindruck gehabt, "dass mit Berlin eine Entscheidung für Sperenberg nicht möglich war". Die Brandenburger seien, im Hinblick auf Schönefeld, weniger absolut gewesen. "Und deshalb habe ich den Knoten irgendwann durchgeschlagen."

Es sind die Jahre 1994, 1995, 1996. Ein Raumordnungsverfahren endet mit dem Ergebnis, dass Schönefeld wegen der zu erwartenden Lärmbelästigung und nötigen Umsiedlungen als Standort "nicht geeignet" sei. Jüterbog oder Sperenberg seien zu bevorzugen. Der Flughafen wird damals ein Dauerthema, auch überregionale Medien diskutieren mit, es gibt plötzlich Zweifel an allem, an der geplanten Größenordnung, am Standort sowieso, am Projekt überhaupt. Es zeichnet sich ab, dass an ein internationales Drehkreuz nicht zu denken ist und im Ernst nie daran gedacht war, jedenfalls nicht von den Airlines. Zu wenige Umsteiger. Zu wenig Bedeutung.

Braucht es überhaupt einen dritten deutschen Großflughafen neben Frankfurt am Main und München? Und warum soll das neue Schönefeld ein "Single-Flughafen" werden, also der einzige Berliner Airport? Moskau, Paris, London, New York haben doch auch mehrere? Warum kann man nicht Tempelhof oder wenigstens Tegel erhalten?

Am 5. Mai 1996 lehnt eine Mehrheit der Brandenburger die von den Parlamenten bereits mit Zweidrittelmehrheit beschlossene Fusion ihres Landes mit Berlin zu einem neuen Bundesland ab. Das ist das Aus für Sperenberg, per Volksentscheid, auch wenn das viele Brandenburger und Flughafenopfer bis heute nicht wahrhaben wollen. In einem gemeinsamen Bundesland hätte es noch Argumente für Sperenberg gegeben, sagt Stolpe später.

Am 28. Mai 1996 unterschreiben er, Diepgen und Wissmann eine "gemeinsame Empfehlung", den Konsensbeschluss über die Errichtung eines Großflughafens am Standort Schönefeld bis spätestens 2010, Single-Flughafen, Tegel und Tempelhof

werden geschlossen – aus heutiger Sicht eine Fehlentscheidung, aus damaliger Sicht ein vernünftiger, überfälliger Kompromiss.

Draußen in Sperenberg wächst Gras über alles, Büsche, Bäume, wie gehabt. Das einst für den Flughafen vorgesehene Areal ist heute wie damals dichter Wald, durch den kilometerlange Forstwege führen. Eine Schneise von 14 Kilometer Länge und 2 Kilometer Breite ist in diesen Wald geschlagen, die seit den Siebzigerjahren des 19. Jahrhunderts als Schießbahn für Geschütze genutzt wurde, für Bombentests, für Versuche, wie man am besten Bunker baut. Nach dem Krieg plante sich die sowjetische Armee im Wald eine Landebahn für ihren Nachschub.

Der Bürgermeister hier heißt Frank Broshog, er hat die Statur des Comichelden Shrek, wenig Hals, Hände wie Dampfhämmer. Für den geheimnisvollen Wald in Sperenberg, "das größte Flächendenkmal im Land Brandenburg", sagt er, finde sich auch keine geeignete Nutzung. Waldbrände hat er stattdessen. Und manchmal einen Unfall, weil sich da draußen einer verirrt und in eine Grube fällt und nicht mehr rauskommt. Ansonsten? "Ist da nichts. Null. Da ist der Wolf."

IV. Rechtschaffenheit

Gerkan malt einen Airport. Berlin-Bund-Brandenburger Dreifaltigkeit. Der Traum von der chinesischen Lösung. Die Schönheit des Rechtsstaats. Ein deutsches Wort mit 41 Buchstaben. Herrn Baumanns 1800 Aktenordner. Leipziger Allerlei.

Der Architekt Meinhard von Gerkan hat in Hamburg eine Immobilie, an der man nichts findet, was zu beanstanden wäre. Sie ist hoch über der Elbe gelegen, ihre oberste Etage ist eine Art vollverglaster Aussichtsturm, von dem aus Gerkan auf den Fluss und den Hafen blicken kann wie der König der Kapitäne. Wenn er hungrig ist, muss er nur eine kleine Außentreppe hinuntersteigen, und schon steht er vor einem der besten Restaurants der Stadt.

Immer wenn sich Gerkans Büro gmp um internationale Bauprojekte bewirbt, lädt er die Leute in seinen Glasturm ein. Alles beginnt zu schweben hier oben. Es gibt auch einen Flachbildschirm, der ungefähr so groß ist wie ein Handballtor, und wenn die

Bauherren kommen, um Entwürfe anzusehen, lässt Gerkan darauf Filme laufen, die zeigen, wie schön alles wird, wenn es fertig ist.

An einem sonnigen Tag im vergangenen Winter zeigt Gerkan einen Film über den neuen Berliner Flughafen. Im Film ist der Airport fertig, Menschen laufen darin hin und her, Autos parken ein und aus, man sieht die Parkpositionen der Flugzeuge in der Abendsonne, es ist, als würde gleich der erste A380 landen.

Gerkan ist jetzt 82 Jahre alt, er weiß, wie man große Gebäude entwirft, auch Flughäfen. Er hat sich in den Siebzigern Berlin-Tegel ausgedacht, einen genialen Bau, vielleicht der beste Flughafen der Welt, es sind, vom Taxi bis zum Flugsteig, keine hundert Meter. Später hat er die Flughäfen in Hamburg und Stuttgart erdacht, er hat den Berliner Hauptbahnhof gebaut, gigantische Museen in China. Gerkan hat einen guten Ruf in der Welt, nur in Deutschland stimmt das nicht mehr ganz. Zu Hause ist er der, der den Berliner Flughafen nicht hinbekommen hat.

Als er gefragt wurde, sich einen Plan dafür auszudenken, verreiste er für ein Wochenende in sein Ferienhaus in Heiligenhafen an der Ostsee. Am Ende dieses Wochenendes bemalte er ein Blatt mit ein paar Strichen und winzigen Figuren, die aussehen wie parkende Flugzeuge. Darunter schrieb er "Flughafen Schönefeld". Maßstab 1:500. Als Datum notierte er den 17. Februar 1998.

Fast 20 Jahre später sitzt er in seinem Glasturm und sagt: "Es sollte eine kraftvolle Figur werden." Gerkan gab ihr ein Dach, das nicht einfach nur ein Dach sein durfte, sondern "eine pathetische Geste". Er sagt: "Es sollte ein Spektakel werden im Sinne von ...", er hebt die Hände hoch, holt tief Luft, und stößt nach einer Weile das Wort "Atemlosigkeit" aus. Er sagt, er habe sich erlaubt, Analogien herzustellen zu Schinkel und Mies van der Rohe. Er zeichnete also einen Flughafenterminal und dachte dabei auch ein bisschen an Preußens Gloria. Vielleicht war das ein erster Konstruktionsfehler.

Fragt man Gerkan heute danach, warum alles derart schiefgegangen ist in Berlin, redet er über die Bauherren, die sich aufführten wie Götter. Und er redet über politische Mentalitäten. In einer Stadt wie Hamburg, sagt Gerkan, gebe es klare Zuständigkeiten, wenn eine Entscheidung einmal getroffen sei. "Der politisch Zuständige sagt dann: Du

bist der Architekt, du weißt, wie das geht, also lassen wir dich machen. In Berlin sagen sie: Ich bin der Koch, du bist der Kellner."

In Berlin und in Brandenburg gibt es nicht den einen politisch Zuständigen, das ist eine der entscheidenden Ursachen für den furchtbaren Ausgang dieser Geschichte. Es gibt keine Instanz, die am Ende die Verantwortung trägt, es gibt stattdessen immer alles wenigstens dreimal. Es gibt den Flughafenausschuss in Brandenburg, und es gibt zuständige Ausschüsse in Berlin und im Bundestag. Es gibt die beiden Landesverkehrsminister, und es gibt den Bundesminister, es gibt in Bund und Ländern die Finanzminister und Finanzausschüsse, und es gibt in jedem Land und im Bund die Parlamente und die Rechnungshöfe, die ihren Senf dazugeben, es ist ein jammervoll überladenes Konstrukt. Und es ist ein entsetzlich politisiertes Projekt.

Indem der Ministerpräsident von Brandenburg und der Regierende Bürgermeister von Berlin die Chefposten im Aufsichtsrat übernehmen, was sie bis vor Kurzem tun zu müssen glaubten, kann die Opposition den Flughafen als Vehikel zum Stänkern jederzeit benutzen. Und sie tut es.

Im Verlauf der Geschichte tummeln sich zeitweise auch die größten Bürgerinitiativen Europas im Berlin-Brandenburger Speckgürtel, um gegen den unmenschlichen Airport zu trommeln, es gibt Mahnwachen, Montags-Demos, es werden Quartettspiele herausgebracht mit den schönsten BER-Pannen. Es ist ständig Lärm und Stunk um diesen Bauplatz, die Ahnen der Stuttgarter Wutbürger sind unterwegs.

Öffentliche Großprojekte sind die Großkampftage der deutschen Verwaltungen und der Justiz. Flughäfen, Bahnhöfe, Autobahnen, Kraftwerke sind die Schlachtfelder des demokratischen Rechtsstaats, auf denen sich Beamte, Anwälte und Richter für die Ewigkeit auszeichnen. Jedem großen Bauvorhaben geht eine langwierige Prozedur nach genauen Regeln voraus, und wenn diese Prozesse beendet und immer noch nicht alle Widersprüche ausgeräumt sind, dann kommen die Klagen, Bürger gegen Staat. Am Ende hat eine unabhängige Justiz zu klären, ob ein Gewinn fürs Gemeinwohl Verluste für den Einzelnen rechtfertigen kann.

Es geht bei solchen Vorgängen um den Kern und die Schönheit des demokratischen Systems, auch wenn es einem manchmal schwer auf die Nerven gehen mag. Die Macher des BER, diverse Flughafenmanager, auch Politiker, haben die Weisheit der Justiz immer wieder infrage gestellt, und es fehlte auch nicht der Hinweis darauf, dass China, in der Zeit, in der ein einziger deutscher Flughafen rechtlich geprüft wird, 30 neue Flughäfen eröffnet. Aber in China gilt der Bürger nichts, seine Anliegen sind nicht einklagbar, der Staat ist zu keiner Rechenschaft verpflichtet.

Es gibt in China keine Fragen des Lärmschutzes, in Deutschland aber schon, auch wenn die Berlin-Brandenburger Flughafenmacher sie ein bisschen auf die chinesische Art beantworten wollten. Sie sahen in ihren Kostenplänen für den Schallschutz 156 Millionen Euro vor, was viel zu wenig war, und das hätten sie wissen können.

Viele Klagen und Richtersprüche später musste diese Summe auf 590 Millionen Euro korrigiert werden, und alle Budgetansätze waren Makulatur. Daran war nicht der Rechtsstaat schuld, sondern die Flughafenplaner, die meinten, das Recht beugen zu können.

Wolfgang Baumann ist ein Spezialist für solche Vorgänge, ein Veteran vieler juristischer Schlachten, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Jahrgang 1949. Er wollte den BER verhindern, mit allen juristischen Mitteln, aber er scheiterte.

Baumann hat als Anwalt gegen Wackersdorf gekämpft und gegen das Atomkraftwerk von Mülheim-Kärlich, und als er die Streitereien um den Berliner Flughafenstandort verfolgte und als die Wahl schließlich auf Schönefeld fiel, machte er sich an die Arbeit. Ein Großflughafen direkt an der Stadt, mit Zehntausenden direkt Betroffenen ringsum, mit Dörfern, die weichen müssen, mit Gefahrenzonen überall, Lärmproblemen, Abgasen, das Baugelände voll mit Altlasten noch aus dem Weltkrieg, Teerölseen, Dioxin, alte Granaten. Der Sportsgeist des Anwalts war geweckt.

Es war am Jahrestag des Mauerbaus, 13. August 2004, als der Planfeststellungsbeschluss über den Bau des neuen Flughafens fiel, 1700 Seiten, im Anhang Schallgutachten, Karten, Flugschneisen. Baumann begann sofort damit, den Widerstand und formellen Widerspruch zu organisieren. Er verbündete sich mit großen

Bürgerinitiativen. In Bierzelten akquirierte er seine Mandanten en bloc, in Diedersdorf sprach er einmal vor 3000 Flughafengegnern, die an Ständen, alphabetisch geordnet nach den Anfangsbuchstaben der Familiennamen, Mandate vergeben und nötige Vollmachten zeichnen konnten. Beim großen Showdown vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig würde Baumann nicht weniger als 2400 Kläger vertreten.

Für jeden einzelnen Kläger musste die individuelle Betroffenheit festgestellt werden, also wurden Haus für Haus Gutachten gefertigt, Lärmdaten gesammelt. Am Ende hatten sie vier Millionen digitale Datensätze in den Computern und Programme, mit denen dargestellt werden konnte, an wie viel Dezibel um wie viel Uhr genau der Kläger bei so und so viel Fluglärmbelastung zu leiden hätte. Wohnte der Betroffene zur Miete? War er Eigentümer? Schief er unter dem Dach? Im ersten Stock? Waren Kinder im Haus? Wie viel Quadratmeter hatte die Küche? Die Arbeit glich einer kleinen Volkszählung.

Am 15. Oktober 2004, einen Tag vor Ablauf der Einspruchsfrist gegen den Planfeststellungsbeschluss, lieferte Baumann seine Akten an das Bundesverwaltungsgericht. 1800 Ordner, pro Kläger etwa 900 Seiten Klageschrift, 2,1 Millionen Blatt, es ist das größte Verwaltungsgerichtsverfahren der deutschen Geschichte. Das Gericht musste die Wäscherei umwidmen, um Platz für Baumanns Akten zu schaffen, der Anwalt fuhr zuversichtlich nach Leipzig. Aber er sollte, in der Hauptsache, bitter enttäuscht werden.

Es gipfelt damals eine Entwicklung, die den Rechtsstaat nachhaltig verändert. In den Neunzigerjahren werden die Klagemöglichkeiten gegen Verwaltungsakte immer weiter eingeschränkt, die Rechtswege verkürzt. Zwei voneinander unabhängige Entwicklungen stehen dahinter.

Zum einen sind damals neoliberale Ideen schwer in Mode, es ist die Zeit der New Economy, Deregulierung ist ein wichtiges Schlagwort, Entbürokratisierung, Verschlinkung, und gemeint sind damit auch die Regeln des Rechtsstaats.

Zum anderen verabschiedet der Bundestag gleich nach der Einheit eine ganze Reihe Vereinfachungs- und Beschleunigungsgesetze, die dafür gedacht sind, die Sanierung der maroden DDR rasch voranzubringen. Auch der Antrag zum Flughafenbau wird nach den weitgehenden Sonderregeln von dem "Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz" eingereicht. Das ist ein nur in deutscher Sprache mögliches Wort mit 41 Buchstaben – das unter anderem bedeutet, dass Klagen nicht Instanz für Instanz hinaufverhandelt werden müssen, sondern dass Großprojekte direkt vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig in erster und einziger Instanz verhandelt werden.

Aber verhandelt wird da nicht viel. Die mündliche Verhandlung über "die größte Infrastrukturmaßnahme der deutschen Einheit" wird in zwei, drei Tagen durchgezogen, die Bundesrichter weisen 64 Beweisanträge der Flughafengegner pauschal ab mit dem Hinweis, dass die eingereichten Unterlagen bereits "hinreichend" seien.

Baumann sagt, er sei schockiert gewesen damals, empört ist er bis heute. Die Richter hätten den "Grundsatz der Planerhaltung" über alles gestellt, und wenn man ihn konsequent zu Ende denke, dann könne man sich eigentlich alle Bürgeranhörungen und dergleichen sowieso sparen.

"Ich war", ruft er, "gerade siebenmal vor Gericht wegen einer Umweltstation, die auch Tiere hält. Da wohnt hundert Meter weiter eine Frau, die gern auf dem Balkon sitzt und die dagegen geklagt hat, dass da ein Hahn kräht und dass eine Kuh manchmal Lärm macht. Siebenmal war ich deshalb schon auf dem Landgericht! Das muss man sich vorstellen! Ich habe zwölf Wochen verhandelt wegen einer Müllverbrennungsanlage in Augsburg! Zwölf Wochen! Da kann ich doch nicht einen ganzen Flughafen mit all seinen Problemen in ein paar Tagen abhandeln und alles wegbügeln! Das geht doch nicht!?"

V. Anstand

Wowereit zieht andere Saiten auf. Hochtief lernt, wo in Berlin der Hammer hängt. Kühle Abende im Grunewald. Der "heimische Mittelstand" ist vor allem mittel. Grundsteinlegung des Scheiterns. Aus einem Los werden 40 Aufträge.

Wenn man sich festlegen müsste auf nur einen Schuldigen am Schlamassel, wäre Klaus Wowereit eine naheliegende Wahl. Er spielt bis zum Sommer 2001 keine Rolle, aber danach eine so verheerende, dass sich damit leicht ein eigenes Kapitel füllen ließe. Wowereit tritt auf als ebenso herrischer wie selbstherrlicher Zerstörer. Zeitzeugen beschreiben ihn als nassforsch, herablassend, hochfahrend, eitel, rotzig.

Wowereit wird im Juni 2001 Regierender Bürgermeister, von Januar 2002 an steht er an der Spitze einer rot-roten Koalition von SPD und PDS. Für Leute, die glauben, der Flughafen solle von privaten Investoren gebaut und betrieben werden, ist das keine gute Nachricht. Eine Privatisierung des Flughafenbaus war 1999 unterschrieben worden; ein Konsortium "Flughafen-Partner für Berlin und Brandenburg" hatte den Zuschlag bekommen, der Essener Hochtief-Konzern, die Flughafen Frankfurt AG, die ABB Calor Schaltanlagen und die Berliner Bankgesellschaft würden den neuen Airport planen, bauen und betreiben.

Privatisierung, das bedeutete: Die Investoren würden die Flughafengesellschaft kaufen, 100 Prozent der Anteile von den Gesellschaftern Berlin, Brandenburg und dem Bund, und würden zu Betreibern von Tegel, Tempelhof und Schönefeld. Sie bezahlen dafür eine Summe im dreistelligen Millionenbereich und verpflichten sich, den neuen Großflughafen mit Baukosten von etwa vier bis sechs Milliarden Mark auf eigene Rechnung zu planen und zu bauen, um ihn nach Fertigstellung auch betreiben zu dürfen. In den vereinbarten Summen des Deals versteckte sich sogar die Tilgung der Schulden aus den Zeiten des Grundstücksbooms im "Baufeld-Ost".

Wenn dieses Geschäft von 1999 Bestand gehabt hätte, wäre der Flughafen 2003 fertig gewesen, diese Ansicht teilen viele Experten. Hochtief hatte damals einen Lauf, die Firma hatte in Athen gerade einen neuen Airport gebaut und übergeben, dasselbe war ihr vorher in Saudi-Arabien gelungen. In Deutschland einen Flughafen auf die grüne Wiese zu stellen wäre für den Konzern aus Essen keine überwältigende Herausforderung gewesen. Und es war ein gutes Geschäft: Man konnte die Einnahmen aus Tegel nehmen, um den Bau zu finanzieren, es konnte nichts schiefgehen.

Es geht aber alles schief. Sechs Monate nach Vertragsunterzeichnung beginnt eine Kaskade von Prozessen, weil unterlegene Bewerber gegen die Vergabe klagen. Es wird an allen Ecken Schmutz aufgewirbelt, es gibt bundesweit Razzien, einmal an 16 Orten gleichzeitig. Korrupte Figuren in Doppelrollen fliegen auf, Verfahrensfehler werden ruchbar, Industriespionage wird behauptet, Hochtief steht, gewiss auch aus eigenem Verschulden, wie ein mafiöser Herrenklub da. Dann aber kommt ein Gericht zu dem Schluss, die Vorwürfe seien wenig substanziell, nicht besonders schwerwiegend, und niemandem sei ein Schaden entstanden. Aber da ist der schöne Auftrag schon weg.

Es wird weitere Anläufe von Hochtief geben, den Flughafen zu bauen, die Essener stimmen sogar zu, das Projekt gemeinsam mit der Bonner IVG zu machen, dem unterlegenen Bewerber, der geklagt hatte. Zeitweise arbeiten an die hundert Hochtief-Mitarbeiter am Airportprojekt, in einem Loft in Berlin-Schöneberg. Der Konzern investiert Millionen im Lauf der Jahre in die Vorarbeiten, sie erstellen schon Zeitpläne für die Organisation der Baustelle, aber es wird am Ende verbranntes Geld sein. Das Ende beginnt, als in Berlin Klaus Wowereit an die Macht kommt.

Der damalige Hochtief-Chef Hans-Peter Keitel muss feststellen, dass dieser neue Regierende Bürgermeister von Anfang an darauf aus ist, das Projekt Privatisierung zu sprengen. Keitel zählt zu den großen deutschen Baumeistern, ein Ingenieur aus Württemberg. Er ist ein kantiger Typ, begeisterter Bergsteiger, er hat Wasserkraftwerke in Südamerika gebaut, er war am Ärmelkanaltunnel beteiligt, auch am Gotthard war er dabei. Der Commerzbank- und der Messeturm in Frankfurt sind seine Projekte, die Öresundbrücke, Flughäfen. Keitel, der in aller Welt Präsidenten und Premierminister kennt, Könige und Prinzen, bekommt es nun mit Wowereit zu tun.

Man trifft sich in der Regel im Gästehaus des Berliner Senats in Grunewald, meistens um neun oder zehn Uhr abends, um das, was die Fachleute vorbereitet haben, zum Abschluss zu bringen. Beteiligte an den Diskussionen unter acht, unter zwölf Augen haben in der Rückschau den Eindruck, dass Wowereit fest daran glaubte, der Berliner Politik- und Verwaltungsbetrieb mit ihm selbst an der Spitze könne den Flughafenbau allein stemmen.

Außerdem scheint Wowereit in der Gewissheit zu leben, dass Konzerne an Gewinnmaximierung interessiert sind und an sonst nichts. "Er kam herein gleich beim ersten Mal", erinnert sich ein Teilnehmer an den Grunewald-Runden, "wie wir ihn später x-mal erlebt haben: frech, unmöglich, ohne Rücksicht auf irgendjemanden oder irgendetwas, das bereits besprochen war. Er redete in dem Ton: 'So, Freunde, ab heute gelten andere Regeln. Ich bin der, der hier bestellt – und ihr wollt uns ja sowieso nur von vorn bis hinten betrügen.'"

Anfang 2003, Wowereit ist seit gut einem Jahr auch Aufsichtsratschef der Flughafengesellschaft, wird die Privatisierung des Projekts gestoppt. Wowereit argumentiert, die Investoren wollten Risiken in Höhe von 300 Millionen Euro auf den Staat abwälzen. Auf Beteiligte wirkt es so, dass sich Wowereit künstlich über einzelne Punkte aufregt, um den Bruch herbeiführen zu können. Er zieht immer wieder die Risikoverteilung hoch, ein Standardthema bei Großprojekten, aber Wowereit kennt, als Laie, die Gepflogenheiten nicht. Die Frage etwa, wer die Kosten übernimmt, wenn unerwartet Altlasten im Boden auftauchen, wird mittlerweile schon in Lehrbüchern beantwortet. Wowereit ist das egal. Er will alles auf die Investoren abwälzen. Er ist der Koch, sie sind die Kellner.

Wenn Wowereit die Lust verspürt, seine Themen von jetzt auf gleich zu besprechen, bestellt er die Leute ein, egal, wo sie gerade sind. Es kann vorkommen, damals, dass Investoren Konferenzen abbrechen und sich Privatjets mieten müssen, weil Wowereit eine Dringlichkeitssitzung einberuft.

Am 7. Februar 2003 wird das Ende aller Privatisierungsverhandlungen erklärt mit der Begründung, dass die Investoren dem Staat zu große Risiken aufdrücken wollten. Der Flughafen ist von nun an das Projekt von Berlins Regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit, der Airport soll sein Denkmal werden – das schicke Einfallstor ins arme, aber sexy Berlin.

Aber Wowereit versagt darin, das Projekt auf der Schiene zu halten. Er ist der Chef des Aufsichtsrats, als kein Generalunternehmer für die Bauarbeiten gefunden wird. Er ist Chef des Aufsichtsrats, als die Bauorganisation zusammenbricht. Er ist Chef des

Aufsichtsrats, als der Eröffnungstermin 2010 platzt, er ist es, als der Termin 2011 platzt, und er ist es immer noch, als die für 2012 geplante Party krachend scheitert. Wowereit ist Chef des Aufsichtsrats, als allen Beteiligten außer ihm selbst klar wird, dass die Baustelle außer Kontrolle ist. Er ist Chef des Aufsichtsrats in den Jahren nach 2012, in denen Stillstand herrscht und es weiterhin nicht gelingt, den Flughafen in Betrieb zu nehmen.

Man könnte lange Tabellen erstellen mit den falschen Behauptungen dieses Politikers, unterbrochen von ein paar wiederkehrenden Refrains: "Wir sind auf gutem Weg", "Es ist ein ambitioniertes Ziel, aber wir werden es erreichen", "Ich gehe davon aus, dass der Eröffnungstermin steht", "Alle Arbeiten verlaufen nach Plan". Wer Wowereits Äußerungen mit der Realität vergleicht, weiß, was von seiner beharrlichen Behauptung zu halten ist, er habe nichts mit dem BER-Desaster zu tun.

Wowereits Desaster wächst sich rasch aus: Nachdem die Privatisierung des Großprojekts vom Tisch ist, muss bald auch die Suche nach einem Generalunternehmer eingestellt werden, der den Flughafen wenigstens "aus einer Hand" geplant, gebaut und schlüsselfertig übergeben hätte.

Im November 2006 bewerben sich vier Konsortien, die alle glauben, das gewünschte Gebäude für etwas mehr als eine Milliarde Euro bauen zu können. Sie liegen so nah beieinander, die Spanne reicht von 1,038 bis 1,041 Milliarden Euro, dass alles doch sehr verdächtig nach einer Preisabsprache aussieht, einerseits. Andererseits sind die Vorstellungen der Flughafengesellschaft und ihrer staatlichen Bauherren auch völlig unrealistisch. Sie planen mit 630 Millionen Euro Baukosten für den Flughafenterminal. Man wolle ja "keinen Palast bauen", wird Wowereit sagen. Aber das will man eben doch.

Im Vergleich zu Gerkans ersten Plänen soll das nun ausgeschriebene Gebäude 70 000 Quadratmeter größer und luxuriöser ausgestattet sein, mit Böden aus Jurakalkstein und Furnier aus afrikanischem Nussbaum. Unabhängige Gutachter schätzen die Baukosten auf 1,4 Milliarden Euro. Wowereit interessiert derlei Expertise nicht. Er fährt den Kurs: Allein können wir es besser. Und billiger.

Die Politik, empfänglich für den schnellen Applaus, gibt als weitere Maßgabe vor, nun müsse die heimische Bauwirtschaft an der schönen Maßnahme beteiligt werden. Das große Los des Generalunternehmerauftrags wird deshalb in sieben Lose zerstückelt und neu ausgeschrieben, damit auch kleinere Unternehmen zum Zuge kommen können. Damit verschärft sich erheblich, was auf großen Baustellen "Schnittstellenproblematik" genannt wird.

Und dieses Problem wächst sich noch weiter aus: Selbst die sieben Auftragspakete sind für die "heimische Bauwirtschaft" zu groß. Für die Lose vier und sechs etwa, "baulicher Ausbau", finden sich in der Heimat keine geeigneten Bewerber, und deshalb werden die Vergabepakete noch einmal gestückelt. Am Ende ist es so: Aus dem Großauftrag "Bau eines Fluggastterminals" wird nicht, wie anfangs geplant, ein Los für einen Generalunternehmer, es werden auch nicht sieben Lose, sondern es ist jetzt alles aufgesplittert in 40 Einzelvergaben: programmiertes Chaos.

Ein erfahrener Flughafenmanager kommentiert, dass damals "an die Stelle strenger privatwirtschaftlicher Zwänge die gemütliche Struktur eines vom Staat garantierten Unternehmens tritt". Am Schluss fehlte es nur noch, "dass der Kleber zum Teppichboden einzeln ausgeschrieben wird". Jedenfalls wird aus der einst bewährten Idee, dass ein öffentlicher Bauherr einen Generalunternehmer findet, ein vom Staat organisierter Basar.

VI. Zuverlässigkeit

Ein Plan ist ein Plan ist ein Plan. Spatenstich mit "Big Bobby International". Kein Bauherr, nirgends. Herr Körtgen macht den Doktor. Überall Häuptlinge, vorneweg Herr Schwarz. Die "Vergabeeinheit 5.0 TGA I" meldet erste Probleme.

Schon vor dem ersten Spatenstich am 5. September 2006 beginnt die Debatte darüber, ob der neue Flughafen nicht vielleicht viel zu klein ist. Es gibt ständig neue Prognosen über Passagierzahlen, die besagen, dass der geplante Airport im Moment seiner Eröffnung an der Kapazitätsgrenze operieren werde, zumal ja die anderen Flughäfen dann schließen müssten.

26, 28, 30 Millionen Fluggäste, in aller Eile beschließt der Aufsichtsrat Anbauten neuer Piers, Pavillons, Gates, um die Kapazität der Reisefabrik Flughafen zu erhöhen. Es wird an ihr, für die noch kein Stein gesetzt ist, herumgedoktert, ohne dass viele Gedanken daran verbraucht würden, dass jede Änderung Folgen hat für den Bau und sein Funktionieren.

Um eine Vorstellung zu bekommen, was da draußen im Südosten Berlins vorgeht, muss man sich dieses vor Augen führen: Gerkans erster Plan von 1998 sah ein Gebäude vor mit einer Fläche von 220 000 Quadratmetern. Vor der geplanten Eröffnung 2012 stand da jedoch ein totes Ungeheuer mit 340 000 Quadratmeter Fläche. Das war nicht mehr Schinkel oder Mies van der Rohe, das war ein Bau, der plötzlich so aussah, als würde die Neue Nationalgalerie auf dicke Hose machen.

So wird es bleiben, auch bei laufendem Baubetrieb. Die Bauherren haben ständig neue Einfälle, oder die Flughafengesellschaft hat dauernd Wünsche. Ein neuer Pier im Süden, ein neuer Pier im Norden, hier ein neues Zwischengeschoss, da ein neues Zwischengeschoss, unten neue Verkaufsflächen, oben neue Verkaufsflächen. Als wäre es ein Spiel mit Legosteinen.

Im September 2006 wünscht sich Aufsichtsratschef Wowereit Fluggastbrücken für den A380. Der große Airbus hat damals noch keinen einzigen regulären Passagierflug hinter sich, und das Baufeld von Schönefeld ist noch nicht einmal geräumt. Es hilft auch nichts, dass Experten sagen, der A380 werde aller Voraussicht nach im Berlin-Verkehr niemals eingesetzt, weil sich das für keine Airline lohne. Wowereit will es trotzdem, er will das Symbol, die großspurige Geste, nicht kleckern, klotzen: wenigstens träumen vom A380.

Beim feierlichen Spatenstich im September 2006 geht es launig zu. Wowereit ist da, Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck, der damalige Bahn-Chef Hartmut Mehdorn. Man begießt einen Radlader namens "Big Bobby International" mit Sekt. Wowereit sagt: "Wir werden beweisen, dass drei öffentliche Eigentümer so ein Projekt bauen können." Flughafenchef Rainer Schwarz lässt wissen, dass 100 Millionen Euro ausgegeben seien, "davon 80 Prozent beim heimischen Mittelstand".

Baubeginn ist am 4. Oktober 2006, elf Jahre später als ursprünglich geplant, sechs Jahre nachdem ein "europäisches Drehkreuz" eigentlich schon hätte in Betrieb sein sollen, rechtzeitig zu jenen Olympischen Spielen 2000, die dann doch nicht nach Berlin, sondern nach Sydney gingen.

In den folgenden Monaten, das hat in Berlin Tradition, üben sich die Reporter in Baustellenpoesie. "2058 Räume wird der Flughafen haben und 33 000 Quadratmeter Glasfassaden. Dafür wird die Baustelle 9000 Tonnen Baustahl und 160 000 Kubikmeter Beton verschlingen." "Jedes Projekt hat seinen exakten Termin, jede Muldenkipperfahrt ist geplant."

Und während sie dichten, wird in Sachsen, am Flughafen Leipzig-Halle, am 5. Juli 2007 die neue zweite Start- und Landebahn in Betrieb genommen mit der spektakulären Parallellandung einer Boeing 757 der DHL und einer Boeing 747-400 der Lufthansa. Die Szene wirkt wie ein höhnischer Gruß Richtung Hauptstadt.

Dort gibt es jetzt am Stadtrand eine Baustelle, aber es gibt keine Bauorganisation. Es gibt eine für alle Planungen zusammengewürfelte Arbeitsgemeinschaft aus Gerkans gmp, dem Architektenbüro JSK und dem Ingenieurbüro Kruck. Sie trägt den sperrigen Namen "pg bbi", das steht für Planungsgemeinschaft Berlin-Brandenburg International, so heißt der spätere BER damals noch. Im Herbst 2006, im Frühjahr 2007 scheint es fürs Erste so, als schnurre das Projekt dahin.

Im September 2008 wird Manfred Körtgen, seit vier Jahren bei der Flughafengesellschaft, ihr technischer Geschäftsführer und komplettiert die Führungsmannschaft, die das Scheitern des Flughafenbaus zu verantworten hat. Körtgen ist ein träge wirkender weißhaariger Mann, und zu seiner Einschätzung genügt es im Grunde zu wissen, dass er parallel zu seiner Arbeit als Hauptverantwortlicher für den Bau eines Flughafens eine Doktorarbeit schreibt.

Am 29. April 2010 wird er an der Universität Kassel seine mündliche Prüfung ablegen, seine Promotion dreht sich um "Optimierungsansätze zur prozessorientierten Abwicklung komplexer Baumaßnahmen". Kollegen, die in der Flughafengesellschaft

eng mit ihm gearbeitet haben, verspotten Körtgen als Di-Do-Mann, als einen, der dienstags kommt und sich donnerstags ins Wochenende verabschiedet.

Auch Körtgen sagt in allen Interviews: "Wir liegen im Zeitplan." Oder, im September 2009: "Drei Jahre nach dem Spatenstich sind wir stolz darauf zu sagen: Jetzt sieht man, dass das, was wir hier errichten, ein Flughafen wird."

In jener Zeit steht allerdings erstmals in internen Papieren, dass die "Vergabeeinheit 5.0, Technische Gebäude-Ausstattung I: Heizung, Lüftung, Sanitär", zwei Monate im Zeitverzug ist. Und es hagelt Beschwerden, dass Bauzeichnungen und Berechnungen der pg bbi gravierende Fehler aufweisen. Außerdem ist das Ingenieurbüro Kruck, Teil des Planungsteams und zuständig für die Technische Gebäude-Ausstattung, in finanzielle Schieflage geraten. Die Firma geht am 8. Februar 2010 in Konkurs. Das sorgt auf der Baustelle für Wissensverlust, Kompetenzeinbußen, für ein Schlingern der Arbeiten.

Um die Lücke zu füllen, werden neue Planer auf Honorarbasis angeheuert, in der Spitze um das Jahr 2012 arbeiten fast 70 unterschiedliche Ingenieurbüros als Planer auf der Baustelle. Sie treffen sich zu wöchentlichen Jours fixes, und es wird auch ständig ein anderer neuer Häuptling ernannt, um Koordination wenigstens zu behaupten. Ein "Gesamtprojektleiter" wird gekürt, Gesamtbauleiter werden ernannt, das klingt alles gut, aber in Wahrheit weiß niemand mehr, wer eigentlich wofür zuständig ist. Und wer am Ende, wirklich, die Verantwortung trägt.

Die Innereien des Gebäudes werden damals zum Problem. Das Thema Kabel taucht auf, das Thema Lüftung und Entlüftung, Entrauchung. Es heißt jetzt, dass die Arbeitsgemeinschaft ImCa, zuständig für den Bau der Entrauchungskanäle und sonstiger für den Brandfall wichtiger Hardware, von 3000 Plänen, die bis Weihnachten 2009 fertig sein sollten, erst 500 bekommen hat. Ob das so stimmt, ist schwer zu sagen, auch, wer genau dafür verantwortlich ist. Es beginnt die Zeit gegenseitiger Schuldzuweisungen, und man kann sich in jenem Winter nur noch darauf einigen, dass wahrscheinlich von einem neunmonatigen Planungsverzug auszugehen ist. Davon aber

will die oberste Führung der Flughafengesellschaft nichts wissen. Und der Aufsichtsrat auch nicht.

Man sieht es erst in der Rückschau, dass in jenen Monaten das Scheitern beginnt, das bis heute andauert. Es fehlen Pläne hier, es gibt unvorhergesehene Baukollisionen da, tausendfach. Wo ein Rohr gelegt werden müsste, sitzt eine Luftklappe, wo ein Rauchkanal liegt, müssten Kabel gezogen werden. Natürlich ist das Baustellenalltag überall auf der Welt. Aber im Fall des Berliner Flughafens, wo der Bauherr die Bauherrenrolle nur spielt, statt sie zu füllen, führen sie dazu, dass erst die Baustelle und dann das ganze Gebäude dysfunktional wird. Der Neubau wird, während der Bauzeit, zum Sanierungsfall.

Eigentlich gilt, von Januar 2010 an, ein Änderungsstopp. Kein Plan soll mehr geändert, alles soll einfach nur fertig gebaut werden. Aber die Geschäftsführung des Flughafens hält sich als Erstes selbst nicht daran. Es ist, nach übereinstimmenden Aussagen vieler Beteiligten, der Geschäftsführer Rainer Schwarz, der ständig Neues bestellt, neue Flächen, neue Räume, neue Lounges, neue Inseln für den Non-Aviation-Bereich, mit dem Flughäfen heutzutage das Geld verdienen: Klamotten, Duty-free, Andenken, Essen, Shopping.

Schwarz fühlt sich im Recht. Er versteht etwas von Flughäfen, die bereits gebaut sind. Und dieser hier, jeder weiß es, ist vor langer Zeit geplant worden, er passt gar nicht mehr zu einer Industrie, die sich so rasant entwickelt hat. Die Low-Cost-Carrier haben das Massengeschäft übernommen und revolutioniert, eine ganz neue Klassengesellschaft ist entstanden mit extremem Luxus für sehr wenige und mit Holzklasse für unglaublich viele.

Dank des Smartphones hat sich der Prozess des Buchens und Eincheckens völlig verändert, man gibt selbst sein Gepäck auf, wenn man überhaupt noch welches hat. Das Anstehen an Schaltern, hinter denen Personal lächelt, kommt einem vor wie von gestern, aber für dieses Gestern ist der Berliner Flughafen geplant. Also muss er, denkt sich Schwarz, am besten sofort umgebaut werden, bei laufendem Bau ausgebaut werden, damit er ins Heute passt.

Schwarz hat eine schöne Karriere hinter sich, er hat die großen Zeiten in München erlebt, als Geld keine Rolle spielte und doppelte Überkapazitäten ins Erdinger Moos geklotzt wurden. Schwarz war in Düsseldorf, er hat den Flughafen in Nürnberg gemanagt, er kommt nach Berlin im Glauben, dass bei einem Projekt wie dem Hauptstadtflughafen Geldfragen eher nachrangig sind. Er ist es gewohnt, zu bestellen und geliefert zu bekommen. Die technische Seite interessiert ihn kein Stück.

Er sieht ökonomische Notwendigkeiten und verlangt von Technikchef Körtgen die Umsetzung. Und Körtgen ist einer, dem es schwerfällt, Nein zu sagen. Und dahinter sitzen die Leute von pg bbi, die auch zu oft Ja sagen. So sagen auf diesem Bauplatz viel zu oft viel zu lange zu viele Leute: Ja, das kriegen wir hin.

Im Februar 2010 versuchen Gerkans Planer einmal einen Termin beim technischen Geschäftsführer Körtgen zu bekommen, es ist ihnen eilig, denn sie wollen nun doch einmal davor warnen, dass der nächste Eröffnungstermin platzt, dass die Baustelle hängt, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Aber sie bekommen keinen Termin. Körtgen hat, für seinen Generalplaner und die Bauleitung, keine Zeit.

In ihrer Not schreiben die Planer einen Brief an den anderen Geschäftsführer Rainer Schwarz und teilen ihm mit, dass es Zweifel gebe, "ob das primäre Projektziel der Flughafeneröffnung am 30. Oktober 2011 unter den derzeitigen Planungsbedingungen noch erreicht werden kann". Und anstatt dass Schwarz, besorgt, interessiert, womöglich einfach anruft oder ein schnelles Gespräch aller Beteiligten organisiert, bekommen Gerkans Leute nur einen schnippischen Brief zurück. "Wie Ihnen sicherlich bekannt sein dürfte", schreibt Schwarz, "ist mein Kollege Herr Körtgen primär für Planung und Bau BBI zuständig. Insoweit ist für mich Ihre Vorgehensweise unter Umgehung des zuständigen Ressortgeschäftsführers schwer nachvollziehbar."

Es drängt sich der Eindruck auf, dass beide Bosse der Flughafengesellschaft nicht wissen wollen, was auf der Baustelle passiert. Sie wollen vor allem nichts über Probleme hören, sie wollen gute Nachrichten, mit denen sie im Aufsichtsrat gut dastehen. Wer dieses Schweigekartell durchbricht und normale Fragen stellt wie ein erwachsener Mensch oder einfach eine Wahrheit ausspricht, selbst wenn sie

unangenehm ist, wird in Sitzungen angeschrien, beschimpft und zum Schweigen gebracht. Von April 2010 an ist in der Flughafengesellschaft "kein konstruktives Gespräch mehr möglich", sagt eine Beschäftigte von damals später als Zeugin in einem Untersuchungsausschuss.

Am 8. Mai 2010 ist Richtfest, Tag der offenen Tür, die Reporter dichten wieder. Am 9. Juni sagt Wowereit der "Berliner Morgenpost": "Wenn wir hier überhaupt über zeitliche Verschiebung reden, dann über wenige Monate." Zwei Wochen später tagt der Aufsichtsrat, die pgb steht im Feuer, ihr werden "Schlechtleistungen" vorgeworfen, eine Kündigung wird erwogen, es ist eine turbulente Sitzung. Niemand hat von Problemen gewusst oder wissen wollen, auch der Aufsichtsratsvorsitzende Wowereit nicht und auch nicht der blasse Brandenburger Platzack. Der Eröffnungstermin 30. Oktober 2011 wird abgesagt. Der Flughafen Berlin-Brandenburg wird nun am 3. Juni 2012 seinen Betrieb aufnehmen. Heißt es.

VII. Pünktlichkeit

Die teuerste Steckdose der Welt. Juni zwei-zwölf wird knapp. Flugrouten? Kannste knicken. "Flughafen-Krieg"!

Der rheinische Gastronom Friedel Drautzburg hat ein sicheres Gespür für gute Lagen. 27 Jahre lang führte er in der Bundeshauptstadt Bonn eine auch von politischer Prominenz gut besuchte Kneipe, es war ökonomisch einigermaßen logisch, dass er sich gegen einen Umzug der Hauptstadt nach Berlin wehrte. Als der Kampf verloren war, zog er, lange vor dem großen Tross, nach Berlin und kaufte für wenig Geld ein Ladenlokal direkt am Bahnhof Friedrichstraße, mit Blick auf die Spree. Er nannte es "Ständige Vertretung", es gab dort Kölsch und rheinische Speisen, und Drautzburg wurde ein reicher Mann.

Als er hörte, dass die Ladenflächen im Flughafen auch von regionalen Marken besiedelt werden sollten, bewarb er sich um die Lizenz für eine Gastronomie. Drautzburg war einer von 700 Anwärtern. Die Flughafengesellschaft schickte ihm Bewerbungsunterlagen, er schätzt, dass sie anderthalb Kilogramm wogen.

Es gab so viel zu beachten. Zu den Besonderheiten seiner "Ständigen Vertretung" gehört, dass die Wände mit Bilderrahmen vollhängen, auf denen er selbst mit prominenten Leuten zu sehen ist. So etwas, Dübel in die Wand und Bilderrahmen drangeschraubt, geht in einem Altbau am Spreeufer, aber das geht nicht im Flughafen, wegen des Brandschutzes.

Drautzburg musste lernen, dass er keine Dübel in die Wand bohren darf, weil es keine Gutachten gibt, die belegen, dass ein deutscher Dübel einer Temperatur von 1200 Grad standhält. Er lernte, dass man im Flughafen keine Fotos aus Papier aufhängen darf. Er lernte, dass er seine Promis, wenn er sie denn da an die Wand hängen wollte, auf "Forex" drucken musste, Hartschaumplatten, die der Fachmann vom Messebau her kennt.

Am Ende bekam Drautzburg eine von drei gastronomischen Lizenzen. Beste Lage, direkt im Abflugbereich, so gebaut, dass jeder Fluggast mittendurch muss. Links vom Durchgang sollten die Tische stehen, rechts davon der Tresen, in der Mitte ein originaler Betongrenzpfehl der Berliner Mauer, tonnenschwer und schweineteuer. Drautzburg wollte auch ein Filmband mit historischen Aufnahmen der deutschen Geschichte durch sein Lokal laufen lassen. Drautzburg dachte an Ruhestand in einem prächtigen Schloss, irgendwo an einem See in Brandenburg.

Dann gab es eine Besichtigung im Terminal. Drautzburg schritt seine neue Niederlassung ab, er war eigentlich mit allem ganz zufrieden. Das Einzige, was ihm fehlte, war eine Steckdose im Durchgang. Er wollte seinen Gästen die Möglichkeit bieten, zwischen zwei Kölsch mal eben ihr Handy aufzuladen. Drautzburg also sagte: Ich hätte an dieser Stelle gern eine Steckdose. Er bat um einen Kostenvoranschlag. Der kam ein paar Wochen später.

Die zusätzliche Steckdose sollte 36 000 Euro kosten. Drautzburg dachte zuerst an ein Versehen, an zwei, drei Nullen zu viel. Aber es war kein Versehen. Eine zusätzliche Steckdose, die nicht in den Projekthandbüchern des BER vorgesehen ist, bedeutet eine Änderung der Pläne, bedeutet eine Prüfung durch den Projektsteuerer, bedeutet

Entscheidungsvorlagen, bedeutet Kostennoten und so weiter. Am Ende kostet eine Steckdose am Flughafen Berlin-Brandenburg 36 000 Euro.

Drautzburg wartet jetzt seit Jahren darauf, dass seine Goldgrube den Betrieb aufnimmt. Normalerweise müsste er darüber verrückt werden. Aber er sitzt da mittags um zwei mit einer lustigen roten Baskenmütze auf dem Kopf, hat bis eben geschlafen und lächelt fröhlich. Andere haben es nicht so gemütlich. Einige Bauunternehmer, Mitglieder der Sippe "heimische Wirtschaft", aber auch Ladenbesitzer mit großen neuen Plänen für ihre Präsenz am BER sind in die Pleite gerutscht. In manchen der Läden, die nie eröffnet werden konnten, stehen Maschinen herum, für die jetzt die Garantie abläuft, obwohl sie noch kein einziges Mal angeschaltet waren.

Wann genau die Hoffnung stirbt, ist schwer zu sagen. Schon spät im Jahr 2010 gibt es Stimmen aus zuständigen Gremien, die sagen: keine Chance, Juni 2012 ist nicht zu schaffen. Auf der extremen anderen Seite gibt es Platzeck und Wowereit, zwei deutsche Regierungschefs und, möchte man meinen, gut informierte Aufsichtsratsmitglieder, die nach eigener Aussage bis zum Schluss nicht die geringste böse Ahnung gehabt haben wollen.

Man sagt in ihren Kreisen nicht "zweitausendzehn" oder "zweitausendzwölf", man sagt "zwo-zehn" oder "zwo-zwölf", alle Politiker reden heute so. Seit Juni zwo-zehn also, seit der Absage der für Herbst 2011 geplanten Eröffnung, ist der Flughafenbau in schweren Wassern unterwegs. Die Sympathie für das Projekt ist nicht mehr groß. Zu allem Überfluss bricht im September 2010 der Flugroutenskandal los, der geeignet ist, auch friedliche Bürger auf die Barrikaden zu treiben.

Es tauchen zwölf Jahre alte Schreiben der Deutschen Flugsicherung auf, in denen die damaligen Flughafenplaner darauf hingewiesen werden, dass ein paralleler Flugbetrieb auf den Start- und Landebahnen des BER nur möglich sein werde, wenn die Flugzeuge direkt nach dem Start um 15 Grad nach außen abknicken.

Das klingt nach wenig, heißt aber viel: Es bedeutet, dass im Grunde alle Maßgaben des Planfeststellungsverfahrens Makulatur sind. Alles umsonst, die dramatischen Anhörungen, das Verfahren der Standortsuche, das Gezacker um

Lärmgutachten, die Gerichtsverfahren. Stadtgebiete, die jahrelang gegen den Flughafen kämpften, weil sich ihre Einwohner in der Einflugschneise wähnten, finden sich plötzlich von allem Fluglärm verschont, andere Gebiete, die nicht vom BER betroffen schienen, trifft es jetzt mit voller Wucht.

Illustrierte erscheinen mit Titeln, die lauten "Der Flughafen-Krieg". Wowereit lässt sich ein mit den Worten, dass bei der Betrachtung der Risiken niemand die Flugrouten "auf dem Schirm gehabt" habe, er kann wie immer nichts dafür. Platzeck sagt auch Dinge, aber ihm hört keiner zu. So geht es dahin. Und das Bundesverwaltungsgericht, überschwemmt mit neuen Klagen gegen den Flughafenbau zu Schönefeld, weist alle Kläger ab.

VIII. Prinzipienfestigkeit

Rezept für Kabelsalat. Der Pfusch des Jahrhunderts. Rote Pfeile, gelbe Ampeln. Ein Gutachten kommt selten allein. Wowereit kann nichts dafür. Nach oben kuschen, nach unten treten.

Chaos hat die Eigenschaft, nicht linear zu wachsen, sondern exponentiell. Die Baustelle ist 2011 aus dem Tritt. Es rächen sich die Fehler der Vergangenheit: dass es keinen Generalunternehmer gibt, keine ordentliche Bauorganisation, dass die Arbeiten so kleinteilig vergeben werden, dass die Termine zu ehrgeizig gesetzt sind, dass der Kostenrahmen zu eng ist. Es sind ständig die gleichen strukturellen Probleme, die nun zulaufen auf einen finalen Absturz.

Damals beginnt es, dass Firmen einfach ihre Kabel verlegen, ohne danach zu fragen, ob es noch den Regeln ihres Handwerks entspricht. Damals fängt es an, dass Bauunternehmer planerische Kollisionen gar nicht mehr melden und gemeinsam mit Planern und Bauleitung ausräumen, sondern auf dem Weg der Improvisation einfach selbst auflösen. Damals werden Wände gezogen, die in keinem Plan stehen, und es werden ganz ordinäre Wände als Brandschutzwände abgerechnet, es werden Rohre verlegt, die anderswo hingehören, es werden Sprinklerköpfe angebracht, aber nicht ans Wasser angeschlossen. Es wird in ganz großem Stil gepfuscht.

Damals, im Februar 2011, erscheint das Gutachten einer Ingenieursgesellschaft, das "wesentliche Mängel in der Ausführungsplanung" vermerkt und eine "theoretische Gesamtverzögerung" von 15 Monaten errechnet. Damals kursiert, im April 2011, ein vertraulicher Statusbericht des zuständigen Bauordnungsamts im Landkreis Dahme-Spreewald, in dem es heißt, "dass bei gleichbleibender Verfahrensweise die Baustelle nicht mehr beherrschbar und steuerbar" sei. Man kommt beim Studium des Materials zu dem Schluss, dass zu jener Zeit auf der Führungsebene der Flughafengesellschaft eine Art nervöser Zusammenbruch stattfindet. Es geht etwas ähnlich Unbegreifliches vor wie beim 7:1-Sieg der deutschen Fußballer über Brasilien im berühmten WM-Halbfinale. Die Geschäftsführer Körtgen und Schwarz, der Gesamtprojektleiter, die sonstigen beigeordneten Bauleiter, alle, die Wichtiges zu berichten hätten, sie kapitulieren, vielleicht ohne es selbst zu wissen. Statt mit der Komplexität zu kämpfen und sie zu kanalisieren, beginnen sie, sie zu ignorieren, zu meiden, zu verfälschen, und so fügen sie sich in den Untergang.

Es sind, Mitte 2011, eigentlich alle Erkenntnisse vorhanden, die nahelegen, dass nicht nur eine Eröffnung des Flughafens im Juni 2012 unmöglich ist, sondern dass eine Eröffnung des Flughafens vielleicht niemals möglich sein würde, wenn sich nicht die gesamte Herangehensweise grundlegend veränderte. Es hätte damals einen Menschen gebraucht, der den Mumm besessen hätte, dieser Erkenntnis zum Durchbruch zu verhelfen. Aber es gibt diesen Menschen nicht. Es gibt viel vom Gegenteil, viele geschönte Berichte, und schlechte Nachrichten werden nur noch mit Zuckerguss serviert.

Wenn Baustellencontroller melden, dass Handlungsbedarf bestehe und Entwicklungen kritisch seien, verlangt die Geschäftsführung ausdrücklich "Überarbeitungen". Es heißt dann in Protokollen: "Seite 11: Der im Aufsichtsrat beschlossene Termin ist nicht durch eine gelbe Ampel zu hinterfragen." Oder man liest, im Protokoll der Geschäftsführersitzung vom 21. Juli 2010: "Herr Dr. Körtgen wünscht, dass das Wort 'äußerst' bei den kritischen Pfaden im Controlling-Bericht entfernt wird."

Es gibt von nun an viele solcher Absurditäten. Die mit der Bauaufsicht befasste und häufig wohl auch überforderte Planungsgemeinschaft pg bbi verfasst

Monatsberichte über den Stand der Arbeiten. Einmal, im Dezember 2011, ein halbes Jahr vor der geplanten Eröffnung, markiert sie einige Kapitel, auch das über die Technische Gebäude-Ausstattung, mit einem roten Pfeil. In ihrer Logik bedeutet der Pfeil, dass der Stand dieser Arbeiten den Termin gefährdet, dass Handlungsbedarf besteht. Es gibt aber daneben auch die Monatsberichte einer für die Überwachung des Baufortschritts ebenfalls eingekauften Controllingfirma, die ihrerseits nicht mit Pfeilen, sondern mit Ampelsymbolen hantiert, die aber anderen Kriterien gehorchen. Ein roter Pfeil hier kann eine gelbe Ampel dort sein, und was hier rot ist, kann dort grün leuchten. Es ist ein System mit dem einzigen Zweck, dass sich die obersten Entscheider einfach aussuchen können, welches Problem sie gerade ignorieren möchten.

Aber warum traute sich niemand mehr, die Wahrheit zu sagen? "Es herrschte ein Geist", sagt ein bis 2014 bei der FBB arbeitender Abteilungsleiter, "dass Kritik als etwas Zersetzendes zurückgewiesen wurde. Wer nicht gesagt hat, dass alles toll ist, wurde vor versammelter Mannschaft fertiggemacht. Das ging aus von ganz oben, vom Aufsichtsrat, von Wowereit, der keine schlechten Nachrichten akzeptiert hat. Vor ihm haben die Geschäftsführer gekuschelt, und nach unten haben sie getreten."

Draußen aber hagelte es von nun an schlechte Nachrichten.

Am 28. Februar 2012 teilt das Büro Gerkan der Flughafengeschäftsführung mit, dass der Eröffnungstermin 3. Juni nicht zu halten sei.

Am 6. März schreibt PricewaterhouseCoopers (PwC), dass die "geordnete Inbetriebnahme als erheblich gefährdet einzuschätzen" sei, bei Betriebsbeginn sei "mit Prozessausfällen zu rechnen".

Am 8. März schreibt der Sachverständige Dr. Fretter an die Flughafenchefs in einem Fazit: "Die Eröffnung des Flughafens im geplanten Gesamtumfang zum 3.6.2012 erscheint dem Unterzeichner aus derzeitiger Sicht unmöglich."

Am 14. März warnt das ORAT-Team des Flughafens München, das den Probetrieb in Berlin organisieren soll, dass der Berliner Flughafen baulich-technisch nicht fertiggestellt sei und viele Räume "in keiner Weise nutzbar" seien.

Am 15. März richtet die Beratungsfirma McKinsey einen Brief an die Flughafengesellschaft mit der Aussage, dass es "große Zweifel an der Einhaltbarkeit des Eröffnungstermins" gebe.

Am 16. März teilt das Bauordnungsamt dem Flughafen mit, dass es einer Abweichung vom genehmigten Brandschutzkonzept, wie geplant, nicht folgt.

Am 30. März treffen sich Wowereit und Schwarz. Sie führen ein Gespräch, an das sich beide auf sehr unterschiedliche Weise erinnern. Schwarz behauptet, er habe Wowereit über alles informiert, über die Gutachten, den McKinsey-Brief, über alle Probleme. Wowereit sagt, und das ist eine juristisch fein abgezielte Aussage, "Prof. Dr. Schwarz" habe "weder eine Verschiebung der Inbetriebnahme empfohlen, noch die im PwC-Schreiben angesprochenen Risiken als relevant für die Inbetriebnahme dargestellt".

So sehen es auch, in der Tat, Gesamtprojektleiter und technischer Geschäftsführer. Sie wollen an den Juni-Termin glauben, es ist rational nicht zu erklären. Im April begehen Politiker den Terminal und schauen wohlwollend dabei zu, wie die Einzelhändler ihre Geschäfte einräumen und sich im großen Duty-free-Shop von Heinemann die Regale füllen. Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer gehört zu den Besuchern, er erinnert sich bis heute an die "völlig verrückte Scheinwelt", die dargeboten wurde, an das "Potemkinsche Dorf" namens BER.

Es bricht auch am 20. April noch immer nicht in sich zusammen. An jenem Tag findet die 104. Sitzung des Aufsichtsrats der Flughafengesellschaft statt, sie dauert von 9 bis 13.30 Uhr, im Raum sind etwa 20 Leute, 15 Aufsichtsräte. Das Bemerkenswerte an dieser Sitzung ist, zwei Wochen vor dem Krach, dass nichts an ihr bemerkenswert ist. Laut Protokoll wird Geschäftsordnungskram erledigt, es werden Geschäftsberichte genehmigt. Es gibt eine einzige Wortmeldung, von Platzeck. Er äußert den Wunsch, dass in künftigen Geschäftsberichten eine deutlichere Berücksichtigung von Brandenburg erfolgen solle, "zumal der neue BER ja ausschließlich auf Brandenburger Gebiet liege".

Es ist gespenstisch: In den Wochen damals sind alle Zeitungen, alle Medien voll mit BER-Schreckensmeldungen. Es gibt Berliner Stadtteile, die kochen vor Zorn, es gibt

Brandenburger Gemeinden, die kollektiv Dampf ablassen auf Demonstrationen. Derweil steht die Flughafenbaustelle vor dem Infarkt, das müssten die hier Versammelten wissen, und wenn sie es nicht wissen, müssten sie doch bei den Flughafengeschäftsführern zu erfragen versuchen, warum es so viele schlechte Meldungen gibt. Aber alle schweigen.

Es ist ein bitterer Befund: Die Verantwortungslosigkeit ist allgemein. Die Staatssekretäre des Bundes, Gatzler und Bomba, gut ausgebildete, gut informierte Leute, sie sitzen da und schweigen und lassen alles laufen, genau wie alle anderen. Wie die Minister und Senatoren, die Betriebsräte und Gewerkschafter, alle tun entweder ahnungslos, oder sie sind es, was im Ergebnis auch keinen Unterschied macht. Es ist eine seltsame, peinliche Stille.

Unter Punkt 3.4 beantragt Geschäftsführer Schwarz 13,9 Millionen Euro Budgeterhöhung "zur Durchführung der Endspurtmaßnahmen im Zusammenhang mit der BER-Inbetriebnahme". Darüber erklärt der Vorsitzende Wowereit laut Protokoll "sein Missfallen", weil die Mehrausgaben bei besserer Terminplanung möglicherweise zu verhindern gewesen wären. Ist es eine Komödie? Zugestimmt wird.

Der mit Abstand ausführlichste Protokollteil befasst sich unter Punkt 5 mit dem "Planungsstand Eröffnungsveranstaltung BER". Es werde Publikumstage "rund ums Terminal" geben. Am 24. Mai werde die eigentliche Feier "für einen Teilnehmerkreis von circa 40 000 Personen unter Beteiligung der Bundeskanzlerin stattfinden". Und ein Hinweis aus einer Sitzung im April 2012 wird aufgegriffen: Man beschließt, dass "mit der Eintrittskarte auch ein Gutschein für eine Mahlzeit und ein Getränk verbunden ist".

IX. Tapferkeit

Mehdorn trommelt. Von Stillstandskosten und Wirkverbundtests. Der schwarze Peter spielt Schwarzer Peter. Ein Rausschmiss mit Folgen.

Hartmut Mehdorn trifft sich in Berlin gern im "Café am Neuen See", weil er erstens gleich um die Ecke wohnt, und zweitens wird hier sein Wein ausgeschenkt. Mehdorn ist mit einer Französin verheiratet und auch sonst frankophil, er hat einen Weinberg irgendwo im Süden, aber der Kellner muss ihn leider enttäuschen. Von seinem

Wein ist nichts mehr da. Mehdorn bestellt einen Côtes-du-Rhône, besser als nichts. Es gibt Wildbuletten, und wenn man Senf dazuhaben will, sagt der Kellner: "Wir haben aber nur hausgemachten Preiselbeersenf."

Hartmut Mehdorn wurde, nachdem am Flughafen 2012 alles einmal im Eimer war, 2013 als Retter geholt. Es heißt, dass Volker Kauder ihm von Bundeskanzlerin Angela Merkel persönlich die Botschaft ausrichten ließ: "Herr Mehdorn, bitte beenden Sie das." Zu beenden war die Tragikomödie des Berliner Flughafenbaus, die im Mai 2012 ihren tollsten Höhepunkt, aber noch lange nicht ihr Finale erlebt hatte.

Die Kanzlerin, in Sachen Flughafen hundertprozentig leidenschaftslos, wurde wohl kurz einmal wach, als das Gerücht die Runde machte, die Bau- und Betonleiche am Rande der Hauptstadt koste 30 bis 40 Millionen Euro – pro Monat. Solche Zahlen sind politisch gefährlich. Bis November 2013 war es nur eine Schätzung, die von der Flughafengesellschaft stets nur höhnisch dementiert wurde, aber dann machte die von Mehdorn eingesetzte Finanzgeschäftsführerin die Zahl offiziell. Durch "verschiebungsbedingte Mehrausgaben" und "ausbleibende Einnahmen", sagte sie, sei von "Stillstandskosten" von monatlich 35 Millionen Euro auszugehen.

Hartmut Mehdorn ist ein guter, pointenreicher Erzähler, er rhythmisiert seinen eigenen Redefluss, indem er während des Redens ununterbrochen den Tisch vor sich bearbeitet, es wirkt, als würde er sich selbst am Schlagzeug begleiten. Er trommelt mit den Fingern, mal dumpf mit den Fingerkuppen, mal hell und scharf mit den Nägeln, manchmal setzt er auch wuchtige Handkantenschläge, dass die Gläser scheppern, wenn er etwa sagt, dass der Bau des Berliner Hauptbahnhofs heute ja auch nicht mehr möglich wäre. "Eine Großbaustelle" – bam! – "mitten in der Stadt" – bam! – "das würde" – bam! – "einen Volksaufstand geben."

Leute, die mit Mehdorn gearbeitet haben, sagen alle ungefähr dasselbe in vielfacher Variation. Dass er ein Energiebündel sei, ein Kraftpaket, ein Anpacker, er sei "wie so eine Jahrmarktsfigur, die Kettenglieder sprengt". Das heißt aber auch, dass er der falsche Mann für die Aufgabe ist. Als er seine Stelle antritt, im März 2013, braucht

dieser Bauplatz keinen Antreiber, der "Sprint"-Programme verkündet. Es weiß ja damals überhaupt niemand mehr, wozu Leute angetrieben werden sollen.

Die Baustelle ruhte schon seit knapp einem Jahr. Mehdorn fand den Bauplatz in einer "Schockstarre" vor, die am 7. Mai 2012 eingetreten war, als das große Illusionstheater am FBB endlich aus und die große Eröffnung endgültig abgeblasen war. Eine Besprechung des Bauordnungsamts mit der Geschäftsführung des Flughafens an jenem Tag führte zu der lange verweigerten Erkenntnis, dass eine Inbetriebnahme schlicht unmöglich war. Und tags darauf taten Wowereit und Co. bei einer Pressekonferenz so, als hätten sie das ja wirklich nicht im Traum ahnen können.

In den Folgemonaten lernt eine verblüffte Öffentlichkeit das Ausmaß des Scheiterns überhaupt erst kennen. Dass der Flughafen im Mai 2012 nur zu 56 Prozent "betriebsfähig" gewesen sein soll, ist ein Schock. Bundesminister Ramsauer setzt umtrieblich eine "Sonderkommission" ein, "zur umfassenden Bestands- und Beweissicherung". Man hört damals zum ersten Mal von jenen Türen, Sprinklern, Kabeln, von den hunderttausend Elementen, die nicht sind, wie sie sein sollen.

Statt in Ruhe nachzudenken, vielleicht auch zu dem Schluss zu kommen, dass alles von Grund auf anders werden muss, demonstriert der Aufsichtsrat Entschlossenheit. Erst legt er für August 2012 einen neuen Eröffnungstermin fest, der eine Woche später auf März 2013 und bald auf Oktober 2013 verlegt wird. Dann, bei einer Sondersitzung am 17. Mai, Himmelfahrt, wird kurzerhand der Hinauswurf der Planungsgemeinschaft pg bbi beschlossen, und es gibt keinen Experten, der das nicht für einen weiteren fatalen Fehler hält.

Denn es ist so: Wer die Vorgänge studiert, kommt zwar nicht zu dem Schluss, dass die pg bbi, also Gerkans Planer, zusammen mit JSK und Kruck ihre Arbeit über die Jahre stets brillant erledigt hätten. Trotzdem kannten sie die Baustelle wie niemand sonst, sie kannten die Problemzonen, sie hatten ein Gespür für den Raum. Jeder Planer, der von nun an kommt, muss zuerst eine Art Baustellenarchäologie betreiben, um sich da draußen überhaupt zurechtzufinden. Die pg bbi hinauszuerwerfen ist ungefähr so, als würde man auf halber Strecke in eisiger Wand den Bergführer in die Tiefe stoßen.

Körtgen muss zum 1. Juni gehen, mit 193 000 Euro Abfindung, auch Schwarz wird im Dezember gehen, nachdem es erst so aussah, als würde er ewig bleiben.

X. Ernsthaftigkeit

Ein neuer Termin muss her. Eine Delegation kommt selten allein. Manchmal kommt sie als "Soko BER". Sprinter gegen Erbsenzähler. Mehdorn will "Gummi auf die Piste". Amann will eine "nicht zerstörungsfreie" Bestandsaufnahme.

Horst Amann ist Darmstädter und klingt auch so, er gilt als systematischer Kopf, er hat für die Bahn gearbeitet, zuletzt für den Flughafen Frankfurt, und wird in Berlin neuer Technikchef anstelle von Manfred Körtgen. Amann bezieht seine Büros am 1. August 2012, ein halbes Jahr vor Mehdorns Ankunft. Mehdorn wird Schwarz ersetzen. Amann ahnt nicht, worauf er sich eingelassen hat. Kaum ist er da, steht er schon unter Druck. Alle wollen von ihm belastbare Termine hören, Wowereit, Platzeck, auch Bundesstaatssekretär Bomba, eigentlich ein Freund von ihm, auch ein Hesse, er sagt: "Du musst bald einen neuen Eröffnungstermin nennen."

Nach Schönefeld kommen damals politische Delegationen in Scharen. Der Bauausschuss des Bundestags kommt zum Ortstermin und schaut hinauf in die Welt der Decken. Im Dezember rollen einmal die Beamten von Ramsauers "Soko BER" an, sie kommen mit dem Zug, sie dürfen einfahren in den Geisterbahnhof unter dem Terminal. Mehrere Stunden verbringen die Beamten auf der Baustelle, inspizieren alle Stockwerke, Bahnhof, Check-in-Bereich, Sicherheitskontrolle, Duty-free, Gates, Gepäckanlage, sie kommen zurück mit ernüchternden Erkenntnissen. Tausende Quadratmeter Terminalflächen, heißt es in ihrer Mängelliste, seien noch "im Zustand des völligen Rohbaus".

Auch der neue Geschäftsführer Amann ist ständig auf der Baustelle. Er lässt die Entrauchungsanlage testen. Alle Versuche scheitern, sie scheiterten "gnadenlos", sagt Amann zu Freunden, und dass er richtig Angst bekomme: "Das Ding ist tot."

Es geht bald die Geschichte vom "Monster" um, das im Keller des Flughafens hause. Damit ist die Brandschutzanlage 14 gemeint. Dass sie das Kernstück des Brandschutzkonzepts sei und nicht funktioniere, wird zu einer entscheidenden Legende

über das Scheitern des ganzen Baus. Die andere lautet, dass der Großarchitekt Gerkan keine Schornsteine auf dem Dach hätte haben wollen, dass also wider die Gesetze der Physik der heiße Rauch "nach unten" abgesaugt werden müsse. Es erscheinen Artikel darüber, dass der Planer des Entrauchungsmonsters, Alfredo di Mauro, noch nicht einmal Ingenieur sei! Und das in Deutschland!

Es ist aber alles nur eine durchsichtige Suche nach Sündenböcken. Das Dach des Gerkan-Baus ist ausreichend besetzt mit Dutzenden Rauchabzugsklappen. Alfredo di Mauro ist ein hochrespektabler Planer, dessen Anlage von allen Stellen abgenickt und genehmigt worden war, aber eben für ein wesentlich kleineres Gebäude mit viel weniger Räumen. Im Dezember 2012 hat Amann "mathematische Gewissheit", dass die Entrauchung nicht funktionieren kann. Der Flughafen BER kommt ihm vor wie die "Titanic" vor dem Eisberg.

Wowereit zieht draußen um die Häuser und sagt in jedes Mikrofon, dass der 27. Oktober 2013 als neuer Eröffnungstermin stehe. Die Termine sind, besonders für die Politiker, wie eine Obsession. Als brauchten sie eine Karotte, die sie dem Volk hinhalten können. Und wenn sie weg ist, gibt es eine neue.

Zwischen Weihnachten und Neujahr setzt Technikchef Amann ein dreiseitiges Schreiben an die Gesellschafter auf, in dem steht, dass die Einhaltung des Endtermins im Oktober 2013 "ausgeschlossen" sei. Außerdem kündigt er an, was als "Bestandsaufnahme" in die Geschichte des Flughafens eingehen wird. Es sei, schreibt Amann, "vertiefend zu prüfen und zu entscheiden ... ob ein vollständiger Umbau auf den Genehmigungszustand unumgänglich ist". Dazu gehöre eine vollständige Erfassung des Istzustands, auch das "Öffnen aller bereits verschlossenen Decken, Schächte, Böden und Wände". Den Brief schickt Amann mit Datum 4. Januar ab, drei Tage nachdem Wowereit in seiner Neujahrsansprache gesagt hat, man werde alle Kräfte bündeln, "um den Eröffnungstermin im Oktober einzuhalten".

Es wird ein Nachfolger für Rainer Schwarz gesucht, seit Januar 2013 ist der Posten des kaufmännischen Geschäftsführers vakant. Ramsauer, Platzeck, Wowereit

tagen viel, sie sitzen auch manchmal bei Finanzminister Schäuble, es gibt Gespräche unter acht Augen, unter zehn Augen.

Wowereit überlässt Platzeck den Aufsichtsratsvorsitz, um auch einmal klarzumachen, dass es hier auch um ein Brandenburger Projekt geht. Niemand traut Platzeck viel zu, aber es gibt auch kein gutes Argument, den Wechsel abzulehnen. Der Aufsichtsratsvorsitzende Platzeck macht die Suche nach neuen Geschäftsführern nicht einfacher. Irgendwann fällt der Name Mehdorn, er steht auf einer Liste mit acht oder zehn Namen. Ramsauer will ihn als Erster genannt haben. Andere auch. Mehdorn sagt sofort zu.

Er erzählt selbst davon im Café am Neuen See, heute, Jahre später. Er sei in sein neues Büro gekommen, sagt er, und es sei alles sauber gewischt gewesen, "da stand kein einziger Ordner drin, da war nichts". Es habe aber, sagt Mehdorn, 15 Direktoren gegeben, von denen sich jeder sein eigenes Imperium aufgebaut hatte. Seine Hand kracht auf den Tisch.

Man darf davon ausgehen, dass Mehdorn, der Trommler, und Amann, der Pedant, keine Minute dafür gebraucht haben, sich nicht zu mögen. Als Mehdorn kommt, ist Amann schon am Werk. Er hat die "Reset"-Taste gedrückt und arbeitet nun zusammen mit dem TÜV Rheinland an seiner, wie er das nennt, "flächendeckenden, nicht zerstörungsfreien, vollständigen Bestandsaufnahme des Bau-Ists". Anders gesagt: Amanns Leute kriechen nicht nur in die Welt der Decken, sie schlagen auch Wände auf, um zu sehen, was dahinter ist, sie versuchen, den Kabelsalat zu verstehen, die Rohre, alles. Es ist, angesichts der Aufgabe, eine vernünftige Herangehensweise, ein nötiges Stück "Baustellenarchäologie". Es steht nur im krassen Widerspruch zu Mehdorns Plan eines "Sprint"-Programms.

Mehdorn will nicht Bestandsaufnahme, sondern Start-up. Als Erstes lässt er sein Büro renovieren und mit weißen Sesseln möblieren, nur der Chefsessel, seiner, ist rot. Er stellt Leute ein von Beratungsfirmen, viele von Roland Berger, sie starten eine Kommunikationskampagne, die mit dem Bau und seinen Problemen nichts, mit Storytelling und Image aber viel zu tun hat. Mehdorns Team hat wenig bautechnische

Kompetenz, es sind Juristen, Betriebswirtschaftler, da ist kaum einer dabei, der Kabel ziehen könnte oder wüsste, wie eine Sprinkleranlage funktioniert.

Mehdorns Strategie ist grundfalsch. Er unterschätzt anfangs, wie alle seine Vorgänger und alle seine Nachfolger, die baulich-technischen Probleme und glaubt lieber daran, dass die Provinzler vom Bauordnungsamt oder die Spießer mit den Gutachten die Probleme übertreiben und Lösungen nicht sehen wollen. Er versucht, sie alle vor sich herzutreiben. Er kündigt Eröffnungen an, er will hier ein Stück in Betrieb nehmen, dort das Frachtzentrum aufmachen, er zaubert mit Kaninchen.

Mehdorn dämmert es nach einem Jahr, dass die Möglichkeit des Scheiterns besteht. In diesem Projekt ist tief der Wurm drin, und alles ist Stückwerk. Die Bestandsaufnahme Amanns hat Unglaubliches dokumentiert. Mehr als 120 000 Mängel, davon 4000 "genehmigungsrelevant", es ist ein Horrorhaus. Man hat einen zu kleinen Flughafen geplant und die Kosten gedeckelt, und trotzdem musste alles dauernd größer werden. "Wenn Sie ein Einfamilienhaus bauen", sagt Mehdorn, "und während der Bauzeit wird ein Dreifamilienhaus draus, und Sie wundern sich über die Kosten oder darüber, dass die ursprüngliche Heizung zu klein ist, dann kann Ihnen keiner helfen."

Mehdorn bekommt ein größeres Budget, mehr als eine Milliarde obendrauf, er bekommt auch seinen Willen in Sachen Amann: Der Aufsichtsrat setzt seinen Widersacher ab. Aber Mehdorn bringt den Bau kein Stück voran.

Der neue Technikchef am BER, Jörg Marks, ein Siemens-Manager, erkennt das. Er beginnt mit dem Umbau der Entrauchungsanlage, die aufgeteilt werden muss in sieben Abschnitte, das wird Jahre dauern, neue Entrauchungskanäle im Keller werden betoniert, so groß wie Tunnelröhren. Mitte 2016 möchte man meinen, der gesamte Keller unter dem Hauptterminal sei eine einzige Entrauchungsanlage.

Am 13. März 2015 schreibt Mehdorn seinen letzten Brief auf Briefpapier des Flughafens Berlin-Brandenburg an die "lieben Kolleginnen und Kollegen". Er sei angetreten im Frühjahr 2013, "das havarierte Großprojekt BER wieder flottzumachen". Es folgt eine Liste von Erfolgen und der Hinweis darauf, dass es nun endlich gelungen

sei, "ein verlässliches Terminband zur Inbetriebnahme 2017 vorzustellen". Aber dieses Band ist so verlässlich nicht.

XI. Zuverlässigkeit

Landrat Loge und die "Mensch-Maschine-Schnittstelle". Letzte Zusammenfassung einer unendlichen Geschichte. Die Ursachen des Scheiterns – und eine Erklärung dafür, warum die Verantwortlichen nicht schärfer verfolgt wurden.

Stephan Loge ist Landrat im Kreis Dahme-Spreewald, sein Büro liegt in Lübben, mitten in der Altstadt, nicht weit vom Schloss entfernt. An Leuten wie ihm, das sagen Flughafenmanager und manche Politiker aus Bund und Land bis heute, ist das Flughafenprojekt letztlich gescheitert, an diesen Provinzlern aus dem Spreewald, die, logisch, überfordert waren mit dem Projekt BER, Korinthenkacker, die vielleicht Turnhallen und Supermärkte können, aber einen Weltflughafen?

Landrat Loge ist der Typ sozialdemokratischer Kommunalpolitiker, wie ihn nur die untergehende DDR hervorbringen konnte: gelernter Ingenieur, pragmatisch, sachorientiert. Er ist SPD-Mitglied und seit 2008 Landrat. "Hier hat sich keiner um den Flughafen gerissen", sagt er. Die Politik in Berlin und Potsdam habe gewollt, dass Dahme-Spreewald zuständig sei, Schönefeld gehört zum Landkreis.

Loge ist keiner, der sich von Ministern oder Managern beeindruckend lässt. Er steht zu seinen Überzeugungen, und so sieht er auch aus: stiernackig, kahlköpfig, ein fester Händedruck, ein Mann, der ohne Girlanden zum Punkt kommt und der weiß, dass alles seine Ordnung haben muss. Turnhallen oder Flughäfen. Niemand kann beim Brandschutz machen, was er will.

Es ist auch nicht so, dass Loge und seine Beamten keine Erfahrung mit komplizierten Großprojekten hätten. In ihrer Zuständigkeit steht der früher einmal für den Bau neuer Zeppeline vorgesehene Riesenhanger Cargolifter, eine der größten Hallen der Welt, in der sich heute die Freizeitlandschaft Tropical Islands findet. "Vier, fünf unterschiedliche Brandschutzsysteme haben wir da abgenommen", sagt Loge. "Alle waren genehmigungsfähig. Wenn die immer so tun mit ihrem Flughafen! Tropical Islands war komplizierter."

Was von seiner Behörde verlangt wurde, war doch ziemlich skandalös, und Loge erinnert sich genau daran. Wie er den beiden Flughafenmanagern im Büro des Baudezernenten des Landkreises in Königs Wusterhausen gegenüber saß. Wie Technikgeschäftsführer Körtgen die sogenannte Mensch-Maschine-Schnittstelle erörterte, die die Türenautomatik ersetzen sollte.

Anfangs glaubten die Flughafenerbauer, man könne Feuerwehrleute in einer Schaltzentrale die Türen fernsteuern lassen, aber die Tests gingen schief. Nun hatte die Flughafengesellschaft eine neue, allerletzte Idee, wie es funktionieren könnte, und Loge, der damals schon viel gewöhnt war, war fassungslos. "Hilfskräfte in Warnwesten an 1200 Türen setzen?", fragte Loge. "Leute, die im Brandfall rufen: 'Es brennt!'"

Es ist eine unendliche Geschichte. Hartmut Mehdorns Nachfolger Karsten Mühlenfeld hat sein Kapitel geschrieben, dessen Nachfolger Engelbert Lütke Daldrup beginnt gerade seines, die Abschnitte werden ereignisärmer, je näher die Gegenwart heranrückt, die dunkle Grundstimmung ändert sich nicht.

Berlins aktueller Regierender Bürgermeister Michael Müller wird dereinst vielleicht das Verdienst angerechnet bekommen, die Politik endlich aus dem Aufsichtsrat entfernt zu haben. Es wirken dort jetzt die Staatssekretäre, das neutralisiert Streitereien. Der neue Vorsitzende des Aufsichtsrats heißt Rainer Bretschneider, er ist ein schwerer, vollbärtiger Staatssekretär aus Brandenburg, dessen berufliche Karriere sich seit 1993 immer wieder mit der Geschichte des Flughafens kreuzt. Vielleicht hilft das.

Die letzten Neuigkeiten vom Bauplatz sind nicht ermutigend. Die Kollisionen in der Welt der Decken enden nicht, die Sprinkleranlage mit ihren Rohren erweist sich als das neue Monster, es vergeht keine Woche ohne neue Änderungen, die Beteiligten am Bau verlieren die Nerven, auch Leute von den Großfirmen, von Bosch, von Siemens, haben die Schnauze voll vom BER und wollen nur eines: raus.

Es dämmert nun auch allen, dass dieser Flughafen im Moment seiner Eröffnung zu klein sein wird, viel zu klein, die Passagierzahlen sind über die jahrzehntealten Planungen hinweggegangen, BER hat nicht ausreichend Kapazität. Deshalb gibt es nun

Pläne, den Bau, der als nationales Schlüsselwerk von Meinhard von Gerkan entworfen worden war, mit Behelfsterminals aus Fertigbauteilen zu umstellen. Das wäre die finale ironische Pointe: im Zentrum Nussbaumfurnier und Jurakalkstein, drum herum Kisten aus Blech und Plastik.

Oder wird man Tegel offen halten? Die uralte Debatte um den Single-Airport neu eröffnen? Den Planfeststellungsbeschluss gänzlich ad absurdum führen? Es lauern Fallen überall. Der Mitbauherr Bund dringt auf die Errichtung eines Regierungsflughafens, auch irgendwo in Schönefeld, erst soll ein Provisorium her für 50 Millionen Euro, dann ein Bundes-Terminal für 400 Millionen, aber eigentlich ist kein Platz dafür, nirgends.

Und niemand fühlt sich verantwortlich, niemand ist zuständig, in der Stadt nicht, im Land nicht, im Bund nicht, kein Staatssekretär, kein Minister, kein Unternehmer, keine Kanzlerin. Was denkt sich so ein Rainer Schwarz oder Manfred Körtgen, wie schläft Hartmut Mehdorn, was sehen Matthias Platzeck oder Klaus Wowereit, wenn sie in den Spiegel schauen? Lauter Sieger?

Warum ist niemand zur Rechenschaft gezogen worden für diesen Irrsinn? Wieso hat niemand Schadensersatzansprüche gegen Chefs und politisch Obere erhoben? Warum sind nicht Staatsanwälte losgegangen und haben verantwortungslosen Verantwortlichen nachgespürt? Warum bekommt Exgeschäftsführer Schwarz, statt selbst angeklagt zu werden, vor Gericht recht, wenn er seinen Verdienstaussfall von 1,14 Millionen Euro einklagt?

Es ist, offenkundig, ein abstoßendes Spiel im Gang, hinter den Kulissen. Seine Regeln blitzen einmal kurz auf an einer versteckten Stelle im Bericht des Untersuchungsausschusses, der 2016 erscheint. Dort kommt der Chefjustiziar der Flughafengesellschaft zu Wort, ein diskreter Mann namens Gottfried Egger. Er wird von Menschen, die ihn kennen, als umgänglich beschrieben mit der Gabe, eine Frage so lange zu beantworten, bis niemand mehr weiß, was gefragt war. Im Untersuchungsausschuss wird Egger gefragt, warum die Flughafengesellschaft in

Sachen Pflichtverletzungen nicht aggressiver gegen ehemalige Manager, namentlich Schwarz, vorgegangen sei.

Eggers' Antwort ist gewunden, da ist viel "ich sage mal" und "wäre" und "hätte", er sagt: "Das ist dann ein Spagat, den können Sie dann nicht auflösen ..." Er redet noch allerlei Rätselhaftes und will eigentlich sagen: Die Verantwortlichen sind nicht verfolgt worden, weil das Schadensersatzklagen Dritter nach sich gezogen hätte. Noch deutlicher: Aus Angst vor Millionenzahlungen an Lufthansa oder Air Berlin oder die Deutsche Bahn wurden die Verfehlungen von Schwarz, Körtgen und Co., vielleicht auch die Versäumnisse von Wowereit, Platzeck und Co., unter den Teppich gekehrt. Ganz bewusst. Das gehört zur bitteren Wahrheit über den Flughafenbau zu Berlin-Brandenburg. Es mag Schuldige geben, aber man wird sie nie dingfest machen, man sucht sie erst gar nicht, weil das womöglich zu teuer käme.

Viele Ursachen des Scheiterns wurden hier entwickelt, eine Erkenntnis ist nicht widerlegbar: Die Regierenden Bürgermeister von Berlin, die Ministerpräsidenten von Brandenburg und die in Bundes- und Landesregierungen zuständigen Minister und Staatssekretäre waren und sind mit der Aufgabe, in staatlicher Regie einen Flughafen zu bauen, überfordert. Konsequenzen daraus: null.

Der deutsche Staat, die Steuerzahler, sie bürgen für dieses wenig geliebte Flughafenprojekt. 6,6 Milliarden Euro, neunmal so viel wie anfangs veranschlagt, sind nach jetzigem Stand insgesamt aufzubringen. Konsequenzen? Keine.

Das öffentliche Bauen in Deutschland ist nicht mehr, was es war, ein Ausweis des Landes. Die große Kultur der Generalunternehmer, die termingerecht und "schlüsselfertig" große Staatsaufträge abwickeln, ist verfallen. Fast alle großen Bauunternehmen sind verschwunden, weil der kleinkarierte Blick auf regionale Arbeitsmärkte schon in der Planung die schöne Kühnheit verhindert, die wir andernorts bewundern, aber nicht bei uns, nicht in Deutschland.

Bei uns, in Deutschland, wird heutzutage gern groß geredet, aber am Ende ganz klein gedacht. Die Heimat der Handwerksmeister und mittelständischen Weltmarktführer sieht von Berlin-Schönefeld aus betrachtet nicht sehr beeindruckend

aus, und das ist mehr als ein Gefühl: Industriellen, Unternehmern, Wissenschaftlern, Politikern begegnet es im Ausland heutzutage ständig, dass Deutschland dank der drei Großbuchstaben BER zum Objekt schadenfrohen Spotts geworden ist. Und der könnte bald noch lauter werden.

Es ist denkbar, es ist möglich, dass dem Projekt im Jahr 2018 das Geld ausgeht, erst recht seit dieser Woche, in der die Insolvenz der zweitgrößten deutschen Fluggesellschaft Air Berlin bekannt wurde (siehe Seite 94). Air Berlin wollte den neuen Großflughafen als Heimat, Hub und Hauptmieter nutzen. Wie kann dieser Ausfall kompensiert werden? Der deutsche Staat, so viel dürfte feststehen, kann auch aufgrund europäischer Subventionsregeln nicht einfach neues Geld nachschießen. Aber dann läge, vom kommenden Jahr an, am Rand von Berlin womöglich keine geheimnisvolle Baustelle mehr. Dort stünde dann ein Mahnmal, auf dessen Fassade in großen Buchstaben einfach stehen könnte: Made in Germany.

Epilog

Die S-Bahn-Linie 45 fährt mit abnehmender Geschwindigkeit in den Bahnhof ein, der Zugführer Klaus Rühmann hat den Handhebel vorsichtig nach hinten geschoben. Draußen, auf der Anzeigetafel am Bahnsteig, leuchtet das Wort "Zugdurchfahrt!", und drinnen, in den Waggons, dunkel und leer, hört man eine automatische Ansage, die den Eindruck erweckt, als müsste sie Ordnung schaffen in einem dichten Fluss reisender Menschen: "Nächste Station: Flughafen Berlin-Brandenburg. Übergang zum Regional- und Fernverkehr. Endstation. Bitte alles aussteigen."

Rühmann packt seine Sachen zusammen, er zieht eine Jacke über, es ist kalt im Bahnhof. Er verschließt den vorderen Führerstand und läuft ans andere Ende des Zuges. Er öffnet den hinteren Führerstand, zieht das "Übergabebuch für Triebfahrzeuge" hervor und notiert in gut lesbarer Handschrift Uhrzeit und Streckenverlauf, dann schiebt er den Handhebel nach vorn. Der Dreiviertelzug der Baureihe 481 verlässt den Bahnhof des Flughafens Berlin-Brandenburg in die Richtung, aus der er gekommen ist. Es ist 2.56 Uhr, und es läuft alles nach Plan.

Wo ist Hintze?

Fast alle in der CDU suchten den Rat von Peter Hintze. Vor zehn Monaten starb er. Was bleibt von einem Leben in der Politik?

Von Britta Stuff, Der Spiegel, 23.09.2017

"Peter Hintzes Einfluss in der Union war überragend", sagt Bundesinnenminister Thomas de Maizière.

"Peter Hintze war für die CDU wichtiger als die meisten Minister", sagt Armin Laschet, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

"Wenn jemand in der Union ein Problem hatte, ging er zu Peter Hintze", sagt Kanzleramtsminister Peter Altmaier.

Abschied

Am Morgen des 3. Dezember 2016 wurden in Bad Honnef die Weyermannallee und die Luisenstraße gesperrt, außerdem Teile der Girardetallee und der Linzer Straße. Vor der Erlöserkirche froren Dutzende Sicherheitsmänner in Schwarz. Durch die Türen drang ein Kinderlied nach draußen.

Weißt du, wie viel Sternlein stehen

an dem blauen Himmelszelt?

Weißt du, wie viel Wolken gehen

weithin über alle Welt?

Gott, der Herr, hat sie gezählet,

dass ihm auch nicht eines fehlet

an der ganzen großen Zahl.

Drinnen, in der hellen Kirche, die selten so voll war wie an diesem Tag, saß die Kanzlerin neben Thomas de Maizière, sie weinten. Offiziell war kein Staatsakt angeordnet. Doch neben der Kanzlerin kamen fast alle CDU-Minister, ein ehemaliger Bundespräsident, der Bundestagspräsident, der Fraktionsvorsitzende der Union. Wenn man nachfragt, warum Hintzes Beerdigung wie die eines großen Staatsmannes aussah, sagt Thomas de Maizière: "Peter Hintze hat diesen informellen Staatsakt bekommen, weil er als Mensch so bedeutend war."

Im Bundestag

Der Bundestag ist wie ein nasser Schwamm im Wasser. Drückt man ihn aus, strömt sofort neues Wasser ein, sobald man ihn loslässt. Hintze war 26 Jahre lang Mitglied des Deutschen Bundestags, er hat als Generalsekretär für Helmut Kohl einen Wahlkampf gewonnen und einen verloren, er hat die Verhüllung des Reichstags durch Christo durchgesetzt und für die Präimplantationsdiagnostik gekämpft. Aber wenn man ihn im Bundestag sucht, ist es, als wäre er nie da gewesen. In sein Büro im fünften Stock des Jakob-Kaiser-Hauses, Raum 5128, zog die neue Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, Michaela Noll. In einem Übergangsbüro der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen richtete sich elf Tage nach Hintzes Tod sein Nachfolger, der Kieferorthopäde Mathias Höschel, ein.

Die Büros im Bundestag sind Orte größter Sachlichkeit. Wer hier sitzt, ist aus vielen Entscheidungen als Überlebender hervorgegangen. Dennoch kann niemand wissen, ob er nach vier Jahren noch hier sein wird. Und selbst wenn. Man wird nach der nächsten Wahl wahrscheinlich in ein anderes Büro ziehen, eine neue Aussicht haben, neue Flure entlanglaufen, auf einem anderen Stuhl sitzen. Alles hier ist darauf eingerichtet, dass Menschen verschwinden.

Hintze: "Glauben Sie, ich muss mit der Politik aufhören?"

Arzt: "Ich glaube, Politik hilft Ihnen zu leben."

Als Hintze, der Nichtraucher war, im Frühjahr 2013 an Lungenkrebs erkrankte, und sein Arzt ihm sagte, die Prognose liege bei 12 bis 18 Monaten, machte er weiter wie immer. Viele, die erfahren, dass sie bald sterben werden, hören auf zu arbeiten. Wenn man Schwerkranke fragt, was sie in ihrem Leben am meisten bereuen, sagen viele, dass sie zu lange und zu viel gearbeitet haben.

Hintzes Frau sagt, sie habe ihrem Mann vor mehr als 20 Jahren gesagt: "Wenn du Generalsekretär wirst, bist du gar nicht mehr zu Hause, dann verlasse ich dich." Er hatte ihr geantwortet: "Dann musst du das tun." Sie habe irgendwann verstanden, dass er einfach so sei. Als die beiden erfuhren, wie schlecht es um ihn steht, fragte ein befreundetes Paar, warum Hintze nicht mit der Politik aufhöre. Die beiden sahen sich an. Es war klar, dass das nicht infrage kam.

Hintze war bereit, alles zu tun, was ihm der Arzt riet. Er ließ sich bestrahlen und operieren. Er nahm an jeder Studie teil, die ihm hätte Aufschub verschaffen können. Oft flog er direkt nach der Entlassung aus der Klinik wieder nach Berlin, in sein Büro mit Blick auf die Reichstagskuppel.

Auf seinem letzten Parteitag am 15. Dezember 2015 sagte er: Schön, dass ich das noch erleben darf.

"Ich habe mich immer gefragt, was das für ein Moment wird, in dem Hintze geht und man weiß, es ist für immer", sagt ein Minister.

Als Hintzes politisches Leben endete, an seinem letzten Tag im Bundestag, am 8. Juli 2016, sagte er wie immer: "Bis bald."

Im Archiv

"Hintze wird neuer Generalsekretär der CDU", "Berliner Zeitung", 1992

"Hintze hält an Wahlwerbung gegen die PDS fest", "taz", 1994

"Kohl für Wiederwahl von Generalsekretär Hintze", "Süddeutsche Zeitung", 1996

"Hintze räumt Fehler ein", "Süddeutsche Zeitung", 1997

"In der Union Kritik an Hintze", "Die Welt", 1998

"Unmut in der CDU-Spitze über Hintze", "Frankfurter Rundschau", 1998

"Hintze dementiert Gerüchte um Entmachtung", "FAZ", 1998

"CDU-Generalsekretär Hintze gibt auf", "Die Welt", 1998

Die Politik nahm Hintze, wie allen, die in ihr groß werden, den Vornamen. Für Hintze ging es nach oben, als die Macht seiner Partei zu Ende ging. Es waren die letzten Jahre der Kohl-Regierung. In dieser Zeit war "Pfarrer Hintze" ein Schimpfwort. Er galt als Kohls Kofferträger, als Mann der Rote-Socken-Kampagne.

Die Fernsehbilder von Hintze aus dieser Zeit sehen heute aus, als seien sie wie Gardinen langsam vergilbt. Er wirkt auf ihnen wie jemand, der alles und nichts zugleich ist: Aufgeregt, aber selbstgefällig. Altmodisch, aber jungenhaft. Langatmig und arrogant, aber zugleich wie jemand, der am liebsten weglaufen würde.

Knapp zwei Jahrzehnte später werden Hintzes Freunde diese Bilder als politischen Tod beschreiben. Sie werden sagen, dass man in der Politik ohne gute Bilder nicht existiert.

Hintze, sagt Christian Wulff, war jemand, den man nicht verstehen kann, wenn man nur die Artikel und Videos über ihn kennt.

Hintze wusste das.

Die anderen

Peter Altmaier hat eines der schönsten Büros im Regierungsviertel und ein Vorzimmer, das man an eine kleine Familie untervermieten könnte. Es ist im siebten Stock des Kanzleramts, man sieht den Hauptbahnhof, Berlin liegt einem zu Füßen.

Altmaier muss erst mal die Schuhe anziehen, die unter dem Schreibtisch stehen, dann kommt er zum Besprechungstisch.

Es gibt einen Witz in der CDU: Sitzen drei Abgeordnete zusammen, sagt der eine: Reden wir mal über was wirklich Wichtiges: Was wird aus mir?

Werde ich mal Fraktionsvorsitzender oder Staatssekretär? Ist ein Ministerposten drin oder nur ein Ausschussvorsitz?

Es klingt, als sei alles in der Politik nur am Status ausgerichtet.

Wenn man Altmaier nach Hintze fragt, schließt er die Augen und spricht dann, als stünde innen auf den Lidern ein verblichener Text, den er ablesen muss. Er erzählt dann eine Geschichte, die ein bisschen klingt wie ein Märchen, aber sie klingt bei fast allen, die auf Hintzes Beerdigung waren, gleich. Bei Armin Laschet, dessen Büro einem Adlerhorst gleicht, mit Blick auf ganz Düsseldorf. Bei Thomas de Maizière, der das Gespräch mit "Legen Sie los" beginnt und mit "Gut dann!" beendet. Bei Gesundheitsminister Hermann Gröhe, der an der Berliner Friedrichstraße sein Büro hat, in einem Turmzimmer, in dem die Klimaanlage versagt hat, sodass er um Entschuldigung bitten muss, aber er könne wirklich kein Jackett anlegen.

Sie holen ein bisschen aus, um erst mal zu sagen, wie das Geschäft läuft. Freundschaft, sagen sie, sei so ein Wort, das man in der Politik gern benutze, es gebe sie aber sehr selten. Ratschläge, die ehrlich gemeint seien und nicht dem Ratgeber selbst helfen sollen, bekomme man fast nie. Der Politiker sei der Feind des Politikers, sagen sie.

An dieser Stelle taucht Hintze auf, als Peter.

Peter, sagt Thomas de Maizière, sei eigentlich ein Mensch gewesen, gegen den alles sprach. Er habe immer alles besser gewusst, er fiel einem ständig ins Wort, und er wusste schon eine Antwort auf die Frage, bevor man sie zu Ende gesprochen hatte. Und dennoch sei da etwas gewesen, das alle zu ihm trieb.

Es habe sich langsam entwickelt. Zunächst war Hintze ein Geheimtipp, wie ein neues Restaurant, das erst nur einer entdeckt und das dann irgendwann so voll ist, dass man nur noch schwer einen Tisch bekommt.

Bei Hintze, sagen sie, habe man dieses Gefühl gehabt, dass man ihm wirklich vertrauen konnte. Dass man ihm Dinge sagen konnte und er sie für sich behielt. Dass er einen Rat gab, den er sich vorher gut überlegt hatte. Er benannte alle Probleme, die kommen könnten, und ihre Lösungen. Er sprach so schnell, als könnte der Tag niemals reichen, um alles zu sagen, alles zu regeln. Niemals war ihm irgendwas einfach nur egal.

Er fragte sich mit ihnen zusammen: Was wird aus mir?

Hintze half Norbert Röttgen, nachdem der als Umweltminister von Merkel abserviert worden war, wieder auf die Beine. Er sorgte dafür, dass Röttgen Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses werden konnte. Er redigierte im Machtkampf um den Landesvorsitz in NRW mit Armin Laschet zusammen dessen Interviews. Im Jahr 2005 bestärkte er Volker Kauder, als Fraktionsvorsitzender zu kandidieren. "Sie werden dich wählen, glaub mir", sagte er.

"Er war der Meister des komplizierten Parteigeflechts", sagt de Maizière. Er konnte Karrieren fördern, und er tat es auch: Mit Anrufen bei alten Bekannten, bei Leuten, die ihm noch was schuldig waren, bei Merkel, die er schon kannte, als sie sich noch fragte, was wohl mal aus ihr wird.

Sie sagen, er warnte sie vor der schwarzen Katze. Damit meinte er Formulierungen, mit denen man etwas verneint. Er sagte: Wenn du sagst, die CDU ist doch keine Hinterzimmerpartei, dann denkt jeder sofort an ein Hinterzimmer. Das ist, wie wenn man sagt: Im Zimmer ist keine schwarze Katze. Dann sieht jeder sofort die schwarze Katze. Sie gaben ihm ihre Reden und Pressemitteilungen. Wenn er eine schwarze Katze sah, schrieb er daneben: "Miau."

Es kamen nicht nur CDUler, nach und nach fanden auch andere zu Hintze.

Auf dem Weg zu Außenminister Sigmar Gabriel, der so viele Termine hat, dass man ihm hinterherreisen muss, trifft man im Zug zufällig Anton Hofreiter, den

Fraktionschef der Grünen. Wenn man ihm sagt, dass man eine Geschichte über Hintze plant, unterbricht er einen und sagt ungefragt: "Der Hintze war einer der vier wichtigsten Männer bei der CDU."

Man wird dann später bei Gabriel im Hotel sitzen, mit Blick auf das endlose Meer bei Warnemünde. Gabriel, der schnell einen Kuchen reinschlingt, weil er gleich wieder einen Termin hat und danach noch einen, wird sagen, Hintze habe die Seele der CDU gekannt. Er habe jede Emotion gekannt und von jeder Verschiebung gewusst.

Immer mittwochs vor der Kabinettsitzung findet das schwarze Frühstück statt. Die Kanzlerin spricht sich dort mit den Ministern der Union ab. Hintze saß mit dabei, obwohl er nie Minister war.

"Manchmal rief die Kanzlerin an, und man erkannte an der Wortwahl, dass sie vorher mit Hintze gesprochen hat", sagt ein Minister.

"Manchmal rief Hintze an und fragte, was man sagen würde, wenn die Kanzlerin einem dieses oder jenes anbieten würde. Da wusste man: Er ist in Merkels Auftrag unterwegs", sagt ein anderer.

Hintze, der Pfarrer, traute Thomas de Maizière und seine Frau und Christian Wulff und seine zweite Frau Bettina.

Hintzes Familie fuhr mit Gröhe und dessen Familie in den Urlaub. Am Strand sprachen die beiden Männer stundenlang über Politik.

Man habe mit ihm wunderbar lästern können, sagen sie.

Sie sagen, die CDU war, wie sie war, weil es Hintze gab. Sie sprechen nicht nur über Hintze, sondern auch über sich selbst. Es klingt, als hätte Hintze in ihrer Welt ein Bedürfnis erfüllt. Jemanden zu haben, der es gut mit einem meint. Vielleicht kannte Hintze nicht nur die Seele der Partei, vielleicht sei er die Seele gewesen, sagt ein Minister. Dann, als falle ihm wieder ein, wer er ist, lacht er und sagt: Falls es so was gibt.

Nur Merkel wird keine Zeit für ein Gespräch über Hintze haben. Hintze war einer ihrer engsten Berater, viele sagen, Merkel habe irgendwann kaum mehr eine

Entscheidung gefällt, ohne Hintze zumindest kurz zu fragen. Auch diese Nähe machte Hintzes Macht aus, sagt ein Abgeordneter, wer mit ihm sprach, hoffte immer auch ein bisschen, mit Merkel zu sprechen.

Merkel ist bekannt dafür, dass sie kein Bedürfnis hat, über sich zu sprechen. Am Ende hält sie sich am strengsten an Hintzes Rat. Er hatte ihr empfohlen, in der Öffentlichkeit nicht mehr als nötig zu sagen.

Hintze selbst hatte in all den Jahren in der zweiten Reihe nur zwei große Auftritte.

In den Zeiten der Wulff-Affäre war Hintze der engste Vertraute des Bundespräsidenten, er ging in die Talkshows und verteidigte seinen Freund.

2009 hatte Hintze eines der sprödesten Ämter der deutschen Politik inne, er war Koordinator der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt. Hintze plante eine deutsche Mondmission. In den Zeitungen las man von "Peterchens Mondfahrt".

Im Krankenhaus

Ein Minister: Wie geht es dir? Kannst du noch liegen?

Hintze: Ach komm. Was ist jetzt mit Lammert?

Als Hintze erfuhr, dass er bald sterben wird, teilten sich die Abgeordneten in zwei Gruppen: die, die Bescheid wussten, und die, die nichts ahnten. Die, die nichts ahnten, waren die weitaus größere Gruppe. Hintze hatte Hornhaut um sich, nennt das Thomas de Maizière. Er sprach gern über andere, und nicht so gern über sich.

Wenn Hintze etwas Neues lernte, erzählte er gern davon. Irgendwann wussten seine engsten Vertrauten Bescheid über die Krebsforschung an japanischen Frauen, über Uranatome, die Tumoren in seiner Leber zerstören sollen.

Er wurde der "totale Krebspezialist", sagt sein Arzt. Er habe mit Hintze reden können wie mit einem Kollegen.

Auch wenn es nicht viele gab, die wussten, wie es um Hintze stand, es waren die Richtigen. Nach der Wahl 2013 achtete man in der CDU darauf, dass Hintze seinen

Platz fand. Man wollte ihm etwas geben, das ihn ehrt, aber nicht zu sehr beansprucht. Staatssekretär wäre zu viel Arbeit gewesen, Minister sowieso. Hintze wurde Vizepräsident des Deutschen Bundestags. Es gibt sechs davon, sie vertreten einander, wenn einer mal nicht kann. Man hat als Vizepräsident Anrecht auf einen Fahrer. Hintze sollte etwas Komfort haben.

Immer häufiger fehlte er im Bundestag, irgendwann nicht mehr nur Tage, sondern Wochen. Auch die Nichteingeweihten begannen, sich zu fragen: Wo ist Hintze?

Jedes Mal, wenn er zurückkehrte, kam er ihnen kleiner vor.

Einmal sah Sigmar Gabriel den zehn Zentimeter größeren Mann im Flur und umarmte ihn spontan.

Irgendwann sprachen Minister in einer Runde über die nächste Bundestagswahl, und Hintze sagte: Da bin ich nicht mehr da. Keiner widersprach.

Hintzes Arzt sagt, wenn Patienten sich plötzlich ganz anders verhalten, sei das meist ein Zeichen dafür, dass im Körper eine neue Phase beginnt. Dass die Krankheit einen neuen Anlauf nimmt. Im Sommer 2016 verließ Hintze der Mut. Er hatte nur selten geweint, bis dahin. Er begann, sich zu fragen: Was wird aus mir?

Damals suchte die CDU jemanden, der sich zum Bundespräsidenten eignen würde. Die SPD hatte Frank-Walter Steinmeier, die Union suchte verzweifelt.

Bundestagspräsident Norbert Lammert hätten alle unterstützt. Sollte er Bundespräsident werden, brauchte die Partei einen Nachfolger für das zweithöchste Amt im Staat.

Hintze, der Stratege, der Berater, hatte eine Idee. Zum ersten Mal seit langer Zeit schlug er sich selbst vor.

Er sagte, dass es schön wäre, wenn sein Sohn sagen könnte, dass sein Vater Bundestagspräsident gewesen sei.

Er sagte: Vielleicht kann ich noch eine oder zwei Sitzungen leiten, bevor ich sterbe.

"Wenn es gegangen wäre, hätten wir es gemacht", sagt einer derer, die so etwas entscheiden.

Am 26. November um 19.50 Uhr starb Peter Hintze im Alter von 66 Jahren. Vor seinem Tod kam das halbe Kabinett zu ihm ins Krankenhaus.

Hintzes Schwester koordinierte die Termine. Seine Frau nahm einen Wahlflyer aus dem Jahr 2013, Hintze mit gestreifter Krawatte und seinem typischen Lächeln, schnitt den Slogan "Peter Hintze: Merkel – Beste Wahl fürs Tal" ab, rahmte das Bild und stellte es auf den Nachttisch des Krankenzimmers. Die Besucher sollten sich an den Hintze erinnern, den sie kannten.

Peter Altmaier kam, Christian Wulff, drei Wochen vor Hintzes Tod kam Thomas de Maizière.

Sigmar Gabriel schickte einen Brief. "Sie sollen einfach wissen, dass viele Menschen an Sie denken, ich gehöre auch dazu" stand da.

Einige Tage vor Hintzes Tod schrieb Armin Laschet eine SMS: "Können wir telefonieren?" Keine Antwort.

Eine Stunde bevor Hintze starb, verließ Hermann Gröhe das Zimmer.

Sankt Augustin

Kurz nach Hintzes Tod begann sein Büroleiter die Räume im Bundestag zu leeren. Manches warf er weg, manches ließ er Hintzes Familie, dessen Frau und dessen Sohn. Die meisten Akten steckte er in Umzugskartons und schickte sie an die Konrad-Adenauer-Stiftung.

In Sankt Augustin, in einem Haus, in dem alles so aussieht, als würde Helmut Kohl noch regieren, werden die Dokumente verstorbener CDU-Abgeordneter aufbewahrt. 17 Kilometer Akten. Man reißt sie nicht auseinander, sie bleiben nach den Menschen sortiert. Ein Friedhof für Politiker.

Annemarie Griesinger, erste Frau im Kabinett Baden-Württembergs.

Otto Zink, stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung.

Heinrich Windelen, Ehrenvorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen.

Der Leiter des Archivs, Hanns Jürgen Küsters, sagt, die meisten Unterlagen enthielten nichts Neues: bereits gehaltene Reden, Pressemitteilungen, Flyer. Keine Geheimnisse.

Manchmal, sagt Küsters, könnten diese Akten Schätze enthalten. Eine handschriftliche Notiz, die ein politisches Ereignis plötzlich in einem anderen Licht dastehen lässt. Das sei aber selten.

Der Platz in der Geschichte sei für die meisten Politiker, selbst für Minister, nur klein, hatte Peter Altmaier in seinem Büro gesagt. Es sei wie beim Fliegen. Je weiter man sich vom Boden entferne, desto weniger sehe man. Irgendwann erkenne man nur Berge und Wald, nicht mehr den einzelnen Baum.

Herbert Reul, Innenminister von Nordrhein-Westfalen, sagt, er habe sich in den Tagen nach der Beerdigung Peter Hintzes gefragt: Wofür mache ich das alles hier eigentlich? Ist das nicht alles sinnlos? Dann sei wieder der Alltag gekommen. Und die Frage sei gegangen.

Keiner der Befragten hat Hintzes Nummer aus seinem Handy gelöscht. Einige setzen sich manchmal hin und lesen seine alten SMS. Sie suchen ihn.

Linke Regalreihe, Bestandsnummer 01-1027, 15 Meter Akten, da ist Hintze.

Tanz der Tugendwächter

Skulpturen werden vernichtet, Gemälde weggesperrt: Politisch korrekte Kunst erobert die Museen von Kassel bis New York. Es triumphiert der Biedersinn.

Von Hanno Rauterberg, Die Zeit, 26.07.2017

Nicht lange her, da war die Kunst von allem frei. Frei von Scham und Scheu, frei von inneren Zwängen und von äußeren meist auch. Und die Gesellschaft? War stolz darauf, in der Freiheit der Kunst ihre eigene zu erblicken.

Nun aber stehen die Zeichen auf Widerruf. Was bis eben noch autonom war, soll kuschen. Was als radikal galt, soll beschnitten werden. Plötzlich sind Respekt und Rücksicht gefragt, viel ist von Anstand die Rede und davon, dass verstörende Werke ruckzuck ins Depot verbannt werden müssten, wobei das noch die mildeste Strafe wäre. Vernichtet sie! Verbrennt die Kunst! Auch solche Bildersturmparolen waren in letzter Zeit öfter zu hören. Und das Verblüffendste: Viele Künstler widersprechen nicht. Sie fügen sich willig. Sie geben ihre Freiheit preis.

Als Kelley Walker im vorigen Herbst seine große Ausstellung in Missouri eröffnete, im Kunstmuseum von St. Louis, hatte er eigentlich nur getan, was er mehr oder weniger immer tut: Er hatte Fotoarchive durchkämmt, hatte sich Bilder von den Straßenkämpfen der sechziger Jahre herausgegriffen, hatte sie kopiert, mit weißer und schwarzer Schokolade überzogen, dann auf Leinwand gedruckt. Mit solchen Motiven möchte Walker, wie das Museum schreibt, »Themen der Identität, Rasse, Klasse, Sexualität und Politik destabilisieren«. Das ist ihm zweifelsohne gelungen.

Destabilisierte Museumsbesucher pöbelten die Wärter an, einmal kam es zu einer Prügelei. Auch wurde von schwarzen Mitarbeitern eine Petition verfasst und der weiße

Künstler zu einer Entschuldigung aufgefordert. Seine Bilder sollten, wenn nicht zerstört, so doch umgehend aus den Sälen entfernt werden. Der Vorwurf: Walkers Kunst habe »rassistische und kulturelle Spannungen, Unbehagen und Verletzungen« hervorgerufen.

Ähnliche Vorwürfe musste sich die Malerin Dana Schutz gefallen lassen, als sie im Frühjahr auf der Whitney-Biennale in New York ein Bildnis ausstellte. In diesem Fall waren es viele linksliberal gesinnte Künstlerkollegen, die wutschnaubend dazu aufriefen, das Kunstwerk zu vernichten. Schutz hatte die Leiche des schwarzen Jungen Emmett Till gemalt, der 1955 von einem Lynchmob zu Tode gefoltert worden war, weil er angeblich einer weißen Frau hinterhergepiffen hatte. Tills Mutter hatte bei der Trauerfeier den Sarg nicht verschließen lassen: Alle sollten sehen, wie grausam ihr 14-jähriger Sohn zugerichtet worden war. Das Bild wurde zur Ikone im Freiheitskampf der Schwarzen, und als Dana Schutz nun darauf zugriff, um es auf ihre Weise für die Gegenwart zu interpretieren, schien das vielen wie Blasphemie. Sie sehen in ihrer Kunst keine Kunst, sie erblicken ein Zeichen weißer Herrschaft.

Hier werde »schwarzes Leid als Rohmaterial« benutzt, schrieb die Künstlerin Hannah Black in einem offenen, von etlichen Mitstreitern unterzeichneten Brief. »Es steht Schutz nicht zu, sich mit der Thematik zu befassen. Das Gemälde muss verschwinden.«

So weit kam es am Ende nicht, dafür aber verschwand nur wenige Wochen später ein anderes Kunstwerk, eines, das 2012 auf der Documenta in Kassel stand und nun in Minneapolis aufgebaut worden war, bis es noch vor der Einweihung unter schrillen Protesten weichen musste. Sam Durant hatte die Holzkonstruktion ersonnen, sie sollte an Hinrichtungen in den USA erinnern, auch an die Exekution von 38 Dakota-Indianern. Deren Nachfahren erfuhren von Durants Projekt und belagerten das Walker Art Center. »Unser Völkermord ist nicht eure Kunst«, stand auf den Plakaten. Für den »Skalp des Künstlers« wurden 200 Dollar ausgelobt.

Durant, noch mit voller Haarpracht, nahm sich die Widerworte zu Herzen. Rasch willigte er ein, seine *Schafott* genannte Installation zu zerstören, und übertrug sein

geistiges Eigentum dem Indianerstamm. Dieser erwägt jetzt, die Reste des Kunstwerks in einem Ritual zu verbrennen.

Die schwarzen Rauchwolken wären das treffende Symbol für dieses Kunstjahr, das zu einem Jahr der Selbstzensur und Selbstauflösung zu werden droht. Zwar wurden ähnliche Fälle wie die von Walker, Schutz und Durant in Europa bislang nicht vermeldet, doch unverkennbar wächst auch hier die Macht der Minderheiten, die sich gegen jede Art von künstlerischer Ausbeutung wehren. Sie wollen nicht abermals zum Opfer werden. Sie wollen selbst bestimmen, wie ihrer Geschichte, ihres Leids gedacht wird.

So verzichtete der Künstler Ernesto Neto nicht zufällig darauf, eine eigene Installation aufzubauen, als er im Mai auf der Biennale in Venedig auftrat. Lieber vertraute er einer »kollektiven Vision«, wie es in einem Kuratortext heißt, und der Mitarbeit »amazonischer KünstlerInnen, PflanzenheilerInnen und Pajés (Schamanen) der 37 Huni-Kuin-Gemeinschaften aus dem Gebiet des Jordão-Flusses«. Zudem war auch das Publikum eingeladen, an den Riten im selbst geknüpften Zelt teilzunehmen und einer Prozession durch die Biennale zu folgen.

Vergleichbares lässt sich gerade auf der Documenta beobachten, die in diesem Sommer mehr indigene Volksvertreter eingeladen hat denn je. Rentierfelle, Rentierschädel, sogar Porzellanketten aus der Knochenasche von Rentieren gibt es zu sehen, allesamt von Künstlern mitgebracht, die dem Volk der Samen angehören. Ob es sich dabei um künstlerisch bedeutsame Objekte handelt, ist nebensächlich. Für die Documenta zählt, dass die Künstler einer bedrohten Ethnie angehören: »Die Gemeinschaft der Sámi kämpft – nach Jahrhunderten der ›Norwegisierung‹ – um die Bewahrung ihrer Identität, die ihren Ausdruck in Sprache, Lebensgrundlage und Kultur findet.« Vor allem dieser Kampf soll in Kassel für alle sichtbar werden.

Der alte Kampf um Form, Komposition oder Originalität scheint damit beendet. Es geht um Fragen der Identität, um Herkunft, Geschlecht, Hautfarbe. Wer darf was in wessen Namen zeigen? Muss die Kunst lernen, sich nicht alles und jedes einzuverleiben?

Lange galt die kulturelle Aneignung modernen Künstlern als selbstverständlich. Ob Rousseau oder Picasso, Gauguin oder Dubuffet, immer schauten sie auf die Kunst der fremden, ach so archaischen Völker und ließen sich davon inspirieren. Damit räumt die Documenta auf, hier soll es keine hegemonialen Blicke geben. Die Künstler sollen für sich sprechen, mit der Folge, dass der Besucher glauben muss, Sámi-Künstler machten immer was mit Rentieren.

Was folgt aus dieser Art von Betroffenenkunst? In Kassel wird alles schön reinlich geschieden: Frauen erzählen vom Feminismus, transgeschlechtliche Menschen von ihren Mühen mit der Indifferenz und ein Maler ohne Arme davon, wie es ist, von der Welt behindert zu werden. Es ist eine von neuen Grenzen durchzogene Kunst, in der es unmöglich scheint, dass ein Christ sich anmaßt, über das Seelenleben eines Muslims zu befinden, dass ein Türke sich mit kurdischer Kultur befasst oder ein Israeli etwas über das palästinensische Leid zu sagen wüsste. Die Vorstellung, dass die Kunst einen universalistischen Freiraum öffnet, in dem alles von allen gedacht und erprobt werden darf, diese Vorstellung wird zunichtegemacht.

Zu diesem Universalismus gehört auch, dass sich im Reich der Ästhetik alle bei allen bedienen dürfen, weil es kein Mein gibt und kein Dein. Kunst ist eine Idee, und sie bleibt nur so lange lebendig, wie sie weitergereicht und immer wieder umgeformt wird.

Wer hingegen kulturelle Traditionen oder einzelne Werke gegen Fremdeinflüsse abdichten und in abstammungskonforme oder hautfarbengemäße Reservate sperrt, mag sich als Kämpfer für Minderheitenrechte wähnen. In Wahrheit ist er nur ein vormoderner Kunstfeind und zieht zudem den berechtigten Kampf um Gleichheit und Gerechtigkeit ins Lächerliche. Im Kern politische Anliegen werden nicht in Parlamenten ausgefochten, sondern in Museen zu abstrusen Ersatzdebatten um Anstand und ästhetische Angemessenheit herabgewürdigt.

Wohin das segregierende Denken, das die Documenta erprobt, am Ende führen wird, ist leicht abzusehen. Da die Kunst nicht länger frei und aus sich heraus wertvoll ist, muss sie von der Biografie des Künstlers beglaubigt werden. Und sollte dieser

Künstler kein aufrecht authentisches Leben führen, fällt der Wert seiner Kunst unweigerlich in sich zusammen.

So musste sich gerade Jimmie Durham, einer der bekanntesten amerikanischen Künstler, als Betrüger beschimpfen lassen, weil er angeblich nicht von Cherokee-Indianern abstamme, obwohl er immer für deren Rechte eingetreten war und in seiner Kunst gelegentlich indianisch anmutende Motive auftauchen. Durham hatte schon vor über 20 Jahren in einem Interview gesagt, er sei kein Cherokee. Auch wollen viele seiner Werke just jene essentialistisch gesinnten Dogmatiker ad absurdum führen, die ihn jetzt als Scharlatan entlarven möchten. Doch Mehrdeutigkeiten haben in der neuen, furchtbar aufgeräumten Kunstwelt keinen Platz mehr. Alles, was missgedeutet werden könnte, was vielleicht sogar abfällig, böse oder auch nur kritisch auftritt, gilt als unverzeihlicher Affront. Es triumphiert der Biedersinn. Es ist das Ende der Kunst.

Allerdings sind die Künstler nicht ganz unschuldig an dem grassierenden Zuständigkeitsdenken. Viele interessieren sich selber nicht mehr für Formfragen und die Binnenlogik der Künste. Viel eher schmückt man sich mit politischen Botschaften und übt kritische Tugendhaftigkeit. Auch das, eine Verschiebung weg von der Ästhetik, hin zur Ethik, ist auf der Documenta allgegenwärtig. Diese setzt auf Läuterung, auf moralische Bekehrung und will den Entrechteten dieser Welt zur überfälligen Anerkennung verhelfen.

Allerdings verstärkt eine Kunst, die zu allen gut sein will, durch ihre Neigung zur Positivdiskriminierung nur zu leicht die übelsten Klischees. Dass eine weibliche, migrantische, behinderte Künstlerin nicht wegen ihres Frauseins, ihrer Migration oder Behinderung geschätzt werden will, sondern wegen ihrer Kunst, das scheint fast schon unmöglich.

Hinzu kommt, dass manche Künstler eine Art Helfersyndrom entwickeln, sodass sich erste Minderheiten unterdessen dagegen verwahren. Mit einer Bittschrift unter dem Titel *10 Dinge, die ihr beachten müsst, wenn ihr mit Flüchtlingen arbeiten wollt* haben australische Flüchtlinge und Asylbewerber damit begonnen, sich gegen die

Vereinnahmung ihres Elends aufzulehnen. »Wir sind keine Ressource für euer nächstes künstlerisches Projekt.«

Vielleicht lässt sich auch die Vernichtungsfantasie, wie sie in den amerikanischen Debatten aufscheint, in diesem Sinne begreifen: als eine Form der Abwehr. Durch die Tugendhaftigkeit der Künstler, die meinen, ganz dringend schwarzen, indianischen oder sonst welchen Leidträgern helfen zu müssen, fühlen sich diese geradezu aufgefordert, ebenso tugendfixiert in einen Wettbewerb um die einzig richtige Aufrichtigkeit einzutreten. Ihre Klage gilt vor allem dem philisterhaften Wohlmeinen, wie Hannah Black deutlich macht, die den Protest gegen das Gemälde des verstümmelten Jungen anführt. Es gehe der Kunst ja nur um »Profit und Spaß«, so ihr Vorwurf, »während unweit des Museums weiterhin schwarze Communitys in hoffnungsloser Armut leben«.

Eine Kunst, die im Grunde keine Kunst mehr sein will, sondern Belehrung, endet rasch in solchen Fällen der Bigotterie. Daher wären die Künstler nicht schlecht beraten, lieber in die Flüchtlingshilfe zu gehen oder eine Partei zu gründen, statt weiter im rein Symbolischen zu hantieren. Es sei denn, sie lassen sich nicht länger ins ethische Bockshorn jagen und kämpfen endlich wieder für eine Kunst, die alles sein darf: richtig gemein, richtig erhaben, richtig falsch. Nur richtig richtig eben nicht.

Das PC-Monster

Kaum ein Reizwort spaltet die USA so sehr wie Political Correctness. Was zu mehr Freiheit führen sollte, führt heute oft zu mehr Unfreiheit – und hat die Rechte stark gemacht.

Von Philipp Oehmke, Der Spiegel, 03.12.2016

Es ist ein Freitagnachmittag in Oberlin in Ohio, einen knappen Monat bevor das Land Donald Trump zu seinem Präsidenten wählen wird. Die letzten Seminare, Kurse und Vorlesungen der Woche sind soeben zu Ende gegangen, eine junge Frau kommt barfuß angelaufen, ein Hula-Hoop-Reifen kreist um ihre Taille, andere führen eine Art rhythmischen Tanz auf, dazu läuft afrikanische Musik, zwei schwarze Studenten rappen.

Die Szene könnte auch an einem Strand voller Rucksacktouristen spielen, doch dies hier ist eine der teuersten Hochschulen des Landes.

Viele Studentinnen haben grün oder blau gefärbte Haare, sie tragen Piercings, und ihr Kleidungs Vorbild scheint die "Girls"-Erfinderin Lena Dunham zu sein, der Star, der auch hier studiert hat.

Dass das Land ein paar Wochen später Donald Trump wählen könnte, scheint hier undenkbar. Dabei ist dieses Land nur wenige Meilen entfernt. Oberlin liegt in Ohio,

einem der Swingstates, die Trumps Wahlsieg ermöglicht haben. Fährt man die College Road nur fünf Minuten stadtauswärts, steckt im Rasen eines jeden Vorgartens ein blaues Schild mit der Aufschrift "Trump Pence 2016".

Es sind Orte wie Oberlin, in denen jene linksliberale Elite herangezüchtet wird, von der Trump-Leute im Wahlkampf mit so verächtlichen Worten gesprochen haben.

Als ein paar Monate zuvor in Oberlin und an anderen liberalen Universitäten irgendjemand mit Kreide "Trump 2016" an Häuserwände und auf Bürgersteige geschrieben hatte, erlitten einige Studenten dadurch nach eigenen Angaben ein Trauma. An manchen Universitäten kam es zu Demonstrationen. Die Studenten forderten "safe spaces", geschützte Räume, in die die Zumutung des Namens dieses "faschistischen, rassistischen Kandidaten" nicht eindringe.

Überhaupt: "safe spaces". In den Monaten vor der Wahl ist dieser Begriff einer der meistdiskutierten in Oberlin. Das Konzept kommt ursprünglich aus dem Feminismus und beschreibt einen physisch wie intellektuell geschützten Raum, der einen vor potenziell beleidigenden, verletzenden oder gar traumatisierenden Gedanken oder Äußerungen und somit, wenn man so will, vor der Welt beschützt. Als im vergangenen Jahr die konservative Philosophin und Feminismuskritikerin Christina Hoff Sommers in Oberlin einen Gastvortrag halten sollte, war ein Teil der Studenten nicht einverstanden, Sommers' Ansichten zum Feminismus stellten "micro aggressions" dar.

Als Sommers trotzdem auftrat, richteten einige Oberlin-Studenten währenddessen einen "safe space" ein, in dem, wie ein Professor berichtete, zur Beruhigung und Traumapflege "New-Age-Musik lief, man sich massieren und von Stofftieren trösten" lassen konnte.

"Micro aggressions" sind die begrifflichen Geschwister der "safe spaces", kleine, von den Opfern als übergriffig wahrgenommene Äußerungen; dazu kommen "trigger warnings", kurze Hinweise vor einem Text, Bild, Film oder Kunstwerk, die informieren, dass das Folgende möglicherweise bei betroffenen Menschen die Wiederauffrischung einer traumatischen Erfahrung oder einer posttraumatischen Belastungsstörung "triggern", also auslösen können. Sicher ein sinnvoller Schutz für Menschen, die aus dem Krieg kommen, die aus ihrer Heimat geflohen sind oder anderweitig Härte und Gewalt ausgesetzt waren.

In Oberlin aber hat sich ein Student bei der Hochschulleitung beschwert und eine Trigger-Warnung für Sophokles' "Antigone" gefordert. Die in dem Drama behandelten Suizide hätten in ihm starke Gefühle ausgelöst. Ihn, der selbst eine Zeit lang unter Suizidbeobachtung stand, hätte man warnen müssen. In einem Aufsatz für die Hochschulzeitschrift verglich Cyrus Eosphoros, so der Name des Studenten, eine Trigger-Warnung mit Auflistung der Inhaltsstoffe von Lebensmitteln: "Menschen sollten das Recht haben zu wissen und sich einverstanden zu erklären, womit sie ihren Kopf füttern." Mittlerweile hat Eosphoros sein Studium hier abgebrochen.

Die Forderung nach "safe spaces" und Trigger-Warnungen sowie die Beschwerde über Mikroaggressionen, all das fällt in den USA unter den Begriff der Political Correctness.

Kaum ein anderer Begriff ist derart ideologisch aufgeladen und umkämpft wie dieser. Am verbreitetsten ist seine Verwendung als Schimpfwort: Aus dem Mund der Rechten, aus dem Mund Donald Trumps und seiner Millionen Unterstützer beschreibt er eine selbst auferlegte Zensur. Er gilt als Ausdruck einer Opferkultur, in der ein hypersensibler "linksliberaler Mainstream" (auch so ein Schimpfwort) sich von jeder Abweichung vom eigenen Denken abschotten will. Ihre Gegner verstehen politische

Korrektheit als Fixierung auf die Bedürfnisse von Minderheiten und die eigene Identität, auf Hautfarbe und Geschlecht.

Wer nun, einen Monat nach der Wahl, nach den Voraussetzungen sucht, unter denen der Trump-Sieg möglich werden konnte, gelangt relativ schnell zur Weigerung vieler Trump-Gegner bis hin zu Clintons Wahlkampfteam, sich der unbequemen Tatsache einer Heerschar von begeisterten Trump-Fans überall im Land zu stellen. Es ist, als hätte sich das liberale Amerika im Angesicht von Trump kollektiv in einen "safe space" verzogen, und als es aus diesem nach der Wahl wieder auftauchte, hatte Trump gewonnen.

Politische Korrektheit war nicht immer gleichbedeutend mit Überempfindlichkeit, Wohlfühllosen oder Zensur. Kein Projekt der Bildungselite und des Establishments, als das sie heute gesehen wird, sondern eines der Gegenkultur. Ein Versuch, die öffentliche Debatte von den über Jahrhunderte geläufigen, mit Rasse, Geschlecht, Herkunft zusammenhängenden Vorurteilen zu befreien, von all den scheinbar beiläufigen, aber doch ziemlich hasserfüllten Abschätzigkeiten, unter denen vor allem Minderheiten, Schwächere zu leiden hatten. Es sollte der Versuch sein, die Sichtweisen dieser Minderheiten überhaupt einmal zuzulassen in der öffentlichen Debatte.

Dass Denken mit Sprache beginnt, war eine der Annahmen der politischen Korrektheit. Wer sich abschätzig ausdrückt, denkt auch so. Eine andere Annahme ist jene des ständigen Fortschritts. Menschen entwickeln sich, Diskriminierung und Ungleichheit werden Jahrhundert für Jahrhundert zurückgedrängt, von der Abschaffung der Sklaverei über das Frauenwahlrecht bis hin zur gleichgeschlechtlichen Ehe und der wachsenden Akzeptanz von Transgender-Menschen. Fortschritt war die Integration von ehemals Unterdrückten und Minderheiten. So weit die Theorie.

Doch im vergangenen Jahrzehnt hat die Obsession für Minderheiten und ihren Opferstatus möglicherweise überhandgenommen. In einem viel diskutierten Beitrag für die "New York Times" hat Mark Lilla, Professor an der New Yorker Columbia University, Ende November die Ansicht vertreten, der amerikanische Liberalismus sei in den vergangenen Jahren von einer Hysterie bezüglich Rasse, Geschlecht und sexueller Identität ergriffen worden. Es sei ein strategischer Fehler Hillary Clintons gewesen, so Lilla, dass sie sich in ihrer Kampagne zu sehr an Afroamerikaner, Latinos, Homosexuelle und Frauen gewandt habe. "Die Fixierung auf Vielfalt in der Schule und in der Presse hat eine Generation von Liberalen und Progressiven hervorgebracht, die sich auf narzisstische Weise vor den Problemen derer verschließt, die außerhalb ihrer selbst definierten Gruppen stehen."

Während sich die weiße Arbeiterklasse und die Unterschicht hinter Trump scharten, war die Studentenschaft in Oberlin damit beschäftigt, eine Demonstration gegen das Essen im Afrikan Heritage House zu organisieren. Einige Studenten hatten darauf hingewiesen, dass die Gerichte allenfalls eine verwestlichte Interpretation der Originalrezepte darstellten, eine Respektlosigkeit gegenüber afrikanischer Tradition. Auch für dieses Vergehen gibt es einen Begriff: "cultural appropriation", eine kulturelle Aneignung, eine Anmaßung.

Asiatische Studenten wiederum beschwerten sich, in der Mensa werde das Bánh Mì, eine Art vietnamesisches Sandwich, nicht mit den korrekten Zutaten zubereitet – das sei kultureller Imperialismus.

Die Hochschule nahm die Vorwürfe ernst, so wie sie alle Beschwerden von Studenten ernst nimmt. Aus Angst um ihren Ruf, aus Angst vor juristischen Auseinandersetzungen, die zu bestreiten die häufig wohlhabenden Eltern der Studenten finanziell locker in der Lage sind.

Die Betreiber der Mensa mussten sich öffentlich entschuldigen. Wobei sich nicht nur vietnamesische Studenten gekränkt hätten fühlen sollen. Es betraf alle. Ein weiterer Begriff in Oberlin ist nämlich "allyship", die Theorie geht folgendermaßen: Wer sein Leben als weißer, heterosexueller Mann verbracht hat, wird nie verstehen können, warum ein falsches Sandwich ein Trauma auslösen kann. Genauso wird er nie wirklich begreifen, welchen systemimmanenten Mikroaggressionen eine schwarze Frau ausgesetzt sein könnte. Er kann sich aber zu ihrer Verbündeten machen, zu ihrer "ally", ihre Erfahrungen ernst, zur Kenntnis und für bare Münze nehmen, unabhängig davon, ob sie persönlich nachvollziehbar sind.

Manchen Professoren wird das zu viel. Einer von ihnen ist Roger Copeland. Er ist an diesem Freitagnachmittag in den einzigen Laden in Oberlin gekommen, in dem sich tagsüber alle treffen – die Professoren, Studenten, Aktivisten –, das Slow Train Cafe, und möchte über all das reden, was ihm, wie er findet, seinen Beruf zerstört hat. Er hat ein Abfindungsangebot angenommen und wird die Universität in wenigen Wochen verlassen. Professor Copeland lehrt seit 40 Jahren in Oberlin. Er unterrichtet Theater, und so gibt er sich auch. Er trägt ein Hawaiihemd und artikuliert sich auch im normalen Gespräch, als rezitierte er Shakespeare-Verse von einer Bühne.

Copeland entspricht dem Stereotyp des engagierten linken Theater-AG-Leiters, in den Siebzigerjahren ist Copeland selbst auf die Straße gegangen, gegen Vietnam, gegen Watergate, die großen Sachen, zweimal wurde er verhaftet.

Seine Studenten hingegen kämpfen um Personalpronomen. Copeland kann das nicht verstehen. Die Studenten wollen nicht mehr als "er" oder "sie" angesprochen werden, sondern mit "X" oder "they" oder ganz neuen erfundenen Personalpronomen. Aus den

Begriffen "Latina" oder "Latino" für Menschen mit mittel- oder südamerikanischen Wurzeln ist in Oberlin das geschlechtsneutrale "LatinX" geworden.

Vor zwei Jahren hat Copeland zu Beginn einer Theaterprobe eine Videocutterin gefragt, ob sie es schaffe, das Material bis Ende der Woche zu schneiden. Irgendwie bekam er keine sofortige Antwort, es war hektisch. "Yes or no?", rief er in seiner exaltierten Art. "Yes or no?"

Die Studentin, laut Copeland eine amerikanisch-asiatische lesbische Frau, stürmte aus der Probe, nichts Ungewöhnliches im Theater. Später wurde Copeland zum Dekan bestellt. Er habe eine Studentin erniedrigt und eine feindliche und – da war es wieder, das Wort – "unsafe" Lernsituation geschaffen. Der Dekan reichte ihm ein Formular, das er unterschreiben sollte. Copeland weigerte sich, er nannte die Namen anderer Anwesender, die bezeugen würden, dass er die Studentin nicht beschimpft habe. Darauf komme es nicht an, beschied der Dekan. Es reiche, wenn die Studentin sich "unsafe" gefühlt habe.

Die Angelegenheit mündete in eine offizielle Untersuchung wegen sexuellen Fehlverhaltens. Copeland engagierte Anwälte, nach einem Jahr wurde das Verfahren eingestellt. Es hatte Copeland Tausende Dollar gekostet und, viel schlimmer, seinen ideologischen Kompass.

Was war hier los? Wo, wenn nicht hier, würden sich junge Menschen zu mündigen Bürgern entwickeln können, die sich auch unangenehmen Ansichten stellen?

Nach seinem Selbstverständnis war Copeland ein Linker. Einer, der sich für soziale Gerechtigkeit einsetzte, für die Rechte der Schwachen, die Freiheit und vor allem die freie Rede. Nun sind da Studenten, die ihn als alten, reaktionären Opa abtun,

der nichts versteht von der Verletzbarkeit der Identitäten, der Hautfarben und Geschlechter, seien sie männlich, weiblich oder auf verschiedenen Abstufungen dazwischen, schwul, lesbisch, bi oder transsexuell, LGBTQ (Lesbian, Gay, Bi, Transgender, Queer), wie das inzwischen heißt – oder "cisgender".

Cisgender ist ein relativ neues Wort. Copeland hat es gerade erst gelernt. Und er hat gelernt, dass es als Schimpfwort gebraucht wird. Es bezeichnet ziemlich genau, was er ist: ein weißer, heterosexueller Mann, der sich sicher ist, keine Frau sein zu wollen und noch nicht einmal wenigstens ein bisschen bi ist.

Doch Copeland ist nicht das einzige Opfer. Quer durchs Land haben teils hysterische "social justice warriors", Kämpfer für soziale Gerechtigkeit, wie sie spöttisch genannt werden, eine Spur der Verwüstung hinterlassen bei Professoren, Künstlern, Schriftstellern – und sogar DJs.

In einer College-Bar an der University of North Carolina beschwerte sich in einer Samstagnacht die Studentin Liz Hawryluk beim DJ, als dieser Robin Thickers "Blurred Lines" spielte. Der Song war der Hit des Sommers, alle Diskotheken weltweit spielten ihn, doch Hawryluk verlangte, dass der DJ den Song sofort unterbreche.

Er enthält die Zeile: "Good girl ... I know you want it". Angeblich Worte, die ein Vergewaltiger spricht.

Als der DJ sich weigerte, und die Studentin insistierte, wurde sie gebeten, die Bar zu verlassen. Hawryluk schrieb auf Facebook über ihre Erfahrung und dass die Songzeile Opfer von Vergewaltigungen "triggere", also in eine psychische Ausnahmesituation bringe, in der sie ihr Trauma neu durchlebten. Als ihr Post vielfach geteilt wurde, entschuldigte sich die Bar öffentlich und feuerte den DJ.

Die feministische Filmforscherin Laura Kipnis, Professorin an der Northwestern University bei Chicago, hat sich gegen ein Verfahren wehren müssen, nachdem sie in einem Aufsatz in einem Fachjournal vor einer gewissen Paranoia in sexuellen Fragen gewarnt hatte. Der Text richtete sich vor allem gegen ein neues Verbot der Universität, das Sex oder Beziehungen zwischen Studenten und Professoren untersagte. Außerdem trat Kipnis gegen das unter Studentinnen obsessive Gerede über Traumata und Empfindsamkeit ein. Das sei ein Rückfall in alte Rollenmuster, die verletzbare Frau, das hilflose Opfer und der Mann als Täter.

Die hilflosen Studentinnen aber wehrten sich. Erst eine Facebook-Seite. Dann eine Demonstration, dann zeigten zwei Studentinnen Kipnis wegen eines sexuellen Vergehens an. Sie argumentierten, dass Kipnis' Essay einen "abschreckenden Effekt" habe auf Studentinnen, die einen sexuellen Übergriff anzeigen wollen. Auch Kipnis musste sich Anwälte nehmen, nach 72 Tagen Untersuchungen wurden die Vorwürfe fallen gelassen. Die Professorin hat das Verfahren später in einem Text als ein absurdes, an einen Kafka-Roman erinnerndes Theater beschrieben.

Roger Copeland hat lange nachgedacht, wo diese Verletzlichkeiten und Sensibilitäten herrühren könnten. "Die Beziehung meiner Studenten zur Welt ist kontinuierlich gefiltert, immer nur mittelbar, durch das iPhone, durch die sozialen Netzwerke, die sie abonniert haben. Die Generation hat keinen unmittelbaren Zugriff auf die Realität mehr."

Nur der Seminarraum, wo plötzlich jemand wie Copeland zu ihnen spricht, ist eine Unterbrechung ihrer gefilterten Realität. Diese Unterbrechung ruft Abwehrreaktionen hervor bei demjenigen, der gewohnt ist, nur noch ausgewählte, mit Warnungen versehene, von allen Mikroaggressionen befreite Meldungen aus einer politisch

korrekten Welt zu empfangen. Der Internetaktivist Eli Pariser hat diese oft durch Computermodelle vorgenommene Informationsselektion "Filterblase" genannt.

Sozial-kulturelle Fortschrittlichkeit ist für die Studenten zum Fetisch geworden, darüber vergessen sie alles andere.

Professor Marc Blecher, der Politikwissenschaften in Oberlin lehrt, gern Marxismus unterrichtet, hatte schon einen Monat vor der Wahl bei einem Treffen – ebenfalls im Slow Train Cafe – gewarnt, dass die heutige Generation seiner Millennial-Studenten zwar viel von sozialem Wandel spricht, aber den entscheidenden Gedanken dabei aus den Augen verloren habe: die Klasse.

Vor lauter Hautfarbe, Geschlecht und sexueller Orientierung und den damit verbundenen Mikroaggressionen übersähen sie, was Donald Trump erkannt habe: Die meisten Menschen in den USA sind nicht unglücklich oder wütend wegen ihres Geschlechts, ihres Personalpronomens oder eines fehlenden Warnhinweises vor der Lektüre von F. Scott Fitzgeralds "Der große Gatsby" (wegen Misogynie). Sie sind wütend, weil sie ihre Miete nicht zahlen können und das Gefühl haben, dass dies keinen interessiert, während sich die liberal-progressive Öffentlichkeit darüber streitet, ob Transsexuelle nun die öffentliche Toilette ihres biologischen oder ihres gefühlten Geschlechts benutzen sollten. Müsste es anstatt um Begriffe und Identitäten nicht um Verteilungskämpfe gehen?

Das Ausweichen auf diese Themen zeige oft auch die Hilflosigkeit der Studenten. Er wolle keine Missverständnisse aufkommen lassen: "Hier studieren nicht nur verwöhnte Töchter und Söhne. Eine progressive Universität wie Oberlin legt Wert darauf, Studenten aus sozial schwachen Familien aufzunehmen. Kids von der Straße, oft Schwarze oder Latinos. Die haben die letzten fünf Jahre wie verrückt gearbeitet, und ihr

Vertrauenslehrer an der Highschool hat es irgendwie geschafft, sie an einer Uni wie Oberlin unterzubringen. Sie sind die vielversprechendsten Studenten, die wir finden konnten. Und wissen Sie was? Die kommen hier an – und es ist die Hölle für sie!" Die akademischen Ansprüche seien hoch. Deshalb hätten diese Studenten dann das Gefühl, dass sie nicht dazugehören – und auf eine Art gehörten sie nicht dazu. "Natürlich nicht. Das ist Augenwischerei. In seinem Kern ist Oberlin ein höchst exklusiver Ort, der gleichzeitig versucht, offen zu sein. Was tun diese Studenten also? Sie schlagen um sich." Und suchten dafür eine Sprache, Begriffe wie "micro aggressions", "safe space" und das Konzept von Intersektionalität, das bedeutet, dass man mehrere Minderheitenidentitäten in sich vereint. "Sie entwickeln immer größeren Frust – und dann attackieren sie das Essen in der Mensa!"

Das Interessante sei, sagt Blecher, dass das Gefühl der Studenten stimme. Doch sie leiteten ihre Wut auf die falschen Ziele. "Was sie wirklich unten hält, sind die Klassen- und Rassendynamiken in diesem Land. Doch darüber reden wir nicht."

Wenn überall Mikroaggressionen lauern und Trigger-Warnungen nötig sind, lässt sich irgendwann über vieles gar nicht mehr reden. Die Kinder der 68er haben die Freiheiten, die die Eltern erkämpft hatten, als selbstverständlich genommen und achselzuckend ausgelebt. Die Enkel der 68er wollen Teile dieser Freiheiten nun wieder zurücknehmen. Die ursprünglich höchste dieser von der linken Studentenbewegung einst erstrittenen Errungenschaften wird inzwischen paradoxerweise vor allem von den Populisten und den Rechten reklamiert: die freie Rede.

Wenn Donald Trump Mexikaner, die über die Grenze kommen, Vergewaltiger nennt, wenn er einen Witz über Frauen macht, wenn auf Veranstaltungen zu seinen Ehren Leute den Arm zum Hitlergruß heben und die Fans seines Chefberaters Steve Bannon "Seig Heil" twittern – all das fällt unter "freedom of speech".

Die Rollen wurden komplett getauscht. Während eine junge studentische linke Bewegung durch Trigger-Warnungen und "safe spaces" in Kauf nimmt, die Redefreiheit, die ihre politischen Vorfahren erkämpft haben, zu kassieren, wird diese Redefreiheit ausgerechnet von der Rechten, deren politische Vorfahren sie seinerzeit verhindern wollte, verteidigt.

Diese neue Rechte ist zum Beispiel täglich auf dem Nachrichtensender Fox News zu besichtigen. Die Freiheit der Rede bedeutet für sie die Erlaubnis zur Beleidigung. Meinungsäußerung einen Freifahrtschein für Unwahrheiten. Auch das ist das Problem dieses neuen Trump-Amerikas: Während ein Teil der Bevölkerung immer sensibler wird und "Antigone" nicht mehr lesen will, wird der andere Teil immer maßloser und nennt Mexikaner Vergewaltiger und sieht in Muslimen Terroristen. Und in Donald Trump haben sie bald jemanden als Präsidenten, der sie ermutigt.

Denn, so geht ihr Narrativ, sie würden ja gern sagen, was die denken, aber die "social justice warriors", die Hüter der Political Correctness, allen voran die "liberalen Medien", lassen sie ja nicht. Auch sie fühlen sich als Opfer, jedenfalls tun sie so: Man dürfe ja nichts mehr sagen in diesem Land. Und damit fühlen sie sich wie die linken Studenten Anfang der Sechzigerjahre. Nur dass die damals wirklich nicht alles sagen konnten.

Bettina Aptheker war damals, vor 52 Jahren, eine der Anführerinnen des Free Speech Movements. In der Nacht zum 2. Oktober 1964 kletterte sie vor der Sproul Hall der Universität Berkeley bei San Francisco auf das Dach eines Polizeiwagens und hielt eine Rede. Aptheker war 20. In der Rede zitierte sie den ehemaligen Sklaven Frederick Douglass mit dem Satz "Die Macht wird nie etwas aufgeben, es sei denn, man fordert es." Das war einer der Auslöser für eine Bewegung, die sich zuerst im Westen und

schließlich fast weltweit für soziale Veränderungen einsetzte, für Frauenrechte, Bürgerrechte, später für Schwulen-, noch später für Transgenderrechte, eine Bewegung, die in einer direkten Linie bis hin zu Studenten führt, wie es sie am Oberlin College gibt. Nur dass die am Ende das Gegenteil von dem erreichen, was einmal die Ursprungsidee war. Wenn man so will, haben Aptheker und ihre Mitstreiter ein Monster gezüchtet, das PC-Monster.

Doch auch Bettina Aptheker ist sich nicht mehr sicher, ob das Recht der freien Rede in diesen Zeiten jede Beleidigung aufwiegt. Sie ist immer noch an der University of California, inzwischen als Professorin für Feminist Studies. Der Kurs, den sie an diesem Vormittag Ende September hier auf dem Campus in Santa Cruz unterrichtet hat, heißt "Feminism and Social Justice". Die Begriffe, die die Studenten von heute benutzen, kommen mehr oder weniger alle aus der feministischen Terminologie. "Wenn Trump bei einer der Fernsehdebatten Hillary Clinton auf den Rücken klopft", sagt Aptheker, "dann ist das eine klassische Mikroaggression."

Ihre Eltern gehörten zu den prominentesten und schillerndsten Kommunisten der USA, verfolgt in der McCarthy-Ära. Sie selbst war in der KP. Allein dadurch, sagt sie, seien ihr die Zwänge der politischen Korrektheit vertraut. Heute ist sie 72 und lebt seit 40 Jahren mit einer Frau zusammen, aus einer Ehe davor hat sie zwei Kinder. Sie zeigt Fotos, die im Bücherregal stehen, Fotos von Familien, die fast nur aus Frauen bestehen. Auch ihre Tochter ist offen lesbisch und kommt mit ihren Kindern und ihrer Partnerin zu Weihnachten. Allein darin zeigt sich eine Veränderung, die sich vor einem halben Jahrhundert kaum jemand hätte vorstellen können.

"Wir waren jung und unerfahren damals. Jeder sollte alles sagen dürfen, egal zu welchem Preis." Über den letzten Halbsatz ist Aptheker jetzt ins Grübeln gekommen.

Für sie bestand der Preis damals zum Beispiel darin, dass ein Haufen amerikanischer Neonazis auf dem Campus in Berkeley auftauchte, in voller Montur, mit Hakenkreuzbinden, und ein Plakat hochhielt, auf dem "Burn Apotheker" stand. Apotheker schluckte, aber fand es in Ordnung, sie hielt diese Aufforderung durch die freie Meinungsäußerung für gedeckt.

Heute kommt Apotheker schon bei den Halloween-Kostümen ins Nachdenken. Die Kostüme hatten vergangenes Jahr für eine landesweite Diskussion gesorgt, als an der Universität Yale ein "Komitee für Interkulturelle Angelegenheiten" Studenten davor gewarnt hatte, sich für Verkleidungen zu entscheiden, die als Anmaßung gegenüber anderen Kulturen verstanden werden könnten: also bitte keine Turbane, keinen Federschmuck, keine Kriegsbemalung, kein schwarz gefärbtes Gesicht.

Vielleicht ist an einer solchen Einschränkung der Freiheit etwas dran. Apotheker ist sich heute nicht mehr sicher, ob man es in Kauf nehmen muss, dass im Namen der Redefreiheit Schwächere beleidigt werden. Sie hat in der Feminismuslehre viel über Mikroaggressionen gelernt.

Vor einem halben Jahrhundert, als sie selbst in Berkeley demonstrierte, ging es zunächst um Wichtigeres, zum Beispiel um das Wahlrecht für Schwarze, da war für Alltägliches wie die "5000 Mikroaggressionen, denen ein Schwarzer im Süden der USA täglich ausgesetzt" war, noch kein Raum.

Aber geht es heute nicht wieder um genauso wichtige Themen?

An der Ecke Bancroft Way und Telegraph Avenue in Berkeley, jener Ecke am Südeingang der Universität, an der Apotheker auf dem Polizeiwagen stand, wartet Ismail Muhammad, 27 Jahre alt, Doktorand und Dozent. Muhammad ist Afroamerikaner, sieht

gut aus, trägt dicke Nike-Basketballstiefel und ist Experte für moderne amerikanische Literatur. Muhammad ist zu gewisser Prominenz gekommen, als er inmitten der Empörung gegen Trigger-Warnungen und "safe spaces" mit ruhiger Selbstverständlichkeit darlegte, warum alles andere als eine Befürwortung dessen geschichtsvergessen, ignorant und gestrig ist. Absolute Redefreiheit sei nicht aufrechtzuerhalten, sagte er. Nicht in Zeiten der Shitstorms in sozialen Netzwerken, der Vernichtung von Existenzen im Internet, der offenen Lügen und Parallelwelten auf den News-Sendern. Das sei der eine Punkt, der andere ist: Die Bewegungen für soziale Veränderungen seit den Sechzigerjahren bis heute seien eigentlich nur eine Fortführung und Weiterentwicklung des 68er-Gedankens gewesen.

Die "social justice warriors" von heute aber stellten erstmals ernsthaft all das infrage, was über die Jahrhunderte an alltäglichen Diskriminierungen üblich war. Das sei, so Muhammad, die erste wirklich paradigmatische Veränderung seit den Sechzigern, eine neue Stufe.

Ismail Muhammad glaubt, dass die Babyboomer, die mit den Werten von 68 aufgewachsen sind, aber auch ihre Nachfolger, die Generation X etwa, diese Anliegen genauso wenig verstehen, wie Bettina Apthekers Gegner es in den Sechzigerjahren getan haben.

Dass diese Phase ausgerechnet in eine Zeit fällt, in der das Land einen Präsidenten gewählt hat, der für Rassismus und Sexismus steht, könnte der Bewegung Kraft und Legitimation verschaffen. Es könnte auch dazu führen, dass sie ihr Opferselbstverständnis hinter sich lässt. Dass sie sich, wie der Professor Marc Blecher in Oberlin ihnen vorgeschlagen hat, auf die Fragen von Klasse und Armut besinnt. Hätte man das vor 20 Jahren getan, würde Trump in ein paar Wochen wahrscheinlich nicht Präsident werden.

In Oberlin haben sie am Tag nach der Wahl ein Symposium einberufen. Der Titel: "Making Sense of the 2016 Election". Die Wahl 2016 kapierten. Ein paar Tage später forderten 2400 Studenten, Mitarbeiter und Ehemalige dazu auf, Oberlin zu einem "Sanctuary Campus" zu machen, einer Art "safe space" für illegale Immigranten, die die Trump-Regierung angeblich abschieben will.

Wieder ein paar Tage später kam heraus, dass in Oberlin auf 4575 Clinton-Wähler 412 für Trump kamen. Diese sollen nun ausfindig gemacht und zur Rede gestellt werden.

Der Verlorene

Im November 1997, neunzehn Jahre ist das nun her, verhungerte in Beutelsbach das Pflegekind Alexander, er wurde nur fünf Jahre alt. Sein Leidensgenosse Andreas überlebte mit knapper Not das Martyrium in der Familie, der er anvertraut war. Heute ist er 27, und seine Katastrophe dauert an.

Von Peter Schwarz, Zeitungsverlag Waiblingen 02.12.2016

Die Vergangenheit ist ein Tyrann, dauernd regiert sie dazwischen, mischt sich ein, meldet sich herrisch zu Wort. Nachts schreckt Andreas schweißnass hoch, Szenen von damals haben sich ihm in den Traum gedrängt, auch tags suchen sie ihn heim, sie kommen als „Flashbacks“: Eine Falltür öffnet sich im Boden der Gegenwart, Andreas stürzt durch das Loch hinab ins Gestern, vor ihm baut sich seine Pflegemutter auf, er sieht, wie sie ausholt, ihn zu schlagen.

„Acht Jahre meines Lebens fehlen mir. Die sind einfach weg. Ich kann mich nicht erinnern.“ Es ist, als habe ein fürsorgliches Computerprogramm versucht, ihm alle Gedächtnisreste aus seinen frühen Jahren von der Festplatte zu tilgen – aber der Löschlauf hat nicht vollständig funktioniert: Die ganz „krassen Dinger“ sind ihm geblieben, die Vergangenheitsblitze, die ihn durchzucken; wie er unter den laufenden Wasserhahn gedrückt wird und meint zu ertrinken; wie er in den Magen getreten wird.

Psychologen haben ihm erklärt, er sei „vom Kopf her nicht so reif wie manch anderer. Es sind die Jahre, die fehlen.“ Die Leute sagen zu ihm: „Du bist ein herzensguter Mensch, aber irgendwo fehlt dir was.“

Damals ist sein Leben von der Schiene gesprungen und hat sich seither nicht wieder sauber aufs Gleis setzen lassen, der Zug quält sich ächzend und schlingernd voran, ein Rad knirscht durchs Kiesbett, das andere rumpelt über die Schwellen.

Ein trinkender Mann, eine trinkende Frau, er schlug ihr im Streit eine Flasche auf den Kopf: Das Jugendamt im bayrischen Hof gab den 18 Monate alten Buben, der in solchem Elend hauste, an eine Pflegefamilie. 1993 zog Andreas mit seinen neuen Lebensmenschen, die für ihn da sein sollten, um nach Beutelsbach. Das Paar – sie Kindergärtnerin, er angehender Waldorflehrer – hatte drei eigene Kinder und beherbergte drei fremde, neben Andreas Alexander und dessen Bruder Alois. Alles wirkte vorbildlich: Patente Leute, hieß es im Flecken, bewundernswert, wie die das schaffen.

Vielleicht wäre alles anders gekommen, wenn die Zuständigkeit geklärt worden wäre. Das Jugendamt Hof wollte sie abtreten, das Jugendamt Rems-Murr wollte sie nicht übernehmen. Bis 1997 reisten noch ab und zu bayrische Beamte ins Remstal, schon das war ein unguter Zustand. Ab April aber war offiziell Waiblingen verantwortlich – und bis November setzte sich nie jemand ins Auto, um nach Beutelsbach zu fahren, die Kinder zu besuchen, sie waren runter vom behördlichen Radar, niemand blickte hinter die Fassade. Man habe die Buben nicht mit neuen Gesichtern unnötig belasten wollen, lautete später die amtliche Begründung.

Flashback: In jener Novembernacht 1997 hört Andreas, wie im Bett neben ihm Alexander „so komisch röchelt“. Die Pflegemutter kommt rein und „klatscht ihm eine“, aber Alexander reagiert nicht, seine Augen sind verdreht. Blaulicht tanzt an der Decke: Sanitäter, von der Familie herbeigerufen, starten Wiederbelebungsversuche, vergeblich. Der Junge ist verhungert.

Erst jetzt flog auf: Die Pflegeeltern hatten ihre leiblichen Kinder gut behandelt und die aufgenommenen bei Wasser und Brot gehalten.

„Wenn der Alex nicht gestorben wäre, wäre ich auch nicht mehr da. Ich wäre seit 19 Jahren tot. Der Alex hat mir den Arsch gerettet.“ Das stimmt. Als die Rettungskräfte Andreas bargen, wog er 11,8 Kilo und war 104 Zentimeter groß: ein Achtjähriger mit den Maßen eines Drei-, Vierjährigen. Er war dem Hungertod gerade so entronnen. Ein Arzt sagte, er habe „in der Bundesrepublik solche Kinder noch nicht gesehen“, nur auf Fotos aus Biafra.

Eine Gerichtsverhandlung endete mit lebenslangen Haftstrafen für die Pflegeeltern. Vieles blieb verstörend unklar: Was trieb diese tödlichen Kinderhelfer an? Warum hatte niemand etwas gemerkt, kein Lehrer, kein Nachbar? Immerhin, es war vorbei. Nur: Es gibt Katastrophen, die nicht enden. Sie schwelen still weiter, wenn die öffentliche Aufmerksamkeit versickert.

Irgendwo im Fränkischen, eine Hinterhofbude unter der Dachschräge: Waschmaschine, Bügelbrett, Kochzeile, Jesus-Bild, Marienstatue, eine Vase mit Tannenzweig. Hier haust Andreas. Rührend bewirbt er den Gast mit Marzipan, fragt wieder und wieder, ob der Kaffee auch warm genug sei.

Manchmal kreiseln ihm die Worte auf der Stelle, verfangen sich in Wiederholungen, wenn ihn ein Gedanke nicht mehr loslässt. Erzählt er von seinen Flashbacks, verselbstständigt sich der Fuß und wippt heftig, die Aufwühlung schüttelt den Körper mit solcher Wucht, dass man nicht weiter zu fragen wagt. Die Gefühle irrlichtern durch die Mimik, als gäbe es keine Haut über den Nervenbahnen, jede Regung – Hoffnung, Sorge, Wut, Not – schreibt sich schmerzhaft deutlich ins Gesicht.

Er würde gerne arbeiten, irgendwas, egal, „ob ich Klo schrubben muss oder Kabel verlegen“. Aber „das Arbeitsamt hat gesagt, ich bin unvermittelbar. Die haben mir tatsächlich gesagt, ich soll doch Rente beantragen. So haben die mich abgespeist. Rente.“ Mit 27. Er lacht ratlos.

Vor Jahren half ihm ein Anwalt und verklagte den Rems-Murr-Kreis wegen Verletzung der Amtspflicht. Der Fall ging durch alle Instanzen. Am Ende sprach der Bundesgerichtshof Andreas 25 000 Euro Schmerzensgeld zu. Danach wollten sie ihm im Fränkischen keine Arbeitslosenhilfe mehr zahlen, „weil ich ja jetzt vermögend war“. Wieder musste ein Gericht entscheiden, es verfügte: Die 25 000 Euro sind Entschädigung für Erlittenes und nichts, das Andreas abgeben muss, damit bei irgendeinem Arbeitsamt die Kasse stimmt.

Dennoch, „das Geld ist weg. Ist weg. Kannst du nichts mehr machen. Das ist futsch.“ Andreas hat einen Betreuer, der ihm in Alltagsfragen hilft, „den durfte ich selber bezahlen“ phasenweise, sagt er, der Rest verschwand in den Taschen falscher Freunde.

Der Rems-Murr-Kreis müsse, so entschied der Bundesgerichtshof, auch für künftige Schäden aufkommen, unter denen Andreas wegen seines frühkindlichen Martyriums zu leiden habe. Er habe mal in Waiblingen angerufen, sagt Andreas. „Man speist dich ab, und das war’s dann. Ich hab mir das nicht aussuchen dürfen: Ja, ich möcht in diese Familie und lass mich gern misshandeln! Die sollen verdammt noch mal dafür blechen“, sollen „mir ne Trauma-Therapie finanzieren“, sollen „dafür sorgen, dass ich nicht jede Nacht Alpträume haben muss!“ Wobei, er weiß ja selber: Therapien hat er schon oft gemacht, die Flashbacks sind geblieben. „Bei mir ist alles zerschlagen worden in der Seele irgendwie, das lässt sich nicht mit Geld reparieren.“

Nachdem Alexander gestorben war, kam Andreas in ein Heim, und dann ins nächste. In wie vielen wurde er mit den Jahren herumgereicht? Er sinnt nach. „Eins, zwei, drei, vier . . . dürften so an die fünf sein. Fünfe, sechse. Nur mal so hochgerechnet.“ In der Psychiatrie war er auch, „aber ich kann gar nicht mehr abzählen, wie oft.“

Er nahm Drogen, um „irgendwie zu vergessen. Ganz vergessen kannst du’s nicht. Aber ein bisschen ausblenden. Für den Moment. Teilweise.“ Er versuchte, sich das Leben zu nehmen, „Gott sei Dank hat’s nicht geklappt.“ Er suchte die Nähe zu seiner leiblichen Mutter, ein Filmemacher hat ihn mal dabei begleitet, die Aufnahmen sind erschütternd: Sie schleppte ihn mit in die Kneipe, geborgen saß er zwischen den Saufkumpanen – bis es beim „Mensch ärgere dich nicht“ zum Streit kam. Die Mutter nannte ihn „Missgeburt: Von mir aus kannst du verrecken, Andreas.“

Die Beine sind ihm krumm gewachsen, Spätfolgen der Unterernährung. Er neigt dazu, H-Milch zu horten, die Tetrapacks reihen sich auf in Reih und Glied wie eine Armee, die gegen den Hunger beschützt. „Ich kann fressen, fressen, fressen, fressen, fressen, ein halbes Kilo Nudeln und acht Eier, ohne Probleme“, und danach ist er immer

noch nicht satt. „Das hat sich in mein Gehirn gebrannt: immer genug essen!“ Es ist, als misstraue sein Körper bis heute dem Frieden und glaube noch immer nicht daran, dass die Todesgefahr vorbei sei.

Immerhin, es gibt Schwester Natalia, „eine examinierte Nonne“. Ohne sie „wäre ich bestimmt nicht mehr hier“. Vor elf Jahren lernten sie einander kennen, „sie hat ein ganz starkes Herz“. Er kann sich „hundertprozentig“ auf sie verlassen, nein, „tausendprozentig. Das kannst du nicht mit Geld bezahlen. Das kannst du mit Geld einfach nicht bezahlen! Das ist unbezahlbar, so was“: Ein Mensch, der einen wahrnimmt und sich sorgt!

Mit Schwester Natalia hat er dieser Tage Fenster bemalt: Krippenszenen, die Heiligen Drei Könige. Andreas stellt sich vor, wie schön das ist, wenn Kinder daran vorbeigehen und sich beim Anblick auf Weihnachten freuen. Er selber habe früher Weihnachten „ja nie erlebt“. Ein Tannenbaum, „wo man sich an Heiligabend druntersetzt“, alle beschenken einander und „singen ein paar schöne Lieder – so ist Weihnachten eigentlich gedacht: dass die Familie zusammenkommt.“

Er glaubt an Gott, „natürlich. Klar. Selbstverständlich.“ Es ist doch nicht Gott, der all das „verbockt“ hat, es sind die Menschen! Mindestens einmal die Woche – „aber ich schau, dass ich zwei-, dreimal reinkomm“ – geht er in die Kirche. Hier findet er Ruhe. „Ich fahr runter. Dann bete ich.“ Gott empfiehlt nicht, Rente zu beantragen, Gott speist einen nicht ab mit 25 000 Euro, Gott „gibt keine Scheiß-Antworten“, Gott „hört einfach zu“: immer geduldig, immer schweigend.

„Das wär so ein Wunsch von mir“: Einem „Chef“ in Waiblingen, jemandem vom Jugendamt, „persönlich in die Augen blicken. Um ihm meine Lebenssituation zu erklären. Oder dass ich mal tauschen könnt’ mit ihm, und er dürfte mal für zwei Wochen mein Leben führen. Dass er auch mal die Flashbacks hat, das würd ich mir wünschen, nur dass er weiß, dass ich ihm keinen Mist erzähle.“ Er hält inne. „Ich wünsche niemand, zu erleben, was ich erlebt habe. Nur dass sie es mal nachfühlen können. Sich mal da reinversetzen können.“

Träume: Arbeit haben, nützlich sein. Er helfe gerne „alten Damen über die Straße. Die sagen: Mensch, danke!“ Oder Rettungssanitäter werden; die sorgen dafür, „dass Menschen nichts passiert“. Oder Schäfer, „das ist ein schöner Beruf! Die Tiere sind dir dankbar. Wenn die Lämmer zur Welt kommen, das ist am allerschönsten. Die wollen fressen, trinken, Streicheleinheiten. Schafe sind auch Lebewesen, die haben genauso das verdient, was ich so möchte.“

Oder Vater werden, Kinder haben, am liebsten zwei: „Ein großer Bruder, der auf die kleine Schwester aufpasst“, das wäre ideal. Und wenn noch ein drittes käme, „auch gut. Jedes Kind soll die Chance haben, groß zu werden. Ich möchte, dass meine Kinder mal mit einem zufriedenen Lächeln auf dem Sterbebett liegen“, nicht röchelnd und mit aufgeblähtem Bauch.

An der Wand hängt ein Idyll, Andreas hat es in geduldiger Arbeit zusammengefügt – eine Puzzle-Fotografie: eine Kirche mit Zwiebelturm, das Panorama der Berge, eine Wiese, Obstbäume. Hier zu leben, „das wäre mein Traum“: auf dem Lande, wo alles klein und überschaubar ist und „die Menschen aufeinander achtgeben“. Jeder kennt jeden, alle kümmern sich um alle, und keiner geht verloren.

„Sie werden mich für immer hassen“

Der Ex-Ukip-Chef Nigel Farage liebt Interviews. Fragt man ihn aber nach seinen Verbindungen zu Russland und zu den Folgen des Brexits, bricht er das Gespräch ab.

Von Steffen Dobbert, ZEIT ONLINE, 09.05.2017

Nigel Farage sitzt auf einem schwarzen Ledersessel in seinem Büro im Europäischen Parlament in Brüssel. Vor ihm ein Glastisch, neben ihm ein Sarg. Seit Jahren steht die Totenkiste neben seinem Schreibtisch. Auf der Vorderseite haftet ein tellergroßes Euro-Zeichen. Mehr Symbolik geht nicht. Seit fast 20 Jahren kämpft Farage gegen die EU und gegen den Euro. Beides will er beerdigen. Deshalb ließ er sich von Ukip, seiner Partei, zum Europa-Abgeordneten wählen.

Farages Mission ist es, die EU von innen zu zerstören. Er war das Gesicht der Leave-Kampagne, die im vergangenen Jahr zum Brexit führte. Als Vorsitzender von Ukip drängte er die Öffentlichkeit in Großbritannien wie kein anderer zum historischen Ausstieg aus der EU.

Neben David Cameron und Boris Johnson ist Farage einer der Urheber des Brexits. Um das zu zeigen, hat er auch am Tag des Interviews seine Großbritannien-Socken angezogen. Zwischen Anzughose und Schuhen blitzt der Union Jack, die Fahne des Vereinten Königreiches. "Stolz? Ohhh, nun ja." Auf jeden Fall amüsiert sei er ob der nun beginnenden Brexit-Verhandlungen, sagt er zu Beginn der Unterhaltung. Das Gespräch wurde durch seinen Pressesprecher organisiert, der schräg gegenüber sitzt.

ZEIT ONLINE: Herr Farage, es sind nur noch wenige Wochen bis zur Parlamentswahl in ihrem Heimatland. Warum sitzen Sie hier in Brüssel mit Ihren England-Socken, statt zu Hause in England bei den Brexit-Verhandlungen zu helfen?

Nigel Farage: Wenn die Regierung mich gefragt hätte, ich hätte ihr wohl beim Brexit geholfen. Aber das tun sie nicht. Sie werden mich für immer hassen, dämonisieren, mich als einen Außenseiter sehen und mir nie verzeihen, dass ich mit dem Brexit-Referendum erfolgreich war. Mich stört das nicht.

ZEIT ONLINE: Welche Rolle spielen Sie hier im Europäischen Parlament?

Farage: In gewisser Hinsicht bin ich eine der paneuropäischsten Figuren, die es hier gibt. Ich habe eine einzigartige Position inne, weil ich in jedem europäischen Land bekannt bin. Die ganze Gruppe der EU-Gegner sieht in mir den Vater des Euro-Skeptizismus.

ZEIT ONLINE: Sie sehen sich selbst als Paneuropäer? Wie kann man gegen etwas kämpfen, was man selbst ist?

Farage: Das hat eine gewisse Ironie, ich weiß.

ZEIT ONLINE: Seit 1999 zahlt das Europäische Parlament Ihnen eine Abgeordnetendiät. Warum akzeptieren Sie einen Arbeitslohn von einer Institution, die Sie zerstören wollen? Wie kann ich das meiner achtjährigen Tochter erklären?

Farage: Sagen Sie Ihrer Tochter, dass eine Welle des Wahnsinns die politische Klasse Europas erfasst hat. Europa ist nicht die EU. Die EU hat keine Flagge, keine Hymne. Sie ist eine total falsche Schöpfung. Ich arbeite für ein echtes Europa, das nicht versucht, einzelnen Mitgliedstaaten die Nationalität und Identität zu rauben.

ZEIT ONLINE: Sie sehen nicht so aus, als ob Sie Ihre britische Identität verloren hätten.

Farage: Uns Briten ist es nicht erlaubt, eine eigene Außenpolitik oder eine eigene Handelspolitik zu betreiben. Das kann doch nicht sein. Diese EU müssen wir

zerbrechen. Großbritannien ist erst der Anfang. Das ganze Projekt ist am Ende. Die EU stirbt, sie stirbt einfach, wird bald tot sein!

ZEIT ONLINE: Erinnern Sie sich noch an den 23. Juni 2016, den Tag, an dem der Brexit beschlossen wurde?

Farage: Oh ja, es war einer der besten Tage meines Lebens. In meiner Karriere war es sogar der beste Tag überhaupt. Nach all den Jahren des einsamen Kämpfens war es ein großer Moment.

Farage ist nun in seinem Element, er sagt Sätze, die er im Wahlkampf für den Brexit im vergangenen Sommer hundertfach wiederholt hat. Davor musste er sich den Vorwurf der Veruntreuung von EU-Geld gefallen lassen. Einem Bericht der "Times" zufolge zahlte die EU fast 60.000 Pfund auf sein persönliches Bankkonto, obwohl ein Teil des Geldes für die Instandhaltung seines Abgeordnetenbüros in der Nähe von Littlehampton vorgesehen war. Dieses Abgeordnetenbüro war jedoch in einem Haus, das Farage als Partei-Chef von Ukip kostenfrei zur Verfügung gestellt bekam. Nachdem die "Times" über die Ungereimtheiten berichtet hatte, drohte Farage der Zeitung mit rechtlichen Schritten, beschuldigte Redakteure. Er bestritt die Anschuldigungen. Im Zuge dieser Affäre wurde auch bekannt, dass Farage und andere EP-Abgeordnete von Ukip die Transparenzberichte der EU unter anderem über Bürokostenerstattungen erst seit Juli 2009 ausgefüllt hatten.

ZEIT ONLINE: Wer hat Ihre Leave-Kampagne finanziert?

Farage: Wer hat die ganze Remain-Kampagne finanziert, mehr als 50 Jahre lang? Die Regierung!

ZEIT ONLINE: Sie haben die Frage nicht beantwortet.

Farage: Individuen, einzelne Bürger aus dem Vereinigten Königreich.

ZEIT ONLINE: Auch mit Geld aus Russland?

Farage: Es gab kein russisches Geld, das ist lächerlich. Sie reden über eine Verschwörungstheorie. Ich hätte keinen Penny aus Russland angenommen, selbst wenn es mir angeboten worden wäre. In dieser Kampagne ging es nicht um Geld. Es ging um Botschaften, um gute, klare Botschaften.

ZEIT ONLINE: Haben Sie jemals externes Geld für Ihre politische Arbeit bekommen?

Farage: Nein, natürlich nicht.

ZEIT ONLINE: Für Ihre Auftritte beim russischen Sender RT haben Sie nie Geld bekommen?

Farage: Ich mache das nur zweimal pro Jahr. Oder dreimal im Jahr. Ich bin bei weltweiten Medien aktiv. Ich rede ja auch mit Ihnen.

ZEIT ONLINE: Warum haben Sie Julian Assange in der ecuadorianischen Botschaft besucht?

Farage macht eine kurze Pause, er überlegt. Nach seinem Besuch in der ecuadorianischen Botschaft vor wenigen Wochen sagte er Reportern, die ihn direkt nach dem Treffen mit Assange fragten, er könne sich nicht erinnern, was er in der Botschaft getan habe.

Farage: Oh. Nur aus journalistischen Gründen.

ZEIT ONLINE: Wie bitte? Weil Sie einen Artikel über den gesuchten WikiLeaks-Aktivisten schreiben wollten?

Farage: Aus journalistischen Gründen. Ich werde nichts weiter darüber sagen. Aber ich tat es nicht aus politischen, sondern aus journalistischen Gründen.

ZEIT ONLINE: Welche journalistischen Gründe sollen das sein?

Farage: Ich will darüber nichts mehr sagen. Schauen Sie: Früher habe ich 100 Stunden pro Woche Politik gemacht. Jetzt mache ich nur noch 40 Stunden pro Woche Politik, also habe ich eine Menge Zeit, um eine Menge anderer Dinge zu tun. Ich arbeite für die Sender Fox News und LBC und ich schreibe auch.

ZEIT ONLINE: Sie haben sich vom Politiker zum Entertainer gewandelt?

Farage: Vielleicht.

ZEIT ONLINE: Entertainer bekommen gewöhnlich Geld für Ihren Job.

Farage: Ja, einige Leute werden dafür bezahlt.

Farages Pressesprecher unterbricht das Interview. Er weist darauf hin, dass man doch über die Handelsbeziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich sprechen wollte. Offensichtlich möchten weder er noch Farage über dessen Verbindungen zum Gründer von WikiLeaks und Russland reden. Die Plattform hatte im vergangenen Sommer jene E-Mails von Hillary Clinton veröffentlicht, die kurz vor der Präsidentschaftswahl den Wahlkampf in den USA beeinflussten. Assange und WikiLeaks werden Verbindungen zu Hackern aus Russland nachgesagt. Farage wiederum ist ein Bekannter von Donald Trump. Er war einer der ersten Politiker, die Trump nach dem Wahlerfolg besuchten. Auch zu dessen Wahlkampfmanager und ehemaligem Chef des

pseudojournalistischen Mediums Breitbart, Stephen Bannon, hat Farage einen sehr guten Draht.

ZEIT ONLINE: Sie sind doch sicher im Auftrag von jemandem zu Julian Assange gegangen. Was war das Thema Ihres Besuchs?

Farage: Das hat nichts mit Ihnen zu tun. Es war ein privates Treffen.

ZEIT ONLINE: Eben sagten Sie noch, es war ein journalistisches Treffen, also für die Öffentlichkeit?

Farage: Natürlich.

ZEIT ONLINE: Werden Sie also bald einen Artikel über Ihre Verbindungen zu WikiLeaks und das Treffen mit Assange veröffentlichen?

Farage: Warten Sie ab. Ich treffe eine Menge Leute auf der ganzen Welt. Ich helfe immer gerne.

ZEIT ONLINE: Sie bewundern Wladimir Putin, sagten Sie einst?

Farage: Im Jahr 2013 war Putin als politischer Führer der beste der Welt. Ja, das habe ich mal gesagt. Aber ich würde nicht gerne in seinem Land leben, ich mag auch vieles nicht, was er getan hat. Aber als politischer Führer ist er bewundernswert.

ZEIT ONLINE: Ein russisches außenpolitisches Ziel ist die Spaltung und Schwächung der EU. Wurden Sie womöglich im Fall des Brexits direkt oder indirekt für russische Ziele benutzt?

Farage: Es ist offensichtlich, dass die EU sich nach Osten erweitern und Russland bedrohen will. So irrsinnig ist die EU.

ZEIT ONLINE: Es ist nicht wahr, was Sie sagen. Nicht die EU hat die Revolution in der Ukraine ausgelöst, sondern die Ukrainer, die eine bessere Beziehung zur EU wollten.

Farage: Ich möchte die EU zerstören. Und es ist egal, ob Gott oder der Dalai Lama es auch wollen. Die EU ist ein antidemokratisches, gescheitertes Projekt. Wissen Sie, Sie sind die erste Person, die mich direkt gefragt hat, ob Russland mich unterstützt. Kein anderer Journalist in der ganzen Welt fragte das zuvor.

ZEIT ONLINE: Ich würde nur gerne Ihre Rolle verstehen.

Farage: Wir haben keine Verbindungen zu Russland.

ZEIT ONLINE: Sie haben sich also nie mit dem stellvertretenden russischen Botschafter in London getroffen?

Farage: Nein.

ZEIT ONLINE: Nicht im Jahr 2013, bevor die Brexit-Kampagne entworfen wurde?

Farage: Ah, warten Sie kurz. Er kam hier in mein Büro im Europäischen Parlament. Vielleicht habe ich ihn auch in London getroffen. *So what?*

ZEIT ONLINE: Weshalb haben Sie sich mit ihm getroffen?

Farage: Ich denke, Sie sind ein Spinner! Sie sind ein richtiger Spinner! Der Brexit war das Beste, was geschehen ist – für Russland, für Amerika und für Deutschland. Darum geht es.

Farages Pressesprecher unterbricht das Interview erneut. Er bittet darum, dass Farage mehr über die Handelsverbindungen zwischen Deutschland und dem Vereinten Königreich reden solle. Farage nickt.

ZEIT ONLINE: Die Wirtschaft Großbritanniens und die Wirtschaft der übrigen EU werden durch den Brexit geschwächt.

Farage: Sie reden nur Müll. Die EU ist ein gescheitertes Projekt. Die Idee, dass sie gut für die Wirtschaft sei, ist genauso Müll.

ZEIT ONLINE: Seit wann glauben Sie diese Unwahrheit eigentlich selbst?

Farage: Seit 1990. Schon damals erkannte ich, dass das ganze System Nonsens ist. Es wird nie funktionieren. Es hat eine Weile gedauert, aber nun haben wir den Ausstieg geschafft. Wir Briten sind die Ersten, aber andere Länder werden ebenso aus der EU aussteigen.

ZEIT ONLINE: Wer denn?

Farage: Wir werden sehen: Griechenland. Vielleicht Dänemark oder Schweden. Wir werden sehen.

ZEIT ONLINE: Griechenland hatte die Option in der Finanzkrise und hat sich dagegen entschieden. Sind Sie eigentlich nach dem Brexit nun Journalist oder Politiker?

Farage: Ich verändere die öffentliche Meinung. Das ist es, was ich seit 20 Jahren mache. Dafür benutze ich das Fernsehen, die Medien. Die Öffentlichkeit zu beeinflussen, darin bin ich gut, und das mache ich.

ZEIT ONLINE: Deshalb mussten Sie Julian Assange treffen?

Farage schaut zu seinem Pressesprecher und pausiert erneut kurz.

Farage: Das, also das ist ein anderer Punkt in der ganzen Sache.

ZEIT ONLINE: Wie kann man diesen Punkt verstehen?

Farage: Also, Sie werden es nicht verstehen. Ich habe ihn kurz getroffen und wir haben eine Menge besprochen.

ZEIT ONLINE: Dabei wollten Sie nicht entdeckt werden? Nur weil jemand ein Foto von Ihnen gemacht hat, wurde Ihr Besuch überhaupt bekannt.

Farages Pressesprecher unterbricht das Gespräch ein drittes Mal. Er sagt, Farage solle über die Wirtschaft im Vereinten Königreich sprechen. Farage greift kurz zu seinem Telefon und ruft jemanden an. Danach redet er weiter.

ZEIT ONLINE: Sie sind ein Bürger des Vereinten Königreichs?

Farage: Ja.

ZEIT ONLINE: Wenn es zu einem harten Brexit kommen würde, könnten Sie unter Umständen nicht mehr einfach ohne Visum zum Arbeiten nach Brüssel oder nach Hamburg fliegen.

Farage: Schon vor 1914 gab es keine Reisepässe, es hat gut funktioniert. Worüber sprechen Sie also? Offensichtlich kennen Sie sich mit der Geschichte nicht aus.

ZEIT ONLINE: Zu den Grundfreiheiten der EU gehört der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen. Wer die EU verlässt, riskiert den Verlust dieser Freiheiten.

Farage: Als ich 1999 in das Europäische Parlament gewählt wurde, stritt sich niemand über Grenzen oder Flüchtlingseinwanderung. Warum? Weil es nicht relevant war.

ZEIT ONLINE: Mit dem Brexit könnte eine neue Grenze in Europa entstehen.

Farage: Sie leben doch in einer Märchenwelt. Sie müssen verrückt sein. Ich habe niemals so was Dummes gehört. Wegen des Brexits soll ich nicht mehr nach Hamburg reisen können? Sie sollten in einer Comedyshow auftreten.

Farages Pressesprecher unterbricht den Abgeordneten zum vierten Mal. Es sei zu viel, sagt er, und gibt Farage ein Zeichen, das Gespräch zu beenden. Farage steht aus seinem Ledersessel auf und setzt sich an seinen Schreibtisch. Das war's, sagt er und schaut auf Papiere, die vor ihm liegen. Das Gespräch ist beendet. Der Pressesprecher bittet, den Raum zu verlassen.

Der Anpasser

Paul Ziemiak, geboren in Polen, ist Chef der Jungen Union und will in der CDU ganz nach oben. Ein geradliniger Aufstieg - nur beim Thema Zuwanderung gerät er merkwürdig ins Schlingern

Von Emilia Smechowski, SZ Magazin, 30.6.2017

Sie kommt, los, los, los, raunt es durch die Menge, und Paul Ziemiak setzt sich in Bewegung, gefolgt von drei dunkelblauen Anzügen, er sieht die Limousine schon Weitem auf sich zukommen, vorbei an der Polizei mit den Schutzwesten und Hunden und Pistolen, vorbei an den Demonstranten, die „Merkel muss weg!“ rufen, vorbei an den Neonazis, die schnell noch Plakate gemalt haben, und als die Limousine nur noch wenige Meter entfernt ist, dreht sich Paul Ziemiak weg und öffnet seine Hose.

Sein Mitarbeiter schaut ihn entgeistert an und flüstert: „Alter?“

Aber der hört ihn nicht, er hat sich schon das Hemd in die Hose gestopft, einmal vorn, einmal hinten, zack, Reißverschluss hoch, Paul Ziemiak liebt Effizienz. Den ganzen Vormittag ist er rumgelaufen, hat Dutzende Fotos gemacht, soll er sich etwa so ungeordnet vor die Kanzlerin stellen? Er streckt seine rechte Hand aus und sagt: „Guten Tag, Frau Merkel.“

Und während man sich noch fragt, ob das gerade eine nervöse Geste war oder eher eine gorillahafte, setzt sich der Menschenzug in Bewegung, hinein in die Halle in Paderborn. Es ist Oktober 2016, noch elf Monate bis zur Bundestagswahl. Und Paul Ziemiak, 31 Jahre alt, Bundesvorsitzender der Jungen Union, der größten Jugendorganisation einer politischen Partei in Europa, ist da schon auf dem Weg nach

oben. Er weiß das und er zeigt das: Er ist wer. Seine Mitarbeiter kämen nicht auf die Idee, wenige Meter vor Merkel die Hose zu öffnen.

Als er 2014 die Nachfolge von Philipp Mißfelder antrat, kannte ihn kaum jemand. Mißfelder hatte einen anderen Kandidaten aufgebaut, Benedict Pöttering, dann stellte sich plötzlich auch Paul Ziemiak zur Wahl. Es war die erste Kampfkandidatur um den Vorsitz seit 41 Jahren. Heute, nur drei Jahre später, gehört Ziemiak zur ersten Riege der jungen Politiker in der CDU. Sollte Merkel die Wahl im September gewinnen, werden wohl ihre letzten Jahre als Kanzlerin folgen. Das Spiel um ihre Nachfolge hat längst begonnen, Paul Ziemiaks Name ist einer von dreien, die immer wieder fallen, wenn es auf lange Sicht um die Führung in der CDU geht. Wie hat er das geschafft?

Paul Ziemiak kommt, wie viele wichtige Politiker der CDU, aus Nordrhein-Westfalen, aufgewachsen ist er in Iserlohn, dort wohnt er noch heute. Geboren wurde er im polnischen Stettin, da hieß er noch Paweł, aber das sollte hier gar nicht so ausführlich erzählt werden, wenn es nach ihm geht. Migrant sein in der CDU, das ist gar nicht so einfach, auch 2017 nicht.

Er hat nun Merkel in die Halle geführt, die Apparate der Fotografen klackern wie Kastagnetten, während die Kanzlerin für ihre Rede in Richtung Bühne läuft. Beim Einmarsch bekommt hier jeder einen Song, wie Boxer vor dem Kampf, bei Angela Merkel spielen sie die Melodie der US-Actionserie *The A-Team*. Für sie steht viel auf dem Spiel. Sie braucht die Junge Union, und sie braucht Paul Ziemiak, vor allem im anstehenden Wahlkampf: Es ist der Parteinachwuchs, der Plakate kleben und von Tür zu Tür gehen wird.

Der Deutschlandtag, das alljährliche bundesweite Treffen der Jungen Union, ist eine merkwürdige Veranstaltung. Dem Klischee nach sitzt da ein Haufen Jungs, der mit Papas Uhr am Handgelenk geboren wurde und nun ein bisschen Politik spielt. Und dann trifft man auf Jungs, gestärktes Hemd, gegelter Seitenscheitel, die, spricht man sie darauf an, tatsächlich sehr gern erzählen, was das Besondere an Papas Uhr an ihrem Handgelenk sei. Ab und an wird ein Kärtchen gehoben, um für oder gegen einen Antrag zu stimmen, gegen elf gibt es das erste Bier. Wenn es passt, rufen ein paar von hinten

„Deutschland bleibt Deutschland!“, und am Abend, auf der Party, reihen sich alle auf Jägermeister-Cola mit Perlenkettenmädchen in eine Polonaise ein. Mitglieder der JU senken nie den Blick, wenn sie mit einem sprechen, und gibt man ihnen die Hand, drücken sie selbstbewusst zu.

Die Junge Union, gerade siebzig Jahre alt geworden, 110.000 Mitglieder, ist eine Miniaturausgabe der „großen“ Union aus CDU und CSU, wie bei den Großen gibt es einen liberalen und einen konservativen Flügel, und wie bei den Großen grätschen die Bayern immer rein. Diesmal hält der bayerische Landesverband ein Bild von Franz Josef Strauß hoch, beim Schlussapplaus für Merkel sind sie die Einzigen, die sitzen bleiben. Im Durchschnitt sind die Mitglieder 27 Jahre alt, zu ihren Lieblingswörtern gehören „Anstand“ und „Respekt“.

Man kann sich über all das lustig machen. Die *heute-show* hat ihren Praktikanten losgeschickt, er muss sich gar nicht viel Mühe geben, der Beitrag wird eh komisch. Man kann aber auch die AfD-Anhänger und die Neonazis vor der Halle sehen und sich fragen: Sollte man nicht froh sein über jeden jungen Menschen, der noch über Inhalte diskutiert und an demokratische Prozesse glaubt?

Von der JU wird erwartet, dass sie sich ein bisschen aufmüpfig zeigt gegenüber Merkel, allerdings muss das wohldosiert geschehen, schließlich wollen sich die zukünftigen Alphatiere der Partei nicht die Zugänge versperren. Das ist nur einer von vielen Widersprüchen im Leben von Paul Ziemiak.

Am Tag bevor Merkel kam, wurde er als Vorsitzender wiedergewählt, mit 85 Prozent. Oder wie sie bei der JU sagen: Er hat geliefert. Sie spielten ihm *Ich will immer wieder ... dieses Fieber spür'n* von Helene Fischer. Darin geht es um eine Frau, die auf ihren Mann wartet. Sie wünscht sich, dass er nach Hause kommt, wenigstens zur Nacht. Der Saal klatschte, Paul Ziemiak wippte rhythmisch mit dem Oberkörper und winkte in den Saal. Seine Frau, die zu dem Zeitpunkt noch seine Freundin war, saß zu Hause in Iserlohn. Paul Ziemiak hatte sich das Lied gewünscht, er mag die Musik von Helene Fischer, das ist ihm auch nicht peinlich. In seiner Welt ist cool, wer die richtigen Leute kennt, nicht der mit dem besten Musikgeschmack.

Beim ersten Treffen mit dem *SZ-Magazin* im April 2016, im Restaurant „Dressler“ Unter den Linden in Berlin, antwortete er auf die Frage, warum er sich für die CDU entschieden hat: „Es hat viele Gründe. Aber gerade für Aussiedler spielt die CDU eine wichtige Rolle. Es war doch Helmut Kohl, der es den Aussiedlern ermöglicht hat zu kommen und für die deutsch-polnische Freundschaft gearbeitet hat.“

Paul Ziemiak wurde nicht mit Papas Uhr am Handgelenk geboren. Seine Eltern wollten die Korruption, den Mangel in der Heimat Polen nicht mehr ertragen, also setzten sie sich 1988 mit Paul, seinem älteren Bruder und drei Koffern auf die Fähre von Stettin nach Travemünde: vier von etwa 140.000 Polen, die in jenem Jahr in die Bundesrepublik kamen. Im Bus zur Erstaufnahmestelle war der dreijährige Paul so aufgeregt, dass er sich übergab. Erst Friedland, dann Unna-Massen, die bis heute größte Flüchtlingsunterkunft in NRW. Die Stimmen, die nachts durch die Wand kamen. Der erste Besuch bei Aldi. Die Armut. Die Scham. Das erste deutsche Auto und der unbedingte Wille, dazuzugehören. Das Leben eines Aussiedlerkindes in den Achtzigern.

1998, da war er 13 Jahre alt, halt er zum ersten Mal beim CDU-Wahlkampf mit, faltete Flyer, klebte Plakate. Am Wahlsonntag wurde Kohl nach 16 Jahren abgewählt. Fünf Wochen später trat Paul Ziemiak in die Junge Union Deutschlands ein.

Die Notwohnung, die die Ziemiaks wenige Wochen nach ihrer Ankunft in Deutschland bezogen hatten, bestand aus einem Zimmer, zum Duschen ging man in den Keller, nachts traute sich Paul nicht allein aufs Klo, das Treppenhaus war kalt und dunkel. Die Eltern, beide Ärzte, mussten anfangs im Krankenhaus als Praktikanten arbeiten, weil ihre polnische Approbation nicht anerkannt wurde.

Da die JU Mitglieder erst ab 14 Jahren aufnahm, änderten sie auf dem Mitgliedsantrag Paul Ziemiaks Geburtsdatum. Er wurde zum Schriftführer des JU-Stadtverbandes ernannt, lernte Wörter wie „Sitzungskalender“ oder „Drucksache“ .

Neben der Notwohnung der Ziemiaks lag ein Asylbewerberheim. Oft kam die Polizei, dann lehnte sich Paul mit seinem Vater aus dem Fenster. Er freundete sich mit einem Jungen an, der kam aus einer Roma-Familie und hieß Paris. Nach einem Jahr zogen die Ziemiaks weg, Paris blieb.

In Iserlohn wurde ein Kinder- und Jugendparlament gegründet. Paul Ziemiak wurde der Vorsitzende. Er lernte, wie man sich am Infostand verhält: die Leute immer wegziehen, wenn es Streit gibt, niemand sollte pöbelnde Menschen mit der Partei verbinden. Es gab schon damals wenige 15-Jährige, die sich für Infostände von Parteien interessierten.

In dem Neubau, in den seine Familie zog, wohnten fast nur Polen - auch Adrian und Arleta. Sie verbrachten jeden Nachmittag zu dritt, aber egal, was sie spielten, um kurz vor 20 Uhr wollte Paul nach Hause, *Tagesschau* gucken. So erzählt es Arleta heute. Später zogen sie weiter, mit anderen zum Tümpel in der Nähe, Wahrheit oder Pflicht, Bier, Wodka, die ersten Küsse.

Mit 17 saß Paul Ziemiak im Kreisvorstand, mit 21 im Landesvorstand, mit 24 war er Chef des Bezirksverbandes, mit 26 Chef des Stadtverbandes, mit 27 Chef seines Landesverbandes, des größten in Deutschland.

Zur zehnten Klasse kam er auf ein Internat, das sich selbst als liberal-konservativ bezeichnet, am schicken Seilersee in Iserlohn, und sah seine alten Freunde immer seltener. Er hatte nun neue. Sein Vater führte mittlerweile eine gut laufende Frauenarztpraxis, er war selten zu Hause. Paul Ziemiak fing an, Jura zu studieren, und trat in gleich zwei katholische Studentenverbindungen ein.

Ein Junge, der mit seiner Familie aus dem ehemaligen Ostblock geflohen war, und sein unbändiger Wunsch, Politiker zu werden, ausgerechnet in der konservativen CDU: zwei Stränge in Paul Ziemiaks Leben, die im Wesentlichen parallel zu laufen schienen. Bis zum 19. September 2014.

Mit großen Schritten lief er zur Bühne, sprang die kleine Treppe hoch und griff sich kurz an die nasse Stirn. „Liebe Freundinnen und Freunde, ich glaube, ich war in meinem ganzen Leben noch nie so nervös wie heute.“ Er rang ein bisschen nach Luft. Monatlang war er quer durchs Land gefahren, mit einem Opel Adam noch, von Verband zu Verband, von JU-Mitglied zu JU-Mitglied, im Kapuzenpulli, Hashtag #EuerPaul, er hatte auf Schultern geklopft und mitgesoffen, zehn Minuten Gespräch und anschließend die Frage: „Gibst du mir deine Stimme?“

Sein Gegenkandidat war bestens vernetzt in den Medien, jeder in der Union kannte die Familie Pöttering, deshalb gab Paul Ziemiak keine Interviews, er wusste, den Kampf würde er so nicht gewinnen. Zwei Wochen vor der Wahl dann doch: Deutschlandfunk, am Morgen. Politikerprimetime. Heute erzählen sie in der JU, was für ein Affront das damals war: eine Kampfkandidatur! Offene Auseinandersetzungen sind nicht üblich innerhalb der einzelnen Gruppen der Union, „das ist wie bei einer guten bürgerlichen Familie“, sagt ein JUler, der nicht mehr aktiv ist. „Da wird lieber alles unter den Teppich gekehrt, als dass einer mal aufmuckt.“

Man kann auf Youtube sehen, wie Paul Ziemiak 2014 seine Bewerbungsrede hält, vor 316 Delegierten und etwa tausend Gästen, mit allen Zutaten, die die Rede eines konservativen jungen Angreifers braucht: ein bisschen Europa, ein bisschen Bundeswehr, ein bisschen Vaterland, ein bisschen Scharia, und nicht zu vergessen: Kritik am Rentenpaket. Er spricht solide, zehn Minuten lang, in perfekt gezwirbelten Sätzen, er ändert Rhythmus und Lautstärke, steigert sich, wenn er auf einen Punkt hinauswill, wird schneller und lauter, die Stimme überschlägt sich, aber wir müssen auch einmal Ross und Reiter nennen, meine lieben Freundinnen und Freunde! Applaus.

Nach einer kurzen Pause, demütiger Blick nach unten, sagt Paul Ziemiak dann: „Dass ich in der Jungen Union bin, dass ich hier stehen darf, habe ich auch unserem Land zu verdanken. Denn geboren wurde ich in einer anderen Welt, 1985, in Stettin, in Polen.“

Stille. Solche Reden kannte man nicht in der JU.

Um sich für einen der wichtigsten Posten in der CDU zu bewerben, erzählte Paul Ziemiak von seiner Flucht. Von seinen Eltern, die aus der Unfreiheit der Heimat flohen, ohne Tschüss zu sagen. Von der Anstrengung, die dieses Ankommen in Deutschland erforderte. Er sagte das nicht nur, um ein paar Menschen im Saal zu rühren. Er wollte auf den Claim hinaus, den seine Partei ausmacht. „Egal, wo du geboren wurdest, egal, ob dein Vater studiert hat oder deine Mutter Hausfrau ist, wenn du hart arbeitest, dann kannst du es schaffen, das muss die Botschaft der Jungen Union sein, liebe Freunde!“

Er gewann. 63 Prozent der Delegierten wählten ihn zu ihrem neuen Vorsitzenden. Sein Gegner trat daraufhin von der politischen Bühne ab. Bis heute möchte Benedict Pöttering über diese Wahl nicht sprechen.

Später wird Paul Ziemiak sagen, die Menschen wollten das doch: Geschichten hören. Er kann das gut, Stimmungen erfühlen, wissen, wann welche Ansprache angebracht ist. Beobachten, sich anpassen. Das hat er gelernt.

Paul Ziemiak lebt die typische Aufsteigergeschichte der CDU, einer konservativen, bürgerlichen Volkspartei. Die Partei sagt nicht: Wenn du anders bist, darfst du nicht bei uns mitmachen. Sie sagt: Du bist anders? Das macht nichts, du kannst dich ja anpassen. Volker Kauders Eltern wurden als Deutsche nach dem Zweiten Weltkrieg aus Jugoslawien vertrieben. Hermann Gröhes Eltern flohen aus der DDR nach Nordrhein-Westfalen, der Sohn musste sich als Protestant in ein durchweg katholisches Umfeld einfügen. Jens Spahn ist schwul, thematisiert das aber nur, wenn er es mit Kritik am Islam verknüpfen kann. Und die Kanzlerin? Unvorstellbar, dass sie einen Satz beginnen könnte mit: Ich als Frau, oder: Ich als Ostdeutsche.

Die CDU scheint wie gemacht für Polen, die Anpassungsmeister der Nation.

Schon in seiner Rede in Inzell hatte Paul Ziemiak den Satz formuliert, mit dem er später am häufigsten zitiert werden sollte: „Wer die Scharia mehr achtet als deutsche Gesetze - da hilft kein Integrationskurs, da hilft Gefängnis!“ Nach dem Sommer 2015 forderte er als einer der Ersten eine Grenze bei der Aufnahme von Asylbewerbern. Ende 2015 saß er bei *Maischberger* und wiederholte wie ein Mantra: „Schauen Sie doch mal nach Neukölln!“ In Leitartikeln schrieb er über die deutsche Leitkultur - bis er es Ende 2016 auf dem Parteitag der CDU schaffte, einen Beschluss gegen die doppelte Staatsbürgerschaft durchzusetzen. Die Umfragewerte der AfD waren zu dieser Zeit noch zweistellig, die Union tat gut daran, ihre konservative Seite wiederzuentdecken.

Seine Herkunft erwähnte Paul Ziemiak von da an eher nicht mehr. Sie war ein gutes Vehikel gewesen, für die Geschichte von Aufstieg und Dankbarkeit, erzählt von einem Vorzeigemigranten, der perfekt assimiliert scheint - in Deutschland und in der CDU. Würde man in seinen Nachnamen nach dem „m“ ein „n“ einfügen, hieße Ziemiak,

aus dem Polnischen übersetzt, „Kartoffel“. Und als ob das nicht genug Ironie wäre, spricht er seinen Namen auch noch deutsch aus, das „Z“ also nicht wie ein weiches „Sch“, sondern er sagt „Tsiemiak“ - so wie Cem Özdemir seinen Nachnamen auch nicht weich spricht wie im Türkischen, sondern „Ötsdemir“ sagt.

Die, die ihn in der Jungen Union heimlich kritisieren, sagen, er gehe zu strategisch vor, sei zu geheimnisvoll. Konkreter werden sie nicht, da sei nur dieses Gefühl, dass man nie wisse, was Paul Ziemiak als Nächstes vorhabe. Mit wem arbeitet er zusammen, welche Allianzen geht er ein?

Ein paar Tage vor dem Deutschlandtag, Oktober 2016, Paul Ziemiak fährt von einem Termin zurück nach Iserlohn. Er drückt das Gaspedal seines schwarzen Audi A4 durch, bis der Drehzahlmesser fast den roten Bereich berührt, bremst ab, wartet, bis der vor ihm nach rechts rüberzieht, drückt wieder durch. Das Autofahren entspanne ihn, sagt er, bei wichtigen Telefonkonferenzen, wenn er viel zuhören muss, setze er sich am liebsten ans Steuer und fahre durchs Sauerland. Für die weite Strecke nach Berlin aber, schiebt er schnell hinterher, nehme er immer die Bahn.

Er lenkt seinen Wagen durch Straßen, in denen Hässliches und Schönes direkt nebeneinander stehen, als stünde auch seine Heimatstadt für den CDU-Claim: Dein Leben muss nicht armselig bleiben - schau, was du Hübsches erreichen kannst! Er zeigt das Eishockeystadion, auf dessen VIP-Tribüne er gern sitzt. Das Rathaus aus den Siebzigern, das die Architektur und den Charme eines Parkhauses hat, und das Viertel, in dem er heute lebt: ganz oben, am Stadtwald, eine Villengegend. Die Kapuzenjacke hat er längst gegen gut sitzende Sakkos eingetauscht. Er trägt nun Bart und Geheimratsecken.

Er will die Stationen seiner Vergangenheit zeigen, weil ich, die Reporterin, aus Polen komme wie er. Neben einem Neunzigerjahrebau steigt er aus dem Wagen. Ihre erste richtige Wohnung war das hier, 1990 sind sie eingezogen. Er sieht den frisch asphaltierten Gehweg, den Sandkasten ein paar Meter weiter, „Mensch, das wurde ja neu gemacht hier, sieht super aus“, damals seien sie schon froh gewesen, als ein paar Büsche gepflanzt wurden. Er läuft zum Klingelschild, lauter neue Namen.

Plötzlich kommt ein älterer Mann auf ihn zu. Ein kurzer Schreck, „cześć“, sagt Paul Ziemiak, hallo. Der Mann nimmt die Zigarette aus dem Mund und schlägt ein. „Was hast du denn da neulich gesagt, Junge, was sollte die Sache mit den Renten?“, er haut ihm freundlich auf die Schulter, Paul Ziemiak bekommt das häufig zu hören, seit er sich vor Kurzem gegen die Rente mit 63 ausgesprochen hat.

„Wie geht es denn Adrian?“, fragt Ziemiak, er spricht ein niedliches Kinderpolnisch, und als hätte er es heraufbeschworen, kommt sein alter, vergessener Freund. Jogginghose, ein zerschlissener weißer Pulli, die Hände eines Mannes, der mehr tut, als in Akten zu blättern. Sie umarmen sich. Sie sagen nicht viel. „Schön war es hier.“ - „Ja, ja, schön.“ - „Es gab nur zwei deutsche Familien hier damals.“ - „Ja, das waren ja sonst alles Polen.“

Paul Ziemiak lächelt etwas gequält. Er will weg. Er passt hier nicht mehr hin, mit seinem Audi und der Barbourjacke.

„Weißt du noch, wie wir nachts loszogen, wenn die Eltern schliefen? Ich schlich an dein Fenster und rief leise: Komm!“

„Du, sorry, wir müssen“, sagt Paul Ziemiak, Handschlag, Umarmung, und als er wieder im Auto sitzt, ist er erst mal still.

Als sie sich voriges Mal sahen, Jahre her, da zeigte Adrian Fotos. „Ihm bedeutet unsere gemeinsame Zeit sehr viel“, wird Paul Ziemiak später sagen. Nur leider habe Adrian weitergekiff, als die anderen längst aufgehört hatten, die berühmte schiefe Bahn. Ziemiak merkt, wie seine Welt sich verändert hat. Sein Freund Adrian tut ihm leid. Er hatte noch überlegt, ihn zu seinem dreißigsten Geburtstag einzuladen, dann hat er es sein lassen.

Als Adrian ein paar Monate später ans Telefon geht, fragt er auf die Bitte um ein Treffen: „War das Pauls Idee? Wäre er dabei?“ Er ist ehrlich enttäuscht, ohne Paul lieber nicht, sagt er, er wolle nicht schlecht über seinen Freund sprechen. So nennt er ihn noch immer. Zehn Minuten später ruft er wieder an. „Ja, der Paul.“ Er dachte, sie würden immer Freunde bleiben. „Aber er ist ja jetzt weltweit unterwegs sozusagen.“ Manchmal, wenn er ihn sehen will, schaltet er *Anne Will* ein, und dann stellt er sich vor, wie das

wäre, mit ihm zu quatschen, bei „McDonald’s“, wie immer, „ab zu Meckes und danach noch ein Bierchen“. Adrian ist, wie Paul, Anfang dreißig. Er ist gerade wieder zu seinen Eltern zurückgezogen und arbeitet als Lagerfacharbeiter in einer Papierfirma. Arleta hingegen wohnt in einem Reihenhaus in Herne, sie hat zwei Kinder und einen Teilzeitjob, von ihrem alten Piercing ist nur noch ein kleines Loch über der Lippe geblieben. Zu seinem Dreißigsten hatte Paul sie eingeladen.

„Ich weiß, wann ich gemerkt habe, dass der Paul einen anderen Weg gehen wird als ich“, sagt Adrian. „Das war, als er von seinen Eltern ein Klavier bekam. Mit dem Klavier fangen die reichen Leute doch immer an. Aber ich bin nicht neidisch. Jeder tut, was er kann.“

Paul Ziemiak kandidiert nun für den Bundestag, Kreis 141, Herne/Bochum II, den Schritt in die Landespolitik hat er übersprungen, er will gleich nach Berlin. Er sitzt im Aufsichtsrat der Stadtwerke Iserlohn, sein Geld verdient er als Mitarbeiter bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers, und wenn er will, kann er jederzeit Angela Merkel auf dem Handy anrufen. Zu seinen besten Freunden gehören heute Söhne von Leuten aus den Chefetagen des FC Bayern, des Kirchhoff-Konzerns (einem Automobilzulieferer, geführt von einer der reichsten Familien Deutschlands) und des erzkatholischen Liminski-Clans - einer einflussreichen, zwölfköpfigen Familie, die gegen Abtreibung und Sex vor der Ehe wettet.

Wenn sein Vater anruft, und ein wichtiger Parteikollege sitzt mit im Auto, dann geht Paul Ziemiak nicht mehr dran. Er schämt sich für sein Polnisch. Und dafür, dass dem Vater noch immer die Muttersprache lieber ist. Paul Ziemiak will nicht vergessen, wo er herkommt und dass er einmal arm war. Aber er ist jetzt ein aufstrebender Politiker in einer großen deutschen Partei, für die „Multikulti“ ein ideologisches Schimpfwort ist. Das ist die Rolle, für die er sich entscheiden hat. Wie könnte er in so einem Gefüge einerseits und andererseits sein?

Zwei Stunden nach dem zufälligen Treffen mit seinem alten Freund sitzt Paul Ziemiak beim Mittagessen im Steakhaus. Er bestellt die Leber und Kartoffelpüree statt Pommes. Zu „McDonald’s“ geht er nicht mehr. In der Politik gibt es ständig was zu

essen, hier eine Wurst, da einen Bienenstich, „Plauzenalarm“, sagt sein Mitarbeiter dann immer.

Warum der eine aufsteigt und der andere nicht, diese Frage beschäftigt Paul Ziemiak immer wieder. Adrians Mutter sei Aushilfspostbeamtin in Polen gewesen, erzählt er, der Vater ungelernt. Am Ende hätten die Eltern zu ihrem Sohn gesagt: Geh auf die Hauptschule, da sind schon deine Cousins. „Entscheidend ist nicht die Kultur oder das Herkunftsland“, sagt Paul Ziemiak, „entscheidend ist die Bildung. Deshalb dürfen wir nicht nur Geringqualifizierte ins Land holen, sonst haben wir ein Riesenproblem.“ Und schon hat die Politik ihn wieder.

Seinem Vorgänger Philipp Mißfelder wurde nachgesagt, ein Opportunist zu sein, einer, für den Inhalte nur Sprossen einer Karriereleiter waren. Auch Paul Ziemiak will nach oben. Aber er hat sich nicht nur Antworten zurechtgelegt. Er stellt Fragen. Er sagt, wenn er etwas nicht versteht. Man kann mit ihm über Netflix-Serien genauso diskutieren wie über die großen Fragen der Zeit. Warum sind Menschen in Deutschland obdachlos, warum kommen manche nicht raus aus der Hartz-IV-Schleife? Warum können sich seine Freunde kein Eigenheim leisten, obwohl sie gut ausgebildet sind? Was ist Gerechtigkeit? „Ich würde das gern zu meinem Thema machen, wenn das Wort Gerechtigkeit nicht so SPD-besetzt wäre. Vielleicht überlege ich mir einfach ein neues Wort!“ Wenn Paul Ziemiak lacht, verliert sein Gesicht für einen Moment die verschwitzte Anspannung, dieses ständige Sendungsbewusstsein eines Politikers. Es blitzt dann etwas Jungenhaftes auf, nicht nur wegen der Zahnücke.

Dann wirken seine halb geschlossenen Bernhardineraugen auch nicht mehr so traurig, dann richtet er sich etwas auf. Paul Ziemiak läuft oft gebückt, als hätte er das Gefühl, zu groß zu sein, dabei misst er gewöhnliche 1,86 Meter. Manchmal, wenn er einen Witz macht, verzieht er keine Miene, bis bei seinem Gegenüber der Groschen fällt. Er hat einen guten, trockenen Humor.

Harte Arbeit soll sich auszahlen, auch für den, der nicht studiert hat, findet er. In den vergangenen Monaten war er mit einer Azubi-Kampagne unterwegs, er verbrachte eine Nachtschicht mit der Bundespolizei in Dortmund, arbeitete als Schuhmacher und

Fliesenleger. Ein paar Stunden Zeit, ein paar Fotos für Facebook und Twitter. Für „Pauls Praktiker-Tour“ gewann die Junge Union den Politikaward, einen Preis, der politische Kampagnen auszeichnet.

Paul Ziemiak bekommt rote Wangen, wenn er darüber diskutiert, ob wirklich jeder ein Schnitzel am Tag haben sollte - oder warum nicht der, der sich besonders anstrengt, auch fünf Schnitzel verdient hätte. Er schaut sich auf Youtube gern Christoph Butterwegge an, „ein toller Redner“, findet er. Da ist ihm auch egal, dass der Armutsforscher der Kandidat der Linkspartei für das Amt des Bundespräsidenten war. Dabei verachtet er die Linken, viel mehr noch als die Grünen. „Rot-Rot-Grün verhindern!“, für diese Losung gibt es bei CDU-Veranstaltungen den meisten Applaus.

Es ist 2017, Wahljahr. Paul Ziemiaks Jahr. Drei Wochen bevor es begann, hat er geheiratet. Im Februar ist er auf Platz Nummer elf der NRW-Landesliste für den Bundestag gelandet. Das freut ihn sehr. Philipp Mißfelder erreichte nur die 14, und das, als Mißfelder schon zum dritten Mal für den Bundestag kandidierte. Mit ziemlicher Sicherheit also wird Ziemiak im September in den Bundestag einziehen. In Berlin wohnen will er dennoch nicht, die anonyme Großstadt nervt ihn, sagt er. Mit seiner Frau ist er zusammen, seit er 18 ist. Sie ist Deutsche. Geheiratet haben sie in der Kirche, in der auch seine Kommunion und Firmung stattfanden. Vor Kurzem ist er Vater geworden. Haus ist ja schon da, er müsste nur noch einen Baum pflanzen.

Er muss nun öfter an seine Mutter denken, jetzt, wo er selbst ein Kind hat. Sie starb an Krebs, als er 22 Jahre alt war. Bis zum Ende hat er sie gepflegt, er hat die Trauerfeier organisiert, den Vater gestützt, erst am Tag nach der Beerdigung tat sich das riesige Loch auf. Paul Ziemiak fiel durchs Staatsexamen und fing danach an, Unternehmenskommunikation zu studieren. Das Studium hat er bis heute nicht abgeschlossen, es ist die einzige Lücke in seinem Lebenslauf.

Politik ist ein Extremberuf, ein Job für Getriebene, Ziemiak kommuniziert ständig, er ruft den Geschäftsführer von Borussia Dortmund an, danach den Generalsekretär der CSU und gleich darauf seinen CDU-Landesvorsitzenden. Dass Begleiter mitbekommen, mit wem er da spricht, findet er schon gut.

Im Jahr 2020 wird Paul Ziemiak 35 Jahre alt sein, dann muss er es zu was gebracht haben im politischen Berlin. 35 Jahre ist die Altersgrenze der Jungen Union.

Je länger man an seiner Seite ist, in Berlin und in Nordrhein-Westfalen, beim Abholen seiner ersten Brille, beim Händeschütteln und Selfiemachen und Redenhalten, wenn er das Englisch der Kanzlerin imitiert oder im Auto *Großer Gott, wir loben Dich* singt, desto klarer zeichnet sich ein Unterschied ab zwischen dem Bundesvorsitzenden der Jungen Union und dem privaten Paul. Der Bundesvorsitzende wiederholt ständig, dass die Familie heilig sei. Der private Paul fragt sich, wie er es schaffen soll, sein Kind aufwachsen zu sehen, wo er doch nur zwei Tage die Woche zu Hause ist. Der Bundesvorsitzende spricht sich immer wieder gegen die Homoehe aus. Der private Paul hat viele schwule Freunde und findet das gut so. Je mehr er erzählt, desto ambivalenter wird er, sympathisch, ein Mensch mit Widersprüchen, nicht nur Politiker.

Aber je mehr er erzählt, desto öfter sagt er auch, man solle das bitte nicht schreiben. Er kippt einem alles Mögliche vor die Füße - aber das solle unter uns bleiben.

Paul Ziemiak hat sich schon vor Jahren mit zwei anderen CDU-Politikern zusammengetan, um nach oben zu kommen: Jens Spahn, Staatssekretär im Finanzministerium, und Carsten Linnemann, Chef der Mittelstandsvereinigung. Alle drei kommen sie aus NRW, sind gut vernetzt und gute Redner, und wenn sie reden, reden sie Klartext, wie es so schön heißt. Die Medien nennen sie abwechselnd die „Erben Merkels“ oder die „Troika“. Spricht man mit Menschen, die die CDU seit Jahren beobachten, sagen sie: Stolpert Merkel, werden diese drei ihr nicht mehr aufhelfen. Wer jetzt in der CDU und in den Dreißigern ist, hat die beste Startposition.

Beim vergangenen Bundesparteitag haben die drei einen Beschluss durchgesetzt, die doppelte Staatsbürgerschaft für Kinder ausländischer Eltern wieder abzuschaffen. Betroffen wären Menschen aus Nicht-EU-Ländern, in Deutschland also in erster Linie die Türken. Der Doppelpass innerhalb der EU wurde nicht in Frage gestellt. Paul Ziemiak sagte im Dezember 2016 in einem Interview mit dem Deutschlandfunk: „Wir können den Menschen eine Entscheidung abverlangen.“ Ein Argument wiederholt er von da an immer wieder: Gerade nachfolgende Generationen, die mit dem

Herkunftsland ihrer Eltern nichts mehr zu tun haben, sollen sich zu ihrem deutschen Pass bekennen.

Februar 2017, wieder im Auto, wieder in Iserlohn. Ziemiak hat heute frei, er erzählt viel. Und er will alles Mögliche wissen. Ob ich mit meinem Kind Polnisch spreche, zum Beispiel. Er wolle das auch versuchen, allerdings wäre da ein polnisches Au-pair wohl besser, er sei ja so selten da.

Dann fragt er: „Hat dein Kind denn die polnische Staatsbürgerschaft?“ Er fragt das von sich aus. Er sagt, er habe sich bei der Botschaft schon erkundigt, das scheine ja nicht kompliziert zu sein, eine zu beschaffen, er wolle das seinem Kind mitgeben, schließlich sei es doch irgendwie in Polen und in Deutschland verwurzelt.

Er und ich schweigen in das leise Röhren des Motors hinein.

Dann schaut er mich an. Wie verbindet er den privaten Paul jetzt mit dem Bundesvorsitzenden? Er wolle die Türken ja nicht provozieren, sagt er. Aber sei es nicht verständlich, dass er seinem Kind ein Stück Identität des Vaters mitgeben wolle? Und überhaupt sei Polen doch ein ganz anderes Land als die Türkei.

In der Politik fällt oft das Wort „Glaubwürdigkeit“. Paul Ziemiak unterhöhlt seine Glaubwürdigkeit, indem er mit zweierlei Maß misst. Sein Kind soll das bekommen, was er den Türken verbieten will. Sicher, Polen ist in der EU, die Türkei nicht, aber der Punkt ist ein anderer: Ziemiaks Kernargument gegen die doppelte Staatsbürgerschaft wäre offensichtlich auch auf sein Kind anwendbar. Nämlich dass derjenige, der mit dem Herkunftsland seiner Eltern nichts mehr zu tun habe, sich für einen Pass entscheiden solle. Ziemiaks Empfinden wiederum, sein Kind sei irgendwie auch in Polen verwurzelt, müsste dann auch für Kinder türkischstämmiger Eltern gelten dürfen.

Hat er sich vergaloppiert mit seiner Idee, auf der rechten Spur Karriere zu machen? In jedem Fall ist es ein Punkt, an dem seine Zerrissenheit aufhört, sympathisch zu sein, man will ihn schütteln, ihm zurufen: Mensch! Paul!

Es ist der 14. Mai 2017, Wahlsonntag in Nordrhein-Westfalen, als Paul Ziemiak wieder mit fast 200 Stundenkilometern über die Autobahn rast, auf dem Weg nach

Düsseldorf. Er ist nervös, jeden Moment könnte die SMS kommen, die vor der Hochrechnung um 18 Uhr eine erste Prognose abgibt - damit sich die wichtigen Akteure eine Reaktion zurechtlegen können. Zu denen gehört er jetzt. Die „kleine Bundestagswahl“ gilt als Stimmungsmesser der Republik, bis zuletzt lagen SPD und CDU in den Umfragen fast gleichauf. Ziemiak lässt immer wieder das Lenkrad los, greift zum Handy in der Ablage, und als dann das entscheidende Vibrieren kommt, schreit er „Yes!“, viel lauter, als er wollte. Er zieht rüber und parkt zwischen Lastwagen auf dem Rastplatz, kurz telefonieren.

Ziemiak schläft jetzt, wie er sagt, nur noch fünf Stunden pro Nacht, unter seine Augen haben sich Schatten gelegt, das Rauchen aufzugeben hat er aufgegeben. Er isst schneller, als er verdauen kann, und muss ständig aufstoßen. Kein Beruf nutzt so ab wie die Politik, mittlerweile wird er älter geschätzt, als er ist. Aber seine Partei stellt den neuen Ministerpräsidenten.

Bis zum Ende hat er den Wahlkampf unterstützt, er ist von Tür zu Tür gelaufen und hat Streuselkuchen gegessen, in Schützenvereinen und auf Seniorentreffs. Er hält nun andere Reden als 2014. Er erzählt nicht von seinen Eltern, sondern von seinem Schwiegervater aus dem Münsterland. Jahrgang 1950, die Nachkriegsgeneration. „Mein Schwiegervater hat, wie Sie alle hier, dieses Land aufgebaut, deshalb geht es unserer Generation heute so gut wie keiner zuvor!“ Eifriges Nicken, Applaus. Paul Ziemiak läuft sich warm für den Wahlkampf, für den Bundestag. Er spricht wie früher über kalte Duschen und ungeheizte Schlafzimmer. Aber er erzählt jetzt eine andere, die deutsche Familiengeschichte.

»Ein Anschlag ist zu erwarten«

Die deutschen Behörden wussten sehr viel über den Tunesier Anis Amri. Eigentlich fast alles. Trotzdem konnte er kurz vor Weihnachten in Berlin einen Lastwagen in seine Gewalt bringen und zwölf Menschen töten. Rekonstruktion eines Staatsversagens

Von Mohamed Amjahid, Daniel Müller, Yassin Musharbash, Holger Stark und Fritz Zimmermann, DIE ZEIT Nr. 15 / 06.04.2017

Am 17. Februar 2016 versammeln sich in Berlin-Treptow 17 Männer und Frauen zu einer geheimen Besprechung. Sie reden über die Terrorgefahr in Deutschland, über mögliche Anschläge. Wenn ihre Zusammenkunft anders verlaufen wäre, würden zwölf Menschen vielleicht noch leben.

Das Treffen, für 10.30 Uhr angesetzt, findet in einer ehemaligen preußischen Kaserne statt, zweiter Stock, Raum A242, ein gesichtsloses Tagungszimmer. Hier residiert das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum, kurz GTAZ, Deutschlands Antwort auf den 11. September 2001: ein zentraler Ort für alle Behörden, die Terroristen jagen. Das GTAZ ist Herz und Hirn der deutschen Terrorabwehr. Die Beamten fassen Beschlüsse, die über Leben und Tod entscheiden, sie gehen Listen mit potenziellen Attentätern durch. Auf einer dieser Listen steht an diesem Vormittag der Name Anis Amri.

Amri ist 24 Jahre alt, ein Asylbewerber aus Tunesien, die Fotos in den Akten zeigen einen jungen Erwachsenen mit dunklen Locken. Wie er sind in den vergangenen Jahren Hunderttausende Männer aus arabischen Staaten nach Europa gekommen, die allermeisten friedlich gesinnt. Ist Amri anders, ein Terrorist? Das ist die Frage, die sich die Beamten stellen.

Amri werbe dafür, »gemeinsam mit ihm islamistisch motivierte Anschläge zu begehen«, und plane, sich in Frankreich »großkalibrige Schnellfeuergewehre« zu besorgen; mit diesen Worten hat ein paar Tage zuvor ein V-Mann aus Nordrhein-

Westfalen die Ermittler gewarnt. »Die töten jeden Tag Muslime, also muss ich die auch töten«, das soll Amri gesagt haben.

An der GTAZ-Sitzung in Berlin nehmen auch vier Polizisten aus Nordrhein-Westfalen teil. Sie sind beunruhigt. Sie glauben ihrem Informanten. »Aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt davon auszugehen, dass Amri seine Anschlagplanungen ausdauernd und langfristig verfolgen wird«, notieren sie nach der Sitzung in Berlin in einem Vermerk.

Ihre Kollegen vom Bundeskriminalamt (BKA) hingegen reagieren kühler auf die Warnung. Die Runde verständigt sich lediglich darauf, den Fall »ernst zu nehmen«: Das BKA soll eine Bewertung erstellen, in der es später im Beamtendeutsch heißen wird, »der Eintritt eines gefährdenden Ereignisses im Sinne eines durch Amri geplanten Anschlags« sei als »eher unwahrscheinlich« einzuschätzen. Eher keine Gefahr also. Das wird von nun an die offizielle Einschätzung des GTAZ sein. Das Schriftstück ist fünf Seiten lang, auf den 29. Februar 2016 datiert und bis heute als »geheim« gestempelt, die ZEIT konnte es einsehen. Zwei Behörden, zwei Sichtweisen.

Die Tragik ist, dass sich die falsche Sichtweise durchsetzt – und nie wieder korrigiert wird.

Die nordrhein-westfälische Bewertung dagegen kommt der Wirklichkeit sehr nahe. Zehn Monate später, am 19. Dezember 2016, erschießt Anis Amri in Berlin einen polnischen Fernfahrer, fährt mit dessen Lastwagen über den Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz und richtet ein Blutbad an. Zwölf Menschen sterben, Amri bekennt sich im Namen des »Islamischen Staates«.

Mit dem Anschlag von Berlin endet für die Bundesrepublik eine Phase des relativen Glücks. Während in Großbritannien, Spanien, Frankreich, Belgien immer wieder Bomben explodierten und Terroristen um sich schossen oder Menschen überfahren, war Deutschland von größeren islamistischen Anschlägen verschont geblieben. Zwar gab es Attentatspläne wie jenen der Sauerland-Gruppe, die einen Sprengsatz am Frankfurter Flughafen zünden wollte. Auch eine Terrorzelle, die vorhatte, Handgranaten in das Jüdische Museum in Berlin zu werfen. Und Al-Kaida-Mitglieder,

die in Düsseldorf eine Bombe hochgehen lassen wollten. Aber da war eben auch das GTAZ, da war jener Raum A242, in dem sich Polizei und Verfassungsschutz versammelten und rechtzeitig einschritten, wenn es ernst wurde.

Die Todesfahrt vom Breitscheidplatz hat dem Land die Unbefangenheit genommen. Es fällt den Deutschen jetzt schwerer, sorglos über Weihnachtsmärkte und Volksfeste zu schlendern. Der Anschlag, er hat die vermeintliche Gewissheit erschüttert, dass die deutsche Terrorabwehr funktioniert. Dass dieses fein differenzierte Kapillarsystem des deutschen Föderalismus mit seinen 36 Polizeien und Geheimdiensten die beste aller Lösungen ist. Im Fall von Anis Amri hat dieses System, hat der Staat versagt.

Wie konnte es dazu kommen? Und wie lässt sich verhindern, dass sich ein solcher Fehler wiederholt?

Drei Monate lang hat ein Team von ZEIT- Journalisten den Anschlag und seine Vorgeschichte untersucht. Reporter sind nach Tunesien zu Amris Familie gereist, nach Italien, wo Amri zum ersten Mal europäischen Boden betrat, und nach Polen, zur Beerdigung des Lastwagenfahrers Łukasz Urban. Sie haben mehrere Tausend Seiten Ermittlungsakten, Observationsprotokolle und Geheimdienstvermerke ausgewertet, aus Deutschland und aus Marokko, wo die Behörden besonders besorgt waren wegen Amris Nähe zum IS. Zudem hat die ZEIT mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und dessen nordrhein-westfälischem Kollegen Ralf Jäger (SPD) gesprochen sowie mit Ermittlern von Landes- und Bundesbehörden; manche von ihnen hatten an den entscheidenden Sitzungen teilgenommen.

Die Recherchen zeichnen das Bild eines Sicherheitsapparates, der nach dem 11. September 2001 neu konstruiert wurde, dessen Architektur aber nur noch schlecht in die heutige Zeit passt.

Am Morgen des 18. Februar 2016, am Tag nach der Besprechung im GTAZ, wirft sich Anis Amri in Dortmund zwei Rucksäcke über die Schulter, in denen er seine Sachen verstaut hat, kauft eine Fahrkarte und setzt sich in einen Fernbus nach Berlin. Als der Bus Dortmund verlässt, bitten die nordrhein-westfälischen Polizisten, die Amri

observieren, ihre Kollegen in der Hauptstadt, Amri unauffällig zu überwachen. Die Berliner entscheiden sich anders: Sie fangen Amri am Zentralen Omnibusbahnhof ab, nehmen ihn mit aufs Landeskriminalamt, fotografieren ihn, speichern seine Fingerabdrücke und konfiszieren sein Handy. Die Düsseldorfer Polizisten sind verärgert: Nun ist der Tunesier gewarnt.

Für Gefährder wie Amri, also Personen, denen die Behörden eine Gewalttat zutrauen, ist nicht das BKA zuständig, sondern das Landeskriminalamt des jeweiligen Bundeslandes, in dem der Gefährder wohnt. Zuständig für Amri ist also mal Nordrhein-Westfalen, mal Berlin, je nachdem, wo er sich aufhält.

Und Amri zieht häufig um. Von der Kleinstadt Emmerich am Rhein nach Dortmund und nach Oberhausen, nach Berlin und wieder zurück, von Moschee zu Bekannten zu Moschee. Immer wenn es so aussieht, als habe er das Bundesland gewechselt, bucht ihn das LKA in Nordrhein-Westfalen aus und das in Berlin ein, oder andersherum. Studiert man die Akten, wird man den Eindruck nicht los, dass jedes Mal ein Seufzer der Erleichterung in einer Amtsstube erklingt, wenn Amri wieder einmal fortgezogen ist.

Anfang März 2016 stoßen Ermittler bei der Auswertung von Amris Handydaten auf eine Unterhaltung, die er am 2. Februar mit zwei Islamisten über das Chatprogramm Telegram geführt hat. Die beiden Männer nutzten libysche Handynummern und befanden sich offenbar in der Nähe der libyschen Stadt Sirte. Er wolle eine Schwester ehelichen, meldet Amri. Als sein Gegenüber nicht sofort begreift, raunt er, es gehe um *dugma*, was in der Szene für »Auslöser« steht. Laut BKA wird der Begriff von Islamisten als Synonym für einen Selbstmordanschlag verwendet.

Nun hat sein Gegenüber verstanden. Amri solle das Wort nie wieder benutzen, rügt ihn der Mann in einer Audiobotschaft, die er verschickt. Sie vereinbaren eine Sprachregelung: Amri möge einer Kontaktperson in Deutschland ausrichten, »er wolle der Religion Gottes dienen, egal mit welchen Mitteln«, der Mann werde ihn zu einem anderen Bruder bringen »und ihn dirigieren«. Und Vorsicht am Telefon, warnt der Mann in Libyen noch, bloß nicht die Familie daheim anrufen, die tunesischen Behörden lägen

auf der Lauer. Im Hintergrund sind Schüsse zu hören. Gott werde sie im Paradies vereinen, das sind die letzten Worte des Kämpfers, dessen Nummer Amri unter einem Eintrag abgespeichert hat, der ahnen lässt, für wen der Mann schießt: »MalekISIS«.

Als die Ermittler die Audiodateien auf Amris Handy hören, notieren sie: Amri kündige »verklauusiert an, dass er in Deutschland sei, um ein Selbstmordattentat auszuüben«.

Spätestens jetzt, im März 2016, hätte allen Beteiligten klar sein können, dass der V-Mann keinen Unsinn erzählt hat, dass die Bewertung der nordrhein-westfälischen Polizisten stimmt, nicht die des BKA. Dass Amri nicht nur ein Anhänger des IS ist, sondern auch gut vernetzt. Und zu allem entschlossen.

Die beiden Männer in Libyen, mit denen Amri chattete, waren Tunesier, vielleicht kannte Amri sie aus seiner Heimat. In Emmerich hat er im Flüchtlingsheim Fotos von schwarz gekleideten Kämpfern herumgezeigt. Das seien Verwandte, behauptete er damals, Cousins, Onkel, angeblich alle beim IS.

Aus was für einer Familie stammt er? Begann seine Radikalisierung erst in Italien und Deutschland – oder schon in Tunesien?

Als Krimineller in Tunesien und Italien

»Zu Hause bei uns war Anis vor allem ein verwöhntes Mama-Söhnchen«, sagt Walid Amri, 30, einer von Anis' älteren Brüdern, sechs Jahre trennen die beiden, sie waren vier Söhne und fünf Töchter. Anis habe im Rahmen bescheidener Verhältnisse alles bekommen, was er nur wollte, sagt Walid. Er sitzt in einem Café am Rande eines Ackers mit weidenden Schafen, etwa eine Autostunde südlich der Hauptstadt Tunis, der Kellner serviert grünen Tee mit Minzsirup.

In den Tagen nach dem Anschlag stand die Familie auf einmal als Terrorclan im Rampenlicht der Weltöffentlichkeit. Walid Amri sagt, er wolle nicht als der »Bruder des Terroristen« in die Geschichte eingehen, das sei ihm wichtig. Er ist ein höflicher Mann, der ein stilles Leben führt und sein Geld damit verdient, Viehfutter zu transportieren.

Die Brüder, sagt Walid, hätten Anis regelmäßig Scheine zugesteckt, die Mutter habe darum gebeten. Anis habe sich mit falschen Freunden umgeben, habe Hasch geraucht, er stahl ein Auto, die Polizei erwischte ihn. »Er war ein Kleinkrimineller«, sagt Walid. Einer, den in der Heimat das Gefängnis erwartete.

Im Jahr 2011, Anis Amri war gerade volljährig geworden, nutzte er die Wirren der tunesischen Revolution, um sich der Justiz zu entziehen. Er kratzte Geld für die Schlepper zusammen, die ihn auf die italienische Insel Lampedusa brachten. Von einem Münztelefon eines italienischen Auffanglagers rief er bei der Familie an. Wenig später verurteilte ihn ein Gericht in Tunis in Abwesenheit zu vier Jahren Haft.

Glaubt man die Geschichte des Bruders, dann war Anis Amri ein junger Mann auf Abwegen, verwöhnt und planlos – aber kein angehender Terrorist. Erst in Europa ist demnach der harte Stoff hinzugekommen: Koks, Amphetamine, Hass.

Anis Amri sei klar gewesen, dass er in Europa nie als Flüchtling anerkannt werden würde, sagt sein Bruder. »Sein Plan war: möglichst viel Geld sammeln und dann zurück nach Tunesien«, sagt Walid. Die Familie habe sogar einen Anwalt eingeschaltet, damit Anis Amri ein Teil der Haftstrafe erlassen werde – für einen neuen Anfang in der alten Heimat.

Womöglich aber begann Anis Amris Radikalisierung doch schon in Tunesien, auch wenn sein Bruder und die Eltern das nicht hören wollen. Darauf deutet Amris enge Beziehung zu seinem Neffen Fadi hin, der inzwischen im Hochsicherheitsgefängnis von Tunis sitzt, unter dem Verdacht, von dem Anschlag in Berlin gewusst zu haben. Bis kurz vor der Amokfahrt am Breitscheidplatz sollen die beiden Nachrichten ausgetauscht haben. Gestützt wird diese These durch den marokkanischen Geheimdienst. Demnach habe Amri bereits in Tunesien versucht, sich dem IS anzuschließen, er sei von den tunesischen Behörden deswegen sogar gesucht worden.

Am 4. April 2011 landet Anis Amri auf Lampedusa. Einen Tag später wird er bei der Polizei registriert. Auf dem Foto sieht man einen lächelnden jungen Mann, der optimistisch in die Kamera blickt, bereit für ein neues Leben. Es beginnt mit einer Lüge.

Amri hat gehört, dass minderjährige Flüchtlinge leichter eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen. Er gibt bei der Polizei ein falsches Geburtsdatum an, demnach ist er erst 16 Jahre alt. Von Lampedusa aus geht es weiter nach Sizilien, mit sechs anderen Tunesiern wird er in einem katholischen Wohnheim für Jugendliche einquartiert. Es liegt in Belpasso, einem Ort am Fuße des Vulkans Ätna. Amri gehört zu den ersten Migrant*innen, die hier untergebracht werden.

Die Regeln im Wohnheim sind streng. Die Tunesier müssen um acht Uhr morgens aufstehen, um acht Uhr abends zu Hause sein, um halb elf ist Bettruhe. Amri habe wenig geredet, sagt der damalige Leiter der Einrichtung. Tagsüber habe Amri bei einem Reifenservice im Ort ausgeholfen, abends auf der Playstation gespielt, manchmal gebetet.

An den Wochenenden aber rauchen und trinken Amri und die anderen, obwohl Alkohol und Zigaretten im Wohnheim verboten sind. Sie provozieren ihre Gastgeber, hängen die Kreuze von den Wänden ab. Einmal installiert Amri eine schwarze Flagge mit arabischen Schriftzeichen als Bildschirmhintergrund auf einem der Computer des Wohnheims, es ist das Symbol der Kämpfer des »Islamischen Staates«.

Nach einem halben Jahr, am 23. Oktober 2011, rastet Amri aus. Wieder mal ist er betrunken. Gemeinsam mit anderen Tunesiern schlägt er nach einem Streit einen Sozialarbeiter zusammen und zündet Betten in der Unterkunft an. Ein Gericht verurteilt ihn zu vier Jahren Haft.

Pierelisa Rizzo lernt Anis Amri 2013 in der Kleinstadt Enna kennen, im Gefängnis probt sie als freiwillige Helferin mit den Häftlingen ein Musical: Rinaldo in Campo, eine Liebesgeschichte. Amri trommelt auf Bongos. Vier Monate hätten sie geübt, sagt Rizzo, manche der Gefangenen hätten von ihrer Heimat erzählt. Amri sei verschlossen geblieben.

Die Haft verbringt er in sechs verschiedenen Gefängnissen. Immer wieder greift er Mitgefangene und Wärter an und wird verlegt. Amri ist nicht nur der stille Einzelgänger, als den ihn viele Gesprächspartner beschreiben. Er ist auch ein Schläger. Allein in den drei Wochen Untersuchungshaft im Herbst 2011 ist er in vier Prügeleien verwickelt.

Amri sei in Haft vollkommen aufgelöst gewesen, sagt seine damalige Anwältin. Er habe gewusst, dass er durch seine Verhaftung jede Chance auf eine Aufenthaltsgenehmigung verspielt hatte. Die Schuld habe er aber nicht bei sich selbst gesucht, sagt die Anwältin: »Schuld waren immer die anderen.«

Nach seiner Entlassung am 18. Mai 2015 wird Amri in ein Abschiebezentrum in der sizilianischen Stadt Caltanissetta geschickt. Der italienische Staat bittet Tunesien, Amri zu identifizieren und wieder aufzunehmen. Doch die tunesischen Behörden reagieren nicht – genau wie später auch bei Anfragen aus Deutschland. Nach 30 Tagen, das ist die Rechtslage, müssen die Italiener Amri aus der Abschiebehäft entlassen, wenn keine gültigen Papiere vorliegen.

Am 17. Juni 2015 ist Anis Amri ein freier Mann. Und macht sich in einer Gruppe von Tunesiern auf den Weg nach Deutschland.

Es gibt eine europäische Datenbank für Asylbewerber namens Eurodac, in der Fingerabdrücke gespeichert werden, aber keine Fotos und biografischen Informationen. Es gibt das Schengen-Informationssystem, in dem Daten zu Personen gespeichert werden, aber keine Fingerabdrücke. Und es gibt Staaten wie Italien, die Amris Fingerabdrücke nicht in die Datenbank einspeisen und Problemfälle wie ihn möglichst schnell loswerden wollen, egal wohin, Hauptsache, er ist weg.

Als Tellerwäscher in Deutschland

So kommt es, dass Anis Amri im Sommer 2015 als scheinbar unbescholtener Flüchtling in Freiburg registriert und dann nach Berlin geschickt wird, von wo es weitergeht nach Dortmund und schließlich nach Emmerich. Dort bezieht Amri ein Bett in einer Gemeinschaftsunterkunft. Anders als die meisten Flüchtlinge findet er schnell einen Job: In einem Restaurant mit Rheinblick fängt er als Tellerwäscher an. Ein anderer Flüchtling, der ihn damals erlebt, beschreibt ihn als jungen Mann mit einer hervorstechenden Eigenschaft: »Anis war immer wütend.«

Wütend auf die Welt, auf sein Leben, auf dieses Land, das ihn von einer Stadt in die nächste schickt. Wieder ist alles die Schuld der anderen.

Ein Indiz dafür, dass Amris Gedanken bereits damals angefüllt sind mit Hass, ist sein schnelles Eintauchen in die salafistische Szene in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Mindestens 15 Moscheen besucht er regelmäßig, die meisten davon in Dortmund. Das LKA wird später notieren, er sei in einigen Gebetshäusern sogar als Vorbeter aufgetreten – was die Moscheebetreiber bestreiten. »Alle Europäer sind gottlos«, zürnt er gegenüber einem Bekannten. Wenig später wird er erwischt, wie er seinen Mitbewohnern zwei Samsung-Galaxy-Handys stiehlt.

Rückblickend betrachtet wirkt es, als habe Amri eine imaginäre Landkarte der deutschen Islamistszene vor Augen gehabt, die er zielgerichtet abreiste. Gäbe es diese Landkarte, wäre Hildesheim darauf dick markiert, genauer: eine Moschee in der Martin-Luther-Straße. In dieser Moschee predigt ein Mann, den die Sicherheitsbehörden für den Chefideologen des IS in Deutschland halten: ein Iraker namens Abu Walaa, der ein großes Netzwerk kommandiert und später festgenommen wird.

Amri arbeitet in Hildesheim bei einem Pizza-Bringdienst als Fahrer, rund 30 Stunden im Monat. Dem Betreiber des Imbisses stellt er sich als Austauschstudent aus Ägypten vor, der sich ein bisschen Geld hinzuverdienen wolle. Der Neue sei kein besonders netter Kerl gewesen, erinnert sich der Pizzabäcker, nach ein paar Wochen sei er einfach nicht mehr zur Arbeit erschienen.

In Abu Walaas Umfeld hat die Polizei einen Spitzel platziert, der erstmals am 19. November 2015 von Amri berichtet: Es gebe da einen Mann namens Anis, der »hier etwas machen« wolle.

Der Spitzel ist ein etwas fülliger Mann Ende 30 mit dichtem schwarzem Haar. Schon seit 2004 ist er als V-Mann im Einsatz, zunächst mehrere Jahre im Mafia- und Drogenmilieu. Seit 2011 gilt er beim LKA als zuverlässigster Zuträger aus der salafistischen Szene. Regelmäßig ist er zu Gast bei Abu Walaa und dessen Stellvertreter Boban S., einem studierten Chemie-Ingenieur, den sie in der Szene »den Serben« nennen. »Sie wollen auch hier einen ›Islamischen Staat‹ haben«, berichtet der Spitzel den Beamten, neben der Unterstützung des »Kalifats« sei das Einführen der Scharia in Deutschland »auch mit Mitteln der Gewalt ihr großes Ziel«.

Der V-Mann nimmt Amri manchmal im Auto mit. Amri habe damit geprahlt, er könne »problemlos eine Kalaschnikow in Napoli besorgen«, sagt der V-Mann, der sich heute im Zeugenschutzprogramm befindet. Wiederholt habe Amri davon gesprochen, »Anschläge zu begehen«. Offenbar wird er mehrfach zu persönlichen Audienzen bei Abu Walaa geladen, wohl um sich Tipps zu holen »für eine Ausreise in den ›Islamischen Staat‹«. Das LKA erwirkt beim Generalbundesanwalt die Erlaubnis, Amri zu überwachen. Er ist jetzt voll im Visier des Staates.

Kurz vor Weihnachten 2015 veranstaltet »der Serbe«, Abu Walaas Stellvertreter, für seine Schüler einen Gewaltmarsch. Auch Amri ist dabei. 16 Kilometer weit läuft die Gruppe mit schwerem Gepäck auf dem Rücken, »zur Vorbereitung auf die Ausreise in den ›Islamischen Staat‹«, wie der Informant erzählt. Amri marschiert durch Deutschland, als wäre er ein Bundeswehrsoldat. Doch er leistet eine andere Art des Wehrdienstes: Sein Krieg ist der Dschihad.

Einer, der Amri aus dieser Zeit kennt, beschreibt ihn als sehr gläubigen Muslim, der »an den Lippen des ›Serben‹ hing«. Aber Amri habe »so seine Ticks« gehabt, er sei aufbrausend, manchmal »richtig aggressiv« gewesen, wenn ihm etwas nicht gepasst habe. »Er hat sich dann immer wieder selbst kräftig auf den Oberschenkel geschlagen und rumgeschrien.«

Amri wechselt damals zwischen Hildesheim und dem Ruhrgebiet hin und her. In Dortmund hat der »Serbe« im ersten Stock eines graublauen Gründerzeithauses einen Gebetsraum eingerichtet. Amri verbringt hier viel Zeit. Mitunter schläft er in dem Haus und verlässt es 36 Stunden am Stück nicht. Er hat sogar einen eigenen Schlüssel.

Es sind diese Monate Ende 2015 und Anfang 2016, in denen sich Anis Amri mit Ideologie vollsaugt. Mehrfaches Gebet am Tag, intensives Koranstudium, tagsüber verkauft er auf einem Trödelmarkt Parfüm; es ist halal, nach muslimischen Maßstäben rein. Vieles spricht dafür, dass sein Entschluss, einen Anschlag zu begehen, in dieser Zeit reift. Europa ist jetzt Feindesland.

Drei Wege, um Amri loszuwerden

Es hätte, juristisch betrachtet, drei Wege gegeben, Anis Amri zu stoppen. Man hätte ihn, erstens, als potenziellen Terroristen verhaften können, aber die Bundesanwaltschaft, die die Ermittlungen leitete, tat es nicht, weil sie dafür nicht genug Beweise sah. Man hätte ihn, zweitens, wegen all der Straftaten festnehmen können, die er in den rund eineinhalb Jahren in Deutschland beging: Körperverletzung, Angabe falscher Identitäten, Drogenhandel, Erschleichung von Sozialleistungen.

Und drittens hätte man ihn abschieben können.

In Artikel 58a des Aufenthaltsgesetzes ist festgeschrieben, dass ein Land »auf Grund einer auf Tatsachen gestützten Prognose zur Abwehr einer besonderen Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder einer terroristischen Gefahr ohne vorhergehende Ausweisung eine Abschiebungsanordnung erlassen« kann. Der Artikel klingt wie gemacht für Anis Amri.

Im März 2016 schickt das LKA Nordrhein-Westfalen einen Vermerk an das Landesinnenministerium. Nach Ansicht der Ermittler ist »die Begehung eines terroristischen Anschlags durch Amri zu erwarten«. Eine Abschiebung halten die Beamten für »verhältnismäßig«. Dem zuständigen Abteilungsleiter im Ministerium aber erscheinen die Erfolgsaussichten als zu vage, die Gerichte stellen hohe Anforderungen, bevor sie eine Abschiebung tatsächlich genehmigen.

Auch im GTAZ glaubt niemand an die Wirksamkeit des Artikels 58a. Denn wie damals in Italien reagieren die tunesischen Behörden nicht auf Anfragen bezüglich Amris Identität. Und ohne offizielle Papiere keine Abschiebung.

Es ist nichts Neues, dass sich dieses Gesetz als wirkungslos erweist. Im Gegenteil, es wäre das erste Mal gewesen, dass der Artikel 58a tatsächlich Kraft entfaltet. Das Gesetz wurde im Jahr 2004 als Reaktion auf den 11. September eingeführt, für genau solche Fälle wie Amri. Doch jahrelang wurde es nicht angewandt, irgendetwas sprach immer dagegen. Der Artikel existierte nur auf dem Papier.

Inzwischen ist Anis Amri nicht nur im Ruhrgebiet und in Niedersachsen unterwegs, er fährt auch regelmäßig nach Berlin. Seit der Kontrolle am Busbahnhof weiß er, dass die Polizei ihm auf der Spur ist. Er sei sehr aufmerksam, schaue sich

ständig um, heißt es in den Observationsberichten, ohne ersichtlichen Grund wechsele er mehrfach die Straßenseite.

Immer wieder läuft Amri durch Bahnhöfe und Einkaufszentren – offenbar in der Hoffnung, die Beamten abzuschütteln. Aus U-Bahn-Zügen steigt er unerwartet aus und wieder ein, er drängt sich durch Menschenansammlungen. Amri zeige eine »Konspirativität, die über das normale Maß hinausgeht«, notieren die Überwacher. Ist es also wirklich überraschend, dass die Ermittler beim Abhören seiner Telefone wenig Verdächtiges zutage fördern?

Die Behörden sind überfordert. Tausende Seiten Papier, rund ein Dutzend unterschiedliche Namen, sieben Facebook-Profile, haufenweise Anträge auf Sozialhilfe. Ein Mitarbeiter des nordrhein-westfälischen Innenministeriums bekundet: »Ich kann einen leichten Ärger nicht verhehlen, wenn ich sehe, wie der uns vorführt.«

Eine Beamtin des LKA schreibt unter dem Betreff »Aufenthalt Amri«: »Auch wenn diesen Namen wohl keiner mehr lesen/hören mag, er ist wieder in NRW.« In der Causa Amri, schreibt sie in einer weiteren Mail, »geht auch nach wie vor alles an uns vorbei«. Wenige Tage später heißt es dann: »In dieser Sache wundert mich einfach nichts mehr.« Eine Beamtin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge nennt ihn sarkastisch »Unser Anus«.

Und dann ist da das Problem der Zuständigkeit. Mit seinem Pendeln zwischen Berlin und Nordrhein-Westfalen macht Amri den föderalen Rechtsstaat verrückt. »Es wäre nun sachlogisch, wenn der bei uns befindliche Prüfungsauftrag hinsichtlich begleitender Maßnahmen zur Beendigung des Aufenthaltes ebenso an Berlin übergeben wird«, schreibt ein hochrangiger Ministerialbeamter in Düsseldorf am 7. März 2016. »Wenn alle alles richtig gemacht hätten, hätten die Berliner schon den Fall.«

Aber: Die Berliner schieben Amri nicht ab, auch deshalb, weil er drei Wochen später zurück in Oberhausen ist. Er ist wieder ein Fall für Nordrhein-Westfalen. Ein ratloser Beamter im Düsseldorfer Innenministerium fragt: »Was können wir denn jetzt anstellen, dass wir die ganzen Vorgänge zusammengeführt bekommen?«

Nichts, das wäre die ehrliche Antwort. Denn es gibt im deutschen Föderalismus keinen Mechanismus, der bei Fällen wie Amri greift. Es gibt die Sitzungen in Berlin-Treptow im GTAZ, aber dort geht es ausschließlich um Terrorverdacht. Es gibt eine ähnliche Einrichtung für Asylfälle namens »Arbeitsgruppe Status«, dort geht es ums Ausländerrecht. Das BKA ist zwar die größte deutsche Polizeibehörde, aber laut Gesetz nicht zuständig. Es ist erst dann verantwortlich, wenn die Bundesanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren einleitet und damit das BKA betraut.

Und dann ist da noch der Verfassungsschutz, der aus 16 Landesbehörden und einer Bundesbehörde besteht. Am 19. Februar 2016, einen Tag nachdem Amri am Berliner Busbahnhof kontrolliert wurde, treffen sich die 17 Behördenchefs in Köln zu einer geheimen Sondersitzung. Sie sprechen über ein Thema, das im Rückblick wie Hohn erscheint: Wie soll der Verfassungsschutz mit Islamisten verfahren, die über Landesgrenzen hinweg aktiv sind? Man könnte denken, die Geheimdienstchefs hätten Amri vor Augen gehabt, als sie die Tagesordnung festlegten.

Doch Amri ist offiziell nicht nur als Islamist gelistet, sondern als Gefährder, und die sind laut Gesetz Sache der Polizei. Die Verfassungsschützer sitzen mit im GTAZ, sie kennen den Fall, aber in einer Situation, in der es entscheidend gewesen wäre, Amris Gedanken zu verstehen, beschließen sie, damit nichts zu tun zu haben. Irrsinn? Irrsinn.

Allerdings hätte dem Staat noch immer die Möglichkeit Nummer 2 offengestanden, den Tunesier aus dem Verkehr zu ziehen: mit einer Verurteilung wegen Allgemeinkriminalität. Die beste Möglichkeit dafür bietet sich im Juli 2016.

Drogen und eine Messerstecherei

An einem Montag Mitte Juli um 6.30 Uhr stürmt Anis Amri mit zwei Bekannten in eine Cocktailbar in der Neuköllner Hertastraße und greift eine Gruppe Männer an. Einer seiner Begleiter sticht mit einem Dönermesser auf einen Barbesucher ein, der beinahe stirbt. Amri schlägt laut Aussage eines Zeugen einem anderen Mann mit einem Hammer ins Gesicht. Es geht offenbar um Revierkämpfe im Drogenmilieu.

Die Ermittler haben beobachtet, dass Amri in die Drogenszene eingetaucht ist und selbst Ecstasy und Kokain konsumiert. Sie haben am Telefon mitgehört, wie er bei

einem Großhändler 20 Päckchen einer unbekanntes Droge bestellt. Sie sind ihm zum Kleinen Tiergarten gefolgt, einem Umschlagplatz, der fest in der Hand von Nordafrikanern ist. Sie haben gefilmt, wie er aus der Moschee zu einem Kunden geht und dealt. Zwischen dem Dschihad und der Sünde liegen nur wenige Schritte.

Amri und sein Komplize hätten keinen festen Wohnsitz, heißt es im Polizeibericht zu der Messerstecherei. Sie seien mehrfach wegen Drogenkriminalität aufgefallen: »Es wird daher um Erlass eines Haftbefehls gebeten«. Hätte der Staatsanwalt Amris Deliktregister gekannt – er hätte die Verfahren bündeln und zusammenführen können. Eine mehrjährige Haftstrafe wäre möglich gewesen. Es hätte keine Terrorermittlungen gebraucht, um Amri von der Straße zu holen. Aber der Staatsanwalt kennt Amris Vorgeschichte nicht, und Zeugen ziehen es vor, zu schweigen. Ein Haftbefehl wird entgegen dem Vorschlag der Polizei nicht beantragt. Amri bleibt frei.

In den Tagen nach der Messerstecherei telefoniert Amri mehrmals mit seiner Familie, er wirkt niedergeschlagen, erzählt, er wolle Deutschland verlassen. Offenbar hat das mit den Streitigkeiten in der Drogenszene zu tun: Die überfallene Cocktailbar wird laut Aussage eines Zeugen von einer arabischen Großfamilie kontrolliert. Einen solchen Angriff lässt man nicht auf sich sitzen. Amri habe Angst gehabt, sagt ein Fahnder. Und so verabschiedet sich der Tunesier von seinen Freunden in Berlin und steigt am 29. Juli 2016 in einen Fernbus nach Zürich.

Doch die Ermittler, die noch immer das Handy überwachen, kennen seine Pläne. Bei einer gezielten Kontrolle in Friedrichshafen, kurz vor der Schweizer Grenze, wird Amri festgenommen. Er hat zwei gefälschte italienische Ausweise bei sich, 281,42 Euro in bar, sein Samsung-Klapphandy und einen Joint.

Amri will Deutschland verlassen. Aber Deutschland, das ihn loswerden möchte, lässt ihn nicht gehen. Anders als die Italiener entscheiden sich die Deutschen für die moralisch gute Lösung: Man habe den Nachbarländern nicht zumuten wollen, einen potenziellen Terroristen aufzunehmen, sagen Ermittler der ZEIT.

Und dann, als er nicht wegkommt, als er zurück nach Berlin gebracht wird, trifft Amri seine Entscheidung.

Eine tödliche Entscheidung

Im Herbst 2016 bemerken die Ermittler, dass das Rauschen in der Islamistszene anschwillt: verdächtige Sätze in Gesprächen, kryptische Einträge in Internetforen. Massiv wie nie ruft der IS zu Anschlägen in Deutschland auf – vor allem über die Chat-App Telegram. Einige der aufpeitschenden Botschaften stammen mutmaßlich aus dem Umfeld von Abu Walaa, jenem irakischen Prediger, dem sich Amri in Hildesheim anschloss. Zufall?

Im September erhalten potenzielle Attentäter auf einem einschlägigen deutschen Telegram-Kanal eine E-Mail-Adresse, an die sie ihre »Bai'a« schicken sollen, den Treue-Eid auf den IS und seinen »Kalifen« Abu Bakr al-Bagdadi. »Achtet dabei auf eure Sicherheit und schickt diese nur unmittelbar vor der Operation zu«, heißt es. Jeder, der in den Sicherheitsbehörden mit dem Dschihadismus zu tun hat, kann spüren, dass sich etwas anbahnt. Es ist ein Wetterleuchten. Die Frage ist, wann und wo der Blitz einschlägt.

Im November erscheint im via Telegram vertriebenen IS-Magazin Rumiya eine Anleitung für Anschläge mit Lastwagen: »Fahrzeuge sind wie Messer, extrem leicht zu besorgen.« Weil sie nicht auffielen, seien sie ein probater Weg für jeden, der fahren könne, »gerechten Terror« zu verbreiten und »große Zahlen von Ungläubigen« zu töten.

Anis Amri befolgt die Anweisung, jedenfalls teilweise. Vor seinem Anschlag nimmt er ein Video auf, in dem er dem IS und dessen »Kalifen« die Treue schwört. Er steht auf der Kieler Brücke in Berlin-Moabit und spricht eine »Botschaft an die Kreuzfahrer« in sein Handy: Die Muslime würden kommen und »die Schweine« abschlachten.

Das knapp drei Minuten lange Video, das der IS nach dem Anschlag via Telegram veröffentlicht, ist allerdings irritierend. Zum einen, weil Amri Kopfhörer trägt und zwischendurch zum Himmel blickt, als lausche er. Sagt ihm jemand den Text vor?

Zum anderen, weil das Video nicht erst unmittelbar vor der Tat aufgezeichnet wurde. Die Bäume in Berlin tragen noch grüne Blätter. Eine Auswertung des Handys

wird ergeben, dass das Video am 31. Oktober oder 1. November 2016 aufgenommen wurde.

Fast sechs Wochen lang ist Anis Amri also noch durch Berlin gelaufen, nachdem er den Entschluss gefasst hatte, zuzuschlagen.

Über die Psyche von Attentätern ist viel spekuliert worden. Es gibt den Moment, in dem das Diabolische die Oberhand gewinnt; in dem ein Mensch bereit ist, zu töten, das eigene Leben zu opfern für eine vermeintlich größere Sache. Bei Anis Amri ist dieser Punkt im September oder Oktober 2016 erreicht.

Die Ermittler merken davon: nichts.

Schlimmer noch: Während der Erregungspegel bei Amri steigt, sinkt er bei den Behörden. Amri löst sich vor ihren Augen in nichts auf. Von September an wissen weder die Berliner noch die Nordrhein-Westfalen, wo er sich aufhält. Vom BKA ganz zu schweigen. In den Besprechungen im GTAZ ist Amri nur noch ein Name auf einer Liste.

In den Wochen zuvor gab es in den Behörden zwei Fraktionen: Einige Ermittler glaubten, Amri habe alle Anschlagpläne fallen gelassen, weil er während des Opferfestes weder am Morgengebete noch an der rituellen Schlachtung teilnahm und weil er Drogen konsumierte. Die andere Fraktion befürchtete Schlimmes. Amri und seine Freunde in der Berliner Fussilet-Moschee zeigten eine »gruppenspezifische Steigerung des Gewaltverhaltens«, es bestehe die Gefahr, dass er »in den Untergrund abtaucht«, heißt es in einem Vermerk des Berliner LKA.

Genau so kommt es. Amri hat sich aus dem Drogenmilieu gelöst. Er lebt jetzt halal, weitgehend jedenfalls. Auf seinem Handy finden die Ermittler später eine beachtliche Sammlung von Pornofilmen. Die Zugriffsprotokolle zeigen, dass er im Oktober aufhört, sie anzusehen. Man könnte sagen, dass er sich zur Vorbereitung der finalen Tat diszipliniert.

Dann erhalten die deutschen Behörden unerwartet eine letzte Chance.

Am 19. September hatte sich erstmals der marokkanische Geheimdienst DGST beim BKA gemeldet und zwei Fotos von Amri geschickt, auf einem steht er als

Jugendlicher auf einem Platz, vermutlich in Tunesien. Das andere zeigt ihn mit Bart und Kopfbedeckung und wurde wohl kürzlich aufgenommen. Der is lamonaute tunisien, wie die Marokkaner Amri nennen, habe sich »zum ›Islamischen Staat‹ bekannt«, hieß es im Begleitschreiben, er habe »einen Plan, zu dem er keine weiteren Einzelheiten nennen will«. Amri hege den »Wunsch, sich dem IS im syrisch-irakischen Gebiet oder in Libyen anzuschließen«.

Vier Wochen später meldete sich der DGST erneut. Die Marokkaner übermittelten den Deutschen eine neue Handynummer Amris, sie notierten, er stehe »mit Dschihad-Anwärttern in Kontakt, die sich zum IS bekennen«.

Dem Schreiben beigelegt waren Kopien von Fotos, die Amri und seine Freunde zeigen, einen russischen Islamisten, einen Deutschmarokkaner, der mit einer Axt posiert, Kämpfer mit der schwarzen Fahne des IS, dazu einen angeblichen Cousin von Amri, der mit einer Pistole herumfuchtelt. Bilder aus dem Poesiealbum des Dschihad.

Viermal melden sich die Marokkaner insgesamt, das letzte Mal am 17. Oktober 2016. Amri teile sich »seine derzeitige Unterkunft in Berlin mit einem marokkanischen Anhänger von Dschabhat al-Nusra«, einem Ableger von Al-Kaida, heißt es in dem Schreiben. Und sie liefern den ahnungslosen Deutschen sogar den Namen von Amris Mitbewohner: Toufik N., ein grimmig dreinschauender Mann, der den Reportern der ZEIT später die Tür vor der Nase zuschlagen wird.

Bei den Dokumenten habe es sich nicht um eine Warnung, sondern nur um Nachfragen der Marokkaner gehandelt, mit diesen Worten rechtfertigen die deutschen Behörden heute, warum sie den Hinweisen keine besondere Aufmerksamkeit beimaßen.

In Wahrheit machen die Marokkaner, die offenbar eine eigene nachrichtendienstliche Operation in Berlin durchführen, in dem Schreiben klar, dass sie die Gruppe um Amri für gefährlich halten, für eine gewaltbereite Zelle von Islamisten. Mit den Informationen der Marokkaner hätten die Deutschen Amri in der entscheidenden Phase ausfindig machen können. Zwar wird das Bundesamt für Verfassungsschutz bei einer erneuten Sitzung des GTAZ am 2. November damit

beauftragt, in Marokko nachzuhaken, wie aktuell die Erkenntnisse sind. Tatsächlich aber fragen die Verfassungsschützer dort nicht noch mal nach.

Das Attentat vom Breitscheidplatz

Am Abend vor dem Anschlag, einem Sonntag, trifft sich Amri zum letzten Mal mit seinem besten Freund; das ergibt sich aus späteren Ermittlungen. Der Mann heißt Bilal Ben Ammar, er ist einer der Tunesier, mit denen Amri aus Italien nach Deutschland einreiste. Ben Ammar gilt ebenfalls als IS-Anhänger, gegen ihn ermittelte die Generalstaatsanwaltschaft Berlin.

Um 21.08 Uhr betreten die beiden das arabische Restaurant Ya Hala in Berlin-Wedding. Sie setzen sich an einen der hinteren Holztische, keine 20 Minuten dauert das Treffen. Was besprechen sie an diesem Abend?

Am nächsten Tag, nur Stunden vor der Todesfahrt, telefonieren die Freunde gegen 14.30 Uhr noch einmal miteinander, das ergibt eine Auswertung von Amris Handy. Wie wahrscheinlich ist es, dass Ben Ammar nichts von dem Anschlag wusste?

Das Friedrich-Krause-Ufer liegt am Berliner Westhafen, eine schmale Straße zwischen einem Kanal und Eisenbahnschienen. Hier parken regelmäßig Lastwagen, oft über Nacht. Anis Amri kennt die Gegend, die Fussilet-Moschee, in der er betet, liegt nur wenige Hundert Meter entfernt. Amri war schon einmal hier, am 15. Dezember. Zeugen haben ihn dabei beobachtet, wie er am Friedrich-Krause-Ufer herumschlich und testete, ob bei einem der Lkw die Türen unverschlossen waren, ohne Erfolg. Die Auswertung seines Handys bestätigt die Aussagen.

Vier Tage später, am Abend des 19. Dezember, betritt Anis Amri um 18.38 Uhr die Fussilet-Moschee, vermutlich betet er ein letztes Mal, bevor er das Gotteshaus um 19.07 Uhr wieder verlässt. Er geht in Richtung Norden, die Perleberger Straße entlang, überquert ein Gleisbett und biegt dann vor dem Kanal links ab ins Friedrich-Krause-Ufer.

Der polnische Lastwagen mit 25 Tonnen Stahl parkt entgegen der Fahrtrichtung, an Laterne 16, direkt gegenüber der Einfahrt von ThyssenKrupp. Der Fahrer des Lasters,

Łukasz Urban, bereitet sich gerade auf die Nacht im Lkw vor. Er ist einen Tag zu früh an seinem Zielort angekommen, seine Ladung darf er erst am nächsten Morgen löschen.

Amri öffnet die Tür des Lastwagens. Ein Kampf beginnt. Urbans Körper wird später zahlreiche Hämatome an Gesicht, Brust und Oberarmen aufweisen. Amri zieht eine Pistole, eine Erma EP 552, Kaliber 22, mit der er Łukasz Urban in die linke Schläfe schießt. Er dreht den Schlüssel im Zündschloss, löst die Handbremse. Um 19.34 Uhr fährt der Lkw los. Der Wagen sei auch für einen Laien leicht zu steuern gewesen, sagt der Speditionsbesitzer.

Laut den GPS-Daten des Wagens fährt Amri den Laster durch den Tiergartentunnel, unter dem Regierungsviertel hindurch, am Potsdamer Platz entlang, vorbei an der Neuen Nationalgalerie. Er fährt nicht schneller als 50 km/h, die meiste Zeit langsamer. Dann erreicht er den Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche. Er fährt daran vorbei, die Hardenbergstraße entlang, um den Kreisverkehr am Ernst-Reuter-Platz und dann wieder zurück. Um kurz nach 20 Uhr hält er an einer roten Ampel. Als die Ampel auf Grün springt, fährt Amri an. Es ist 20.02 Uhr. Mit rund 15 km/h schiebt sich der Lkw auf den Weihnachtsmarkt. 15 km/h sind nicht besonders schnell, doch an diesem Abend auf dem überfüllten Markt genug, um Menschen zu überrollen und Buden niederzureißen. Die Opfer haben keine Chance.

Amri schafft es nicht, den Wagen stärker zu beschleunigen. Laut einem Ermittler wickelt sich die Lichterkette eines Weihnachtsbaums um die Achse und blockiert das Rad. Der Lkw wird langsamer, zieht nach links durch das Spalier der Buden und kommt auf der Budapester Straße zum Stehen. Amri springt aus dem Führerhaus und rennt zur U-Bahn-Station. Vor einer Überwachungskamera zeigt er einen Islamistengruß, den erhobenen Zeigefinger. Es ist die letzte Spur von Anis Amri in Berlin. Vier Tage später wird er in Italien auf der Flucht erschossen.

An diesem Abend werden 56 Menschen verletzt, einige liegen noch immer im Krankenhaus. Zwölf sterben, unter ihnen: Łukasz Urban, der polnische Lkw-Fahrer, Fabrizia Di L., eine junge Italienerin, die in Berlin lebte, Peter V., Dalia E., das Ehepaar

Anna und Gregoriy B., Dorit K. Sechs der Opfer stammen aus Berlin, sechs sind Besucher aus aller Welt.

Die Folgen des Anschlags

Am Abend des Attentats hat Bundesinnenminister Thomas de Maizière seine engsten Mitarbeiter zu einer Weihnachtsfeier in einem Restaurant im Nikolaiviertel geladen, als ihn das Lagezentrum des eigenen Ministeriums anruft. De Maizière verlässt das Lokal, telefoniert mit der Kanzlerin, er ist jetzt Minister für den Ausnahmezustand.

Wo sieht er die Fehler? Drei Monate später sitzt de Maizière in seinem Büro im sechsten Stock des Ministeriums und versucht, die Frage zu beantworten. »Tja«, sagt er. Seine Sätze beginnen sonst nie mit »Tja«. Dann, nach einer Pause, findet er einen Vergleich. Er erzählt von einem Sexualstraftäter, den ein Gutachter für ungefährlich hielt und der deshalb aus dem Gefängnis entlassen wurde. Eine Woche später ermordete der Mann ein Kind. In Amris Fall sei es ähnlich gewesen, sagt de Maizière. Auch hier hätten die Behörden die Gefährlichkeit Amris beurteilt – und »gemeinsam eine sehr bittere Fehleinschätzung getroffen«.

Ein paar Wochen nach der Todesfahrt hat de Maizière Veränderungen angeregt. Er will die Verfassungsschutzbehörden der Länder ins Bundesamt integrieren, das BKA soll »ein Initiativrecht gegenüber anderen Behörden« erhalten, etwa bei Abschiebungen. »Wir brauchen in Fällen wie Amri dringend mehr Verbindlichkeit und Einheitlichkeit im Verhalten der Behörden von Bund und Ländern«, sagt er der ZEIT. De Maizières Vorschläge zielen darauf, den Föderalismus in der Sicherheitspolitik zu stützen, um das Vorgehen zu vereinheitlichen.

In Düsseldorf setzt sich der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD) in einem großzügigen Eckbüro des Ministeriums vorne auf die Kante eines schwarzen Ledersessels und sagt sichtlich genervt: »Da passiert so ein verheerender Anschlag, und kurz danach wird der Föderalismus infrage gestellt!« Bei so einem radikalen Umbau wären die Landesbehörden über Jahre nur noch mit sich selbst beschäftigt, glaubt Jäger. »Wir haben die Kompetenzen in der Fläche, wir kennen uns aus. Wofür sollte es gut sein, die Zuständigkeit an den Bund abzugeben?«

De Maizière ist für seine Vorschläge viel kritisiert worden – nicht von der Opposition, nicht von Bürgerrechtsgruppen. Sondern von den Kollegen. Von Jäger. Von Joachim Herrmann, dem bayerischen CSU-Innenminister, der die Ideen »geradezu abwegig« nannte. Wenn es um Kompetenzen geht, kennen Deutschlands Innenminister keine Parteien, sondern nur eigene Machtinteressen.

Die große Koalition hat sich zumindest darauf geeinigt, einen neuen Straftatbestand einzuführen. Bei ausländischen Gefährdern wird künftig die Abschiebung möglich sein, wenn sie eine »Gefahr für die innere Sicherheit Deutschlands« darstellen; sie sollen auch dann in Abschiebehäft bleiben können, wenn es nicht möglich ist, ihnen Papiere zu beschaffen.

Aber das eigentliche Problem, wie bei Gefährdern die zersplitterten Zuständigkeiten in einem großen, ganzheitlichen Ansatz zusammengeführt werden können, ist nicht gelöst. Das GTAZ war eine Erfindung, die auf die Situation nach dem 11. September 2001 passte, als die Zahl der Terrorverdächtigen in die Dutzenden ging, nicht in die Hunderten. Es ist nicht auf Massenabfertigung ausgelegt.

An einem bitterkalten Wintertag zieht eine Menschenmenge durch das polnische Dorf Banie zum Friedhof. Zu Grabe getragen wird Łukasz Urban, der Lkw-Fahrer.

Die Bundesregierung hat ihren stellvertretenden Botschafter geschickt, aber plötzlich taucht eine zweite deutsche Delegation mit einem Kranz und einer Schärpe aus einer polnischen und einer deutschen Fahne auf. Einer der Männer trägt eine AfD-Nadel am Revers. Es ist Andreas Wild, Politiker der AfD und Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Weder er noch seine Begleiter kannten Urban, sie kennen auch seine Angehörigen nicht, aber sie sagen, sie wollten »den Polen beistehen«, die ja nichts dafürkönnten, dass die Deutschen Merkel gewählt haben. Auf dem Kranz der AfD steht: »Für unseren Helden«.

Es ist der Versuch, aus dem Anschlag politischen Nutzen zu ziehen.

Zur selben Zeit rufen Anhänger des IS zu weiteren Anschlägen auf. »Beschränkt euch nicht auf Weihnachtsmärkte. Es gibt sehr viele einfache Ziele. Jede Versammlung der Kuffar ist ein Ziel! So steig ein und überfahre sie, oh Löwe!«

Irgendwo da draußen sitzt der nächste Anis Amri und denkt über einen Anschlag nach, gerade jetzt, und Deutschland kann nur hoffen, dass die Männer und Frauen im GTAZ, Raum A242, diesmal die richtige Einschätzung treffen.

Mitarbeit: Sebastian Mondial